

Die Verfassung von Cadiz von 1812 gestand dem König das Vorrecht zu, denjenigen Parlamentserlässen, die Gesetzescharakter hatten, die Sanktion zu erteilen. In dieser Arbeit werden die Gesetze untersucht, die der königlichen Sanktion oder dessen Veto unterworfen waren sowie die von der Verfassung hierzu vorgeschriebenen Schritte, beginnend mit der Annahme des jeweiligen Erlasses durch das Parlament, über das – nicht bindende – vom Staatsrat erstellte Gutachten bis zu dem Augenblick, in dem der König eigenhändig unter das Gesetz eine der folgenden beiden Formeln setzt: „Ans Parlament zurückverweisen“ oder „Als Gesetz zu veröffentlichen“. Es wird besonders auf diejenigen Gesetze eingegangen, die an das Parlament zurückverwiesen wurden, die Gründe hierfür untersucht, sowie die darauffolgende Reaktion der Volksvertretung – so diese eine abgegeben hatte.

Ferdinand VII übte das Sanktionsrecht im sogenannten Verfassungstriennium aus. In der ersten liberalen Phase jedoch, d.h. von der Verkündung der Verfassung bis zur Wiederherstellung des Absolutismus, erteilte das Parlament dem mit der Regierung in Abwesenheit des Königs beauftragten Regentschaftsrat das Sanktionsrecht nicht. Die vorliegende Arbeit wurde größtenteils mit den Quellen und Dokumenten erstellt, die sich in den Nationalgeschichtlichen Archiven und den Archiven des Abgeordnetenkongresses befinden.

ISBN: 978-3-86646-404-X



Rechtskultur Wissenschaft

Gómez Rivero: Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz

Rechtskultur Wissenschaft

Gómez Rivero

Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz

Rechtskultur Wissenschaft



Rechtskultur Wissenschaft

Band 4

Herausgegeben von

Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Über den Autor

Ricardo Gómez Rivero ist seit 1991 Professor für Rechtsgeschichte und die Geschichte der Rechtseinrichtungen, ein Beruf, den er zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches als Lehrstuhlinhaber an der Universität Miguel Hernández in Elche ausübt. Als Experte auf seinem Spezialgebiet, den politischen Institutionen der Neu- und der heutigen Zeit, ragen seine Arbeiten über das Justizministerium heraus, ebenso wie diejenigen über die Mitglieder einiger Räte der spanischen Monarchie. In den letzten Jahren hat er die Monographien *Los jueces del trienio liberal* (2006) und *Los magistrados del primer constitucionalismo* (2009) veröffentlicht.

Ricardo Gómez Rivero
Die Königliche Sanktion der Gesetze
in der Verfassung von Cádiz

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN: 978-3-86646-405-X

©2011 Edition Rechtskultur
in der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
www.gietl-verlag.de
Satz und Gestaltung: Andreas Gietl, Regensburg
Übersetzung aus dem Spanischen: Anne Cullmann; Antonio Sánchez Aranda
ISBN: 978-3-86646-405-X

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Verfassung von Cadiz, die gleichsam den Grundstein der modernen spanischen Verfassungsgeschichte bildet, hatte ihre zweite Geltungsphase (nach 1812-14) in den Jahren 1820-23. In diesen Jahren erließen die Cortes keine Gesetze, sondern sogenannte Decretos de Corte, also Dekrete des Parlaments. Diese Dekrete hatten keine Gesetzeskraft, sollten diese jedoch in der Übergangspause ersetzen.

Die Dekrete mussten vom König nach Art. 171 der Verfassung genehmigt werden, wobei der König ein Vetorecht hatte, allerdings nur ein aufschiebendes. In den Jahren 1820-23 wurden insgesamt 60 Gesetzesvorhaben der Cortes durch den König genehmigt, fünf waren Gegenstand eines Vetoverfahrens, darunter das Gesetz zur Verhaftung von Verschwörern gegen den (nun liberalen) Staat.

Die Untersuchung von Ricardo Gómez Rivero, der Inhaber eines rechtshistorischen Lehrstuhls an der Universität Elche ist, basiert auf bisher unveröffentlichten Quellen in den Archiven Histórico Nacional, General de Palacio und Congreso de los Diputados. Ricardo Gomez Rivero stellt das Zusammenspiel von Legislativorganen und Exekutivorganen bei der Gesetzgebung in einer verfassungshistorisch eminent wichtigen Phase Spaniens dar. Dabei wird deutlich, wie in dieser jungen Phase des liberalen Spanien die Kräfte des Ancien Regime durch Lücken in der Verfassung versuchten, die Gesetzgebung durch das repräsentative Legislativorgan Cortes auszuhebeln.

Berlin/Regensburg im November 2011

Ignacio Czeguhn
Martin Löhnig

INHALT

VORWORT DER HERAUSGEBER	5
I. EINFÜHRUNG	11
II. DIE KÖNIGLICHE SANKTION DER GESETZE IN DER VERFASSUNG VON CÁDIZ	13
III. PARLAMENTSERLÄSSE DER SITZUNGSPERIODE VON 1820, DIE VOM KÖNIG DIE SANKTION ERHIELTEN	21
1. Gesetze und Staatsratsgutachten	21
2. Die Problematik zweier Parlamentserlässe: der Erlass über die Kirchenimmunität und der Erlass über Mönchsklöster	26
IV. GESETZESENTWÜRFE DER SITZUNGSPERIODE VON 1821	33
1. Von Ferdinand VII. mit der Sanktion versehene	33
a. Einführung	33
2. An das Parlament zurückverwiesene	34
a. Vaterlandsvereine: Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 13. April 1821	34
b. Feudalland: Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 6. Juni 1821	38
V. IN DER SITZUNGSPERIODE VON 1822 ERLASSENE GESETZE	47
1. Von Fernando VII. mit der Sanktion versehene Gesetze	47
a. Einführung	47
2. Gesetz über Vaterlandsvereine vom 1. November 1822. Negative Stellungnahme des Staatsrates	48
a. Zwei vom Parlament auf Vorschlag des Königs angenommene Erlässe mit Gesetzescharakter	55
aa. Ereignisse von Sevilla und Cádiz. Besorgnis von Ferdinand VII.	55
bb. Botschaften des Königs und des Parlaments	60
cc. Gesetzesentwürfe der Regierung: Petitionsrecht und Zusätze zum Gesetz über Druckfreiheit. Bericht des Staatsrates. Annahme der beiden Entwürfe durch das Parlament	69
b. Aufschiebendes Veto gegen zwei Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter	76
aa. Gesetzesentwurf über Feudalland vom 8. Mai 1822	76
bb. Gesetzesentwurf über die Festnahme von Verschwörern vom 19. November 1822	78
VI. PARLAMENTSERLÄSSE DER SITZUNGSPERIODE VON 1823	99
1. Einführung	99

2. Gesetzesentwurf über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen	100
3. Gesetzesentwürfe, die vom in Sevilla tagenden Parlament verabschiedet wurden	105
4. Gesetzesentwürfe, die vom in Cádiz versammelten Parlament verabschiedet werden	116
a. Einführung	116
b. Gesetze, die nach einem positiven Gutachten des Staatsrates mit der Sanktion versehen wurden.	117
c. Gesetze, denen trotz gegenteiliger Stellungnahme des Staatsrates die Sanktion erteilt wurde	119
aa. Gesetz, das denjenigen, die in aufgelösten Gerichten Ämter beantragen oder diese ausüben, Strafen auferlegt	119
bb. Erklärung, dass die Stellen, die von Personen besetzt sind, die zum Feind übergelaufen sind oder der Regierung nicht gefolgt sind, unbesetzt sind	124
cc. Gesetz, das erklärt, dass die Überseebischöfe frei alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustehen, ausüben können	128
dd. Parlamentserlass in Gesetzesform, der die Sanktion nicht erhielt: über die Bestimmung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muss	128
ee. Gesetzesvorschläge, zu deren Sanktion keine Zeit mehr war	137
[1]. Anweisung zur wirtschaftspolitischen Regierung der Überseeprovinzen	137
[2]. Erklärung, dass die Handelsgerichte nur für diejenigen Rechtsstreite zuständig sind, in denen die Händler wegen Handelsangelegenheiten verklagt werden	140
[3]. Erklärung, dass die Amtsgerichte dafür zuständig sind, die Kriminalität der Bankrotte zur Kenntnis zu nehmen, sowie für die sich darauf beziehenden Zivilrechtsstreitigkeiten	140
[4]. Erläuterungen zu einigen Artikeln des Gesetzes über Wohlfahrtsjuntas vom 25. Januar 1822	141

ANHANG

143

1. Ans Parlament zurückverwiesene Gesetze	143
2. Gesetze, denen die Sanktion erteilt wurde	143
3. Gesetze, die vom in Sevilla und Cádiz versammelten Parlament angenommen wurden (April – August 1823)	157
a. Zusatzgesetz zum Gesetz vom 6. August 1811 über Feudalland (27-IV-1823).	157
b. Gesetz, damit alle Rechtsstreitigkeiten, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses vom 4. Mai 1814 beendet und vollstreckt waren und deren Prozesse durch gesetzeswidrige Mittel eröffnet wurden, auf den Stand, den sie an jenem Tag hatten, zurückgesetzt werden (19-V-1823). Königliche Sanktion am 21. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.	159
c. Gesetz, damit die geistlichen Anwälte ihren Beruf auch bei zivilen Angelegenheiten ausüben, sowie in Strafsachen als Verteidiger auftreten können (21-V-1823).	160

- d. Gesetz über die Vorgehensweise gegen Bürgermeister und Ortsverwaltungen, wenn diese ihre Pflichten nicht erfüllen (21-V-1823). 160
- e. Gesetz über die Nachfolgeordnung bei Vermögen der toten Hand (21-V-1823). 161
- f. Gesetz, das erklärt, dass bei Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen keine Benachrichtigung S.M. nötig ist (21-V-1823). 161
- g. Gesetz über die Form der Aufteilung von Fideikommißgütern. (22-V-1822) 162
- h. Gesetz, das die Strafen für diejenigen festlegt, die beim eingedrungenen französischen Heer oder bei den Aufrührerbanden einen Richterposten in den vom Verfassungssystem aufgelösten Gerichten beantragen oder ausüben (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 20. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 22. als Gesetz veröffentlicht. 162
- i. Gesetz, das die Verkäufe und Veräußerungen des Heeres des Eindringlings oder sonstwer, der die legitime Regierung der Nation usurpiert, für null und nichtig erklärt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht. 164
- j. Gesetz, das jede Versammlung einer Laienbruderschaft, Kultusgemeinde oder religiösen Bruderschaft verbietet, es sei denn, zum Zweck ihrer Gründung (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht. 165
- k. Gesetz, dass den Gebrauch der Orden, die Spanier von der französischen Regierung verliehen bekommen haben, während der Kriegsdauer aufhebt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht. 165
- l. Gesetz, das die Besitztümer derjenigen Spanier, die zum französischen Heer übergegangen sind, als beschlagnahmt erklärt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 27. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 28. als Gesetz veröffentlicht. 166
- m. Gesetz, damit in öffentlichen Veranstaltungen oder Körperschaften nur diejenigen Eide abgelegt werden, die von der Verfassung oder Parlamentserlassen vorgeschrieben werden (3-VIV-1823). Königliche Sanktion am 20. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 22. als Gesetz veröffentlicht. 167
- n. Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit. Königliche Sanktion am 27. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 28. als Gesetz veröffentlicht. 168
- o. Gesetz, in dem einige Klarstellungen gemacht werden, um das Eigentum an Schriften und analogen Arbeiten zu sichern. (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht. 173
- p. Gesetz, das erklärt, dass die Gerichte in Übersee den Prozeß neu beginnen müssen, wenn sie sich mit Nichtigkeitsbeschwerden beschäftigen (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht. 176
- q. Gesetz, das erklärt, dass die Überseebischöfe frei alle Befugnisse, die ihnen von

- Rechts wegen zustehen, ausüben können (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht. _____ 176
- r. Gesetz, das die Stellen derjenigen Beamten, die zum Feind übergelaufen sind oder nicht der Regierung gefolgt sind, als vakant erklärt (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht. _____ 177
- s. Gesetz, das die Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes verbietet. Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht. _____ 178
4. Gutachten der Kommission für Gnade und Justiz des Staatsrates über den Gesetzesentwurf vom 5. Juni 1821 über die Verständlichkeit des Artikel 5 des Erlasses des in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung versammelten Parlaments vom 6. August 1811 über die Abschaffung des Feudallandes. _____ 178

I. EINFÜHRUNG¹

Die fast zweihundert Jahre alte Verfassung von Cádiz erkannte dem König die Sanktion der vom Parlament verabschiedeten Gesetze zu. Unter den verschiedenen Kategorien der Regelbildung des „Vertretungsorgans der Nation“ befinden sich die Erlässe mit Gesetzescharakter, die zu ihrer Inkraftsetzung die vorgeschriebene Formel: *Publiquese como Ley* (Als Gesetz zu veröffentlichen) benötigen. Während der ersten liberalen Periode, als Ferdinand VII sich in Gefangenschaft befindet, wird die königliche Sanktion der Gesetze nicht erteilt. Der König erteilt die Sanktion während der zweiten Gültigkeitsperiode der Verfassung, die sowohl Liberales Triennium als auch Verfassungstriennium genannt wird, einer dreieinhalb Jahre andauernden Zeitspanne, die Anfang 1820 beginnt und am 1. Oktober 1823 mit der Wiedereinführung der absolutistischen Monarchie zu Ende geht.

Vor der Erteilung oder der Verweigerung der Sanktion eines Parlamentsbeschlusses mit Gesetzescharakter ist es für den König unumgänglich, die Meinung des Staatsrates zu hören, dem einzigen Rat, der in der Verfassung geregelt wird. Das vorgeschriebene Gutachten des Staatsrates ist nicht verbindlich für den König, daher kann er abweichend von ihm entscheiden. In der vorliegenden Studie werden die sechzig Erlässe mit Gesetzescharakter untersucht, die im Liberalen Triennium vom Parlament verabschiedet wurden, die Tendenz der Staatsratsgutachten, wie viele Gesetze die Sanktion erhielten und welche vom König ans Parlament zurückverwiesen wurden, wobei bei letzteren die Gründe, die ihn dazu veranlassten, dargelegt werden.

Zur Ausarbeitung des Themas dieser Arbeit, um das sich die Geschichtsschreibung¹ bisher kaum gekümmert hat, wurden hauptsächlich die Quellen und Dokumente berücksichtigt, die in den folgenden Archiven aufbewahrt werden: Historisches Nationalarchiv, Allgemeines Palastarchiv und das Archiv des Abgeordnetenkongresses. Im Historischen Nationalarchiv werden die Staatsratsgutachten aufbewahrt und im Kongressarchiv die Originale der Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, die bis heute noch von niemandem gehandhabt wurden.

¹ Auf dem Internationalen Kongress *Vigencia y Repercusiones de la Constitución de Cádiz*, der am 3. und 4. Dezember 2008 in Orihuela abgehalten wurde, hielt ich einen Vortrag, in dem ich unter dem gleichen Titel dieser Monographie die wichtigsten Ergebnisse darlegte.

Mit Ausnahme der wertvollen Arbeit von Raquel MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio 2 Bde.*, Fundación Universitaria Española, Madrid, 2005, in der siebenzig Seiten des ersten Bandes der königlichen Sanktion der Gesetze gewidmet sind. Zu dieser Untersuchung wurden ausschließlich die Diarios de las Sesiones de Cortes verwandt, wobei die Parlamentsdebatten über einige Gesetzesentwürfe analysiert wurden, ohne jedoch die vorgeschriebenen Gutachten des Staatsrates zu berücksichtigen.

II. DIE KÖNIGLICHE SANKTION DER GESETZE IN DER VERFASSUNG VON CÁDIZ

Die politische Verfassung der Monarchie aus dem Jahre 1812 regelte die Existenz zweier Kategorien der Regelbildung: einerseits die Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter und andererseits die restlichen Erlässe, die diesen Charakter nicht hatten². Der erste dieser Art von Erlässen, das eigentliche Gesetz, benötigte nach seiner Verabschiedung im Parlament und vor seiner Inkraftsetzung die königliche Sanktion, während die restlichen Erlässe „weder die Sanktion erhalten, noch die Bezeichnung Gesetz, sondern sie werden genehmigte Erlässe; Erlässe, zu denen die Bewilligung erteilt wurde und eigene Erlässe genannt“³.

Wie Garriga dargelegt hat, ist das Gesetz „Ergebnis der Zusammenarbeit – ob nun formell oder fiktiv – des Königs mit dem Parlament“⁴. Wenn der König eine der beiden Formeln der Sanktion – positiv oder negativ – an ein Gesetz anwendete, nahm er an der gesetzgebenden Befugnis teil⁵. Die bald zweihundert Jahre alte spanische Verfassung widmete der Sanktion durch den König mehr Artikel als irgendeine andere Verfassung; beginnend bei Artikel 142 bis zum Artikel 152⁶. Wenn der König in Ausübung dieses in

² J. CHOFRE SIRVENT, *Categorías y realidad normativa en las primeras Cortes españolas (1810-1837)* Abgeordnetenkongress, Madrid, 1996, S. 99 und 102. In der Inneren Parlamentsordnung vom 4. September 1813 werden drei Arten von Parlamentserlässen erwähnt, die keinen Gesetzescharakter hatten: „1) Die Erlässe über Angelegenheiten, die vom König vorgeschlagen und anschließend vom Parlament verabschiedet werden müssen; 2) die Erlässe über diejenigen Angelegenheiten, bei denen der König laut Verfassung das Parlament um Zustimmung bitten musste und 3) die Erlässe, die das Parlament über diejenigen Angelegenheiten erließ, die keinen Vorschlag vom König benötigten, sondern vom Parlament selbst vorgeschlagen und angenommen wurden“ [J. VARELA SUANZES, „Rey, Corona y Monarquía en los orígenes del constitucionalismo español: 1808-1814“ in *Revista de Estudios Políticos*, Nr. 55 (Januar-März 1987), S. 163]. Im gleichen Sinne: A. GALLEGU ANABITARTE, *Ley y Reglamento en el Derecho Público occidental*, Institut für Verwaltungsstudien, Madrid, 1971, S. 177.

³ GALLEGU ANABITARTE, *Ley y Reglamento en el Derecho Público occidental*, S. 177-178. Zur Unterscheidung zwischen Gesetz und Parlamentserlässen, siehe C. GARRIGA, „Constitución, ley, reglamento: el nacimiento de la potestad reglamentaria en España (1810-1814, 1820-1823) im Anuario de Historia del Derecho Español, Bd. LXV (1995), S. 470 ff. Erneut veröffentlicht in Cádiz, 1812. La Constitución jurisdiccional, Carlos GARRIGA und Marta LORENTE, Zentrum für politische und Verfassungsstudien, Madrid, 2007, S. 169-258.

⁴ GARRIGA, „Constitución, ley, reglamento“, S. 467.

⁵ T. DE LA QUADRA-SALCEDO, „El Consejo de Estado en las constituciones de Cádiz y Bayona“ in *Documentación Administrativa*, 244-245 (Januar-August 1996) S. 52-53.

⁶ Die meisten Verfassungen beschränken sich darauf zu sagen, dass Der König erteilt den Gesetzen die Sanktion und setzt sie in Kraft (Artikel 46 der Verfassung von 1837, Artikel 44 derjenigen von 1845, Artikel 34 derjenigen von 1869 und Artikel 51 derjenigen von 1876). Es liegt auf der Hand, dass die republikanische Verfassung von 1931 die königliche Sanktion der Gesetze nicht einschloß. J. F. MERINO MERCHÁN, *Regímenes históricos españoles*, Tecnos, Madrid, 1988. Der Artikel 91 der geltenden Verfassung teilt dem König vorschreibend die Sanktion, das Inkraftsetzen und die Veröffentlichung der Gesetze zu. Siehe dazu auch J. RODRÍGUEZ ZAPATA, *Sanción, promulgación y publicación de las leyes*, Tecnos, Madrid, 1987; J.J. SOLOZÁBAL ECHEVARRÍA, *La sanción y promulgación de la ley en la monarquía parlamentaria* Tecnos, Madrid, 1987 und M. ARAGÓN REYES, „Monarquía parlamentaria y sanción de las leyes“, in *En Estudios sobre la Constitución española. Homenaje al profesor Eduardo García de Enterría*, Civitas, Madrid, 1991, Bd. III, S. 1941-1960.

Artikel 171 anerkannten Vorrechtes einem Gesetzesentwurf des Parlaments die Sanktion zugestehen wollte, nach vorheriger Anhörung des Staatsrates – wie in Artikel 236 festgelegt war – so schrieb er am Ende dieses Entwurfes die folgende Formel: „Als Gesetz zu veröffentlichen“; verweigerte er jedoch die Sanktion, so schrieb er: „Ans Parlament zurückverweisen“, wobei er zu diesem Zweck eine Darlegung der Gründe, die ihn dazu veranlassen haben, beilegte. Zu gegebener Zeit werden wir sehen, wie der Minister für Gnade und Justiz Garelly, als Ferdinand VII. dem Gesetz über Feudalland die Sanktion nicht erteilte, es übernahm, die Darlegung zu verfassen, die eine reine Abschrift des vorgeschriebenen Staatsratsgutachtens war. In allen anderen Fällen jedoch rechtfertigte der Minister des entsprechenden Zweiges diese Verweigerung der Sanktion eines Gesetzes durch den König, unter Berücksichtigung des Berichts des Staatsrates, aber ohne ihn einfach zu kopieren, wie es Garelly tat. In diesem Sinne zeigte der zu früh verstorbene Professor Tomás y Valiente auf, dass „die liberalen Abgeordneten der Meinung waren, dass der König so nur dann die Sanktion verweigern konnte, wenn er ausdrücklich gute Gründe dafür vorbringen konnte (Art. 144), die ihm der Staatsrat zur Verfügung stellte, und auch nur dann, wenn der Rat, ähnlich dem Parlament, diese auch findet“⁷.

Auch wenn in der Verfassung darüber nichts gesagt wird, ebenso wenig wie in den folgenden inneren Parlamentsordnungen, ist es so, dass, sobald die Gesetze die Sanktion vom König erhalten haben, ihnen das *refrendo* hinzugefügt wurde, die Gegenzeichnung des entsprechenden Staats- und Kanzleisekretärs, d.h. desjenigen, der es übernahm, das Inkrafttreten und die Ausführung des jeweiligen Gesetzes in die Wege zu leiten. Wenn der König einen Gesetzesentwurf an das Parlament zurückverwies, trug er auch die Gegenzeichnung des Ministers oder Staats- und Kanzleisekretärs.

Jedesmal, wenn das Parlament einen Gesetzesentwurf verabschiedete, schrieb es zwei Originale – beide vom Parlamentsvorsitzenden und zwei der vier Abgeordnetensekretäre unterschrieben – und sobald die Sanktionsformel daruntergeschrieben wurde, wurde eines der beiden im Parlamentsarchiv aufbewahrt und das andere blieb in den Händen des Königs. Ich hatte die Gelegenheit, eines dieser Originale handhaben zu können, etwas, das bis heute noch niemand hatte tun können⁸, Originale, die im Archiv des Abgeordnetenkongresses aufbewahrt werden. Ich habe auch versucht, das andere Original zu finden, das eigentlich logischerweise im königlichen Palastarchiv sein müsste, aber meine Anstrengungen waren umsonst. Einige wenige Originalgesetze – diejenigen, die im Parlamentsarchiv untergebracht wurden – gingen in der Plünderung, die Sevilla am 23. Juni 1823 erlitt, verloren. Hinsichtlich des Verlustes dieser Dokumente und anderer der Monate April bis September 1823, schildert Francisco Argüelles die erlittene Situation wie folgt: „Im Fluß von Sevilla wurde das Parlamentsarchiv am 23. Juni 1823 geplündert, als es nach Cádiz überführt wurde, kurz darauf waren die Angestellten, die mit seinem Schutz beauftragt waren, verstreut und flüchtig als Folge der heftigen Reaktion, die

⁷ F. TOMÁS y VALIENTE, *Constitución: escritos de introducción histórica*, in *Obras Completas*, Zentrum für politische und Verfassungstudien, Bd. III, Madrid, 1997, S. 2553.

⁸ Noch nicht einmal meine Kollegen, die auf dieses Thema spezialisiert sind, Marta Lorente und Carlos Garriga, hervorragende Aufspürer der diese Epoche betreffenden Dokumente.

auf den aus traurigen Gründen denkwürdigen Erlass vom 4. Oktober des Jahres folgte; im Kongressarchiv waren kaum Spuren der Existenz jener Parlamentsversammlungen zu finden, nachdem sie Madrid verließen“⁹. Könnte vielleicht an jenem 23. Juni das andere Original, das der König stets von den Gesetzen aufbewahrte, verschwunden sein? Bis heute kann ich nicht mit Sicherheit darauf antworten, aber ich kann wohl behaupten, dass ich jahrelang diejenigen Archive gründlichst untersucht habe, in denen sie sich befinden könnten. Fündig bin ich jedoch nicht geworden, was mich zu dem Schluß gelangen lässt, dass sie versteckt oder zerstört wurden, da es im Interesse des Königs lag – der ja ein erklärter Verfassungsgegner war.

Bis zu zweimal konnte der König dem gleichen Entwurf die Sanktion verweigern, jedoch bei der dritten Vorlage, war dieser gezwungen, ihm die Sanktion zu erteilen – ohne das Gutachten des Staatsrates zu berücksichtigen. Daher konnte die Krone „letztendlich die Verabschiedung eines Gesetzesentwurfes nicht verhindern, sondern lediglich sein Inkrafttreten aufschieben“¹⁰. Die Gesetzgeber von Cádiz zogen die sogenannte zwangsläufige Sanktion oder das aufschiebende Veto vor, ebenso wie die französische Verfassung von 1791, unter dem Einfluß von Montesquieu, im Gegensatz zur willkürlichen Sanktion oder dem absoluten Veto der britischen Monarchie¹¹. Die liberalen Abgeordneten hielten die zwangsläufige Sanktion für ein Mittel, um zu verhindern, dass das Parlament überstürzt handelte¹². Wie wir gründlich untersuchen werden, wandte der König während des liberalen Trienniums das aufschiebende Veto bei fünf Gesetzesentwürfen an: bei zwei über Feudalland und bei jeweils einem über Vaterlandsvereine, Verhaftungen von Verschwörern und Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen.

Die portugiesische Verfassung vom 23. September 1822, zum großen Teil eine Kopie der spanischen Verfassung von 1812, gestand dem König die Sanktion und das Inkraftsetzen der Gesetze zu, aber dieser konnte das aufschiebende Veto nur einmal ausüben¹³. Der Artikel 103 der Verfassung von Portugal schloß Themen wie die Innere Parlamentsordnung und die Steuerpolitik von der Sanktion aus, ebenso wie dies in Spanien der Fall war¹⁴.

Bevor der spanische König einem Gesetz die Sanktion erteilte oder verweigerte, holte er, in Übereinstimmung mit Artikel 236, das Gutachten des Staatsrates ein, das vorge-

⁹ Diario de las Sesiones de Cortes celebradas en Sevilla y Cádiz en 1823, Madrid, Nationaldruckerei, 1858, das Zitat befindet sich in der Einführung.

¹⁰ VARELA SUANZES, „Rey, Corona y Monarquía“, S. 158.

¹¹ J. GODECHOT, *Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*, presses universitaires de France, Paris, 1985, S. 86; VARELA SUANZES „Rey, Corona y Monarquía“, S. 158-162.

¹² VARELA SUANZES, „Rey, Corona y Monarquía“, S. 161.

¹³ J. FERRANDO BADÍA „Proyección exterior de la Constitución de 1812“ in *Las Cortes de Cádiz*, Miguel Artola (Hrsg.), Marcial Pons Historia, 2003, S. 228-229.

¹⁴ Der wohlbekannte Professor Artola teilt diese Meinung nicht, für ihn „sah man in Spanien keine Ausnahme von der königlichen Sanktion der Gesetze vor“ (M. ARTOLA, „La Monarquía parlamentaria“, in *Las Cortes de Cádiz*, Miguel Artola (Hrsg.), Marcial Pons Historia, 2003, S. 118).

schreibend, jedoch nicht bindend war¹⁵. Bei den fünf vom König abgelehnten Entwürfen hatte der Staatsrat ebenfalls empfohlen, „ans Parlament zurückzuverweisen“. Natürlich kam es bei einigen Entwürfen ebenfalls vor, dass der Staatsrat der Meinung war, Ferdinand VII. solle sie ans Parlament zurückverweisen, er jedoch diesem Entwurf die Sanktion erteilte. Es gab keinen Entwurf, bei dem das Parlament dem König empfahl, ihm die Sanktion zu erteilen, dieser ihn jedoch ablehnte. Im Folgenden einige kurze Ausführungen über diesen einzigartigen Rat, die in der Verfassung von Cádiz im letzten Kapitel des dem König gewidmeten Titels IV zu finden sind¹⁶.

Der Staatsrat, eher ein politisches als ein Verwaltungsorgan¹⁷ und dem im Statut von Bayonne von 1808¹⁸ geregelten Staatsrat, mit einer zu breitgefaßten und heterogenen Zusammensetzung¹⁹, behält den Namen eines der alten Räte²⁰ bei. Es war, unter anderem, abgesehen von dem Gutachten zu den Parlamentserlässen mit Gesetzescharakter – wie ich gerade beschrieben habe – auch für Kriegserklärungen und Verträge zuständig. Auch waren sie zuständig die Dreivorschläge für freie Stellen bei den Amtsgerichten und Provinzgerichten, die in Übersee eingeschlossen, der königlichen Erwägung zu unterbreiten²¹.

¹⁵ TOMÁS y VALIENTE, Constitución: escritos de introducción histórica, in Obras Completas, S. 2553.

¹⁶ Über diesen Rat, siehe J. M^a: RUBIO Y ESTEBAN, „El Consejo de Estado. Su organización y política en el segundo período constitucional, 1820-1823“, in Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis, 1925, S. 53-98; J.M. CORDERO TORRES, El Consejo de Estado. Su trayectoria y perspectivas en España, Madrid, Institut für Politische Studien, 1944; Documentos del reinado de Fernando VII. El Consejo de Estado, 1792-1834, Institut für Verwaltungsstudien, Pamplona, 1971, Vorstudie von Federico Suárez; T. DE LA QUADRA-SALCEDO, „El Consejo de Estado en las Constituciones de Cádiz y Bayona“ in Documentación Administrativa, 244-245 (Januar-August 1996), S. 13-87; F. TOMÁS y VALIENTE, Constitución: escritos de introducción histórica, in Obras Completas, Zentrum für Politische und Verfassungsstudien, Bd. III, Madrid, 1997, S. 2549-2560; M^a.I. CABRERA, „Algunas consideraciones en torno al Consejo de Estado en la Constitución de 1812“, en Revista de Estudios Políticos, Nr. 53 (Juli-September 1996), S. 233-241.

¹⁷ F. TOMÁS y VALIENTE, „Consejo de Estado: fondos de Ultramar (1835-1903)“, in Obras Completas, Zentrum für Politische und Verfassungsstudien, Bd. V, Madrid, 1997, S. 4367.

¹⁸ Dieses Statut widmet den gesamten Titel VII dem Staatsrat. Laut Artikel 57 arbeitete dieser Rat die zivilen und strafrechtlichen Gesetzesentwürfe aus, außerdem die allgemeinen Vorschriften der öffentlichen Verwaltung. Das Statut ist inspiriert von der französischen Verfassung aus dem Jahre VIII (DE LA QUADRA-SALCEDO, „El Consejo de Estado en las Constituciones de Cádiz y Bayona“, S. 17-18 und 27). Die Verfassung vom 22. Frimaire des Jahres VIII (13. Dezember 1799), übergab dem Staatsrat gesetzgebende Funktionen sowie die Rolle des Verwaltungsgerichtes (GODECHOT, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, S. 562). Im Artikel 52 wurde bestimmt, dass unter „la direction des consuls, un Conseil d'État est chargé de rédiger les projets de loi et les règlements d'administration publique, et de résoudre les difficultés qui s'élèvent en matière administrative“ (B. PACTEAU, Le Conseil d'État et la fondation de la justice administrative française au XIX siècle. Presses universitaires de France, Paris, 2003, Fußnote auf S. 16 und außerdem auf den S. XV-XVII der sich darauf beziehenden Bibliographie).

¹⁹ R. GÓMEZ RIVERO, Los Jueces del Trienio Liberal, Veröffentlichungen des Justizministeriums, Madrid, 2006, S. 14-15.

²⁰ Dazu: F. BARRIOS, El Consejo de Estado de la Monarquía española, 1521-1812, Ed. Consejo de Estado, Madrid, 1984.

²¹ Zu seinen Zuständigkeiten, und im besonderen, zu der Zuständigkeit des Staatsrates, Gutachten über die sogenannten ersten Regierungsangelegenheiten zu erstellen, siehe GARRIGA, „Constitución, ley, reglamento“, S. 494-507. Ebenso J. VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible: la Constitución de Cádiz durante el trienio“, in AHDE, Bd. LXVI (1996), S. 659 ff. Siehe außerdem jeweils zu der Besetzung der Richter- und Staatsanwaltschaften, meine beiden Arbeiten, die in Fußnote 19 erwähnte und Los magistra-

Zehn Tage nachdem er auf die Verfassung geschworen hatte, ordnete Ferdinand VII., auf Anregung der Junta Provisional²² an, den Staatsrat mit den Mitgliedern des Bienniums 1812-1814 einzuberufen: Joaquín Blake, Pedro Agar, Gabriel Ciscar – bei diesen Dreien handelt es sich um ehemalige Regenten des Reichs währen der ersten liberalen Etappe²³ – den Erzbischof von Toledo, Andrés García, Martín de Garay – Ex-Minister aus dem absolutistischen Sexennium – Francisco Javier Castaños – der Held der Schlacht von Bailén –, José Mariano Almansa, Pedro Cevallos, der Marqués von Piedrablanca, Justo María Ibar-Navarro, José Aycinena, Antonio Ranz Romanillos, Francisco Requena und Esteban Varea²⁴. Im November 1820 stießen dem Rat der Herzog von Frías, Antonio Porcel, Abgeordneter in der Parlamentsversammlung von Cádiz und ehemaliger Marineminister sowie die Militärs Ballesteros und Vigodet bei²⁵. Eine Historikerin meinte zu erkennen, dass die Existenz des Staatsrates die Entscheidungsfindung verzögerte²⁶. Eine Meinung, die ich, was die Sanktion angeht, ganz und gar nicht teile. Das vorgeschriebene, jedoch – wie wir uns erinnern – nicht bindende Gutachten des Staatsrates über die Gesetzesentwürfe musste die königliche Entscheidung nicht notwendigerweise verzögern. Cabrera vergaß, dass der Artikel 145 der Verfassung dem König einen Monat, oder sogar mehrere Monate, Frist zur Erteilung der Sanktion zugesteh²⁷. Diese Frist hätte man dem König auf jeden Fall zugestanden, unabhängig davon, ob es einen Staatsrat gibt oder nicht, denn, wie es nicht anders sein konnte, war es unumgänglich, dass er sich beraten ließ – sei es von einem technischen Organ, vom damals sogenannten Ministerium, einem Staats- und Kanzleisekretär oder von einem höfischen Berater – bevor er die Sanktion erteilte oder verweigerte.

Wie ich schon zu Anfang dieses Kapitels darlegte, sieht man in der Verfassung von Cádiz ganz klar die Unterscheidung zwischen Gesetzen, unter denen man die Regeln, welche der königlichen Sanktion unterworfen sind versteht und den Parlamentserlässen, die manchmal Regeln sind und manchmal nicht. Ganz deutlich unterscheidet die innere Parlamentsordnung vom 4. September 1813 vom formellen Standpunkt aus zwischen den Parlamentserlässen, die, da sie Gesetzescharakter haben, vom König die Sanktion

dos del primer constitucionalismo, Editorial Thomson Aranzadi, Pamplona, 2009.

²² B. E. BULDAIN JACA, Régimen político y preparación de Cortes en 1820, Publicaciones del Congreso de los Diputados, Madrid, 1988, S. 52.

²³ R. FLAQUER MONTEQUI, “El Ejecutivo en la revolución liberal”, in Las Cortes de Cádiz, Miguel Arto-la (Hrsg.), Marcial Pons Historia, 2003, S. 48-49.

²⁴ BULDAIN JACA, Régimen político y preparación de Cortes en 1820, S. 70. Gaceta Extraordinaria de Madrid, 19-III-1820. GÓMEZ RIVERO, Los Jueces del Trienio Liberal, S. 15-16. Fünf Ratsmitglieder von 1812 waren nicht vertreten (Der Marqués von Astorga, sowie der von Castelar, Foncerrada, Vistaflo-rida y Villamil), der letzte Königstreue (El Consejo de Estado, 1792-1834, Vorstudie von SUAREZ, S. 42).

²⁵ P. MOLAS RIBALTA, Del Absolutismo a la Constitución. La adaptación de la clase política española al cambio de régimen, Sílex, Madrid, 2008, S. 223.

²⁶ CABRERA, “Algunas consideraciones en torno al Consejo de Estado en la Constitución de 1812”, S. 241.

²⁷ Laut Artikel 150, wenn vor Ablauf der dreissig Tage, innerhalb derer der König die Sanktion erteilen oder verweigern muß, der Tag kommt, an dem das Parlament seine Versammlungen beenden muß, so erteilt oder verweigert der König die Sanktion in den ersten acht der Sitzungen der folgenden Versammlungen.

erhalten müssen und den anderen drei Arten von Erlässen ohne Gesetzescharakter, die diese Sanktion nicht benötigen²⁸. Neben diesem formellen Unterschied gibt es auch einen materiellen: ausschließliche Zuständigkeit der Parlamentserlässe ohne Gesetzescharakter für die Gesamtheit der Themen, die in den Absätzen 2-26 des Artikel 131 der Verfassung zusammengefasst sind, so dass die Gesetze, d.h. die Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, den Rest der Themen regeln²⁹. Zusammengefasst bedeutet das, dass die Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter nicht alle Themen regeln können, sondern nur diejenigen, für die das Parlament nicht zuständig ist³⁰. Oder noch deutlicher ausgedrückt: In der Verfassung von Cádiz werden zwei unterschiedliche Arten von Themen anerkannt: diejenigen, die per Gesetz geregelt werden und diejenigen, die durch Parlamentserlässe geregelt werden³¹.

Vom Inkrafttreten der Verfassung 1812 bis zum 14. Mai 1814, als Ferdinand VII. aus seiner Gefangenschaft zurückkehrte, verabschiedete das Parlament kein Gesetz, sondern nur Parlamentserlässe ohne Gesetzescharakter, d.h. sie erhielten keine Sanktionsformel, denn die Abwesenheit des Königs – und die Tatsache, dass der Regentschaft diese Befugnis nicht anerkannt wurde – verbot es, dass die entsprechende Formel auf die Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter aufgestempelt wurde³². Tatsächlich kam das Parlament überein, dass die Regentschaft – oder Exekutive – die Sanktion der Gesetze nicht ausüben sollte; indes die verschiedenen Regelungen hinsichtlich der Regentschaft die Möglichkeit in Betracht zogen, dass diese dem Parlament Gesetzesvorschläge unterbreiten könnte. Ab der Regelung der Regentschaft vom 26. Januar 1812, schlägt diese Gesetze, unter Anhörung des neugeschaffenen Staatsrates, vor³³. Außerdem erkennt die zweite innere Parlamentsordnung vom 4. September 1813 in Artikel 113, wie Garriga ganz recht feststellt, „die Existenz von Erlassen mit Gesetzescharakter, aber ohne Sanktion an: also so etwas wie Gesetze ohne Sanktion, oder Erlasse, deren Ausarbeitung analog dem parlamentarischen Vorgehen bei Gesetzen erfolgt“³⁴ an.

In Übereinstimmung mit Artikel 171 der politischen Verfassung von 1812, war die Gesetzessanktion ein Vorrecht des Monarchen. Nun denn, der Artikel 131 der inneren Par-

²⁸ Die gleichen Kategorien werden im Artikel 127 der Inneren Parlamentsordnung vom 29. Juni 1821 geregelt, d.h. Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, Erlasse über Angelegenheiten, die vom König angeregt wurden, Erlasse, die dem König die Zustimmung zugestehen und Erlasse, die ausschließlich Zuständigkeit des Parlaments sind. Ein gedrucktes Exemplar dieses Regelwerkes in A(rchivo) H(istórico) N(acional), Estado, leg. 168.

²⁹ VARELA SUANZES, „Rey, Corona y Monarquía“, S. 162-163. CHOFRE SIRVENT, *Categorías y realidad normativa en las primeras Cortes españolas (1810-1837)*, S. 109, 114, 116 und 176.

³⁰ J. CHOFRE SIRVENT, *Codificación de las normas aprobadas por las Cortes (1810-1837)*, Instituto de Cultura „Juan Gil-Albert“, Excma. Diputación provincial de Alicante, 1991, S. 70-71.

³¹ DE LA QUADRA-SALCEDO, „El Consejo de Estado en las Constituciones de Cádiz y Bayona“, S. 54-56.

³² CHOFRE SIRVENT, *Codificación de las normas aprobadas por las Cortes (1810-1837)*, S. 61 und 102.

³³ DE LA QUADRA-SALCEDO, „El Consejo de Estado en las Constituciones de Cádiz y Bayona“, S. 56, 58 und 59. Über die vier Regentschaften dieser Zeit, siehe FLAQUER MONTEQUI, „El Ejecutivo en la revolución liberal“, S. 37-65.

³⁴ GARRIGA, „Constitución, ley, reglamento: el nacimiento de la potestad reglamentaria en España (1810-1814, 1820-1823)“, S. 473.

lamentsordnung vom 29. Juni 1821 – welches ein Erlass der ausschließlichen Zuständigkeit des Kongresses und von daher nicht sanktionierbar war - zieht die Möglichkeit in Betracht, dass, im Falle, dass eine Regentschaft während der Minderjährigkeit des Königs oder seiner Invalidität etabliert wird, das Parlament diesem Regenten die Sanktion der Gesetze zugestehen könnte³⁵. Die einzige Regentschaft, die während des liberalen Trienniums etabliert wurde, und die, wie wir sehen werden, auf Vorschlag des aus Cádiz stammenden extremistischen Abgeordneten Alcalá Galiano, gebildet wurde und nur einige Tage im Juni 1823 in Kraft war, übt dieses königliche Vorrecht jedoch nicht aus.

Wie viele Gesetze, d.h., wie viele Erlässe mit Gesetzescharakter verabschiedete das Parlament in den vier Sitzungsperioden des Verfassungstrienniums? Erhielten alle die Sanktion? Falls dies nicht der Fall war, gegen welche legte Ferdinand VII. sein Veto ein? Folgte der König bei der Sanktion oder der Ablehnung eines Gesetzes dem Gutachten des Staatsrates? Bis heute war die Studie von Chofre³⁶ die einzige, die versucht hat, die verschiedenen vom Parlament zwischen 1812-1814 und 1820-1823 verabschiedeten Erlässe zu zählen. Hierzu benutzte er Quellen, die zu jener Zeit veröffentlicht wurden, d.h., die bekannte Colección de decretos y órdenes de las Cortes, die die Zeit ab seiner Einrichtung am 24. September 1810 bis zum 11. Mai 1814 umfasst, sowie die Zeit zwischen dem 6. Juli 1820 bis zum 19. Februar 1823. Jedoch vergißt Chofre, dass das Parlament nach diesem letzten Datum noch bis zum 31. Juli Gesetze schuf, dem Zeitpunkt, an dem es die Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes abschaffte³⁷. Der Professor der Universität Alicante listet unter der Rubrik Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter insgesamt 45 auf, obwohl sich drei wiederholen und ein weiterer, das Heererschaffungsgesetz vom 9. Juni 1821, ist in Wirklichkeit ein Erlass der ausschließlichen Zuständigkeit des Parlaments – Artikel 131, Absatz 11 der Verfassung von Cádiz – und von daher nicht sanktionierbar³⁸. Chofre selbst gesteht an anderer Stelle, dass zwischen 1820 und 1823 42 Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter die Sanktion erhielten³⁹. Während des liberalen Trienniums erteilte Ferdinand VII. jedoch insgesamt 60 Gesetzen die Sanktion, wobei er zumeist der Empfehlung des Staatsrats Folge leistete, wie schon

³⁵ AHN, Estado, leg. 168.

³⁶ CHOFRE SIRVENT, Codificación de las normas aprobadas por las Cortes (1810-1837). Es stimmt wohl, dass Garriga 847 Erlässe gezählt hat, er hat jedoch nicht aufgezeigt, zu welcher regelnden Kategorie ein jeder gehört. (C. GARRIGA, "La Constitución política y orden jurídico: el efecto derogatorio de la Constitución de Cádiz", in C. GARRIGA y M. LORENTE, Cádiz, 1812. La Constitución jurisdiccional, Centro de Estudios Políticos y Constitucionales, Madrid, 2007. Zitat auf S. 138 und 167).

³⁷ Professor Garriga zeigte mit seinem üblichen Scharfsinn auf, wie das Parlament in den Sitzungen, die es in Sevilla und Cádiz abhielt, Erlässe mit Gesetzescharakter verabschiedete, die jedoch nie in einer Sammlung erschienen. Er gesteht sogar, die Abschrift einiger – nicht aller – dieser Erlässe in der Hand gehabt zu haben, jedoch nicht die Originale, die wie schon gesagt und wie es im Rahmen dieser Arbeit noch öfter gesagt wird, bis heute noch niemand zu Gesicht bekommen hat. GARRIGA, "La Constitución política y orden jurídico: el efecto derogatorio de la Constitución de Cádiz", S. 138, Fußnote 57.

³⁸ CHOFRE SIRVENT, Codificación de las normas aprobadas por las Cortes (1810-1837), S. 107, 119, 130, 132 und 136. Chofres Art der Buchführung wird auch kritisiert von MEDINA, Soberanía, Monarquía, y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 396-397.

³⁹ CHOFRE SIRVENT, Codificación de las normas aprobadas por las Cortes (1810-1837), S. 14.

zuvor gesagt, lehnte er fünf Gesetzesentwürfe ab⁴⁰. Auf den folgenden Seiten werde ich versuchen, diese aufgeworfenen Fragen zu beantworten, ebenso wie andere, die sich bei der Beantwortung stellen.

⁴⁰ Im Anhang befinden sich einige Aufstellungen mit den Gesetzen, die die Sanktion erhielten und verschiedenen Daten (Annahmedatum, Datum der Stellungnahme des Staatsrates, Sanktionsdatum, etc.).

III. PARLAMENTSERLÄSSE DER SITZUNGSPERIODE VON 1820, DIE VOM KÖNIG DIE SANKTION ERHIELTEN

1. Gesetze und Staatsratsgutachten

Im April 1820 wurde die erste Regierung des liberalen Trienniums gebildet, die Ferdinand VII. „die Zuchthäuslerregierung“ nannte. Sie bestand aus herausragenden Mitgliedern der Gruppe der Anhänger der Verfassung von Cádiz: Agustín Argüelles (Verwaltung der spanischen Halbinsel), Evaristo Perez de Castro (Außenbeziehungen), Juan Jabat (Marine), der Marqués von Amarillas (Krieg), Antonio Fernando Basilio Porcel (Verwaltung der Überseegebiete), Manuel García Herreros (Gnade und Justiz) und Canga Argüelles (Finanzen)⁴¹. Die Eröffnungszeremonie des Parlaments fand erst am 9. Juli statt. Zwei Gruppen bildeten den ersten Kongress: einerseits die Gruppe der Anhänger der Verfassung von Cádiz, unter denen besonders der Graf von Toreno, Muñoz Torrero, Espiga und Martínez de la Rosa zu erwähnen sind; auf der anderen Seite die Extremisten, unter denen man, u.a. Romero Alpuente, Calatrava, Istúriz und Flórez Estrada einreihen kann⁴².

In der Sitzungsperiode von 1820 wurden dem König insgesamt achtzehn Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter zur Sanktion vorgelegt. Allen erteilte Ferdinand VII. sein Placet. Es handelt sich um folgende:

- Es wird verboten, ausländisches Getreide und Mehl einzuführen.
- Verbot der Jesuiten und Wiederherstellung derjenigen Rechte und Funktionen des Stiftskapitels der Sankt Isidorkirche, die es zur Zeit seiner Erbauung erhalten hatte.
- Es werden verschiedene Regeln für das Betreiben eines Strafprozesses festgelegt.
- Fälle, in denen ein jeglicher Spanier festgenommen oder ins Gefängnis gesteckt werden kann.
- Den Viehzüchtern wird bei den Gewinnen aus Stuten, Mauleselinnen und Pferden absolute Freiheit erteilt.
- Die Amtsrichter können nicht als Rechtsanwalt fungieren, ausser wenn sie sich selbst verteidigen.

⁴¹ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 531-533. VARELA, "La Monarquía imposible", S. 663. J. R. URQUIJO GOITIA, Gobiernos y ministros españoles (1808-2000). Consejo Superior de Investigaciones Históricas, Madrid, 2001, S. 29.

⁴² ARTOLA, La España de Fernando VII S. 535-536. Kürzlich hat Veiga die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen aufgezeigt: "Para uns, os exaltados, Cádiz segue a ser o referente inmediato e necesario: agora é o intre de concretar e aplicar toda a legislación xestada nas Cortes; é a hora, en definitiva, de facer a revolución, unha opción á que a actitude obstrucionista do Rei non fai senón dar folgos. Diferente é a posición dos liberais de orde (ou moderados): entenden que o tempo histórico de Cádiz xa pasou e que agora o que cómpre é reformular á baixa as expectativas constitucionais, o que afectaría a cuestións claves como a soberanía, o sufraxio ou as atribucións do rei" (X. R. VEIGA ALONSO, "As familias políticas no liberalismo decimonónico español, 1808-1868", in O liberalismo nos seus contextos. Un estado da cuestión. Coordinador Xosé Ramón Barreiro Fernández, Publicacións da Cátedra Juana de Vega, Universidade de Santiago de Compostela, 2008, S. 145-146).

- Umstände, unter denen die Provinzgouverneure und Stadtverwaltungen gegen Landstreicher, Zigeuner, etc. vorgehen sollen.
- Verschiedene Regeln für Wanderherden werden erlassen.
- Den nach Frankreich geflüchteten Anhängern der Regierung des Eroberers wird erlaubt, nach Spanien zurückzukehren.
- Aberkennung der Immunität für Geistliche bei denjenigen Straftaten, die mit der Todesstrafe oder körperlicher Züchtigung bestraft werden.
- Generalamnestie für die Ereignisse in den Überseeprovinzen.
- Verbot jeglicher Art von Vinkulierungen.
- Den Ausländern wird ein sicheres Asyl für ihre Person und ihren Besitz auf spanischem Boden zugestanden.
- Die Klöster der Mönchsorden werden verboten und die geistlichen Orden neu geregelt.
- Das Besitzrecht derjenigen, die einen Industriezweig erfinden, verbessern oder einführen, wird sichergestellt.
- In Vigo wird ein Handelsgericht ins Leben gerufen.
- Von denjenigen zu erfüllende Bedingungen, die sich versammeln wollen, um öffentlich über Politik zu diskutieren.
- Regelungen hinsichtlich der Druckfreiheit⁴³.

Die vorherigen Parlamentserlässe, mit Gesetzescharakter, wie wir nicht vergessen dürfen, werden von zweien der vier Parlamentssekretäre an den entsprechenden Kanzleisekretär weitergeleitet, der es dann übernimmt, in Übereinstimmung mit Artikel 236 der Verfassung, dem Staatsrat ein Original zukommen zu lassen. Dieser erstellt dann ein Gutachten, ob der König die Sanktion erteilen sollte oder nicht. Der Rat kommt überein, immer eine Kommission, aus seiner Mitte, um einen Bericht zu bitten und auf Grundlage dieser dann zu entscheiden. Das politische Beratungsorgan des Monarchen war der Meinung, er solle den achtzehn vom Parlament angenommenen Gesetzesentwürfen in der Sitzungsperiode von 1820 die Sanktion erteilen⁴⁴. Einmal formulierte der Rat einen Vorschlag, der von Ferdinand VII. jedoch ignoriert wurde. In der Tat sendete der Kanzleisekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel Agustín Argüelles dem Staatsrat am 30. September 1820 einen fünf Tage zuvor verabschiedeten Parlamentserlass mit Gesetzescharakter zu, in dem den Wanderherden der Durchgang und das Weiden in den Weidewegen, Viehwegen, allgemeinen Wegen und Wegerechten zugestanden

⁴³ All diese Gesetze wurden damals veröffentlicht in Colección de los decretos y órdenes generales de la primera legislatura de las Cortes ordinarias de 1820 y 1821, desde 6 de julio hasta 9 de noviembre de 1820, Imprenta Nacional, Madrid, 1821, Bd. VI. Die Originale mit ihrer entsprechenden Sanktion werden im Archivo del Congreso de los Diputados aufbewahrt, Geheime Dokumente von Fernando VII. – im folgenden als Reservados – zitiert, Bd. 60, Blätter 7-93. Zur parlamentarischen Debatte der Regelung der Druckfreiheit, siehe MEDINA PLANA Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 401-408.

⁴⁴ Im Schlußanhang stehen die Daten dieser Berichte.

den werden⁴⁵. Abgesehen davon, dass das Gesetz dem Vieh erlaubt, frei zu weiden, wird ebenfalls verboten, es ins Ausland zu transportieren, unter Androhung von vier bis sechs Jahren Zuchthaus, abhängig von der verschwundenen Stückzahl Vieh.

Der Staatsrat übernahm die Meinung seiner Verwaltungskommission und erklärte, es sei „recht und billig, dass E.M. ihm die Sanktion erteilen möge“. Jedoch legte er anschließend dar, dass, da der Gesetzesentwurf davon handelte, „eine so schwere Freiheitsstrafe zu verhängen, wäre es opportun, den Richtern keinerlei Platz für Willkür im Gesetz zu lassen“ und meinte, „dass E.M. dem Parlament dies anzeigen sollte, damit die genaue Anzahl der entwendeten Stück Vieh festgelegt werde, sowohl für die Verhängung von vier als auch die Verhängung von zehn Jahren Zuchthaus“⁴⁶. Trotzdem erteilte der König die Sanktion, ohne auch nur dem Parlament die Ausführung des Staatsrates anzudeuten.

Eines der Gesetze, das vom 21. Oktober 1820, das die Sanktion erhalten hatte, bedeutete de facto das Verschwinden der Vaterlandsvereine. Diese Art von Verein, d.h., „Clubs, die der politischen Diskussion offen stehen“, entstanden aufgrund der Erhebung von Riego, an verschiedenen Orten Spaniens (San Fernando, La Coruña, Madrid, Barcelona...) ⁴⁷. Der Abgeordnete Álvarez Guerra präsentierte am 28. Juli 1820 dem Parlament einen Vorschlag, in dem er um die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes bat, „der den Bürgern die Freiheit zusichert, sich mit politischen Diskussionen bilden zu können, ohne dass dies zu Mißbrauch führe“⁴⁸. Hiermit beabsichtigte man ein Gesetz, das Exzesse verhindert und von den Vereinen Verantwortung fordert⁴⁹. Die Mehrheit der Politiker waren der Meinung, diese Art von Versammlungen unterminiere die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Das Parlament nahm die Anregung von Álvarez Guerra an und sein Vorsitzender ernannte die Kommission, die mit der Ausarbeitung des Gesetzesvorschlages beauftragt wurde. Sie bestand aus dem Autoren der Anregung selbst, Juan Álvarez, sowie José María Moscoso, José Benítez, Pedro Antonio Cosío, Antonio Pérez Costa, José María Calatrava, José María Couto und Nicolás Garelly, keiner von ihnen ein Anhänger der Vaterlandsvereine⁵⁰. Am 16. September ielt Garelly, den Gil Novales als „einer der dümmlichsten Verfechter des Absolutismus mit liberalem Pelz“ titulierte, die Lesung des Gesetzesentwurfs, den die Kommission erarbeitet hat⁵¹. Am 14. des folgenden Monats begann die Debatte über den Entwurf. Bei dieser, die auch den folgenden Tag dauerte, ergriffen Verfechter der Vereine das Wort (wie José Moreno Guerra, Flórez Estrada, Julián Solana,

⁴⁵ Original in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 38.

⁴⁶ Staatsratgutachten, Palast, 11-X-1820, in AHN, Estado, leg. 134/12.

⁴⁷ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 5, 11, 17 ff.

⁴⁸ Diario de las Sesiones de las Cortes, 28-VII-1820, S. 293. GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 531. MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 433-434.

⁴⁹ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 535-536.

⁵⁰ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 539.

⁵¹ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 533 und 539. Der Wortlaut des Entwurfes auf S. 540-541.

Damián La Santa und der Extremist Romero Alpuente). Auf der Seite der Gegner war der letzte Redner der Staats- und Kanzleisekretär für Verwaltung, Argüelles⁵², der die Bürgerversammlung als unvereinbar mit dem Repräsentativen Körper der Nation erachtete. Schließlich verabschiedet das Parlament den Gesetzesentwurf über die Vereine⁵³.

Das Gesetz – kurz und klar gefasst – es besteht aus drei Artikeln – legt Regeln fest, nach denen ab diesem Zeitpunkt Versammlungen erlaubt werden, um öffentlich politische Angelegenheiten zu diskutieren⁵⁴. Im ersten Artikel wird die Auflösung der Vaterlandsjuntas festgelegt, der folgende toleriert regelmäßige Versammlungen, um dort über politische Aspekte zu debattieren, vorausgesetzt, die höchste örtliche Behörde wurde zuvor davon in Kenntnis gesetzt; der letzte Artikel erließ, dass die Versammlungen, die unter dem Schutz dieses Gesetzes abgehalten wurden, nicht als Körperschaft angesehen wurden.

Wie zu sehen ist, regelte das Gesetz nicht die Zeitspanne, die zwischen der Inkennntnissetzung der örtlichen Behörde bis zur Abhaltung der Versammlung verstreichen musste. Außerdem brauchte man keine Erlaubnis der örtlichen Behörde, von der auch nicht gesagt ist, um welche es sich handelt, damit sich mehrere Personen an einem öffentlichen Ort versammeln, um zufällig oder unbeabsichtigt über Politik zu debattieren.

Der Staatsrat war der Meinung, dass der König dem Parlamentserlass vom 21. Oktober seine Sanktion erteilen solle, der im Voraus die Regeln festlegte, unter denen Versammlungen erlaubt würden, um öffentlich über Politik zu debattieren⁵⁵. Nur das Staatsratsmitglied Antonio Ranz Romanillos, der im letzten Trimester 1809 Mitglied der gesetzgebenden Versammlung gewesen war⁵⁶ stellte sich der Sanktion des Gesetzesentwurfes über Vaterlandsvereine entgegen, mit dem Argument, die Verfassung erkenne ihre Versammlungen an⁵⁷.

⁵² Zu diesem asturischen Parlamentarier, der der Gruppe der Anhänger der Verfassung von Cádiz angehörte: E. SAN MIGUEL, Vida de D. Agustín Argüelles, Madrid, 1851, 2 Bde.; L. SÁNCHEZ AGESTA, Introducción a A. ARGÜELLES, Discurso preliminar a la Constitución de 1812, Centro de Estudios Constitucionales, Madrid, 1989, S.9 ff; F. TOMÁS y VALIENTE, Estudio preliminar a A. DE ARGÜELLES, Discursos, Junta General del Principado, Oviedo, 1985, S. I-LXXIX, und M. ARTOLA, Estudio preliminar a A. DE ARGÜELLES, Examen Histórico de la Reforma Constitucional de España, Junta General del Principado de Asturias, Oviedo, 1999, Bd. I, S. XIII-XCII.

⁵³ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 541-548. Siehe auch einige der Reden in MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 437-439.

⁵⁴ Original in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 81.

⁵⁵ Staatsratsgutachten, 30-X-1830, in AHN, Estado, leg. 134/18

⁵⁶ Estudio preliminar de M^a Cristina DIZ-LOIS a Actas de la Comisión de Constitución (1811-1813), Coordinador F. SUÁREZ, Instituto de Estudios Políticos, Madrid, 1976, S. 40, wo auch Daten zu seinem Leben erhalten werden können.

⁵⁷ Die Stellungnahme von Romanillos sagt: "dass die freie Versammlung dieser Vereine eine Folge der Verfassung ist; und so es Mißbrauch gäbe, wie es ihn überall gibt, und wie es in den Vereinen selbst schon vorgekommen war, so achte die Regierung schon darauf, wie es ihre Aufgabe ist, zu vermeiden, dass aufgrund des Mißbrauchs dieser Versammlungen die öffentliche Ordnung gestört werde, indem die Ruhestörer, so es sie gäbe, der Gesetzesautorität übergeben würden und vor den Richter gestellt, wie es auch schon geschehen ist. Die alten Gesetze über Räte und Versammlungen dürfen nicht als mit dem System der Freiheit vereinbar betrachtet werden und sie werden nicht passend angeführt. Weiterhin ist es nicht opportun, diesen Vereinen eine legale Existenz zu geben und dies geschieht, wenn Versammlungen per

Um zu versuchen, jeglichen Zweifel darüber aus dem Weg zu räumen, wer die oberste lokale Behörde sei, auf die sich das Gesetz vom 21. Oktober bezieht, bat der Kanzleisekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel den Staatsrat um die Erstellung eines Gutachtens. Dieser vertrat die Meinung, die oberste Behörde auf lokaler Ebene sei der Provinzgouverneur, der einzige, der befugt sei, das Verbot oder das Stattfinden der vaterländischen Versammlungen zu erlassen, unabhängig davon, an welchem Ort der Provinz die Ratsversammlung abgehalten würde⁵⁸.

Es ist aufzuzeigen, dass es in dieser ersten Sitzungsperiode Ferdinand VII. anscheinend in den meisten Fällen nicht allzusehr bekümmerte, den Parlamentsgesetzent-

Gesetz geregelt werden, die als zufällig angesehen werden sollten, wobei es egal ist, wo sie abgehalten werden; und alles, was hinsichtlich dessen getan werden muss, ist, die Autorität der Regierung auszuüben, um zu überprüfen und zu überwachen, worüber gesprochen wurde. Diese Gründe, die, wenn nötig, auch ausführlicher dargelegt werden, haben zu der Meinung angeregt, Ihrer Majestät dazu zu raten, dass o.g. Gesetzesentwurf an das Parlament zurückverwiesen werde, in Übereinstimmung mit Artikel 144 der Verfassung.

Madrid, den (leer) November 1820. A Romanillos“ (Abzeichnung) *AHN, Estado*, leg. 134/18.

⁵⁸ Das Gutachten des Staatsrates lautet wie folgt: „Am 7. November d.J. wurde dem Staatsrat auf königliche Anordnung aufgetragen, S.M über die Befugnisse der Provinzgouverneure hinsichtlich der öffentlichen Versammlungen zu beraten, worum es im Gesetz vom 8. November 1820 geht, Versammlungen, die in Ortschaften abgehalten werden, in denen sie nicht leben, im besonderen darüber, ob in diesem Fall befohlen werden kann, diese Versammlungen zu verbieten oder weiterhin abzuhalten, auch wenn die jeweilige Ortsverwaltung gegenteiliger Meinung ist.

Nachdem der Staatsrat Kenntnis nahm von dieser königlichen Anordnung, ist er der Meinung, dass es keinen gerechtfertigten Grund gibt, aus dem die Ortsverwaltungen den Provinzgouverneuren Zuständigkeiten streitig machen, um Kenntnis zu nehmen auf dem Gebiet der vaterländischen Versammlungen, denn als oberste lokale Behörde, unter dessen vorherigem Wissen diese erlaubt werden laut dem Gesetz vom 21. Oktober d.J., angenommen am 8. November d.J., muss diejenige der Provinzgouverneure der jeweiligen Provinz verstanden werden, denn da dieses Gesetz sie oberste nennt, wird angenommen, dass es ihnen untergeordnete gibt und bei diesen kann es sich nur um die Ortsverwaltungen der Dörfer handeln. Abgesehen davon, dass es sich um Angelegenheiten der politischen Regierung der Provinzen handelt, wird in der Verfassung gesagt, dass die oberste Autorität in diesen bei den Provinzgouverneuren liegt und dies wird in der Anweisung vom 23. Juni 1813 wiederholt, wo auch gesagt wird, dass diese sich um die öffentliche Ruhe kümmern müssen, als auch um die Ordnung, die Sicherheit der Personen und Besitztümer der Provinzbewohner, sowie die Anwendung der Gesetze und Anordnungen der Regierung, unter ihrer Verantwortung.

Gäbe es eine andere oberste Autorität, die Kenntnis in einer Angelegenheit der politischen Regierung nehmen könnte und wenn unglücklicherweise die öffentliche Ruhe gestört würde in den vaterländischen Versammlungen die in einem Ort der Provinz abgehalten würden, ergäbe sich daraus, dass die Ortsverwaltungen, mit jener obersten Autorität ausgestattet wären, um das Thema zu kennen und als eigene Aufgaben das Verbot oder die Erlaubnis dieser Versammlungen zu erkennen, sie auch versuchten, nur die öffentliche Ruhestörung zu erkennen als Ereignis, das in ihre Zuständigkeit fällt und wie es behandelt werden soll, so dass am Schluß zwei unterschiedliche oberste Autoritäten in einem einzigen Fall zuständig seien und in welchem Fall die Provinzgouverneure frei sind von Verantwortung und besonderer Aufgabe, die das Gesetz zugesteht, um für öffentliche Ruhe und Ordnung unter den Bewohnern ihrer Provinz zu sorgen, sofern diese gestört wird durch das Verbot oder die Erlaubnis, die vaterländischen Versammlungen abzuhalten und so ist die Stellungnahme, dass die Provinzgouverneure nur dafür zuständig sind, das Verbot oder die Erlaubnis der Abhaltung der vaterländischen Versammlungen anzunordnen, unter Beachtung der Gesetze, wenn diese dort abgehalten werden, wo sie nicht wohnen, unabhängig davon, ob die jeweilige Ortsverwaltung gegenteiliger Ansicht ist.

I.M. entscheide, wie es ihm gefällt. Palast, 5. Dezember 1821 *AHN, Estado*, leg. 138/14. Unterstreichungen von Romanillos selbst.

würfen, die ihm der zuständige Kanzleisekretär vorlegte, die Sanktion zu erteilen. Im Prinzip reichte ihm der positive Bericht „seines“ Staatsrates, dem er vertraute. Sobald es jedoch in einem der Entwürfe, die ihm zur Überlegung vorgelegt wurden, um Kirchengeschäfte ging, zeigte er wohl besonderes Interesse und bevor er nach Anhörung seiner Minister und des Staatsrates, dessen Gutachten – wenn auch nicht bindend – so doch laut Artikel 236 der Verfassung vorgeschrieben war, die Sanktion erteilte, wandte er sich an die kompetente Stimme der Geistlichen seiner Umgebung, welche der Nuntius und sein Beichtvater waren. So versuchte der König, indem er auf seine Befugnisse zurückgriff, die ihm die Verfassung zugestanden hatte, zwei religiöse Aspekte regelnde Erlässe an das Parlament zurückzuverweisen. Jedoch wurde er paradoxerweise von seinen eigenen Ministern dazu gezwungen, die er laut Verfassungstext ernannte und entließ, die in der Verfassung vorgesehene Sanktionsformel darunterzusetzen und „als Gesetz zu veröffentlichen“. Dies verursachte Gereiztheit und Unwohlsein⁵⁹. Hierum kümmern wir uns im folgenden Kapitel.

2. Die Problematik zweier Parlamentserlässe: der Erlass über die Kirchenimmunität und der Erlass über Mönchsklöster

Der erste dieser Erlässe, vom 26. September 1820, verfügte, dass ein jeder Geistlicher, der eine Straftat beging, für die eine corporis afflictiva, eine körperliche Züchtigung, verhängt werden könne, seine Immunität verlöre und folglich der gemeinen Justiz unterworfen war. In Übereinstimmung mit Artikel 236 der Verfassung sandte der zuständige Minister für Gnade und Justiz Manuel García Herreros, dem Staatsrat den Erlass zur Stellungnahme zu, der empfahl, die Sanktion zu erteilen. Der König jedoch, wir wissen nicht, ob vom Nuntius, wie einige Historiker glauben, von seinem königlichen Beichtvater oder einem Geistlichen beraten⁶⁰, war nicht gewillt, diese Sanktion zu erteilen. Der Minister in Person bereitete ein Papier vor mit den Gründen, die der König dafür angab, sein Veto gegen den Erlass einzulegen⁶¹. García Herreros erklärte, es sei notwendig, dass bei die-

⁵⁹ Einige Tage zuvor hatte es ihm auch Unwohlsein bereitet, dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter die Sanktion zu erteilen, in dem die Jesuiten aufgelöst wurden (S. auch einige der Beiträge in MEDINA PLANA Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 422-427).

⁶⁰ Dies war die Meinung des Herzogs von Gondomar, Graf von Garciez, der in einer Ausführung in Madrid am 26. Juni 1820 Ferdinand VII. geraten hatte, vor Erteilung oder Ablehnung einer Sanktion eines Parlamentsentwurfs Geistliche konsultieren, Jansenisten ausgeschlossen, „da ja die Parlamentssitzungen bald beginnen müssen, die vielleicht neue Gesetze erlassen wollen. In diesem Fall laut Artikel 144 der Verfassung I.M. dem Entwurf zustimmen oder nicht. Es ist ratsam, eins von beiden zu tun, denn es wäre sehr nachteilig, wenn der Entwurf als angenommen angesehen würde, weil I.M. die Sanktion nicht erteilte und um sie zu verweigern oder zu erteilen, beratschlagen I.M. mit Wissenschaftlern und gewissenhaften Menschen und mehr noch mit Geistlichen, auch wenn gesagt wird, es sei eine reine Disziplin, wobei jansenistische Ratgeber vermieden werden sollten, denn wenn sie vor der französischen Revolution von 1789 für einige (wenn auch nicht für alle) ein Problem wegen ihrer Rebellion gegen die Kirche darstellten, so ist es seitdem und nach der Veröffentlichung der Bulle *Auclorem Fidei*, angeordnet vom erhabenen Vater I.M. ein Axiom und glauben I.M., dass, wenn Sie die Rechte Gottes verteidigen, dieser die I.M. verteidigen wird. Die gleiche Vorsicht, die I.M. walten lassen muss, um zivilen Gesetzen die Sanktion zu erteilen oder sie abzulehnen, denn sie sind ihm sehr wichtig und auch der ganzen Nation, die I.M. so sehr liebt.“ (ACD, Reservados, Bd. 16, Bl. 5-6).

⁶¹ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 530.

sem, die persönliche Immunität des Klerus betreffenden Thema, die Kirchenautorität zu Wort käme. Er unterstrich auch, dass in allen katholischen Ländern seit jeher diese Immunität vom Gesetz und vom kanonischen Recht geschützt worden war, vor allem jedoch in „unserem Land, das bisher daran gewöhnt war, dieses Vorrecht als etwas den Menschen, die sich Gott, der Ausübung seines Kultes und der Seelenrettung widmen, innewohnendes zu betrachten“. Er beendete seine Ausführungen mit der Aussage, dass das Parlament diesen Überlegungen, die aus den königlichen Wünschen entstanden, „die so notwendige Übereinstimmung zwischen dem Priesterstand und dem Reich aufrechtzuhalten“ die ihnen zustehende Wertschätzung zu zeigen.

Der König, im tiefsten Inneren davon überzeugt, dass er dem Erlass über die Aufhebung der kirchlichen Immunität die Sanktion verweigern müsse, schrieb mit eigener Hand die Formel „ans Parlament zurückverweisen“. Aber er musste sich korrigieren, strich den vorherigen Satz durch und schrieb darüber: „Als Gesetz zu veröffentlichen“. Dies geschah am 24. Oktober.

Die Liberalen des in Cádiz tagenden Parlaments setzten paradoxerweise auf ein so antiliberales Prinzip wie das der religiösen Intoleranz⁶². Die Verfassung von 1812 erklärte im Artikel 12 kategorisch, dass die Nation katholischen Glaubens sei, und verbot die Ausübung einer anderen Religion⁶³. Trotz dieser religiösen Unnachgiebigkeit ereigneten sich bedeutsame Angriffe auf die Kirche. Während des liberalen Trienniums wurden wichtige Reformen durchgeführt, wobei ein Teil der inneren Struktur der Kirche zerschlagen wurde (Reduzierung des Zehenten, Ordensschließungen,...)⁶⁴. Auf diesem Gebiet ist die Reform des Regularklerus eine derjenigen, die das Parlament 1820 durchführte. Es nahm einen Gesetzesentwurf an, welches bis auf acht, die den Mönchen vorbehalten sind, die aufgrund ihres Alters oder einer Krankheit nicht wieder zu Säkularpriestern werden können, alle Klöster verbieten. Die Orden, die keine Mönche hatten, im Besonderen die Bettelorden, wurden wohlwollender behandelt: die Konvente mit mehr als zweiunddreißig geweihten Priestern überlebten, indes wurde die Aufnahme von Novizen verboten⁶⁵.

⁶² M. REVUELTA GONZÁLEZ, „La confesionalidad del Estado en España“, en *Iglesia, Sociedad y Estado en España, Francia e Italia (ss. XVIII al XIX)*, E. LA PARRA LÓPEZ y J. PRADELLS NADAL Editores, Diputación provincial de Alicante, Alicante, 1991, S. 379.

⁶³ Nach Meinung von Professor Cuenca, ist diese Glaubenserklärung „ausdrücklicher und absoluter“ als diejenige, die in irgendeinem anderen „Verfassungstext in der Geschichte der westlichen Welt“ (J. M. CUENCA TORIBIO, *Aproximación a la historia de la Iglesia contemporánea en España*, Madrid, 1978, S. 26). Um den Artikel 12 der Verfassung gründlicher zu kennen, s. E. LA PARRA LÓPEZ, *El primer liberalismo español y la Iglesia*. Las Cortes de Cádiz, Alicante, 1985, S. 35-65; M. REVUELTA GONZÁLEZ, „Discrepancias de liberales y absolutistas en la configuración de la Iglesia“, in *Aproximación a la historia social de la Iglesia española contemporánea*, El Escorial, 1978, S. 9-44 und J. M. PORTILLO VALDÉS, „De la Monarquía católica a la nación de los católicos“, in *O liberalismo nos seus contextos. Un estado da cuestión*. Coordinador Xosé Ramón Barreiro Fernández, Publicacións da Cátedra Juana de Vega, Universidade de Santiago de Compostela, 2008, S. 168-178.

⁶⁴ REVUELTA GONZÁLEZ, „La confesionalidad del Estado en España“, S. 380. Hinsichtlich der Kirchenreformen während des Verfassungstrienniums, s. die wertvolle Arbeit des gleichen Autors *Política religiosa de los liberales en el siglo XIX*. Trienio Constitucional, Madrid, 1973.

⁶⁵ W. J. CALLAHAN, *Iglesia, poder y sociedad en España, 1750-1874*, Ed. Nerea, Madrid, 1989, S. 122.

Der vorhergehende Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom ersten Oktober 1820, der die Klöster der Mönchsorden verbot und die Regularorden reformierte⁶⁶ verursachte eine Konfrontation zwischen dem König, den Kanzleisekretären und dem Parlament⁶⁷. Der Staatsrat, dem der Erlass zur Stellungnahme über seine Sanktion übergeben worden war, war dafür, diese zu erteilen⁶⁸. Ferdinand VII., auf Rat des Nuntius⁶⁹ oder seines Beichtvaters, das ist nicht genau bekannt, suchte beim Minister für Gnade und Justiz nach, dass er schlicht und kurzgefaßt die Gründe und Ursachen darlegte, die ihn veranlaßten, den Gesetzesentwurf über den Regularklerus an das Parlament zurückzuverweisen. In dem Dokument das vorbereitet wurde, um es ans Parlament zu schicken, steht, dass die Sanktion dieses Gesetzes „das Gewissen Seiner Majestät und seines Volkes“ in Gefahr brächte „und seine Vertreter zu keiner Zeit und unter keinen Umständen wollten, dass er seine Pflichten vernachlässige, die er Gott gegenüber habe“. Das aufschiebende Veto wurde auch durch die unausweichliche Einmischung der kirchlichen Autorität gerechtfertigt, damit die Mönchsreligionen ausgerottet, ihre Güter beschlagnahmt und die Bettelorden reformiert würden. Weiterer Grund, die der Monarch berücksichtigen musste, so wie er sagte, um dem Gesetz die Sanktion zu verweigern, war die bestehende Harmonie zwischen dem katholischen Spanien und dem Papst. Schließlich wurde auch angeführt, dass der König sich nicht in die Kirchenbefugnisse einmischen wolle⁷⁰.

Während das Gesetz die verfassungsmäßigen Schritte der königlichen Sanktion durchlief, wurde an verschiedenen Orten des Landes gegen das Gesetz des Verbots der Mönchsorden und Reform der Regularen protestiert. In Valencia erhielt der oberste Provinzgouverneur, Terán, Kenntnis davon, dass einige Kleriker „das Parlament mit ehrverletzenden und ausfälligen Äußerungen“ bedachten und versuchten „die Leichtgläubigen irrezuführen, sie zu überzeugen, dass diese Reformen den heiligen Glauben untergraben und zerstören“ und „die unvorsichtigen“ aufwiegelten, „der rechtmäßigen Autorität den gebotenen Gehorsam zu verweigern“, sowie die „gottesfürchtigen Gewissen“ zu alarmieren und einzuschüchtern, „indem sie den Repräsentanten der Nation unlautere Absichten unterstellten“. Als Folge hiervon entsandte Terán ein Diensts Schreiben an die Prälaten der religiösen Gemeinschaften der Provinz Valencia, in dem er sie dazu aufforderte, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit „keiner ihrer Untertanen sich erdreiste, beunruhigende, subversive und aufrührerische Behauptungen aufzustellen“; gleichzeitig drohte er damit, eine „ernste Verfügung“ zu erlassen, „um diejenigen hart zu strafen, die einen respektablen Charakter zu ihren eigenen hinterlistigen Zwecken ausnutzen, wäh-

⁶⁶ M. ARTOLA, *Antiguo Régimen y revolución liberal*, Ed. Ariel, Barcelona, 1991, S. 220. Varela schreibt: „Fernando VII widersetzte sich diesem Gesetz im September 1820, und legte das aufschiebende Veto ein, dass ihm die Verfassung zugestand.“ („La monarquía imposible“, 665). Wie schon zuvor gesagt, datiert das Gesetz vom ersten Oktober 1820, daher kann der Widerstand nicht, wie Varela sagt, im vorherigen Monat ausgeübt worden sein. Zum Inhalt des allgemein das Mönchsordengesetz genannte Gesetz, das seinen Ursprung in einem Vorschlag Sanchos, einem Abgeordneten aus Valencia, hat, siehe ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 543-544 und 611-613.

⁶⁷ VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S 665.

⁶⁸ AHN, Estado, leg. 86.

⁶⁹ Hierzu auch, GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, Bd. I, S. 574.

⁷⁰ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 529.

rend sie ihren spirituellen Pflichten nachgehen. Sie unterwarfen sich zahn den Bestimmungen der obersten Regierung, dies machte sie zu doppelten Kriminellen: wenn sie im sich Schatten derselben zu Handlungsweisen hinreißen ließen, die das Gesetz niemandem mehr gestattete, auch wenn es in früheren Zeiten diese tolerierte⁷¹.

Im Süden der spanischen Halbinsel, genauer gesagt, an einigen Stellen Sevillas, wurde eine Wandzeitung mit dem Titel *Aviso al público* festgemacht, in der versichert wurde, dass die Regierung von Ihrer Heiligkeit dem Papst exkommuniziert worden sei und dass der König keine Handlungsfreiheit habe und demnach zum zivilen Ungehorsam aufrief. Juan O'Donóju, Generaloberst in Andalusien, erließ eine öffentliche Bekanntmachung, in der die Sevillaner ermuntert wurden, den Autor der Wandzeitung zu entlarven. Der Anzeigerstatter, der anonym bleiben würde, erhielt außerdem als 1.000 Silbertaler Belohnung und eine Empfehlung an die Regierung⁷².

Am 23. Oktober schrieb der König, den es, in den Worten eines Zeitgenossen, dem aus Cádiz stammenden Alcalá Galiano, „anekelte, einem solchen Entwurf seine Sanktion zu erteilen“⁷³, eigenhändig am Ende eines der beiden Originalerlässe über Mönchsorden den Satz „ans Parlament zurückverweisen“, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, wenn die Sanktion verweigert wird. Ferdinand VII. streicht jedoch diese Worte durch und schreibt darüber: „Als Gesetz zu veröffentlichen“. Und anschließend setzte der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz seine ministerielle Gegenzeichnung darunter. Am gleichen Tag übersandte der Minister García Herreros den Parlamentssekretären den mit der Sanktion versehenen Erlass zu:

„Nach Anhörung des Gutachtens des Staatsrates hat der König dem Parlamentserlass vom ersten des Monats seine Sanktion erteilt, aufgrund dessen sämtliche Klöster der Mönchsorden geschlossen werden, sowie die Klöster der Reglardenherren von St. Benitus und andere, die dort aufgeführt werden. Was ich auf Anordnung Ihrer Majestät Euren Exzellenzen mitteile, wobei ich eines der beiden Originale dieses Erlasses zurückgebe, damit das Parlament ihrer Rechnung trage“⁷⁴.

Am gleichen Abend wurde in außerordentlicher Parlamentssitzung, in Übereinstimmung mit Artikel 154 der Verfassung, das Gesetz vom ersten des Monats über das Verbot und die Reform der Regularpriester, veröffentlicht⁷⁵.

Es ist deutlich, dass der König weder diesem Gesetz noch dem über die Aufhebung der Kirchenimmunität seine Sanktion erteilen wollte, aber er sich dazu gezwungen sah. Welche schwerwiegenden Gründe könnten seinen Willen beeinflusst haben, damit er seine Meinung änderte? Wie sowohl zeitgenössische als auch heutige Autoren darlegen,

⁷¹ Diario de Valencia, 4-X-1820.

⁷² Sevilla, 6-X-1820, in *El Universal*, 13-X-1820.

⁷³ A. ALCALÁ GALIANO, *Recuerdos de un anciano*, in *Obras Escogidas*, Biblioteca de Autores Españoles, Ediciones Atlas, Band LXXXIII. Madrid, 1955, S. 156.

⁷⁴ Palast, 23-X-1820, in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 62. Artola behauptet, es sei zwei Tage später gewesen, als „der König kapitulierte, dem Gesetz über die Regularen die Sanktion erteilte und am gleichen Tag begab er sich nach El Escorial“ (*La España de Fernando VII*, S. 544).

⁷⁵ Palast, 23-X-1820, in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 63.

scheint Ferdinand VII. vom Minister für Verwaltung Argüelles damit gedroht worden zu sein, dass es bei einer Verweigerung der Sanktion des Gesetzes über Regularpriester zu einem Aufruhr kommen würde, die seinen Ausgangspunkt in dem politischen Verein La Fontana hätte⁷⁶. Wie jedoch eines seiner Mitglieder erzählt, hatte es schon seit über zwei Monaten keine Sitzung mehr gegeben und jetzt würden seine Türen auch nicht geöffnet, um den Parlamentserlass über Mönchskloster zu studieren, auch wenn man im Palast die unrichtige Nachricht erhalten hatte, „dass in La Fontana schon hitzig gegen den Hof gewettert würde, vor einem genauso hitzigen Publikum, so dass der König sich feige fügte und die Sanktion erteilte“⁷⁷. Im Weiteren werden wir sehen, ob diese Gründe mit denen übereinstimmen, die der König für die Sanktion des Mönchsklostergesetzes – und auch für das der Kirchenimmunität – angab. Es besteht keinerlei Zweifel daran, dass Ferdinand VII. diesen Affront nicht vergab und zu warten verstand, bis der Moment kam, ihn anzuprangern, was in der Parlamentseröffnungsrede vom ersten März 1821 geschah, als er all dies öffentlich darlegte. Nach Meinung von Callahan „erreichte“ das Mönchsklostergesetz „nicht, eine massive bischöfliche Reaktion nach sich zu ziehen, außer der einer geringen Anzahl von Parlamentsabgeordneten, wie dem Erzbischof von Valencia, Arias Teijeiro, der sofort wegen seiner Tollkühnheit aus dem Königreich verwiesen wurde“⁷⁸.

Am Tag nachdem er die Sanktionsformel auf den Parlamentserlass über die Aufhebung der Kirchenimmunität geschrieben hatte, begab sich Ferdinand VII. nach El Escorial. Am 9. November endeten die Sitzungen der ersten Sitzungsperiode. Nach Ansicht von Artola haben der König und seine absolutistischen Anhänger „die Folgen der psychologischen Auswirkungen der Putschversuche des ersten Semesters“ überwunden und „beschlossen, sich dem revolutionären Prozess aktiv entgegenzustellen“⁷⁹. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt und als Folge der Sanktion der beiden Kirchengesetze, scheint der König Gespräche mit den zukünftigen Extremisten aufgenommen zu haben, „mittels Geheimverträgen zwischen dem berühmten Bruder Cirilo Alameda, Generalminister der Franziskaner und dem Alcalá Galiano“⁸⁰.

Obwohl es so in der Verfassung und in der inneren Parlamentsordnung vorgesehen war, kam die ständige Abordnung in ihrer Sitzung von 23. Februar 1821 überein, „dem Kanzleisekretär für Gnade und Justiz in seiner Regierung anzukündigen, dass am 25. d.M. eine Abordnung erscheinen muss, um Ihre Majestät höchstpersönlich über die Einrichtung des Parlaments und der Ernennung seines Vorsitzenden zu berichten“⁸¹. Als der Tag gekommen war, erschien eine Abordnung vor dem König und der für die folgenden Parlamentssitzungen gewählte Vorsitzende, der Bischof von Mallorca, hielt eine Rede, in

⁷⁶ ALCALÁ GALIANO, Recuerdos de un anciano, S. 156-157 und 169. GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, Bd. I, S. 574. VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 665.

⁷⁷ ALCALÁ GALIANO, Recuerdos de un anciano, S. 157.

⁷⁸ CALLAHAN, Iglesia, poder y sociedad en España, S. 123.

⁷⁹ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 545.

⁸⁰ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, Bd. I, S. 574.

⁸¹ ACD, Reservados, Bd. 43, Bl. 185.

der er der Hoffnung Ausdruck verleiht, der König möge am ersten des folgenden Monats der Eröffnung des Parlaments beiwohnen. Bis hier alles in verfassungsmäßiger Normalität, d.h. ein feierlicher Akt – in diesem Augenblick abgehalten im Botschaftersaal des Königspalastes – der sich in den folgenden Jahren wiederholte. Nun denn, was war des Königs Antwort? Denn es scheint, die Hofzeitungen gaben die Worte des Monarchen nicht exakt wieder. Wenn wir einem Augenzeugen glauben können, der Anordnung gab, die Wahrhaftige Antwort des Königs an die Parlamentsabordnung⁸² zu drucken, so sagte Ferdinand VII., dass er der Parlamentseröffnung mit größtem Vergnügen beiwohnen werde und hoffe, dass die Abgeordneten „energische“ Maßnahmen ergreifen mögen, „die die Übel, die die Nation bedrohen, in Schach halten können“, des Weiteren nutzte er die Gelegenheit, um sich auf die Unehrebarkeit und Beleidigungen zu beziehen – hier dachte er daran, wie er im Oktober des vorhergegangenen Jahres den Gesetzen über Regularpriester und Aufhebung der Kirchenimmunität die Sanktion erteilen musste – die seine Würde und Person „mit bewußter Mißachtung der Verfassung“ erlitten hatte. Diesen letzten Absatz fügte er zweifellos hinzu, weil er die Befugnis, die ihm der Verfassungstext erteilt hatte, die Sanktion zu erteilen oder sie zu verweigern, nicht frei hatte ausüben können.

Wenn wir also dem Zuschauer, der sich im Botschaftersaal des Königlichen Palastes befand, glauben, sehen wir, dass der König andeutete, dass er bei der Parlamentsöffnungssitzung etwas über die Zensur sagen würde, der er in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse unterworfen worden war.

In den Artikeln 121 und folgenden des heiligen Kodex, wie er damals genannt wurde⁸³, war festgelegt, dass der König an der Eröffnung des Parlaments teilnimmt und eine Rede hält⁸⁴. Der von Argüelles ausgearbeiteten Rede vom ersten März 1821, fügte der König einige Sätze hinzu – der sogenannte Nachtrag – in dem er, wie er schon bei Empfang der Abordnung angekündigt hatte, „die angeblichen Demütigungen seiner königlichen Person und die Schwäche der Minister, diese zu verhindern und zu unterdrücken“ anprangerte⁸⁵. Die von Ferdinand VII. hinzugefügten Aspekte, hörten Argüelles und die anderen Minister im Parlament und ließen sie sicherlich sprachlos, als Kritik an der Regierung waren sie eher moderat. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Mitarbeiter des Königs eine andere alternative, parteiische Rede vorbereitet hatten, die man dann jedoch lieber in der Schublade ließ.

In einigen ihrer Absätze, von denen einige zweifellos aufhetzten, und die Ferdinand VII. anschließend an seine offizielle, von der Regierung ausgearbeitete Rede anbringen

⁸² Madrid, 26-II-1821, Druckerei von Antonio Fernández, aufbewahrt in ACD, Reservados, Bd. 21, Bl. 76.

⁸³ ALCALÁ GALIANO, *Recuerdos de un anciano*, S. 162.

⁸⁴ VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 666.

⁸⁵ VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 666. Im Nachsatz macht Ferdinand VII die Minister für „die Angriffe auf seine Person“ verantwortlich (ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 554). Der Entwurf mit den vom Monarchen in die von Argüelles ausgearbeitete Rede eingefügten Punkten befindet sich in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 474. Dieser Entwurf wurde nicht von Ferdinand VII. geschrieben, er fügte jedoch in drei Reihen eigenhändig hinzu: „Dies ist, was ich hinzugefügt habe“ und zeichnete ab.

wollte, verlangte er an erster Stelle, die Verfassung, „auf die wir alle geschworen haben“ einzuhalten, um fortzufahren, dass bei der Ausübung der ausführenden Gewalt – „die ich verkörpere“ – der Wortlaut und der Sinn des Verfassungstextes verletzt worden war. Er bezog sich konkret auf den Artikel 168, der besagt, dass die Person des Königs keiner Verantwortung unterliegt, sowie auf einige Befugnisse, die in Artikel 171 behandelt werden. Anschließend bezog er sich auf die Sanktion, die ihm von der Verfassung aufgetragen war:

„aufgrund ihres Artikel 142 obliegt mir die Sanktion und ich muss und in letzterem Fall, die Gründe angeben, die ich hierfür habe, wobei ich das Original an das Parlament zurückgebe, damit es in seinem Archiv aufbewahrt wird, das Duplikat bleibt in meinem Besitz, und der Artikel 147 sagt unmißverständlich, dass, wenn der König die Sanktion verweigert, das Thema im gleichen Jahr nicht mehr vom Parlament aufgenommen wird, es kann wohl im folgenden Jahr geschehen, wo ich die Befugnis habe, ihm dann die Sanktion zu erteilen oder ein zweites und letztes Mal abzulehnen und wiederum kann es dann im selben Jahr nicht wieder behandelt werden“⁸⁶.

Danach erzählte er, und hier liegt die Wurzel seiner Rache, dass sein Gewissen es ihm nicht erlaube, den Gesetzen über das Verbot der Mönchsorden und der Aufhebung der Kirchenimmunität die Sanktion zu erteilen, ohne zuvor die Erlaubnis des Papstes eingeholt zu haben. Es gäbe sogar gute politische Gründe – die er nicht angab – um das Veto zu verweigern; aber er sei, wie jedermann wisse, gezwungen worden, „durch Drohungen“ – sagte er, oder, genauer gesagt, versuchte er zu sagen – „dass die Ruhe von Madrid in Gefahr und dass das ganze Volk beunruhigt war und seine Sanktion verlangte“.

Mehrere Autoren haben schon aufgezeigt, dass hier der wahre Grund dafür liegt, weshalb Ferdinand VII. sich gezwungen sah, den beiden erwähnten Parlamentserlässen die Sanktion zu erteilen: andernfalls wäre die bestehende öffentliche Ordnung in Gefahr.

⁸⁶ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 474.

IV. GESETZESENTWÜRFE DER SITZUNGSPERIODE VON 1821

1. Von Ferdinand VII. mit der Sanktion versehene

a. Einführung

Am Tag nach seiner Parlamentseröffnungsrede, in der Ferdinand VII., wie wir gerade gesehen haben, das Verhalten seines Ministeriums verbittert kritisierte, entließ er alle Staats- und Kanzleisekretäre. Einige Tage später ernannte er, auf Vorschlag „seines“ Staatsrates, Eusebio Bardají zum Sekretär für äußere Angelegenheiten, Mateo Valdemoros zum Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, Tomás Moreno zum Kriegssekretär, Francisco de Paula Escudero zum Marinesekretär, Antonio Barata zum Finanzsekretär, Vicente Cano Manuel zum Sekretär für Gnade und Justiz und Ramón Feliu zum Sekretär für die Verwaltung der Überseegebiete⁸⁷. Letzterer, das repräsentativste Mitglied der zweiten Regierung des Liberalen Trienniums, folgte später Valdemoros als Sekretär für Verwaltung⁸⁸. Die neuen Minister zählten weder auf das Vertrauen des Königs, des Parlaments noch der öffentlichen Meinung⁸⁹.

In den Parlamentsversammlungen der zweiten Sitzungsperiode wurden vierzehn Erlässe mit Gesetzescharakter verabschiedet. Der König erteilte zwölf dieser Gesetzesentwürfe seine Sanktion. Es handelt sich hierbei um folgende:

- Gesetz über die Vorgehensweise und die Beschleunigung der Strafverfahren wegen Verschwörung gegen die Verfassung, den Staat oder die geheiligte und unverletzbare Person des Königs.
- Gesetz zur Unterbindung des Geldverleihs oder ähnlichem an Rom per Bullen von Erzbischöfen, Bischöfen, Ehedispens und sonstige Erlässe, Indulte oder päpstliche Begnadigungen, weshalb Ihrer Heiligkeit sofort und als freiwillige Spende jährlich Neuntausend Duros zukommen gelassen werden.
- Gesetz über die Höhe der Strafen für Verschwörer gegen die Verfassung, den König, die Religion und diejenigen, die gegen sie auf jegliche Art verstoßen.
- Gesetz über Vergleichsverfahren.
- Gesetz über die Ausbesserungen der Minen in Nueva España und ihre Arbeiter.
- Gesetz, das die Grenzen der Jagdfreiheit sowohl auf öffentlichem als auch auf Privatbesitz festlegt.
- Gesetz, mit dem die Exklusivrechte des Viehbestands der Fuhrmänner aufgehoben werden.

⁸⁷ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 555. URQUIJO GOITIA, Gobierno y ministros españoles, S. 29-30.

⁸⁸ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 555. VARELA SUANZES, "La Monarquía imposible", S. 670.

⁸⁹ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 555.

- Gesetz, das erklärt, dass die Regeln, die im Erlass vom 15. Mai des Jahres über den Beginn des Prozesses gegen die Aufrührer von Salvatierra und der Provinz Burgos stehen, auch anwendbar sind auf andere, die einen Prozess wegen gleicher Ursache zu einem vorherigen Zeitpunkt anhängig haben.
- Gesetz, das mehrere Klarstellungen zum Gesetz vom 27. September über die Abschaffung des Fideikommisses beinhaltet.
- Gesetz, das es jedem Spanier oder Ausländer erlaubt, Minen eines jeglichen Metalls zu betreiben und abzubauen, die sie entdecken, nach Erfüllung der Bedingungen, die dargelegt werden.
- Gesetz über die Asylgewährung an Ausländer aus Übersee und Schaffung neuer Ortschaften.
- Gesetz, das Hilfswohlfahrtsjuntas der Ortsverwaltungen schafft und ihre Befugnisse festlegt⁹⁰.

Der Staatsrat war der Meinung, dass die vorhergehenden zwölf Gesetze die Sanktion erhalten sollten. Weitere zwei Erlässe mit Gesetzescharakter, über Feudalland und Vaterlandsvereine, wurden vom König ans Parlament zurückverwiesen, er folgte somit dem Gutachten des Staatsrates und der Meinung seiner Minister. Laut Artola begann die neue Regierung damit, „die Gesetze über die Vaterlandsvereine und die Abschaffung von Feudalland, die das vorherige Parlament verabschiedet hatte, zurückzuverweisen und statt dessen einen ersten Entwurf für einen neuen Erlass zu präsentieren. Die Maßnahme, streng verfassungsgemäß, enthüllte die Entscheidung des Königs, seinen Widerstand gegen das Reformprogramm beizubehalten“⁹¹. Diesen beiden Entwürfen, gegen die Ferdinand VII. sein Veto einlegte, widmen wir im Folgenden unsere Aufmerksamkeit.

2. An das Parlament zurückverwiesene

a. Vaterlandsvereine: Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 13. April 1821

Die Vaterlandsvereine, vor kurzem von einer Koryphäe auf diesem Gebiet definiert als „Bürgerversammlung in Cafés und öffentlichen Orten, um Nachrichten auszutauschen, die Zeitungen zu lesen, Ideen vorzuschlagen und Lösungen anzubieten“, sind Einrichtungen, die, obwohl sie schon zuvor existierten, ihre Blütezeit im liberalen Triennium erleben⁹²; oder, um exakt zu sein, im letzten Jahr der zweiten liberalen Etappe.

⁹⁰ Veröffentlicht in: *Colección de los decretos y órdenes generales expedidos por las Cortes ordinarias de los años de 1820 y 1821, en el segundo período de su Diputación, que comprende desde 25 de febrero hasta 30 de junio del último año*, Imprenta Nacional, Bd. VII, Madrid, 1821, und *Colección de los decretos y órdenes generales expedidos por las Cortes extraordinarias, que comprende desde 22 de setiembre de 1821 hasta 14 de febrero de 1822*, Imprenta Nacional, Bd. VIII, Madrid, 1822, S. 115-137. Die Originale sowie der Schriftwechsel zwischen dem zuständigen Staats- und Kanzleisekretär und den Parlamentssekretären in ACD, *Reservados*, Bd. 60, S. 98-215.

⁹¹ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 567.

⁹² A. GIL NOVALES, „El liberalismo temprano en un diccionario biográfico“, in *O liberalismo nos seus contextos. Un estado da cuestión*. Coordinador Xosé Ramón Barreiro Fernández, Publicacións da Cátedra Juana de Vega, Universidade de Santiago de Compostela, 2008, S. 25.

Etwas mehr als hundert Bürger beantragten am 27. Februar 1821 beim Parlament die Wiedereinführung der Vaterlandsvereine. Am 10. März ernannte der Kongress eine Kommission, die u.a. aus dem Extremisten Flórez Estrada und dem Richter Zorraquín besteht, damit sie einen Gesetzesentwurf über dieses Thema vorbereite. Eine Woche danach ist der Entwurf fertig⁹³. Nach der entsprechenden Debatte nimmt der Kongress den Entwurf an⁹⁴. Der Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über Vaterlandsvereine vom 13. April wurde am nächsten Tag Ferdinand VII. von einer Kommission vorgelegt, damit er die annehmende oder ablehnende Formel der Sanktion auf ihn schreibe⁹⁵.

Ziel des Gesetzes war, wie der Minister für Verwaltung Feliú im Kongress beim Vorlesen der Gründe weswegen der König den Gesetzesentwurf nicht billigte, darlegte, Unruhen zu vermeiden, die in den öffentlichen Versammlungen entstehen könnten, in denen über Politik debattiert wird. Der Mittelpunkt des Entwurfs über Vaterlandsvereine drehte sich um die Figur seines Vorsitzenden, der mit einer Reihe von Aufgaben und Pflichten ausgestattet wurde, so dass er im Endeffekt für strafbare Handlungen verantwortlich gemacht werden konnte, die in den Versammlungen begangen und nicht von ihm angezeigt wurden.

Im ersten Artikel des Gesetzes wurden die Bürger, die eine öffentliche Versammlung abhalten wollten, um über Politik zu debattieren, dazu gezwungen, der Zivilbehörde den Versammlungsort und die –Zeit mitzuteilen, außerdem die Identität und Anstellung desjenigen, der zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der Parlamentserlass schrieb somit eine Vorbereitungssitzung vor, in der die Mitglieder den Vorsitzenden wählten, dem die Artikel 2 und 3 die Leitung der Debatten, an denen er nicht teilnehmen durfte, anheimlegt, sowie darüber zu wachen, dass in den gehaltenen Reden kein Mißbrauch getrieben wird.

Artikel 4 und 5 besagen, dass, wenn ein Mitglied Ausdrücke benutzt, die als strafbar eingestuft werden können, der Vorsitzende verhindert, dass es weiterredet, anschließend die benutzten Ausdrücke aufschreibt und sie der Zivilbehörde mitteilt, damit diese in Übereinstimmung mit dem Gesetz vom 21. Oktober 1820 vorgeht; um einzuschätzen, ob die ausgesprochenen Worte strafbar sind. Dem Vorsitzenden halfen vier Zensoren, die vor Beginn der Sitzung ernannt wurden. Nun konnte es vorkommen, dass der Vorsitzende nicht bemerkte, dass ein Redner einen subversiven Satz ausgesprach, in diesem Fall konnte, in Übereinstimmung mit Artikel 6, ein jeder der Anwesenden ihm dies mitteilen damit die Behörde davon in Kenntnis gesetzt wurde. Artikel 7 besagte, dass sowohl der Vorsitzende als auch die Zensoren der Behörde gegenüber verantwortlich waren für den Fall, dass sie den Autoren der subversiven Doktrinen und Grundsätze nicht anzeigten.

Die Angelegenheiten, über die in den Versammlungen debattiert wurden, werden, in Übereinstimmung mit Artikel 8, 24 Stunden zuvor angekündigt. Wenn man über einen

⁹³ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 556-557. MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio*, Bd. I, S. 439-440.

⁹⁴ Die Parlamentsdebatten des Entwurfs in MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio*, Bd. I, S. 441-444.

⁹⁵ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 559.

neuen, nicht in der Tagesordnung beinhalteten Punkt diskutieren wollte, benötigte man hierzu die Zustimmung der absoluten Mehrheit der Teilnehmer. Artikel 9 schließlich bestimmt, dass der Vaterlandsverein als private Bürgerversammlung und nicht als Körperschaft angesehen wird.

Der Staatsrat, den man, wie in der politischen Verfassung der Monarchie festgeschrieben, um die Erstellung eines Gutachtens bat, widersetzte sich kategorisch der Schaffung der Versammlungen oder Vaterlandsvereinen, da diese seiner Meinung nach die öffentliche Ordnung stören könnten⁹⁶. Die Mehrheit der Staatsratsmitglieder, fünfzehn der neunzehn Anwesenden, hielten das neue Gesetz für nicht effizient, denn, wenn man in den Versammlungen strafbare Ausdrücke hörte, so wäre es das normalste, dass sich keiner traue, sie zu zensieren. Außerdem zweifelte der Rat daran, dass die Einführung dieser Vereine, „eine Brutbank von Zusammenrottung und Tumulten“, wie es die Erfahrung gezeigt hatte, die Freiheit stärken würde. Des Weiteren verfügte die Zivilbehörde nicht über die notwendigen Mittel, um die öffentliche Ordnung zu schützen, vor allem dann nicht, wenn gleichzeitig an mehreren Stellen Unruhen ausbrechen sollten. Nach Auffassung des Rates war es nicht ratsam, dem Gesetzesentwurf des Parlaments die Sanktion zu erteilen, denn gegenteiligenfalls sähe sich die Regierung gezwungen, der Bildung von Vereinen die Erlaubnis – „der grösste Feind der Freiheit“ – zu erteilen. Dies zöge zweifellos die Nichterfüllung vieler der Artikel der Verfassung nach sich. Nach Auffassung des Rates konnte die Verfassung schon über mehrere Mittel zur Selbstverteidigung frei entscheiden: die Druckfreiheit, die „erlesenste“ Art und Weise, „nicht nur ein Publikum, sondern einen Ort, eine Provinz, ein ganzes Reich aufzuklären“, das Parlament selbst, „ein wahrhaftes Bollwerk, welches die Freiheiten und Rechte der Bürger und der Völker verteidigt“ und „in dessen Hand die unschätzbare Macht liegt, die Ministerien und weitere Angestellten zur Verantwortung zu ziehen“, die Prozeßhandlungen und die wirtschaftlichen und Regierungsentscheidungen, die „öffentlich und von allen bekannt“ waren und die Wahlen zu Ortsverwaltungen, Provinzialräten und dem Parlament, die „gar nicht populärer sein könnten“.

Aus diesem Grund meinte das politische Beratungsorgan des Königs, dass dieser das Gesetz vom 13. April 1821 ohne seine königliche Sanktion ans Parlament zurückverweisen solle. Vier Ratsmitglieder waren dafür, dass Ferdinand VII. dem Gesetz die Sanktion erteilen sollte, welches sie als einen Zusatz zum Gesetz vom 21. Oktober 1820 ansahen⁹⁷.

⁹⁶ Kopie des Staatsratesgutachtens vom 2-V-1821 in *ACD, Reservados*, Bd. 23, Bl. 533-537.

⁹⁷ Der Marqués von Piedrablanca, Antonio Ranz Romanillos, Esteban Varea und der Baron von Castellet gaben eine Erklärung für ihre abweichende Stimme ab und sagten, „dass es keine Bedenken dagegen gibt, dass Ihre Majestät dem vom Parlament formulierten Gesetzesentwurf die Sanktion erteilt, zur besseren Regelung der Vereine oder Versammlungen, die man vaterländisch nennt. Hierüber gab es schon in der vergangenen Sitzungsperiode das Gesetz vom 21. Oktober 1820, dem I.M. die königliche Sanktion erteilte und zu dem das vorliegende eine Ergänzung darstellt. Der Beweis, dass es mit dieser Absicht getan worden war, ist der, dass von Beginn an und in verschiedenen Artikeln es sich auf jenes bezieht und es als weit genug entfernt ansieht, um es an keiner Stelle aufzuheben, noch nicht einmal mit einer noch so winzigen Aufhebungsklausel, mit der ein Gesetz aufgehoben wird, wenn ihm widersprochen wird. Es stimmt, dass ohne diese Klausel oder eine dementsprechende, dies ohne Kraft bliebe in dem Teil, der

Welche Gründe gab der Minister für Verwaltung dafür an, dass der König dem Gesetzentwurf des Parlaments über Vaterlandsvereine nicht die Sanktion erteilte?

Wie wir im folgenden Kapitel sehen werden, hatte einmal ein Minister während des liberalen Trienniums bei der Angabe der Gründe, weswegen der König einem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter seine Sanktion verweigert hatte, den gesamten Text des Gutachtens des Staatsrates wiedergegeben. Dies geschah bei dem Kanzleisekretär für Gnade und Justiz Garell, als der König sein Veto gegen das Gesetz über Feudalland einlegte. Die Argumentationslinie, die Feliu vertrat – „den die Ablehnung sehr erfreute, denn er war ein eingeschworener Gegner der Vaterlandsvereine“⁹⁸ – wich erheblich von dem ab, was der Staatsrat dargelegt hatte. Er zeigte auf, dass die in den Artikeln des Parlamentserlasses enthaltenen Regelungen zweifelsohne die Unruhen, die die Vaterlandsvereine verursachten, nicht vermeiden würden. Unter anderem, deutete Feliu an, wie schwierig es sein würde, die öffentliche Ruhe in der Vorbereitungsversammlung, in der der Vorsitzende gewählt würde, aufrechtzuerhalten. Ebenso gestand er ein, nicht zu wissen, welche Mittel diesem zur Verfügung standen, um den Mißbrauch in den gehaltenen Reden zu verhindern und dass es von Nöten sei, genau zu definieren, was unter „Exzess“ zu verstehen sei. Der Minister vertrat die Meinung, die verschiedenen Artikel seien nicht ausreichend. Seiner Meinung nach waren z.B. die Formalitäten des Artikel 8, d.h. das vorherige Übereinkommen durch absolute Mehrheit der Mitglieder die dafür waren, einen neuen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, unnötig:

„In den Tagen des Eifers“ – so sagte er – „wird über alles geredet werden, außer über den vorgeschlagenen Punkt, es sei denn, dieser habe zufällig direkt mit den Tagesereignissen zu tun; und selbst wenn es so aussieht, als ob man den angegebenen Punkt behan-

im Gegensatz steht zum neuen Gesetz, aber sie widersprechen einander nicht und beide können befolgt werden, ohne dass ein Widerspruch entstände. Der Gesetzentwurf, der jetzt vorgelegt wird, fügt in seinen Bestimmungen neue Regeln zu den im Gesetz vom 21. Oktober enthaltenen hinzu; und diese werden beibehalten, oder man treibe Mißbrauch mit der geregelten Freiheit, die den Bürgern zugestanden wurde, um sich zu versammeln, um politische Angelegenheiten zu debattieren, mit erwiesenem Schaden für die öffentliche Ruhe und Ordnung; die oberste Ortsbehörde kann tun, was am tunlichsten ist, in Ausübung der Befugnisse, die ihren Aufgaben inhärent sind und die das Gesetz vom 21. Oktober in Artikel 2 anerkennt. Das neue Gesetz kann als eine Regelung angesehen werden, die erarbeitet wurde, um das Alte auszuüben, so dass kein Risiko besteht, dass aufgrund der Tatsache, dass die Vaterlandsvereine losgelöst sind von der vorgeschriebenen Unterwerfung unter die Behörden, dort Mißbrauch und Unruhen losbrechen, die die Sicherheit der Bürger und die öffentliche Ruhe und Ordnung in Gefahr bringen; und es kann den Gewinn bringen, dass die Bürger einander aufklären, dass der Staatsgeist verbessert wird und das eine gewisse gesunde Erwärmung für das augenblickliche System erreicht wird, das noch viel Unterstützung von denjenigen braucht, die es von Herzen angenommen haben, damit es erstarkt, um dem Sturm so vieler Widersprüche zu widerstehen, die ihm noch innewohnen. In der Annahme also, dass mit diesem neuen Gesetz und als seine Grundlage, das Gesetz vom 21. Oktober letzten Jahres weiterbesteht, stimmen die, die diese Meinung vertreten, dafür, dass I.M. doch bitte die Sanktion erteilen möge, mit der Erinnerung daran, dass anscheinend im Artikel 5 das Zitat korrigiert werden muss, in dem auf das Gesetz vom 21. Oktober Bezug genommen wird, denn der Zusammenhang der Bestimmung läßt vermuten, dass das Gesetz, das zitiert werden sollte, das vom 22. Oktober war, das die Regelung hinsichtlich der Druckfreiheit behandelt = I.M. entscheidet, wie es am richtigsten ist = Palast, 2. Mai 1821. (Anschließend schrieb der König: „Es ist eine Kopie“ und zeichnete ab). ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 533-537.

⁹⁸ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 559.

dele, so tut man dies so, dass die Rede zurückkommt auf den, der in jenem Augenblick die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf sich zieht: die Redner weichen dauernd vom vorge schlagenen Thema ab; und wie sehr sich der Vorsitzende auch bemühen mag, sie wieder dorthin zu bringen, werden seine Bemühungen einfach ignoriert und das Publikum an sich, mit seinem Applaus und Beifallsrufen ermutigt sie, den Aufrufen zur Ordnung keine Folge zu leisten. Dies ist bisher so in den Versammlungen geschehen und es wird geschehen, solange sie abgehalten werden“.

Für Feliu existierten in jenem Augenblick nicht die Bedingungen für eine Änderung des Gesetzes vom 21. Oktober 1820, welches erachtete, die Vereine seien nicht mehr nützlich, er sah keinerlei Veranlassung dafür, diese Art von Versammlungen wiedereinzuführen, da die Freiheit ja durch das Parlament, das Petitionsrecht und die Druckfreiheit gesichert war, „deren Vorteile zweifellos erheblich größer sind als diejenigen, die die Deklamationen, die in einer Gesellschaft gemacht werden, mit sich bringen“. Außerdem zerstörten diese Art von Körperschaften seiner Auffassung nach das Repräsentativsystem. Wenn „alle das Recht haben, sich zu versammeln und zu debattieren“, dann werden Parlament und Regierung überflüssig, beschied er.

Der König, der Empfehlung des Staatsrates Folge leistend, akzeptierte das neue Gesetz nicht, wie dem Parlament am 12. Mai 1821 mitgeteilt wurde. In seiner kurzen Ansprache im Kongress hatte Feliu versprochen, dass eine Regelung der Vaterlandsvereine ausgearbeitet werde, aber dies wurde nie umgesetzt, da der Staatsrat es als unnötig erachtete⁹⁹.

b. Feudalland: Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 6. Juni 1821

Die Gesetzgeber von Cádiz, wie wohl bekannt, gingen die Auflösung des feudalherrschaftlichen Systems an. Der überaus wichtige Erlass vom 6. August 1811¹⁰⁰ erklärte die Überführung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit an die Nation, und verbot gleichzeitig die Hand- und Spanndienste sowie die dinglichen, die sich aus der Gerichtsbarkeitsurkunde ergaben, außer denjenigen, die sich aus „dem freien Vertrag der Nutzung des geheiligten Eigentumsrechtes“ ergaben. Artikel 5, dessen Auslegung später Gesetzesreformen und alle Arten von Erlässen nach sich zog, ordnete an, dass die Herrschaft über Landbesitz jetzt eingeordnet würden in die „Klasse sonstiger Privateigentumsrechte“, sofern es sich nicht um diejenigen handelte, die aufgrund ihrer Natur an die Nation übergeben werden mussten „oder um diejenigen, bei denen die Bedingungen, unter denen sie verliehen wurden, nicht erfüllt wurden, was aus den Erwerbsurkunden hervorging“. Der folgende Artikel sah die Verträge, die zwischen ehemaligen Lehnserren und Vasallen abgeschlossen worden waren, als Verträge zwischen Privatpersonen an¹⁰¹.

⁹⁹ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 559.

¹⁰⁰ Zu den ihm vorausgehenden Parlamentsdebatten siehe M. PÉREZ LEDESMA, „Las Cortes de Cádiz y la sociedad española“, in *Las Cortes de Cádiz*, Miguel Artola (Hrsg.), Marcial Pons Historia, 2003, S. 190-196.

¹⁰¹ Viel ist über dieses Thema geschrieben worden. Von höchster Bedeutung ist weiterhin S. DE MOXO, *La disolución del régimen señorial en España*. Madrid, 1965. Außerdem, B. CLAVERO u.a., *Estudios sobre la revolución burguesa en España*, Madrid, 1979 und *La abolición de los señoríos en España (1811-1837)*, Valencia, 1999.

Schon bald tauchten die ersten Auslegungsprobleme auf, besonders hinsichtlich der Artikel 5 und 6 des Verbotserlasses von 1811. Dies begann, als das Landgericht von Valencia Zweifel bei der Berufung hatte, die der Graf von Altamira gegen ein Urteil der Justiz in Elche eingelegte, über die Auslegung des Artikel 5 und fragte – in einer Bitte um Gutachten vom 21. September 1812 – ob die Lehnsherren, wenn sie weiterhin die Dienste wie bisher empfangen wollten, die Erwerbsurkunde vorlegen müssten und, sollte diese Urkunde nicht vorhanden sein, welche Beweise akzeptiert würden,¹⁰². Später, am 27. März 1813 beantwortete der Oberste Gerichtshof die vom Landgericht Valencia aufgeworfene Frage dahingehend, dass die Besitzer von Feudalherrschaftssitzen weiterhin ihre Dienste genießen konnten, ohne ihre Erwerbsurkunde vorzulegen. Die Akte wurde ans Parlament weitergegeben, dessen Feudallandskommission einen Entwurf ausarbeitete und die unklaren Aspekte des Erlasses von 1811 klarstellte. Der Entwurf wurde, als Folge der absolutistischen Restauration, nicht zu einem veröffentlichten Gesetz. Laut ihm oblag es den Besitzern von Herrschaften über Landbesitz zu beweisen, dass ihre Güter nicht zu denjenigen gehörten, die an die Nation übergeben wurden¹⁰³.

Jetzt in der zweiten liberalen Etappe, nachdem das Parlament neu versammelt war, legte die erste Legislationskommission (unter Vorsitz des Extremisten José María Calatrava und bestehend aus Vadillo, Gascó, Marina, Manescau, Moragues, Hinojosa und Rey) am 19. Oktober 1820 einen Gesetzesentwurf vor, der grundsätzlich darauf abzielte, den Artikel 5 des Erlasses von 1811 klarzustellen, d.h., ob „es nötig sei, vorher die Urkunde vorzulegen, um den ehemaligen Feudalbesitzer in einen neuen stolzen Besitzer zu verwandeln“¹⁰⁴.

Sobald der Entwurf debattiert und angenommen worden war¹⁰⁵, wurde er am 6. Juni 1821¹⁰⁶ zum Parlamentserlass mit Gesetzescharakter. Einige Tage später übergab Vicente Cano Manuel, Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz, dem Sekretär des Staatsrates den Originalerlass, damit dieser sein Gutachten gemäß Artikel 236 abgäbe,

¹⁰² Gutachten der Staatsratskommission für Gnade und Justiz, Palast, 9-II-1822, Original in AHN, Estado, leg. 175. Im Dokumentenanhang zu finden.

¹⁰³ DE MOXO, La disolución del régimen señorial, S. 60-61; J. A. LÓPEZ NEVOT, “Cuestión señorial y arbitrio en la España del trienio liberal: observaciones sobre un proyecto de ley de Manuel María Cambrero (1765-1834)”, in *Revista de Estudios Histórico-Jurídicos*, Valparaíso (Chile), XXVII (2005), S. 154.

¹⁰⁴ DE MOXO, La disolución del régimen señorial, S. 101 und 115.

¹⁰⁵ Zur Debatte, die am 5 März 1821 beginnt, und zur Abstimmung, s. MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 448-452. In der außerordentlichen Sitzung vom 6 Juni d.J., nach Annahme des Entwurfs des Erlasses über Feudalland, legte der Abgeordnete Puigblanch eine Stellungnahme zum Gesetz vor – die im Endeffekt nicht zur Diskussion zugelassen wurde – in der er darlegt, dass der Erlass keinen Gesetzescharakter haben sollte, und von daher dem König nicht zur Sanktion vorgelegt werden, da es sich seiner Meinung nach (und nach Meinung des Extremisten Romero Alpuente) um eine reine Gesetzesauslegung handelte (Das Zitat bei der gleichen Autorin, S. 452-454).

¹⁰⁶ Kopie desselben in AHN, Estado, leg. 175. Ebenso in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 554-555. Das Dokument wird vom Präsidenten José María Moscoso de Altamira und den Abgeordneten Sekretären Francisco Fernández Gasco y Manuel González Allende. unterschrieben und abgezeichnet.

damit nach seiner Ansicht der König die königliche Sanktion erteilt oder verweigert¹⁰⁷. Der Staatsrat kam überein, dass seine Kommission für Gnade und Justiz ein Gutachten erstelle¹⁰⁸. Neun Monate später hatte die Kommission für Gnade und Justiz ihren Bericht noch nicht fertiggestellt. Weshalb diese Verzögerung bei einem so wichtigen Thema? Weil es so in der Verfassung, im Artikel 150, festgelegt war, in dem es heißt, dass, wenn das Parlament seine Sitzungen beendet, bevor die Frist von dreißig Tagen, die der König hat um die Sanktion zu erteilen oder abzulehnen, abgelaufen ist, , , dann der König in den ersten acht Sitzungstagen der folgenden Parlamentsperiode die Sanktion erteilt oder verweigert.

Monate bevor der Parlamentserlass angenommen wurde, erschien das anonyme Werk *Los principios de la Constitución española y los de la justicia universal aplicados a la legislación de señoríos*, o sea *Concordia entre los intereses y derechos del Estado y los de los antiguos vasallos y señores*, welches Professor López Nevot dem Juristen Manuel María Cambronero aus Orihuela zuschreibt¹⁰⁹. Das Werk trieft vor Ideen gegen den Entwurf vom 6. Juni 1821 und wahrscheinlich hatten die Mitglieder der Staatsratskommission für Gnade und Justiz es vor Augen, denn in ihrem Bericht wurden an verschiedenen Stellen die Prinzipien von Cambronero eingewebt. In ihrem Gutachten vertritt die Kommission die Meinung, der König solle die Sanktion verweigern und den Entwurf ans Parlament zurückverweisen¹¹⁰. Die problematischen Artikel waren die Artikel 2 und 3, die, statt Artikel 5 und 6 des Erlasses vom 6. August 1811 klarzustellen, zwei neue Punkte einbringen. Einerseits, dass die ehemaligen Lehnsherren verpflichtet waren, mittels Erwerbsurkunden zu beweisen, dass das Land – urbar oder nicht – das sie zu jener Zeit besaßen, und deren absolute Herren sie bis zu jenem Zeitpunkt gewesen waren, nicht zu jenem gehörte, das der Nation übergeben werden musste und das die Bedingungen der Konzession erfüllt worden waren. Und andererseits, dass, sowohl hinsichtlich des Landes als auch der Erfüllung der Verträge, die hinsichtlich Grundstücken, Pachtgütern und Erbpacht mit denen abgeschlossen worden, die zuvor ihre Vasallen gewesen waren.

Ein äußerst schwieriges Problem, dem sich die Kommission gegenüber sah, war es, zu entscheiden, ob die Bestimmungen der beiden vorherigen Artikeln das war, was die außerordentlichen Parlamentsversammlungen von 1811 in den Artikeln 5 und 6 des Erlasses vom 6. August sagten. Die Kommission verstand, dass das, was die Gesetzgeber von Cádiz in diesen Artikeln ausdrückten, im Gegensatz zu dem stand, was nun die Artikel 2 und 3 des Erlasses vom 7. Juni besagten. In seinem Gutachten analysierte die Kommission zuerst die verschiedenen Arten von Feudalbesitz, ihre Natur und in welcher Lage sie sich aufgrund des Erlasses vom 6. August 1811 befanden. Sehen wir uns dies einmal an.

¹⁰⁷ Königliche Anordnung, 11-VI-1821, Original in *AHN, Estado*, leg. 175.

¹⁰⁸ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1821 (*AHN, Estado*, leg. 87).

¹⁰⁹ LÓPEZ NEVOT, "Cuestión señorial y arbitrio en la España del trienio Liberal". Vom gleichen Autor auch "Un juriconsulto español ante la abolición del régimen señorial", in *AHDE*, Bd. LXXIII (2003), S. 377-387.

¹¹⁰ Stellungnahme der Staatsratskommission für Gnade und Justiz, Palast, 9-II-1822 (im folgenden Stellungnahme CGJ genannt).

Drei Dinge hatten die Könige im Namen der Nation geschenkt oder verkauft: die gutherrliche Gerichtsbarkeit, die Herrschaft über die Siedler oder Dorfbewohner und die Herrschaft über Landbesitz. Mittels dieser Schenkungen oder Verkäufe vereinten die Beschenkten oder Käufer drei unterschiedliche Konzepte ineinander: das des rechtssprechenden Lehnsherren, das des Lehnsherren von Vasallen und das der Feudalherrschaft über Landbesitz¹¹¹.

Sowohl die Feudallandskommission der ersten liberalen Etappe als auch die erste Gesetzgebungskommission dieser zweiten Etappe, fassten unter dem Begriff Feudalbesitz die gutherrliche Gerichtsbarkeit und die Vassallenherrschaft zusammen, jedoch nicht die Herrschaft über Landbesitz, die man eher Grundeigentum nennen sollte. Die Gutsherrengerichtsbarkeit beinhaltete das Vorrecht, das Personal zu ernennen, das für die Justizverwaltung zuständig war, wie z.B. Strafen zu verhängen. Mittels der Herrschaft über die Siedler konnten von den Dorfbewohnern, als Vasallenabgabe, alle Arten von Diensten verlangt werden – Hand- und Spanndienste, dingliche und gemischte. Bei der Herrschaft über Landbesitz, wurden die Beschenkten oder Käufer zu Herren über die Ländereien, die innerhalb der Grenzen der geschenkten oder gekauften Dörfer lagen, d.h. sie wurden zu wahren Eigentümern¹¹².

Laut der Kommission nahmen die ersten drei Artikel des Erlasses vom 6. Juni (sic) 1811 den ehemaligen Lehnsherren die Gutsherrengerichtsbarkeit, sowie die damit verbundenen Befugnisse, weg und überstellten diese der Nation. Artikel 4 hatte die Herrschaft über Siedler sowie die Vasallendienstleistungen zunichte gemacht. Bei der Herrschaft über Landbesitz lag die Sache anders. Die Artikel 5 und 6 behielten sie als Privateigentum bei, außerdem bestimmten sie, dass die Verträge, die über das Land vor Veröffentlichung des Erlasses zwischen den ehemaligen Lehnsherren und Vasallen abgeschlossen worden waren, den Status von Privatverträgen annehmen würden¹¹³.

Diese Auslegung der Artikel 5 und 6 des Verbotserlasses durch die Kommission stand in krassem Gegensatz zu dem, was jetzt die Artikel 2 und 3 des Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter vom 7. Juni 1821 bestimmten. Der Artikel 5 bedeutete nach Meinung der Kommission folgendes:

„dass nach Abschaffung aller Feudalherrschaften und ihre jeweiligen Rechte durch die vorigen (Artikel), diejenigen, die man Feudalherrschaft nennt als Privateigentum beibehalten werden, unbeschadet der Übergebung derjenigen an die Nation, welche laut der allgemeinen Prinzipien des Themas und wie es schon immer geschah, zu übergebbaren erklärt werden, und sich im folgenden ihre Verträge anpassen an die allgemeinen Regeln des Gemeinrechtes, ebenso wie die Privatverträge, die ohne besondere Privilegien oder Sonderrechte abgeschlossen worden sind“¹¹⁴.

¹¹¹ Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

¹¹² Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

¹¹³ Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

¹¹⁴ Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

In Übereinstimmung mit dieser Auslegung behielten diese Besitzer das Recht bei, die sich aus dem Eigentum ergebenden Dienstleistungen zu verlangen, bis sie „in einem entsprechenden Gerichtsprozess angehört und besiegt waren und gerichtet wurde, dass die veräußerten Güter der Nation übergeben werden müssen“. Artikel 2 und 3 des neuen Erlasses bestimmen jedoch, dass sowohl die Eigentumsgewalt über die Ländereien als auch die Erfüllung der Verträge, wenn die ehemaligen Lehnsherren nicht durch Erwerbsurkunden bewiesen, dass die Feudalbesitze, die sie von den Monarchen, sei es als Schenkung, sei es durch Kauf, erhalten hatten, nicht zur Kategorie derjenigen gehörten, die der Nation ausgehändigt werden mussten und dass die Bedingungen ihrer Übergabe erfüllt waren¹¹⁵.

Nach zuvor beschriebenen Überlegungen und anderen gleicher Art, d.h., Kritik an der Auslegung des verbotenden Erlasses durch das Parlament¹¹⁶, meinte die Kommission über die verschiedenen Artikel des Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter vom 7. Juni 1821:

„Der 1. ist nutzlos, denn alles, was er enthält, steht schon in dem Erlass, auf den er sich bezieht und hierüber bestanden keine Zweifel.

Der 2., 3., 4. und 5. stehen in direktem Widerspruch zum gleichen Erlass.

Und der 6., 7., 8. und 9. haben nichts mit dem Thema zu tun“¹¹⁷.

Am 13. Februar 1822 versammelte sich der Staatsrat, um darüber zu debattieren, ob der König dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 7. Juni 1821 die Sanktion erteilen solle oder nicht. Von den 34 Mitgliedern, aus denen zu jener Zeit der Rat bestand, nahmen 24 teil¹¹⁸. Bei der Abstimmung zeigte sich die Mehrheit mit der Stellungnahme der Kommission für Gnade und Justiz einverstanden. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung sah wie folgt aus:

- Anglona. Enthält sich der Stimme
- S. Javier. Die Sanktion soll erteilt werden
- Estrada. Wie Herr Romanillos
- Carvajal. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden
- Taboada. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden
- Cabrera. Dito
- Cerralbo. Was die Mehrheit beschließt
- Florez. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden
- Pezuela. Die Sanktion soll nicht erteilt werden
- Castellet. Stimmt nicht ab

¹¹⁵ Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

¹¹⁶ Nachzulesen in der Stellungnahme CGJ im Anhang.

¹¹⁷ Stellungnahme CGJ, 9-II-1822.

¹¹⁸ Es fehlten Vázquez Figueroa, Ortiz, Luyando, Serna, Ballesteros, Requena, Piedrablanca, Garay, Kardinal von Scala und Agar.

- Vigodet. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden
- San Francisco y Herrera. Die Sanktion soll nicht erteilt werden
- Porcel. Dito
- Frías. Dito
- Gayoso. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden
- Varea. Dieses Gesetz ist dem Wortlaut und dem Geist des Erlasses vom 6. August 1811 treu und der Praxis der Gerichte und dass die Sanktion erteilt werde
- Romanillos. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden, aus den Gründen, die die Kommission vorlegt
- Aycinena. Dito
- Ibar-navarro. Dito
- Cevallos. Soll ans Parlament zurückverwiesen werden aus den Gründen der Kommission
- Castaños. Dito
- García. Auf Seiten der Kommission
- Ciscar. Die Sanktion soll erteilt werden und er erstellt einen Bericht für das Gutachten¹¹⁹.
- Blake. Auf Seiten der Kommission¹²⁰.

Das Gutachten des Staatsrates, mit Datum vom 16. Februar, bestand aus einer Abschrift der Stellungnahme der Kommission für Gnade und Justiz und war der Meinung, der König solle dem Parlament seinen Erlass vom 7. Juni 1821 zurückgeben, außerdem enthielt es die Abstimmungsbegründungen der überstimmten Varea und Ciscar¹²¹.

Im gleichen Monat Februar erhielten die Extremisten bei Neuwahlen die Mehrheit im Kongress¹²². Ende des Monats wurde eine dritte, eher moderat eingestellte Regierung gebildet, deren herausragendstes Mitglied der aus Granada stammende Francisco Martínez de la Rosa ist, und die weiterhin besteht aus Garely, für Gnade und Justiz, Romarate, für die Marine, Moscoso, für die Verwaltung, Balanzat, für Krieg, Sierra Pambley, für Finanzen und Bodega für Übersee¹²³.

Sechs Tage danach, am 6. März, verfasste der neue Minister für Gnade und Justiz, der für das Thema des Feudallandes zuständig ist, ein Amtsschreiben an die Parlamentssekretäre, in dem er mitteilte, dass Ferdinand VII. dem Parlament den Erlass mit Gesetzescharakter vom 7. Juni 1821 ohne seine Sanktion zurückgibt. Am folgenden Tag liest Garely im Parlament die Gründe vor, auf die sich der König bei seinem aufschiebenden

¹¹⁹ Er begründete seine Wahl damit, dass die Herrschaft über Landbesitz nicht als Privateigentum angesehen wurde. Der Originalbericht von Gabriel Ciscar wird aufbewahrt in AHN, Estado, leg. 175.

¹²⁰ Staatsratsprotokoll, 13-II-1822, in AHN, Estado, leg. 88.

¹²¹ AHN, Estado, leg. 175.

¹²² ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 565. VARELA SUANZES, "La monarquía imposible", S. 672.

¹²³ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 566.

Veto stützt, wie es die politische Verfassung der Monarchie vorschreibt. Bis auf eine kleine Stilkorrektur, sind die Gründe identisch mit denen, die die Staatsratskommission für Gnade und Justiz darlegte und dieser in sein Gutachten aufnahm¹²⁴. Gleichzeitig geschah etwas bis dahin noch nie dagewesenes: der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz legte dem Parlament, im Namen des Königs und unterstützt von der Regierung, einen alternativen Gesetzesentwurf vor über das Verständnis des Erlasses über Feudalland. Es ist das erste Mal während des Trienniums, und gleichzeitig auch das letzte Mal, dass die Regierung, im Namen des Königs, dem Parlament einen alternativen Gesetzesentwurf zur Debatte vorlegte, während zur gleichen Zeit der König einem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter die Sanktion verweigerte. Hier sehen wir, dass der König das in Artikel 171, Absatz 14 vorgesehene Vorrecht ausübte, dem Parlament Gesetze vorzuschlagen, die dem Wohl der Nation dienen, oder, was das gleiche ist, Ferdinand VII. hat auf das Initiativrecht zurückgegriffen¹²⁵.

Salvador de Moxó schreibt dem aus Valencia stammenden Garely die Vaterschaft dieses neuen Entwurfes zu, der „inhaltlich weiter entwickelt und realistischer ist als die Gesetze über Feudalland, die schließlich angewandt werden“¹²⁶. Jedoch vergißt dieser Autor, dass Martínez de la Rosa, der Einflußreichste unter den neuen Ministern, als Abgeordneter aktiv an den Parlamentsdebatten teilgenommen hatte und dabei deutlich seine Opposition gegen das Feudallandsgesetz zum Ausdruck brachte. Dies veranlaßt mich zu dem Gedanken, dass der Alternativentwurf zumindest ein Gemeinschaftsprodukt von Martínez de la Rosa und Garely ist, die beide hervorragende Kenner des Themas waren, obwohl ich auch sagen muss, dass ich den Entwurf des Ministerialentwurfs nicht gefunden habe – und auch nicht das Original –, welcher meine These bestätigen könnte.

Nach Meinung des Staats- und Kanzleisekretärs Garely, fußte der Gesetzesentwurf, den der König dem Parlament zur Untersuchung und Beratschlagung vorgelegt hatte, auf zwei Hauptpfeilern: die Entlastung der Dörfer und der Achtung des Eigentums. Laut Garely selbst waren die im Entwurf enthaltenen Hauptpunkte folgende:

„Den letzten Rest von Feudalismus bis auf die Wurzeln auszureißen, ohne die Eigentumsrechte zu verletzen, die am wenigsten zweideutigen Regeln zur Festsetzung der Art und Weise der verschiedenen Dienstleistungen zu schaffen; soviel Erleichterungen und Ermäßigungen zuzugestehen, wie mit den starren Prinzipien der Justiz in Einklang zu bringen sind; soweit wie möglich die Bedingungen und Vorteile einander anzupassen; die Aufteilung des Eigentums sowie die Festigung des mit Erbpacht belasteten Eigentums als Eigentum des Erbpächters effizient sicherzustellen“¹²⁷.

In der gleichen Parlamentssitzung vom 7. März beschuldigte der Abgeordnete Adán die Regierung der Parteilichkeit aufgrund des von ihr vorgelegten Alternativentwurfs,

¹²⁴ Stellen Sie hierzu einander gegenüber: *Diario de Sesiones de Cortes*, 7-III-1822, S. 221-225, und das Gutachten Kommission für Gnade und Justiz.

¹²⁵ MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio*, T. I, S. 393 und 397.

¹²⁶ MOXO, *La disolución del régimen señorial*, S. 102 und 127.

¹²⁷ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 7-III-1822, S. 225. Zum Inhalt des Entwurfs, s. MOXO, *La disolución del régimen señorial*.

und bedeutete, dass mehrere Minister während der Parlamentsdebatte über den Gesetzesentwurf für das Feudalland seiner Verabschiedung entgegengesetzte Auffassungen geäußert hatten¹²⁸. Außerdem kritisierte er, es sei anormal, „gleichzeitig mit dem Verwurf eines Gesetzes oder der Verweigerung der Sanktion durch die Exekutive, ein anderes an seiner Stelle zum gleichen Thema vorgelegt wird. Es gefiel dem König, der Klarstellung des Parlaments über das Feudallandgesetz die Sanktion zu verweigern und als Folge hat das Parlament die Möglichkeit, dieses Gesetz in dieser Sitzungsperiode und in der folgenden noch einmal zu untersuchen und zu verabschieden und wenn der König im zweiten Jahr die Sanktion verweigern sollte, erfolgt die Sanktion im dritten Jahr von selbst“¹²⁹.

¹²⁸ Diario de las Sesiones de Cortes, 7-III-1822, S. 227.

¹²⁹ Diario de las Sesiones de Cortes, 7-III-1822, S. 226. S. die Reden einiger Abgeordneten über den Regierungsentwurf in MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S 400-401.

V. IN DER SITZUNGSPERIODE VON 1822 ERLASSENE GESETZE

1. Von Fernando VII. mit der Sanktion versehene Gesetze

a. Einführung

1822 ist das Jahr, in dem das Parlament die wenigsten Gesetze verabschiedete: nur zehn. Zwei von ihnen haben ihren Ursprung in Entwürfen, die von der Regierung vorgelegt wurden, in Übereinstimmung mit der von der Verfassung von Cádiz erteilten Befugnis: das Zusatzgesetz zu dem vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit und das Gesetz über die gerechten Grenzen des Petitionsrechts. Die anderen acht Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter waren folgende:

- Das Gesetz, das das Gesetz vom 8. Juni 1821 über den Bergbau in Nordamerika auf Südamerika ausweitet.
- Das Gesetz, das die 1., Ttl 13, Satz 8 der Neunten Gesetzessammlung aufhebt, dort, wo das Alter für die Abschlussprüfung in Pharmazie mit 25 Jahren festgesetzt ist.
- Gesetz über das Strafgesetzbuch.
- Gesetz, damit die Bestimmungen der Kapitel 1 und 7 der vierundzwanzigsten Sitzung des Konzils von Trient über die Heiratsreform eingehalten werden, und dass die Pfarrer diese in ihrer Gemeinde ohne Erlaubnis des Ordinarius abhalten
- Gesetz, das die in den Laienstand versetzten Ordensgeistlichen beider Geschlechter ermächtigt, jedwellige Güter zu erwerben.
- Gesetz über die Pflicht, persönlich Rechenschaft abzulegen über kirchliche Gewinne, außer in den ausdrücklich festgelegten Fällen.
- Gesetz über Vaterlandsvereine.
- Gesetz, aufgrunddessen alle Konvente und Klöster geschlossen werden, die sich in unbevölkerten Gegenden befinden sowie in Dörfern mit weniger als 450 Bewohnern, mit Ausnahme von San Lorenzo del Escorial.

Bei diesen acht Gesetzen meinte der Staatsrat, Ferdinand VI solle die Sanktion erteilen, außer bei dem Gesetz über Vaterlandsvereine. Beim Entwurf für das Strafgesetzbuch, der vom 23. November 1821 bis zum 12. Februar des folgenden Jahres debattiert wurde, wurden noch einige Vorschläge bei den ordentlichen Parlamentsversammlungen, die ab März abgehalten wurden, gemacht, so dass sich seine Vorlage zur königlichen Sanktion verzögerte; ebenso wurde hier das Abhandenkommen des Protokolls des betreffenden Entwurfs behandelt¹³⁰. Was ich wohl beim Strafgesetzbuchsgesetz hervorheben möchte, ist, dass der König bei der Sanktionserteilung das Parlament durch seinen

¹³⁰ MEDINA PLANA, Soberanía, monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 459-465.

Minister für Gnade und Justiz vorwarnt, dass er in der Zukunft die entsprechenden Anmerkungen in Worte fassen wird:

„Da der König die großen Vorteile kennt, die das neue Strafgesetzbuch bietet, damit die Justizverwaltung an seiner wichtigsten Stelle nicht vage, unentschlossen und wie bisher die Entscheidung der Richter abwartet, hat er nicht lange gebraucht, um ihm die Sanktion zu erteilen, obwohl er überzeugt ist, dass ein solch umfassendes und schwieriges Werk nicht auf einmal jene Perfektion erlangen kann, wie sie das Parlament und S.M. erstrebt. Dieses Gesetzbuch ist das Ergebnis der Geistesblitze und unermüdlichem Kopferbrechen einer Kommission, die sich aus erlauchten Abgeordneten zusammensetzt, die zur Vollendung ihres Werkes die Stimmen des Obersten Gerichtshofes, der Kollegialgerichte in Strafsachen, der Universitäten und der Anwaltskammern hören wollten: und nachdem danach die Arbeiten und Bemerkungen von allen der gründlichsten Parlamentsdebatte, die hierzu einberufen worden war, unterworfen wurden, ist es fast unmöglich, dass das erwähnte Strafgesetzbuch, wie weit es sich auch von der Perfektion befinden möge, nicht der spanischen Nation unschätzbaren Nutzen bringen wird; und S.M. hofft, dass die Anmerkungen, die er der Weisheit des Parlaments in den nächsten Sitzungsperioden unterbreiten wird, dem gleichen Strafgesetzbuch, dem er die Sanktion erteilt hat, alle möglichen Verbesserungen zukommen lassen und sich eine perfekte Harmonie zwischen ihm und der Verfassung bildet“¹³¹.

Um so zu handeln, hatte Ferdinand VII. vielleicht eine Ausführung im Sinn gehabt, die ihm der Erzbischof von Tiro, der päpstliche Nuntius, durch den Minister, dem der König am meisten vertraute, Ramón Pelegrin, gemacht hatte¹³². In seinem Schreiben mahnte der Nuntius wegen dreier Artikel: Artikel 117, „der die Abschaffung des Asyls verkündet, Artikel 186, der die letzten Reste der persönlichen Immunität zerstört und vernichtet und schließlich Artikel 329, der nicht nur der sogenannten temporären Macht die absolute Vorherrschaft über die äußere Kirchendisziplin erteilt, sondern diese Usurpierung auf ein politisches, intolerantes Dogma aufbaut, und diejenigen mit der Strenge der schwersten und ungerechten Strafen belegt, die sich dieser neuen Doktrin widersetzen und ihr widersprechen“¹³³.

Nun wenden wir uns der Untersuchung des Gesetzesentwurfs über Vaterlandsvereine zu.

2. Gesetz über Vaterlandsvereine vom 1. November 1822. Negative Stellungnahme des Staatsrates

Am 17. Oktober 1822 legte die Kommission über die Vaterlandsübel gemäß ihrer Grundlage 15 einen Erlassentwurf zur Schaffung der Vaterlandsvereine vor¹³⁴. Einige der Gal-

¹³¹ Königliche Anordnung, Palast, 28-VI-1822, von Nicolás Garelly an die Parlamentssekretäre, Original in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 251-252.

¹³² Madrid, 20-II-1822, das Original wird aufbewahrt in APR, Reservados, Bd. 22, Bl. 130-163.

¹³³ APR, Reservados, Bd. 22, Bl. 130-131.

¹³⁴ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 567. S. Entwurfstext, außer bei diesem Autoren, auch in *Diario de las Sesiones de Cortes*, 17-X-1822, S. 206.

lionsfiguren der Extremisten waren Teil dieser Kommission, wie z.B. Francisco Javier Istúriz, Antonio Alcalá Galiano, Domingo María Ruiz de la Vega und Juan Oliver. Im Entwurf wurden diejenigen, die Versammlungen abhalten wollten, um über Politik zu diskutieren, dazu gezwungen, dies mindestens zwölf Stunden im Voraus dem Verfassungsbürgermeister mitzuteilen, oder dem Provinzgouverneur. Wenn darüberhinaus die Versammlungen regelmäßig stattfanden, wurde eine Ordnung entworfen, die o.g. Behörden zugeschickt wurde, um sie in Kenntnis zu setzen, aber nicht, um dies zu erlauben. Wenn es in der Sitzung zu Anzeichen von Aufstand kommen sollte, dann schritt die Autorität - und hier wird neben dem Provinzgouverneur und dem ersten Bürgermeister auch ein Ratsherr eingeschlossen - zur Auflösung der Versammlung ein, welche im übrigen durchaus nach drei Tagen wieder stattfinden konnte. Der Entwurf regelte auch die Uhrzeiten, während deren die Vaterlandsvereine sich nicht versammeln durften: zwischen Mitternacht und einer Stunde nach Sonnenaufgang.

Die Parlamentsdebatte über den Entwurf, die am 26. November abgehalten wurde, war kurz¹³⁵. Einige Mitglieder der Kommission (Ruiz de la Vega, Oliver und Alcalá) hielten Ansprachen, ebenso wie die Abgeordneten Muñárriz, Buey, Ferrer, Sotos, Romero y Rico¹³⁶. Gil Novales meint, in der Intervention des Extremisten aus Cádiz, Galiano, der den Gesetzesentwurf über die Vaterlandsvereine unterstützte, eine gewisse kontrarrevolutionäre Tendenz zu sehen¹³⁷. Am ersten November waren, wie es die Verfassung vorschrieb, die beiden Originale des Erlasses mit Gesetzescharakter über Vaterlandsgesellschaften vorbereitet. Einige Tage später bat der Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel den Staatsrat um einen Bericht über den Entwurf des vorherigen Gesetzes:

„Ich übergebe an V.S. auf königlichen Befehl den beigefügten Gesetzesentwurf vom ersten des Monats über öffentliche Versammlungen, die die außerordentliche Parlamentsversammlung dem König zur Sanktionserteilung übermittelte, damit der Staatsrat seine Stellungnahme abgibt gemäß Artikel 236 der politischen Verfassung der Monarchie“¹³⁸.

Der Staatsrat kam überein, dass die Kommission über Verwaltung darüber informieren sollte, ob der Monarch dem Entwurf die Sanktion erteilen sollte oder nicht¹³⁹. Um zu einem Ergebnis zu kommen, hatte die Kommission vier Akten vor Augen: diejenige, die angelegt worden war, um dem Gesetz vom 21. Oktober 1820 die königliche Sanktion zu erteilen, welches die Regeln festlegte, nach denen die Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen zur öffentlichen Diskussion über Politik erteilt wurde; eine zweite, ebenfalls über die Sanktion des Gesetzes, das vom Parlament am 13. April 1821 über das gleiche Thema erlassen worden war und schließlich zwei weitere über eine Regelung der

¹³⁵ Diario de las Sesiones de Cortes, 26-X-1822, S. 352-355. An jenem Tag werden die sechs Artikel des Entwurfs angenommen (GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 569).

¹³⁶ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 567-568.

¹³⁷ GIL NOVALES, Las Sociedades Patrióticas, I, S. 568.

¹³⁸ Palast, 7-XI-1822, Gascó an Juan de Madrid Dávila, Staatsratssekretär, Original in AHN, Estado, leg. 141/46.

¹³⁹ Protokoll der Sektion der Verwaltung der spanischen Halbinsel, 9-XI-1822 (AHN, Estado, leg. 85).

Anwendung des erwähnten Gesetzes vom 21. Oktober 1820 und über einige Zweifel, die bei der Ausübung der Befugnisse der Provinzgouverneure auftauchen könnten, hinsichtlich der Anwendung in den Orten, die nicht Provinzhauptstadt sind. Die Kommission erkannte an, dass die ersten beiden unerlässlich seien, um sich eine Meinung zu bilden „über den Nutzen und die Nachteile der Erteilung der königlichen Sanktion“ an den letzten Parlamentserlass über vaterländische Versammlungen. Laut Urteil der Kommission trugen die anderen beiden Akten nichts dazu bei, ihr Gutachten zu beeinflussen noch das nachfolgende des Staatsrates.

Bevor die Mitglieder der Kommission ihre Meinung zur Sprache brachten, erklären sie kurz die Prinzipien, auf die sie diese gründen¹⁴⁰. Hier erklärten sie, dass die öffentliche Ordnung und die legale Freiheit zwei Elemente seien, die sehr gut miteinander verknüpft sein müssten, denn sonst wäre das Verfassungssystem in Gefahr. „Weder kann die Freiheit ohne Ordnung andauern, noch gibt es eine wahrhaftige Ordnung ohne Freiheit“ urteilte die Kommission¹⁴¹, die anschließend, wie wir sehen werden, eine vergleichende Analyse des Gesetzes vom 21. Oktober 1820 und demjenigen, das jetzt zur Sanktion vorgelegt wurde, durchführt und gleichzeitig die Gründe untersucht, die der Rat am 2. Mai dargelegt hatte, damit der König das Gesetz, das er am 13. April über das gleiche Thema erlassen hatte, ans Parlament zurückverwies – wie wir uns erinnern, geschah es so.

Die Kommission war der Ansicht, dass es notwendig sei, solange die Vaterlandsvereinigungen noch nicht Fuß gefasst hätten¹⁴², dass zwei Ziele erreicht werden müssten: einerseits, diesen Vereinigungen ohne Vorbehalte die nötige Ausführlichkeit und Unterstützung zukommen zu lassen; andererseits, Vorsichtsmaßnahmen und Sicherheitsbestimmungen festzulegen, „damit sie weder degenerieren noch unter keinen Umständen die Ruhe stören noch die verfassungsmässige Ordnung umstürzen, wie wir leider auch

¹⁴⁰ Die Stellungnahme der Kommission der Verwaltung, in Gänze von der Mehrheit des Rates akzeptiert, wie wir sehen, trägt das Datum vom 19. November 1822, im Palast und das Original wird aufbewahrt in AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁴¹ Anschließend sagten sie: „Die Vereinigungsfreiheit, um öffentlich über Politik zu diskutieren, ist das wirksamste Mittel gegen die Willkür, aber es darf deswegen nicht angenommen werden, dass sie frei wäre von schwerwiegenden Nachteilen, während jede neue Regierungsform noch in den Kinderschuhen steckt und bis sich die eigenen und charakteristischen öffentlichen Gewohnheiten und Sitten eines jeden Systems gebildet haben.

Die Kommission hält sich nicht damit auf, die Beispiele anzuführen, die diese Wahrheit beweisen, sagt aber nebenbei, dass es an ein Wunder grenzen würde, wenn die Gesetze, die sich in einem Land bewährt haben, mit der gleichen positiven Auswirkung und ohne Nachteile in einem anderen Land eingeführt werden könnten. Das Vereinsgesetz in England, das heilsam gegen die willkürlichen Maßnahmen der Regierung wirkt, unter den Beschränkungen, dass die Versammlungen nur tagsüber stattfinden können und nur einen einzigen Punkt behandeln dürfen, der zuvor veröffentlicht wurde, führt in Irland sehr häufig zu gefährlichen Zusammenrottungen, Zerstörung und irreparablen Schäden und andernorts wäre es Grund für öffentliche Brandstiftung, Mord und Plünderung“ (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁴² Sie sagte: „Der Tag wird kommen (und die Kommission wünscht und erhofft dies von Herzen), an dem das öffentliche Vereinigungsrecht, grundlegend vereint mit der Verfassungsfreiheit, sich schmerzlos in dieser Monarchie anwenden lässt, ohne dass weitere Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen als die allgemeinen und normalen, um die öffentliche Ruhe und Ordnung in allen anderen Zweigen der öffentlichen Verwaltung aufrechtzuerhalten“ (AHN, Estado, leg. 141/46).

vor nicht langer Zeit an nicht weit entfernten Beispielen gesehen haben“¹⁴³. Diese beiden Ziele waren laut den Kommissionsmitgliedern im Gesetz vom 21. Oktober 1820 besser miteinander verbunden als in dem kürzlich von der außerordentlichen Parlamentsversammlung erlassenen Gesetz. Letzteres garantierte die Ausübung der von der Verfassung anerkannten Freiheit nicht ausreichend. Daher war die Kommission dagegen, dass ihm die Sanktion erteilt würde. Ihrem Verständnis nach bestanden zwischen den beiden Gesetzen fünf Unterschiede:

1. Beide bestimmten, dass diejenigen, die sich versammeln wollten, um über Politik zu diskutieren, zuvor die Ortsbehörden in Kenntnis setzen müssen, jedoch war im Gesetz vom 21. Oktober 1820 nur allgemein von einer Ortsbehörde die Rede, während das zweite konkret auf den Verfassungsbürgermeister verwies oder auf den Provinzgouverneur, sofern er dort ansässig sei, so dass „in den Orten, die nicht Provinzhauptstadt sind, wo die Provinzgouverneure keinen ständigen Wohnsitz haben, es so zu sein scheint, dass der Verfassungsbürgermeister die einzig berechnigte Person ist, diese Ankündigungen zu empfangen und dass niemand sonst ihn ersetzen kann“¹⁴⁴.

2. Das erste Gesetz schrieb die Zeitspanne die zwischen der Ankündigung und der Versammlung liegen musste, nicht fest, wogegen das zweite von zwölf Stunden spricht. Dies stellt eine deutliche Einschränkung dar „die auf den ersten Blick von geringer Bedeutung zu sein scheint, jedoch unablässig Störungen und Hindernisse verursacht bei der Ausübung eines Verfassungsrechtes, das nicht von Ausnahmegesetzen herrührt noch von Privilegien und zu dessen Ausübung es keine weitere Einschränkung geben darf als diejenige, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung unabdingbar ist“¹⁴⁵.

3. Das Gesetz vom Oktober 1820 machte bei regelmässigen Treffen nur die Ankündigung zur Pflicht, während das Gesetz vom ersten November 1822 diejenigen, die sich regelmäßig versammeln wollen, dazu zwang, eine Ordnung zu entwerfen, was zweifellos die in der politischen Verfassung der Monarchie anerkannte Freiheit untergrub¹⁴⁶.

4. Die Aussetzung der Versammlungen war im Gesetz von 1820 mit dem Ziel vorgesehen, Übel zu verhüten oder zu korrigieren, die ein Mißbrauch verursachen könnte. Während das neue Gesetz diese Aussetzung auf drei Tage beschränkte, was nicht ausreichte, um die Übel, die sich aus einem hypothetischen Mißbrauch ergäben, zu beheben¹⁴⁷.

¹⁴³ AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁴⁴ AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁴⁵ AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁴⁶ Das erwähnte Regelwerk müsse den „Behörden vorgelegt werden, damit sie untersuchen, ob es in ihm etwas gibt, was ihre Aufmerksamkeit oder ihr Eingreifen erforderlich macht, und wenn nicht, dass sie es erlauben. So einfach und natürlich auch diese besondere Verpflichtung erscheinen mag, sie wird stets im Gegensatz zur verfassungsmässigen Freiheit stehen, denn da es nicht zu dem einzigen Zwecke, die Ordnung aufrechtzuerhalten, geschieht, wie in der Verfassung steht, ist kein Hindernis akzeptabel; und sicherlich ist es nicht in diesen Regelwerken, wo Regeln oder Maxime geschaffen werden, die gegen das System sind, wie sehr auch im Herzen und im Sinn diese Absicht bestehen mag; von daher bezieht man das Wissen darüber, ob die Aufmerksamkeit erregt oder ein Eingreifen der Behörden erforderlich wird, nicht aus diesem Regelwerk und von daher handelt es sich um eine nutzlose und gleichzeitig beschwerliche Pflicht“ (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁴⁷ Denn „diese kurze Zeitspanne – sagte die Kommission – scheint eher eine kleine Pause zu sein, um den

5. Das letzte Gesetz ordnete an, dass, wenn es bei einer Versammlung Anzeichen von Aufruhr gäbe („wie zur Tat schreiten zu wollen oder in aufrührerische Beifallsrufe ausbrechen“) der Provinzgouverneur, der Bürgermeister, oder, falls nicht vorhanden, ein Ratsherr im Auftrag von Letzterem, die Sitzung unterbrechen dürfe, was bedeutete, dass einer von ihnen stets an den Versammlungen der Vaterlandsvereine teilnehmen musste, denn „wenn sie nicht an der Sitzung teilnehmen, kann diese weder unterbrochen werden, noch der Aufruhr verhindert, oder abgebrochen, und mehr noch, selbst für den Fall, dass der Ratsherr teilnimmt, kann er die Sitzung nicht unterbrechen, wenn er zuvor nicht ausdrücklich von einem der zuvor genannten dazu bevollmächtigt wurde“¹⁴⁸. Dies wäre nach Ansicht der Kommission jedoch lösbar, das schwierige war, Anzeichen von Aufruhr und Aufruhr an sich gleichzusetzen¹⁴⁹.

Dies waren die fünf Gründe, die für die Kommission ausreichend waren, um zu begründen, dass Ferdinand VII. seine königliche Sanktion nicht erteilen solle und das Gesetz vom ersten November 1822 über Vaterlandsvereine an das Parlament zurückverweisen möge.

Am 23. November schritt der Staatsrat zur Abstimmung über die Akte, die über die Sanktion des Gesetzes über Vereine angelegt worden war und die Mehrheit der Anwesenden kam, sich dem Bericht der Kommission für Verwaltung anschließend, dahingehend überein, dass es nicht wünschenswert sei, diese zu erteilen und das Gesetz solle ans Parlament zurückverwiesen werden¹⁵⁰. Außerdem gab es drei Abstimmungsbegrün-

Angriff mit neuen Kräften und größerer Vorsicht zu wiederholen denn ein wirksames Heilmittel für den Schaden. Diese Überlegungen gelten noch mehr für diejenigen Orte, die nicht Provinzhauptstadt sind, wo es entweder keine Ordenskräfte im Ort gibt, die eingesetzt werden können oder die Stadtverwaltungen und Bürgermeister nicht über das Wissen verfügen, das benötigt wird, sie erfolgreich bei der Unterdrückung von Ausschreitungen anzuwenden, ohne neue und größere Verlegenheiten zu verursachen, wenn zum Erlass der unbegrenzten Aussetzung der Versammlungen, zur Zeitgewinnung, den Provinzgouverneuren Mitteilung über das Vorgefallene erstattet wird, ihre Anweisungen abgewartet werden und, falls nötig, ihre Unterstützung, so braucht man hierfür nur guten Willen, gute Wünsche und eine halbwegs annehmbare Kenntnis über die Ursache des Übels und der Notwendigkeit des Heilmittels, das zwecklos ist, wenn in der kurzen Zeitspanne von drei Tagen diese Vorteile nicht erreicht werden können aufgrund der Entfernung oder aus anderen, zufälligen, Gründen; und die Summe des Guten, dessen uns die Versammlung berauben kann, kann niemals vergleichbar sein mit der Summe der Übel, die uns anheimfallen können, wenn die Sitzungen mit diesen Bestimmungen abgehalten werden, bevor das Heilmittel kommt“ (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁴⁸ AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁴⁹ Sehen wir, wie fein die Kommission zwischen beiden unterscheidet: „Anzeichen sind Vorzeichen eines mehr oder weniger imminentes Ereignisses: mehr oder weniger sichere Zeichen, die nachgewiesen werden; und hier ist viel Platz für Zweifel und viele Arten des Verständnisses, je nach Urteil, entweder Kritik von denjenigen, die es beobachten oder die Vorhersagen treffen; aber die aufrührerischen Beifallsrufe sind keine Vorhersagen mehr oder Prophezeiungen, sondern Tatsachen und reale und tatsächliche Vergehen, bei denen nicht nur die Provinzgouverneure, Bürgermeister und Ratsherren, sondern jeder Bürger Autorität besitzt, um den Straftäter zu ergreifen, wenn er in Flagranti erwischt wird und dieser verfassungsmäßige Befugnis scheinen sie beraubt zu werden, wenn als Heilmittel die Aufhebung der Versammlung für nur drei Tage verhängt wird“ (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁵⁰ Protokoll der Sektion der Verwaltung der spanischen Halbinsel, 23-XI-1822 (AHN, Estado, leg. 85). 24 Ratsmitglieder nahmen an der Versammlung teil. Die folgenden fünfzehn sprachen sich gegen die Sanktion aus: Estrada, Carvajal, Vázquez Figueroa, Pezuela, Vigodet, San Francisco, Porcel, Gayoso, Aycina, Cevallos, García, der Kardinal von Scala, Ciscar und Blake. Bei der Abstimmung sagte das un-

dungen von überstimmten Ratsmitgliedern, die dem Gutachten hinzugefügt wurden. Der erste Bericht stammte von sieben Ratsmitgliedern, die ihre Meinung zum Ausdruck brachten, die im Erlass vorgeschriebenen Regeln wären keine solch großen Hindernisse, dass sie die Nichterteilung der Sanktion rechtfertigten¹⁵¹. Das Ratsmitglied Aycinena gab auch seinen Bericht ab, er war der gleichen Meinung, aber aus anderen Gründen¹⁵²

gestüme Ratsmitglied García: "Weder diesem noch sonst einem Gesetz über Vaterlandsvereine darf die Sanktion erteilt werden. Und da die Vereinigungen frei sind, unterliegen sie ohne jede Einschränkung den Behörden". Am 25. November wurde das Gutachten des Staatsrates ins Reine geschrieben (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁵¹ Es handelte sich hierbei um: Piedrablanca, Romanillos, Ballesteros, Castellet, Flores, Cabrera und San Javier (im Protokoll der Sektion der Verwaltung der spanischen Halbinsel, 23-XI-1822. AHN, Estado, leg. 85). Ihr Bericht besagte: "Die Ratsmitglieder Marqués de Piedrablanca et al. sehen in dem Gesetzesentwurf, der dem Rat zur Untersuchung vorgelegt wurde, Hindernisse von solcher Tragweite, dass ihr wegen die Sanktion verweigert werden müsste. Es stimmt wohl, dass die Artikel 3 und 4 die Befugnisse, die das vorherige Gesetz vom 21. Oktober 1820 den Ortsbehörden zugestanden, einschränken und verringern; aber man darf nicht vergessen, dass nach dem Tenor des Artikel 3 des vorliegenden Entwurfes, es der Ortsbehörde anheimliegt, die Indizien eines baldigen Aufruhrs oder Tumultes abzustufen, die in ihm Anzeichen genannt werden. Sie muss daher sehr aufmerksam beobachten, ob sich diese Indizien zeigen, um das Hilfsmittel, das man ihr zur Hand gibt, rechtzeitig und angemessen einzusetzen, was ihrer vernünftigen Urteilskraft überlassen wird, dies verhütet, dass die Bewegungen, oder andere Handlungen, die aufrührerische Tendenzen zeigten, zu mehr werden und die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Gefahr bringen, die bevorzogenen Objekte der Institution dieser Behörden. Es wäre zu wünschen, dass die in Artikel 4 angegebene Zeitspanne, nach der sich der Verein, der Grund zur Auflösung gegeben hätte, wieder versammeln könne, nicht so kurz sei; sondern dass den Behörden mehr Zeit zugestanden würde, damit sie die bedrohte öffentliche Ordnung konsolidieren und verstärken können und die Aufruhrversuche, die sich seitens der Unruhestifter wiederholen könnten, vermeiden: hier ist es eigentlich, wo der Entwurf Hindernisse aufweist: denn es scheint, dass die Garantien, die der Freiheit gegeben wurden, nicht mit denen in Einklang gebracht werden können, die der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben werden müssen; aber es muss davon ausgegangen werden, dass die lokale Behörde ausreichend Bewachung und Energie hat, um diese Tage auszunutzen und die Samen der Unruhen auszurotten und Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, damit sie nicht wieder sprießen; sollte dies nicht erreicht worden sein, ist es ziemlich sicher, dass die Ruhestörer sich nicht in Vaterlandsvereinen versammeln müssen, um zu versuchen, ihre Vorhaben in die Tat umzusetzen; und wenn sie bis zu diesem Punkt gelangt sind, dann stammt das Übel nicht aus dem Vaterlandsverein, sondern aus anderen Wurzeln, die in ihren Anfängen hätten korrigiert werden müssen; und schließlich müssen die Vorankündigung der Versammlungen der Vaterlandsvereine an die lokalen Behörden und die Untersuchung des Regelwerks derjenigen, die sich regelmäßig versammeln, diese in die Lage bringen zu wissen, welche Mittel und Vorsichtsmaßnahmen sie am besten ergreifen, damit in diesen Versammlungen die Freiheit nicht missbraucht wird und dass sie nicht zu Brutstätten von Tumulten und Aufläufen werden, statt als Stütze der Erfüllung der Verfassung zu dienen; nichts bekommt dieser schlechter als die Zügellosigkeit dieser Freiheit und das Unwissen der Behörden, die sie selbst bestimmt. Nun, diese Gesetze sind noch mehr als alle anderen, vorübergehender Natur und die Erfahrung wird zeigen, ob das Heilmittel der Übel, an denen bis jetzt gekrankt wurde, richtig gewählt war oder ob man neue Charakter benötigt. Es wäre nicht gewagt zu sagen, das beste wäre gewesen, die Art und Weise, wie die Bürger sich versammeln wollen, um über die öffentlichen Angelegenheiten ihres Vaterlands zu reden nicht zu regeln zu versuchen. Sie würden diese Freiheit mit der gleichen Natürlichkeit benutzen, die sie für all das haben, was per Gesetz verboten ist: Sie hätten hierfür die ganze Ausdehnung, die man ihnen geben kann bis zu dem Punkt, an dem sie entweder jemand anderem Schaden zufügen oder die gesellschaftliche Ordnung stören; und hier träten dann die Behörden mit der gleichen Ausdehnung auf den Plan, um den Mißbrauch mit den Mitteln, die ihnen das Gesetz erteilt, zu unterdrücken. Außerdem wurden ja schon Regeln über die Nutzung dieser Freiheit aufgestellt, wiederholen wir, die im Gesetzesentwurf vom 1. des Monats enthaltenen stellen in ihrem Konzept keine solch großen Hindernisse dar, dass man ihm deswegen die Sanktion verweigert" (AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁵² In seinem Bericht steht: "Die Artikel 3 und 4 sind die einzigen, die auf den ersten Blick Schwierigkeiten

und der Fürst von Anglona, der im Grundlegenden mit der Stellungnahme der Kommission übereinstimmte, drückte in seinem Bericht aus, dass mit diesem Gesetz die Befugnisse der Behörde eingeschränkt würden, welche sie hat, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, daher sei es nicht ratsam, dass der König ihm die Sanktion erteile¹⁵³.

Das Gutachten des Staatsrates gab das Ergebnis der Abstimmung wieder, bei der die Mehrheit seiner Mitglieder dafür waren, dass Ferdinand VII. dem Erlass mit Gesetzescharakter über Vaterlandsvereine die Sanktion nicht erteilen solle, es war am 25. November ins Reine geschrieben – und von den anwesenden Mitgliedern des Staatsrates abgezeichnet. Entgegen der mehrheitlichen Auffassung des Staatsrates schrieb der König jedoch zwei Tage später auf das Original des Parlamentserlasses die Formel für die Sanktion: „Als Gesetz zu veröffentlichen“¹⁵⁴. Weshalb erteilte Ferdinand VII. einem Gesetz die Sanktion, dem sich der Staatsrat widersetzte? Die Erklärung ist einfach: Der Minister, der alles, was mit dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über Vaterlandsvereine bearbeitete, war derjenige für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, Francisco Fernández Gascó, Extremist, wie die Mehrheit der Abgeordneten, die für das Gesetz stimmten und außerdem ein begeisterter Anhänger der politischen Stammtische. Zweifellos war er es, der den Willen des Königs dahingehend beeinflusste, dass er von eigener Hand die Sanktionsformel schrieb. Erinnern wir uns daran, dass er eineinhalb Jahre zuvor ein ähnliches Gesetz zurückverwiesen hatte, über das der Staatsrat ebenfalls negativ urteilte, gegen welches aber der damalige Staats- und Kanzleisekretär für Verwaltung, Feliu war.

Am gleichen Tag, als das Gesetz die Sanktion erhielt, sandte Gasco es den abgeordneten Sekretären des Parlaments:

„Auf Befehl des Königs übergebe ich E.E. zur Information der außergewöhnlichen Parlamentsversammlung den beigefügten Erlass desselben vom 1. des Monats, versehen mit der Sanktion I.M., hinsichtlich der öffentlichen Versammlungen, um über Politik zu debattieren“¹⁵⁵.

Und am selben Tag wurde es im Parlament als Gesetz veröffentlicht, und übereingekommen, dass der König in Kenntnis gesetzt würde, um es feierlich zu verkünden, wie es die Verfassung vorsah:

„Nach der Veröffentlichung als Gesetz – so schreiben die abgeordneten Sekretäre des Parlaments an den Kanzleisekretär für Verwaltung der spanischen Halbinsel – in der heutigen Sitzung des Erlasses, der mit diesem Charakter am ersten des laufenden Monats von der außerordentlichen Parlamentsversammlung hinsichtlich der öffentlichen Ver-

verursachen könnten; aber genauer betrachtet, werden aufgrund ihrer die Befugnisse der politischen Behörden nicht soweit eingeschränkt, dass sie nicht über diejenigen verfügen, die sie benötigen, sie können die Sitzungen immer dann aufheben, wenn es gerechtfertigte Gründe dafür gibt zu befürchten, dass die öffentliche Ordnung gefährdet wird, deswegen sehe ich kein Hindernis, dass E.M. diesem Gesetz die Sanktion gewährt“ (Palast, 23-XI-1822, in AHN, Estado, leg. 141/46).

¹⁵³ AHN, Estado, leg. 141/46.

¹⁵⁴ Das Originalgesetz wird aufbewahrt in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 243.

¹⁵⁵ ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 241.

sammlungen, um über Politik zu debattieren, erlassen wurde und nach Sanktionierung durch den König am heutigen Tag. Auf Ihren Befehl teilen wir es E.E. mit, damit Sie S.M. davon in Kenntnis setzen können, dass, wenn er es für gut erachtet, sofort zu seiner feierlichen Verkündung geschritten werden kann“¹⁵⁶.

Ab diesem Tag entstehen in ganz Spanien Vaterlandsvereine¹⁵⁷. Einer der bekanntesten wird die Landaburiana sein, die sich nach dem Leutnant der königlichen Garde, der im Sommer 1821 von den Königstreuen ermordet wurde, benennt.

a. Zwei vom Parlament auf Vorschlag des Königs angenommene Erlässe mit Gesetzescharakter

aa. Ereignisse von Sevilla und Cádiz. Besorgnis von Ferdinand VII.

Am 30. Juni 1821 wurde das Parlament aufgelöst, nachdem es seine Sitzungen um den in der Verfassung vorgesehenen Monat verlängert hatte. Ende September fand die Eröffnung der außergewöhnlichen Parlamentsversammlung statt¹⁵⁸. Im folgenden Monat fanden Wahlen statt, aus der die Moderaten gestärkt hervorgingen. Das Kabinett, das auch mehrheitlich moderat war, wurde laut Artola beschuldigt, die „Volksbefragung entscheidend beeinflusst zu haben“. Ab der zweiten Oktoberhälfte kam es in Cádiz, in Sevilla und an anderen Orten zu Demonstrationen der Extremisten gegen die Regierung¹⁵⁹. Auch machten die Bürger Eingaben an die Regierung, indem sie das von der Verfassung allen Bürgern anerkannte Petitionsrecht ausübten, außerdem wurden durch die Schriften der Extremisten die moderaten Minister angegriffen. Die Regierung wurde durch die Demonstrationen, Eingaben und die Übertreibungen bei der freien Ausübung der Druckfreiheit in die Enge getrieben, die ihren Ursprung in einer Mißachtung der Befehle des Ministeriums seitens der Militärbehörden Andalusiens haben. In der Tat weigerten sich der Kommandeur und vorläufige Provinzgouverneur von Cádiz, Manuel Francisco de Jáuregui, der kommandierende General von Andalusien, Manuel de Velasco und der Provinzgouverneur von Sevilla, Ramón Luis de Escobedo, ihre jeweiligen Kommandos denjenigen zu übergeben, die die Regierung zu ihren Nachfolgern ernannte. In beiden Provinzhauptstädten kam es zu Aufläufen und Tumulten, die von den Zivil- und Militärbehörden noch angeheizt wurden, die sich ebenfalls den neuen Ernennungen widersetzen. Halten wir inne, um eine Beschreibung der Ereignisse zu erhalten¹⁶⁰.

Am 16. Oktober 1821 informierte die Regierung Cádiz über die Ernennung des Generalleutnants, dem Marqués de la Reunión, zum Generalkommandeur dieser Provinz, die der König vornahm. Der Marqués war ein angesehener General, der zuvor schon vom Parlament für einen Posten im Staatsrat vorgeschlagen worden war und von letzterem wiederum für das Kriegs- und das Verwaltungsministerium. Anfang November erhielt

¹⁵⁶ Madrid, 27-XI-1722. ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 242.

¹⁵⁷ GIL NOVALES, *Las Sociedades Patrióticas*, I, S. 567 und 569.

¹⁵⁸ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 559-560.

¹⁵⁹ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 560-561; VARELA, „La Monarquía imposible“, S. 670.

¹⁶⁰ Hierzu bediene ich mich der Rede, die der Kanzleisekretär für Krieg in der Parlamentsitzung vom 26. November 1821 hielt.

ten die Parlamentsabgeordneten für Cádiz Eingaben aus einigen Städten (Cádiz, San Fernando und Jerez de la Frontera), in denen darum gebeten wurde, dass die schon bestehenden Militärbehörden im Amt verbleiben und dass im Falle ihrer Ablösung verfassungstreue und der „zivilen Vaterlandsfreiheit“ ergebene Personen ernannt werden. Diese Ausführungen wurden der Regierung übergeben, die so erfuhr, dass diese Ernennung in Cádiz Mißfallen erregt hat, denn man zweifelte an „seiner Einstellung“, d.h., die Verfassungstreue des Marqués de la Reunión wurde in Zweifel gezogen. Während jedoch diese Beschwerden vorgetragen wurden, hatte der Marqués unter Angabe von gerechtfertigten Gründen den Posten schon abgelehnt und der König diese Ablehnung akzeptiert. Am 27. Oktober wurde der Baron von Andilla für den Posten ernannt. In der zweiten Novemberwoche kamen die Behörden von Cádiz und der Generalkommandeur überein, den Baron nicht zu akzeptieren, sie hatten gegen ihn persönlich nichts einzuwenden, aber sie mißtrauten der Regierung, welche im Endeffekt diejenige war, die die Befehle erließ, durch die die Posten besetzt wurden. Jáuregui, der widerspenstige Kommandeur, befahl den Zivil- und Militärbehörden der Provinz, dem Baron von Andilla den Gehorsam zu verweigern. Dieser war einige Tage zuvor nach Andalusien aufgebrochen und als er in Jerez ankam, „ohne die geringste Ahnung – wie der Kriegsminister sagte – von alldem zu haben und als er die Pferde an der Poststation der Cartuja wechselte, erschienen einige Offiziere im Namen des Kommandanten des zweiten spanischen Infanteriebataillons und anschließend der Kommandant dieser Einheit, Herr Pedro Fonfeda, der ihn über den vom Generalkommandeur verfassten Rundbrief in Kenntnis setzte, in dem er dazu aufforderte, seine Autorität nicht anzuerkennen“. Mitglieder des Provinzialrats von Cádiz begaben sich nach Jerez und überzeugten den Baron davon, nach Utrera zu fahren.

Der Abgeordnete der Provinz Cádiz, Vadillo, erklärte in der Parlamentssitzung vom 26. November, die Parlamentsvertreter dieser Provinz wüßten, dass der Baron von Andilla an den sogenannten Staatsprozessen gegen Patrioten aus Valencia beteiligt gewesen war.

Um die gleiche Zeit ernannte Ferdinand VII. auch General Moreno zum Nachfolger des Generaloberst von Andalusien, welcher am 22. November in Gesellschaft des zum Provinzgouverneur von Sevilla ernannten Joaquín Albistur in Écija ankam. Eine Abordnung der Stadt Sevilla zwang Moreno dazu, sich nach La Carolina zurückzuziehen.

Aufgrund dieser Zwischenfälle erhielt der König mehrere Eingaben aus Städten und Dörfern – aus den zuvor genannten und aus anderen –, „die in Cafés und öffentlichen oder geheimen Versammlungen erdacht wurden – wie Ferdinand VII. in einer Bekanntmachung, die der Überseeminister López Pelegrin erarbeitet hat, sagen wird – und mir übergeben, um meine königliche Autorität dazu zu zwingen, sich herabzulassen, ihre unredlichen Vorhaben, die sie umsonst versuchen, im Namen des Volkes durchzuführen, wenn es doch offensichtlich ist, dass sie diesen nach ihrer Willkür usurpieren“¹⁶¹.

¹⁶¹ Bekanntmachung von Pelegrin an die Rebellen in Andalusien, ohne Datum, in *A(rchivo) G(eneral) de P(alacio)*, *Papeles Reservados de Fernando VII* (in Folge Reservados), Bd. 23, Bl. 109-117. Zitat auf Bl. 112 vto.-113r°.

An einem anderen Punkt der Bekanntmachung heißt es, dass die wahrhaftigen Liberalen nicht „diejenigen sind, die die Gesetze verachten, die es als Auszeichnung ansehen, den rechtmäßigen Gewalten ungehorsam zu sein, die Tumulte hervorrufen und diese fördern, die die Leichtgläubigen verführen und sie zu willenlosen Instrumenten ihrer Absichten machen, die die Schwachen unterdrücken und das Leid der Starken auskosten, die Tag und Nacht dem Nichtstun fröhnen, die wie die Verrückten auf den Plätzen schreien oder die in den üblen Nachreden und dem Aufruhr ihre schmähliche Rache suchen oder Stellen, die sie nicht verdienen oder ihren eigenen Aufstieg in jeder Bedeutung des Wortes, den sie auf andere Weise nicht erreichen können“¹⁶².

Am 25. Oktober, reicht der Finanzminister Antonio Barata beim König seinen Rücktritt ein, ohne dass dies im Zusammenhang stünde mit den Ereignissen in Cádiz und Sevilla. Dies hatte er schon mehrmals zuvor mündlich getan. In seinem Rücktrittsgesuch sagt Barata, er sei als Minister nicht mehr nützlich, sein Verbleiben im Amt könne sich nachteilig auswirken, außerdem bezieht er sich auf die Unbeweglichkeit der Staatsmittel, auf den Anstieg der Pflichten und darauf, dass ihn eine hohe Persönlichkeit aus der Regierung entfernen möchte¹⁶³. Wer war nun diese „hohe Persönlichkeit“, die versuchte, Baratas Fall herbeizuführen? Obwohl ich keine Unterlagen gefunden habe, die dies klar beweisen, neige ich zu der Auffassung, es habe sich um den Kanzleisekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, Feliu, gehandelt. Hierzu stütze ich mich auf folgenden Absatz eines vertraulichen Briefs des Königs an den Minister Ramón López Pelegrín¹⁶⁴: „Du kennst so gut wie ich selbst den Ursprung der Entlassung Baratas und wer der Grund für all dies ist und dennoch verlangst Du von mir, ich solle Feliu vertrauen?“¹⁶⁵. Ende Oktober nimmt Ferdinand VII. die „Abstandnahme von seiner Stellung“ Baratas an und ernennt Ángel Vallejo, Beamter des Ministeriums für Verwaltung, zu seinem zwischenzeitlichen Nachfolger¹⁶⁶.

Ende Oktober oder Anfang November bemerkt der König zu Pelegrín, dem einzigen Kanzleisekretär, dem er vertraut und mit dem er geheime Korrespondenz unterhielt, er denke daran, Feliu aus seinem Amt zu entlassen, gemeinsam mit dem für die Ereignisse in Cádiz und Sevilla verantwortlichen Kriegsminister: „Du hast mir vergegenwärtigt – so schrieb der König vertraulich an Pelegrín – dass es nicht ratsam sei, denn es sei der Plan der Kommunarden und Republikaner, die Minister in Mißkredit zu bringen und es

¹⁶² Bekanntmachung von Pelegrín an die Rebellen in Andalusien, Bl. 113 vto. -114.

¹⁶³ Zu diesem letzten Punkt sagt er: „Eine wichtige Persönlichkeit hat sich gegen mich gewandt. Obwohl ich überzeugt bin, dass meine Reinheit, Ehre und sogar der Takt, mit dem ich mich in meinem gesamten öffentlichen Leben verhalten habe, nicht guten Gewissens beschmutzt werden können, so handelt es sich schließlich doch um eine hohe Persönlichkeit, die, ohne die Ursachen der Gründe zu untersuchen, die sie hierzu veranlassen, die Handlungsfreiheit meines Ministeriums stark einschränkt“ AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 24-26.

¹⁶⁴ Dessen biographische Notiz in R. GOMEZ RIVERO, „Ministros del Consejo de Castilla (1814-1820)“, in AHDE, Bd. LXXV (2005), S. 313.

¹⁶⁵ San Lorenzo, 9-XI-1821, in AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 32.

¹⁶⁶ Parlamentssitzung, 31-X-1821, S. 461. URQUIJO GOITIA, Gobiernos y ministros españoles, S. 30.

sei zwingend notwendig, dass ich Euch unterstütze: Du hast mich überzeugt und ich ließ von meiner Absicht ab“¹⁶⁷.

Am 7. oder 8. November befiehlt Ferdinand VII. Pelegrín, diskret einen Amtsentlassungserlass für Felíu vorzubereiten, den er der Treulosigkeit beschuldigte. In dem Formular ist zu lesen, dass der König die Amtsniederlegung Felíu – die in Wirklichkeit gar nicht existierte – angenommen hatte und außerdem fügte Pelegrín noch aus eigenem Antrieb hinzu, nach seinem Ausscheiden würde er für eine der folgenden Stellen ernannt werden: bevollmächtigter Minister beim König der Niederlande oder die Studienhauptdirektion¹⁶⁸. Zusammen mit dem Erlass schrieb Pelegrín einen Brief an den König, in dem er ihn darum bittet, er möge die Amtsenthebung Felíu auf unbestimmte Zeit aussetzen. Er führt dafür an, dass sein Fall von den Gegnern der öffentlichen Ordnung und des Königs initiiert worden und er in letzter Zeit bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe energisch vorgegangen sei, „gerade heute hatte ich die mühsamen Angelegenheiten von Cádiz und Sevilla vorliegen, die morgen abgeschickt werden“¹⁶⁹.

Ferdinand VII. antwortete Pelegrín, er behielte Felíu bei, wenn er für diesen die Hand ins Feuer lege; gleichzeitig bat er die Kanzleisekretäre, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, die von den revolutionären Aufführern gestört wurde, die versuchten, die Republik einzuführen:

„Pelegrín. Ich habe Deinen vertraulichen Brief erhalten – schreibt der König – als Antwort auf meinen; und mit dem gleichen Vertrauen, in dem ich Dir jenen schrieb, muss ich Dir jetzt sagen, dass ich Deinen Brief wieder und wieder gelesen habe und ich möchte, dass Du mir postwendend sagst, ob Du Dich vollständig für Felíu verbürgst, in dem Wissen, dass ich Dich verantwortlich machen werde für die die Folgen, die sein Verbleiben im Ministerium in der Zukunft verursachen kann [...]

Nun, ich wiederhole nochmals, Du sollst mir sagen, ob Du Dich für Felíu verbürgst, denn ich werde Dich verantwortlich machen für alles, was geschehen mag, sowie ich es Dir auftrage und möchte, dass Du es Deinen Kollegen mitteilst, die unermüdlich und ohne Unterlass an der Unterdrückung der Republik arbeiten, die mit Riesenschritten vor sich geht, denn es ist ein Skandal, mit welcher Unverfrorenheit sie nicht nur von der Obrigkeit sprechen, sondern auch von der Religion, dem Papst, was das schlimmste ist, und von mir; also nicht die Wachsamkeit sinken lassen, denn sonst gibt es bald weder Religion noch Verfassung noch König mehr, sondern Anarchie und Verwirrnis.

Ich erwarte Deine endgültige Antwort postwendend und mit der gleichen Vertraulichkeit“¹⁷⁰.

Der Staats- und Kanzleisekretär für die Übeseegebiete antwortete, er übernehme die Verantwortung für Felíu, auch wenn er darauf hinwies, dass dieser schlaue und charakterstarke Minister versucht, seinen Regierungskollegen gegenüber die Oberhand zu ge-

¹⁶⁷ San Lorenzo, 9-XI-1821, AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 31.

¹⁶⁸ AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 30.

¹⁶⁹ Madrid, 8-XI-1821, Ramón López Pelegrín an den König, AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 28-29.

¹⁷⁰ AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 31.

winnen¹⁷¹. Am folgenden Tag, dem 11., schreibt Pelegrín wiederum vertraulich an den Monarchen, um ihm mitzuteilen, dass sich die Angelegenheiten von Sevilla und Cádiz schon gelöst haben und dass das Wichtigste nun die Einheit zwischen König und Regierung sei, besonders in diesen Zeiten des Aufruhrs und Aufstände¹⁷². An diesem Tag bitet Ferdinand VII., der sehr aufgeregt und besorgt ist, da er – zweifellos übertrieben – die Fundamente der konstitutionellen Monarchie wanken sieht, Pelegrín darum, er möge zusammen mit den restlichen Ministern energische Maßnahmen beschließen, um die öffentliche Ruhe wiederherzustellen, ansonsten könnten die Ereignisse zur Ausrufung der Republik in Spanien führen; außerdem beschließt er, dem Staatsrat hierzu ein Gutachten in Auftrag zu geben und das Parlament von der Gefahr zu unterrichten¹⁷³. Pele-

¹⁷¹ Am 10. November schrieb Pelegrín an Ferdinand VII.: “[...] Ansonsten, Sire, obwohl die Verantwortung, die mir E.M. für den Amtsverbleib von Feliu im Halbinselministerium auferlegt, sehr schwer wiegt und schon fast entsetzlich ist, verbürge ich mich für die Treue seiner Gefühle und seines Verhaltens in der Ausübung einer solch wichtigen Aufgabe, solange ich E.M. nicht vom Gegenteil in Kenntnis setze, sollte ich dies an seinem Verhalten beobachten.

Weiters bin ich zutiefst überzeugt, dass er unfähig zu einer solch niedrigen Tat wie der Untreue gegenüber seinem König ist, was ich hier nicht schwerwiegendes Verbrechen nenne, denn es erschiene mir, seine Ehre mit einem solchen Ausdruck zu beleidigen. Auf einem anderen Blatt steht es, ob er so aufrecht und einfach ist oder erscheint wie einige seiner Kollegen oder nicht, oder dass er gerne Zusammensetzungen oder Machenschaften durchführt, die den anderen nicht einfallen. Dies kann an seinem Temperament liegen, dass er hierzu neigt oder schlauer Einfallsreichtum sein oder im Extremfall, dass er einen Geist hat, der auf diese Weise größeren Einfluß hat und größere Wichtigkeit erlangt, aber wenn das Ziel ein ehrbares ist, wie ich annehme, ist alles andere nicht so wichtig [...]“. *AGP, Reservados*, Bd. 23, Bl. 32-33.

¹⁷² *AGP, Reservados*, Bd. 23, Bl. 34-37.

¹⁷³ Der vom König eigenhändig geschriebene Brief ist nicht mehr vertraulich und aufgrund seines unzweifelbaren Interesses, da in ihm das Aufgewühltsein Ferdinands greifbar ist, drucke ich ihn hier ganz ab: „Pelegrín. Die Ruhe Spaniens und vor allem die Ruhe in der Hauptstadt, ist gestört; der Staat ist von Schrecken bedroht, die so groß sind, dass, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, wir uns in eine schreckliche Anarchie verwickelt sehen und dann gibt Fersengeld, wer kann: nachdem alle verschieden sind und Ihr als Erste. Das Schiff kentert und geht unaufhaltbar unter, wenn ein geschickter Steuermann es nicht vor dem unausweichlichen Schiffbruch rettet, in dem es verschwinden wird, und wer ist dieser Steuermann? Es sind die Minister, die die Apathie beiseite lassen müssen und ohne Zeit zu verlieren, das wirksame Mittel anwenden müssen, das die unmittelbar uns vorerstehenden Gefahren von uns verlangen, denen sich dieses unglückliche Spanien gegenüber sieht, davon bedroht, zu einer Republik zu werden und dies, wo es ein Königreich ist, das zu allen Zeiten unbestreitbare Beweise seiner unverletzlichen Treue seiner Könige gegenüber geliefert hat.

Da ich zu Dir mehr Vertrauen habe als zu den anderen, schreibe ich Dir diesen Brief, um Dir zu sagen, Du mögest Dich unverzüglich mit Deinen Kollegen beraten (und Du kannst Ihnen gerne diesen Brief zeigen, denn hier steht kein Geheimnis) über die Maßnahmen und Vorkehrungen, die getroffen werden müssen, um solch schlimmes Übel mit der Wurzel auszurotten, nicht mit Besänftigungsmaßnahmen, die führen zu nichts, sondern mit Energie, Festigkeit und Charakter, wobei Sie verantwortlich gemacht werden für die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Du und Deine Kollegen habt mir schon oft versichert, mir treu ergeben zu sein und werdet immer meinen guten Ruf und meine Würde schützen, damit mein guter Name immer den Platz einnimmt, den er verdient; nun ist der Augenblick gekommen, dies unter Beweis zu stellen und die Liebe zu zeigen, die Sie Ihrem verfassungsmäßigen König entgegenbringen.

Du siehst, wie schlecht von der Religion gesprochen wird, von den Obrigkeiten, vom König; die unwürdigen Papiere, die der Presse übergeben werden; die beleidigenden Bildchen, die verteilt werden, diese infamen Eingaben der Städte, die, obwohl man mir hierüber keinen Bericht erstattet hat, ich doch gelesen habe wie alle anderen; all dies bewegt mich dazu, Dir und Deinen Kollegen zu sagen, ich will, dass

grün seinerseits schätzte die Gefahr als nicht so groß ein und versuchte, den König zu beruhigen¹⁷⁴.

bb. Botschaften des Königs und des Parlaments

Die Rebellion der Militärbehörden von Cádiz und Sevilla wird den Monarchen veranlassen, dem in außerordentlicher Sitzung versammelten Parlament eine Botschaft zukommen zu lassen, in der er um seine Zusammenarbeit ersucht, um mit der „Anarchie“ aufzuräumen, in der sich die Nation befindet. In der Sitzung vom 26. November, in der der Erlassentwurf über das organische Gesetz der Marine debattiert wurde, betraten die Kanzleisekretäre für Verwaltung, äußere Angelegenheiten, Krieg und Marine den Halbkreis. Feliu übergab ihm einen Brief von Ferdinand VII., den der Sekretär vorlas¹⁷⁵. In der Briefbotschaft drückte der König, nachdem er erklärt hatte, durch die „neuesten Ereignisse in Cádiz“ sei die Verfassung „mit Füßen getreten“ worden, sein Vertrauen darauf aus, dass das verfassungsgebende Organ mit seiner Regierung zusammenarbeiten würde, um sowohl die öffentlichen Freiheiten als auch die Vorrechte der Krone intakt zu behalten¹⁷⁶.

Seitens der Regierung ergriffen die Kriegs-, Finanz- und Verwaltungsminister das Wort sowie einige Volksvertreter wie der aus Cádiz stammende Vadillo und der aus Extremadura stammende Calatrava. In seiner kurzen Ansprache drückte Feliu klar aus, welche Absicht die Exekutive mit der Botschaft verfolgte: „Der König will nur, dass das Parlament erklärt, dass ein jeder Verfassungsbruch, ein jeder Versuch, einen öffentlichen Aufbruch anzuzetteln, jede Tendenz zur Anarchie von ihm mißbilligt wird“¹⁷⁷. Kurz, die Zusammenarbeit, die Ferdinand VII. vom Parlament wünschte und erwartete, war, dass es

nach ernsthaften Überlegungen über diese ernste Angelegenheit die schnellen und energischen Maßnahmen ergriffen werden, um dem Übel Einhalt zu gebieten und ich will auch, dass man mir mitteilt, um welche es sich handelt, ohne mir auch nur das geringste zu verschweigen; hierzu kannst Du kommen, falls Du dort nicht vonnöten bist, um mir alle Einzelheiten mitzuteilen, denn mündlich erfährt man mehr als schriftlich: auf jeden Fall möchte ich, dass man mir postwendend antwortet, in der Zwischenzeit könnte man den Staatsrat um ein Gutachten bitten und falls es nötig ist, das Parlament über die Gefahr unterrichten, in der das Vaterland schwebt und ihnen deutlich machen, dass, wenn sie diesen skandalösen Unruhen nicht Einhalt gebieten, der Fall eintreten wird, dass noch nicht einmal das Parlament existieren wird, und dass sie etwas unternehmen. Adieu, Pelegrín“. *AGP, Reservados*, Bd. 23, Bl. 38.

¹⁷⁴ Er schrieb ihm: “[...] Sire, es besteht jedoch noch kein Grund, all dies zu befürchten, denn weder hat, was in den letzten Tagen hier geschehen ist, einen wirklichen Wert, noch bedeuten die Ereignisse von Cádiz und Sevilla etwas anderes als ein weiterer fruchtloser Versuch, wie es schon so viele gab. In dieser Post erfuhr man ja schon, dass es in beiden Städten das Werk einiger waghalsiger Enthusiasten der zur Genüge bekannten Abordnungen war, die andere Schwache zur Unterschrift zwangen. In keiner der beiden Städte ist danach etwas Neues geschehen; und in Cádiz hat der Provinzgouverneur einen Preis auf einen der Auführer gesetzt wegen seiner unvorsichtigen Schamlosigkeit. [...]“ Madrid, 12-XI-1821, Ramón López Pelegrín an Ferdinand VII, *AGP, Reservados* Bd. 23, Bl. 39-40.

¹⁷⁵ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 26-XI-1821, S. 977.

¹⁷⁶ San Lorenzo, 25-XI-1821, Abschrift in ACD, *Reservados*, Bd. 23, Bl. 267. Schlußabsatz der königlichen Botschaft in ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 562.

¹⁷⁷ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 26-XI-1821, S. 982.

„seine Mißbilligung für alles, was nicht in Einklang steht mit dem Öffentlichen Wohlergehen“ ausdrücken würde – sagte Feliu¹⁷⁸.

Das Parlament beschloß in seiner Antwort an den König, dass die Provinzgouverneure und Generalkommandanten von Cádiz und Sevilla den Anweisungen der Regierung Folge leisten sollten¹⁷⁹. Ferdinand VII. empfing die Botschaft des Parlaments mit Wohlwollen. Seine schriftliche Antwort war:

„Die Genugtuung, mit der ich die Botschaft des Parlaments empfangen, mildert teilweise den Schmerz. Ein ausdrücklicher Ungehorsam gegenüber meiner Autorität, der innerhalb des Verfassungsrahmens begangen wird, ist ein Übel, das in seinen Anfängen bekämpft werden muss oder die Verfassung ist in Gefahr“¹⁸⁰.

In der ersten Botschaft tadelt das Parlament die Haltung der Regierung nicht. Es spricht deutlich aus, dass die politischen und militärischen Behörden in Cádiz und Sevilla den von der Exekutiven ernannten Nachfolgern den Befehl übergeben müssen. Einige Tage danach ändert es jedoch seine Meinung radikal. Tatsächlich bittet das verfassungsgebende Organ den König um eine Kabinettsumbildung, denn ein Großteil der Spanier mißtraut den Ministern und es unterstellt ihnen, sie verfügten nicht über die ausreichende moralische Stärke, um die Geschicke der Nation zu leiten und die Thronvorrechte beizubehalten¹⁸¹. In seiner Botschaft überlegte das in außerordentlicher Sitzung tagende Parlament, dass die Kanzleisekretäre – an deren guten Absichten es nicht zweifelte – eine gewisse Schuld an dem Aufruhr hatten, der in den beiden andalusischen Städten ausgebrochen war; außerdem rechtfertigte das Parlament, dass die Bürger, bedrückt und ärgerlich, zu Gesetzesmißachtung und Ungehorsam gegriffen hätten, da sie die Regierung verantwortlich dafür machten, die Konspirationen nicht abgebrochen zu haben, sowie für die Beschwerden über die Justizverwaltung, den desolaten Zustand der Finanzen und der Unsicherheit hinsichtlich der Situation in Lateinamerika. Das Parlament

¹⁷⁸ Diario de las Sesiones de Cortes, 26-XI-1821, S. 983.

¹⁷⁹ Das Parlament erklärte, dass „es nicht umhin könne, S.M. und der Nation aufs Entschiedenste mitzuteilen, dass es einige Ereignisse höchlichst mißbilligte, die man als Vorläufer von unabschätzbaren Übeln ansehen könne, sofern ihnen nicht schon am Anfang Einhalt geboten wird; und in dem Glauben einerseits, dass der Ungehorsam der Provinzgouverneure und Generalkommandanten von Cádiz und Sevilla hauptsächlich einem Irrtum entsprang und andererseits, dass die Treue, die Aufklärung und die Vaterlandsliebe, die diese Städte so sehr auszeichnen, keinen Zweifel daran lassen, dass die Ordnung und die Gesetze den Sieg davon tragen werden, hat das Parlament als einführende Maßnahme beschlossen, die feierliche Erklärung abzugeben, dass sowohl die einen als auch die anderen den Anordnungen des Königs gehorchen mussten und müssen und diese treu erfüllen, was nicht geschehen ist“. Die Botschaft des Parlaments, Madrid, 11-XII-1821 war unterzeichnet von Parlamentspräsident Diego Clemencín und den folgenden vier Abgeordnetensekretären: Juan Palarea, Fermín Gil de Linares, Lucas Alamán und Nicolás García Page. Das Original wird aufbewahrt in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 269-271.

¹⁸⁰ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 271 vto.

¹⁸¹ Madrid, 19-XII-1821, Original in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 272-275. Die Botschaft wird vom gleichen Vorsitzenden und den Abgeordnetensekretären unterschrieben wie die in Fußnote 180. Dieses Schreiben kann nicht als Mißtrauensvotum angesehen werden, nach Meinung von VARELA „handelte es sich um eine Bitte des Parlaments an den Monarchen, damit dieser sein verfassungsmäßiges Vorrecht der Absetzung von Ministern ausübe, etwas, das F. VII. erst nach einigen Wochen tat“ (VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 678).

führte ebenfalls aus, dass von überall her der König gebeten wurde, die Minister ihrer Ämter zu entheben, zusätzlich zu den spektakulären Ausschweifungen des gedruckten Wortes. Diese Botschaft, die nichts sagte über die Wiederherstellung der verbotenen Vaterlandsvereine, stellte den letzten Tritt gegen eine schon in den letzten Zügen liegende Regierung dar. Ihr Fall ist nur noch eine Frage von Wochen. Ferdinand VII. erwiderte, er würde über die ernste Angelegenheit nachdenken, die ihm das in außerordentlicher Sitzung tagende Parlament vorgetragen habe¹⁸². Zusammenfassend kann man, wie seinerzeit von dem angesehenen Professor Artola treffsicher ausgedrückt, sagen, dass das Kabinett, obwohl es das Parlament um Unterstützung gebeten hatte, im Endeffekt von ihm getadelt wird¹⁸³.

Die Staatsratsordnung vom 8. Juni 1812, die im liberalen Triennium gültig war, hatte in ihrem Artikel 2 festgelegt, dass, wenn der König es als ratsam erachte, er an den Sitzungen des Staatsrates, dessen Vorsitzender er war, teilnehmen konnte¹⁸⁴. Eines der wenigen Male, an denen Ferdinand VII. der Staatsratssitzung beiwohnte, war anlässlich der Botschaft des Parlaments an den König vom 18. Dezember, in der es sagte, die Minister verfügten nicht über die ausreichende moralische Stärke, um die Regierung zu leiten. Am 29., es war ein Samstag, an dem die Abteilung für die Verwaltung der spanischen Halbinsel des Staatsrates zusammengetreten war, nachdem der König unter dem Baldachin Platz genommen hatte, übergab er dem entsprechenden Abteilungschef die erwähnte Parlamentsbotschaft; dieser schritt sofort zu seiner Lesung¹⁸⁵. Anschließend ergriffen einundzwanzig Mitglieder des Staatsrates das Wort, die darüber debattierten, ob es ratsam wäre, dass der Monarch die Minister des Amtes enthöbe oder nur einige, ob dem Parlament geantwortet werden solle oder nicht und ob die Regierung dem Kongress „die Gesetzesentwürfe vorlegen solle, die sie als nötig zur Unterdrückung des Mißbrauchs erachte und der Exekutiven die unabdingbare Macht erteile, um gut zu regieren und die Ordnung wiederherzustellen und beizubehalten sowie die Ruhe in der gesamten Nation“¹⁸⁶. Es kam zu keinem Konsens hinsichtlich der erwähnten Punkte, da die Staatsratsmitglieder ein breites Spektrum an Ansichten darlegten und verschiedene Vorschläge unterbreiteten. Dieses Fehlen eines Konsenses führte dazu, dass Ranz Romanillos, der in der ersten Liberalen Etappe Minister gewesen war¹⁸⁷ vorschlug, dass „S.M. gründlich über die Punkte nachdenke, auf die sich der Rat beschränken oder ausweiten solle und er den Rat darüber informieren möge sobald er es für richtig erachte. S.M. gab sich mit diesem Vorschlag zufrieden und beendete die Sitzung“¹⁸⁸. Beim Verlassen der Sitzung – notierte der Sekretär der Abteilung für die Verwaltung der spanischen Halbinsel – nahm

¹⁸² ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 275.

¹⁸³ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 560-562.

¹⁸⁴ Erlass 49, S. 575-583.

¹⁸⁵ AHN, Estado, legs. 85 y 139/1.

¹⁸⁶ Protokoll, 29-XII-1821, in AHN, Estado, leg. 85.

¹⁸⁷ URQUIJO GOITIA, *Gobiernos y Ministros españoles*, S. 25 und 298.

¹⁸⁸ Protokoll, 29-XII-1821, in AHN, Estado, leg. 85.

der König „von mir die Originalbotschaft zurück und versprach, mir die Abschrift zukommen zu lassen, in deren Besitz er sich befand“¹⁸⁹.

Zwei Tage danach tritt der Staatsrat wiederum zusammen. Vor Beginn der Sitzung begab sich Ferdinand VII. in den Raum des königlichen Palastes, in dem sich der Leiter der Abteilung für die Verwaltung der spanischen Halbinsel des Staatsrates befand und übergab ihm zusammen mit der Abschrift der Parlamentsbotschaft vom 18. Dezember einen von ihm eigenhändig geschriebenen Erlass, in dem es hieß: „Da die Punkte, auf die sich das Gutachten stützen soll, sich in der Parlamentsbotschaft befinden, ist es mein Wille, dass man mir ein Gutachten erstelle, ob auf diese geantwortet werden soll und wenn ja, mit welchen Worten“¹⁹⁰. Nach Beginn der Sitzung veröffentlichte der Sekretär den königlichen Erlass und die Staatsratsmitglieder debattierten ausführlich über das von Ferdinand VII. erbetene Gutachten, wobei am Ende über folgenden Vorschlag abgestimmt wurde: „Ob S.M. auf die Parlamentsbotschaft antworten solle oder nicht“. Die Mehrheit stimmte dafür, auf die Botschaft des Kongresses zu antworten. Die Staatsratsmitglieder Anglona, Piedrablanca, San Javier, Estrada, Ballesteros und der Marqués von San Francisco sprachen sich dagegen aus; Cabrera, Pezuela und Castellet waren der Meinung, bei einer Amtsenthebung der Minister sei es nicht nötig zu antworten. Varea, Aycineña, Carvajal, Figueroa, Taboada, Cerralbo, Flores, Serna, Porcel, Frías, Gayoso, Requena, Romanillos, Ibar-navarro, Ceballos, Castaños, García, Borbón, Ciscar, Agar und Blake waren der Meinung, es sei ratsam, dass Ferdinand VII. antworte¹⁹¹.

Die Debatte wurde fortgeführt über die Worte, mit denen die Antwort abgefaßt werden solle und als Ergebnis wurde über diesen weiteren Vorschlag abgestimmt: „ob S.M. geraten werden soll, das Kabinett umzubilden oder nicht“. Bei der Abstimmung über den genannten Vorschlag gab es bis zu neun unterschiedliche Stimmen, von denen einige, wie wir gleich sehen werden, von verschiedenen Staatsratsmitgliedern sekundiert wurden. In dem Gutachten, das der Staatsrat ausarbeitete, einem der ausführlichsten

¹⁸⁹ AHN, Estado, leg. 139/1, wo sich tatsächlich die Abschrift der Parlamentsbotschaft befindet.

¹⁹⁰ Staatsratsprotokoll, 31-XII-1821, in AHN, Estado, leg. 85. Der Erlass, abgezeichnet im Original, befindet sich in AHN, Estado, leg. 139/1.

¹⁹¹ Staatsratsprotokoll, 31-XII-1821, in AHN, Estado, leg. 85 y leg. 139/1.

und kompliziertesten aufgrund der verschiedenen Auffassungen, wurden verschiedene Meinungen der Staatsratsmitglieder eingefügt¹⁹². Die neun Haltungen waren folgende¹⁹³.

Nr. 1 Die Stimmen, die Joaquín Blake, Gabriel Ciscar, Antonio Ranz Romanillos, Francisco Requena, Luis Antonio Flores, Tomás González Carvajal und Manuel de Estrada abgaben. Autor der Abstimmungsbegründung war Romanillos, der urteilte, „es sei sehr ratsam, dass S.M. die in der Botschaft enthaltene Erklärung berücksichtige, damit das Kabinett neugestaltet werde, auf die anständige Weise, dass die Kanzleisekretäre freiwillig die Posten aufgeben, von denen aus, wie ehrbar ihre Absichten auch sein mögen, sie kein Gutes mehr tun können“¹⁹⁴. Außerdem war er dafür, dass verschiedene Gesetzesentwürfe vorgelegt würden, „da ein großes Bedürfnis danach besteht, dass die Druckfreiheit neu geregelt wird, da hier etwas Grundlegendes fehlt, denn der enorme Mißbrauch, der mit diesem gesunden Mittel, die Freiheit aufrechtzuerhalten, gegen die öffentliche Ordnung getrieben wurde, ist nicht unterdrückt worden und hat sie somit zu dem sichersten Mittel für ihren eigenen Untergang gemacht. Es ist auch dringlich, festzulegen, worin das Petitionsrecht besteht und wer es wie ausübt, denn dies ist eine weitere Quelle von Über-

¹⁹² Das Original des Gutachtens, den 2. Januar 1822 datiert und von den einundreißig Staatsratsmitgliedern, die an der Debatte teilgenommen hatten, abgezeichnet, wird aufbewahrt in AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 276-311 und in der Überschrift steht: Gutachten für I.M. über die Parlamentsbotschaft vom 18. Dezember letzten Jahres, in der er darlegt, er sei zutiefst davon überzeugt, dass die augenblicklichen Minister nicht über die ausreichende moralische Stärke verfügen, um die Regierung der Nation erfolgreich zu leiten und die Würde und die Vorrechte des Thrones aufrechtzuerhalten und ihm den nötigen Respekt zu garantieren und es werden verschiedene Begründungen für abweichende Abstimmungsergebnisse beigefügt. Es beginnt folgendermaßen:

„In der Staatsratssitzung vom nächsten 19. Dezember, der vorzusitzen E.M. die Güte hatte, sah der Staatsrat die Parlamentsbotschaft vom 18., in der es E.M. mitteilt, es sei zutiefst davon überzeugt, dass die augenblicklichen Minister nicht über die ausreichende moralische Stärke verfügen, um die Regierung der Nation erfolgreich zu leiten und die Würde und die Vorrechte des Thrones aufrechtzuerhalten und ihm den nötigen Respekt zu garantieren und es bat ihn darum, er möge die Anweisungen erlassen, die die Situation des Staates dringend verlangt.

In jener Zusammenkunft legten einige seiner Mitglieder die Einwände dar, die sie einerseits und andererseits für eine Resolution sahen und die Angelegenheit blieb in der Schwebe. Aber am 31. übergab S.M. dem unterschreibenden Staatsratsvorsitzenden eine Abschrift der erwähnten Botschaft und einen handschriftlichen unterzeichneten Befehl S.M., der folgendes besagt: „Da die Punkte, auf die sich das Gutachten stützen soll, sich in der Parlamentsbotschaft befinden, ist es mein Wille, dass man mir ein Gutachten erstelle, ob auf diese geantwortet werden soll und wenn ja, mit welchen Worten.“

In gebotener Erfüllung behandelte der Staatsrat die Angelegenheit nochmals und nach sehr gründlicher Überlegung über alle Aspekte, die sie beinhaltet und nach Abwägung der schwerwiegenden Einwände, von denen sie umgeben ist, um die Würde und die Vorrechte des Thrones unangetastet zu bewahren, die Befugnisse beizubehalten, die die Verfassung der Monarchie der Exekutivgewalt übergibt, so dass sowohl die Einhaltung der Verfassung als auch das Mächtigkeitsgleichgewicht berücksichtigt wird, und um die rasche Wiederherstellung der Ordnung und des Gehorsams zu erreichen, bemühte sich der Staatsrat in ernstem Eifer, das Gutachten zu erstellen, das er E.M. übergeben soll, wie es die verschiedenen Meinungen seiner Mitglieder beweist, denn obwohl die Mehrheit dazu neigt, zuzugeben, dass die Notwendigkeit besteht, dass das Kabinett umgebildet wird, diese doch untereinander verschiedener Meinung sind darüber, wie dies vonstatten gehen soll, andere, die in der Minderheit sind, meinen, augenblicklich sei es gefährlich, Neuheiten einführen zu wollen, aber auch dies drücken sie auf unterschiedliche Art aus, daher werden diesem Gutachten viele Begründungen für abweichende Stimmen beigefügt.“

¹⁹³ Hierzu habe ich AHN, Estado, legs. 85 und 139/1; AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 276-311 berücksichtigt.

¹⁹⁴ AHN, Estado, leg. 139/1.

treibungen und Aufruhr. Diese dauernden Appelle an die Bildung von Institutionsjuntas, um die Regionalregierungen umzustürzen und durcheinanderzubringen, ist ein tadelnswertes Mittel, mit dem die wahrhaften Rebellionen verdeckt werden sollen. Die sie einberufen wollen und die Behörden, die sich dazu bereiterklären, verstoßen offen gegen die Verfassung; und obwohl sie hierfür bestraft werden können und müssen, da der Mißbrauch so anhaltend ist und eine gefährliche Tendenz hierzu geschaffen wurde, ist es ratsam, dass diese Juntas unter Androhung bestimmter Strafen untersagt werden, welche der Abschreckung dienen¹⁹⁵. Romanillas selbst faßt am Ende seiner Stellungnahme zusammen: „ich halte es für ratsam, dass S.M. auf die Parlamentsbotschaft antwortet und dass er dies nach Überprüfung der Neugestaltung des Kabinetts auf die beschriebene Art und Weise tue, darüber informiere, so sie vonstatten gegangen sei und mit dem Wunsch, dass die Einheit zwischen S.M. und dem Parlament stets unverrückbar bleibe und sie sich gegenseitig Hilfe leisten, um gemeinsam den Erfolg der Monarchie zu erarbeiten, schließe ich damit, dass S.M. die baldige Zusammenarbeit des Parlaments erwartet, um die Gesetzesentwürfe auf den Weg zu bringen, von denen angenommen wird, sie dienen dazu, die Übel, von denen die Nation befallen ist, sobald wie möglich auszurotten“¹⁹⁶.

Nr. 2: Pedro Agar, Francisco Javier Castaños, Esteban Varea, der Marqués von San Francisco, der Baron von Castellet, Ramón Cabrera und der Fürst von Anglona, mit einem Zusatz von Ortiz. Die Stimmabgabe Anglonas, der sich die anderen anschlossen, besagte, der König „solle die 2. Parlamentsbotschaft nicht beantworten“ und „im vorliegenden Fall müssten alle möglichen Anordnungen gegeben werden, um die Ungehorsamen zu ihrer Pflicht zurückzuführen, und die dem Zuwiderhandelnden mit den vom Gesetz vorgesehenen Strafen belegt werden, wozu es dringend nötig ist, dass S.M. vom Parlament diejenigen Zusammenarbeitsmaßnahmen erhält, die zur Verfügung stehen, um das Übel auszumerzen, und hierzu ist es unabdingbar, in seinem Kabinett die notwendigen Umbildungen durchzuführen, um dies zu erreichen; und das ehrbarste Mittel hierzu ist, dass die auszuscheidenden Minister ihren Rücktritt beantragen“. José Joaquín Ortiz stimmte, außer in seinem ersten Teil hinsichtlich einer Antwort an das Parlament, mit dieser Begründung überein..

Nr. 3: Der Kardinal von Scala, Miguel Gayoso, Antonio Porcel, Fernando de la Serna und der Marqués von Cerralbo. Ihre Ansicht war, es sei nicht ratsam, von einer Umbildung des Kabinetts zu sprechen und dass in dem Fall, dass der König auf die Botschaft antworte, „mehrere der Überlegungen, die die Abstimmungsbegründungen der Staatsratsmitglieder Andrés García, Justo María Ibarra und Ignacio de la Pezuela enthalten, in Betracht gezogen werden können“.

Nr. 4: Andrés García war der Meinung, politisch sei es nicht ratsam, dass Ferdinand VII. die Kanzleisekretäre ihrer Ämter enthöbe, wohl aber, dass er dem Parlament antworte¹⁹⁷.

¹⁹⁵ AHN, Estado, leg. 139/1.

¹⁹⁶ AHN, Estado, leg. 139/1.

¹⁹⁷ Einige der Überlegungen Garcías waren: „da das Parlament E.M. als Ergebnis seiner Beobachtungen die Gründe, die bei den Übeln, von denen die Nation befallen ist, eine Rolle spielen könnten, mitgeteilt hat,

Nr. 5: Der Marqués von Piedrablanca, José Aycinena und der Graf von San Javier. Die Stellungnahme Piedrablanca, der sich die anderen beiden anschlossen, bestand aus der Meinung, dass bei Ereignissen, wie sie in Sevilla und Cádiz geschehen waren, „nur Abhilfe geschaffen werden kann, wenn E.M. mit der notwendigen Zusammenarbeit des Parlaments die Anordnungen erlässt, die die Situation des Staates so dringend verlangt“¹⁹⁸. Daher war er dafür, dass die Regierung dem Parlament Anordnungen vorschläge, „um die Ausschweifungen bei der Rede und in der Schrift einzuschränken, die an ihrem verdammenswerten Höhepunkt angekommen sind und um das Petitionsrecht auszubessern, das oftmals bei Tumulten angerufen wird, um diese anzufachen, wobei oftmals friedliche Bürger bedroht werden und um es noch stärker zu gebrauchen, verlieren die Aufständischen den Respekt vor den Gouverneuren, Richtern und anderen Vertretern der Obrigkeit, die in Juntas fungieren sollen, die von der Verfassung nicht anerkannt werden und außerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse liegen“. Hinsichtlich der Neugestaltung des Kabinetts, „wäre es ratsam, die Amtsenthebung so ehrbar wie sie es aufgrund ihrer Dienste verdienen, durchzuführen und dass E.M. stante pede ein anderes ernenne“¹⁹⁹.

Nr. 6: Pedro Ceballos, Justo María Ibar-navarro, Ignacio de la Pezuela und José Vázquez Figueroa meinten, es sei nötig, dass F. VII. dem Parlament antworte, er „tue sein Möglichstes, um einen neues Kabinett zu bilden“. Um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, schlugen sie dem König „die Mittel vor, die eingesetzt werden sollten, um den Mißbrauch und die Ausschweifungen der Druckfreiheit zu unterdrücken, die falsche

von denen einer ist, dass die Minister I.M. nicht über die ausreichende moralische Stärke verfügen, um die Regierung der Nation erfolgreich zu leiten und die Würde und die Vorrechte des Thrones aufrechtzuerhalten und ihm den nötigen Respekt zu garantieren; so ist die Hauptfrage, die für E.M. untersucht und begutachtet werden muß, angesichts der ehrerbietigen Ausführungen des Parlaments, die damit schließen, dass es hofft und E.M. herzlich ersucht, dass er in Ausübung seiner Befugnisse die Anordnungen treffen möge, die die Situation des Staates so dringend verlangt, ob die Entfernung der augenblicklichen Minister ratsam ist oder nicht, da von dieser Entscheidung abhängt, was E.M. dem Staatsrat zum Gutachten vorlegt, d.h., ob er dem Parlament antworten soll und wenn ja, mit welchen Worten.

Da die Verfassung in aller Weisheit E.M. die Freiheit läßt, seine Minister zu ernennen und abzusetzen, und dieses königliche Vorrecht als unumgänglich ansieht, ohne das die Regierung der Spanischen Nation nicht existieren könnte, bei der es sich um eine Erbmonarchie handelt, so dass niemals erlaubt werden darf, dass diese direkt oder indirekt angegriffen wird.

Die Verfassung selbst nennt den Fall, in dem ohne den Willen E.M. die Minister aus dem Amt enthoben oder entlassen werden können. Alle Spanier haben das Recht, sie anzuklagen, aber nur dem Parlament steht das Recht zu, sie zur Verantwortung zu ziehen und zu erklären, es bestünden Gründe, einen Prozess anzustrengen, welcher vom obersten Gerichtshof durchgeführt und zum Abschluß gebracht wird [...]

Aus all diesen Überlegungen heraus, bin ich der Meinung, es sei weder ratsam, noch politisch wirksam, dass E.M. unter diesen Umständen die augenblicklichen Minister absetze, sofern sichergestellt ist, dass es genügend bewaffnetes Heer gibt, das bereit und willens ist, gegen die Ungehorsamen einzuschreiten und sie dazu zu zwingen, die Befehle E.M. durchzuführen und was vom Parlament hinsichtlich der letzten Abordnung in Sevilla beschlossen wurde, denn wenn man darauf nicht zählen kann, ist es offensichtlich, dass E.M. sie natürlich entlasse und andere ernenne, die fähig sind, dies zu tun.

Ich bin auch der Meinung, in der Annahme, dass E.M. augenblicklich die Minister noch nicht absetzen möchte, es sei ratsam, dem Parlament zu antworten [...]“. *AGP, Reservados*, Bd. 23, Bl. 286.

¹⁹⁸ AHN, Estado, leg. 139/1.

¹⁹⁹ AHN, Estado, leg. 139/1.

Anwendung des Petitionsrechtes oder der Eingaben; die Unklarheiten und Zweifel, die bei der Anwendung des neuesten Gesetzes über Vaterlandsvereine oder –versammlungen vorhanden sind; die Notwendigkeit, die lokalen Bürgermilizen neu zu regeln, wobei die Waffen nur an Familienväter oder Familienvorstände übergeben werden sollen, oder an Bürger, die entschieden daran interessiert sind, die öffentliche Ruhe beizubehalten und nicht an junge Heißspunte, die leicht erregbar und verführbar sind, so dass diese die Vorrechte des Thrones schützen, sowie die öffentlichen Freiheiten, die innere und äußere Sicherheit der Dörfer, wobei die zwischen gesetzlicher Wehr und Freiwilligen bestehenden Unterschiede abgeschafft werden sollten, die täglich zu Streitigkeiten und Chimären führen; und das Fehlen einer vorsichtigen und beobachtenden Polizeiordnung, in der die geltenden Gesetze eingeflochten werden, die alle Bürger dazu verpflichten, einen festen Wohnsitz zu haben, sowie einen bekannten Beruf oder eine andere ehrliche Beschäftigung, die ihnen den Lebensunterhalt garantiert.“ Abschließend schlugen sie vor, dass der König „per öffentlicher Bekanntmachung in allen Provinzhauptstädten und Bezirkshauptorten des Königreiches die Gesetze über öffentlichen Aufruhr, Aufstände und Tumulte erneuere sowie diejenigen, die die Versammlungen von Bewaffneten und Unbewaffneten verbieten, die die Justizvertreter angreifen und die freie Ausübung ihrer Aufgaben verhindern“²⁰⁰.

Nr. 7: Der Graf von Frías vertrat die Auffassung, der König solle auf die Botschaft des Parlaments erst dann antworten, wenn die verfassungsmäßige Ordnung in Cádiz und Sevilla wiederhergestellt sei.

Nr. 8: Francisco Ballesteros, die Minister sollen ersetzt werden „da sie nicht über die notwendige moralische Stärke verfügen, so wie es das Parlament verlangt, wobei die Tatsache, dass sie sich ans Parlament gewandt haben, um es um Hilfe zu bitten, damit ihnen gehorcht wird, dies noch mehr rechtfertigt.“ Anschließend empfahl er, es sollen „Befehle erlassen werden, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe führen“²⁰¹.

Nr. 9, Der Graf von Taboada, der König solle dem Parlament antworten, der von ihm beschlossene Beginn des Prozesses gegen die Behörden von Sevilla solle vonstatten gehen und gegen diejenigen, die die Abordnung vom 17. September unterschrieben hatten und „um die Treffsicherheit bei der Auswahl der neuen Minister sicherzustellen, mögen sie die Namen derjenigen Personen mitteilen, von denen sie glauben, sie seien dem öffentlichen Vertrauen am würdigsten“²⁰².

Wie aus dem Dargelegten ersichtlich ist, war die Mehrheit der Mitglieder des Staatsrates für eine Neugestaltung des Kabinetts und sie schlugen außerdem verschiedene Maßnahmen vor, um dem öffentlichen Aufruhr Einhalt zu gebieten, wie beispielsweise die Einschränkungen bei der Ausübung des Petitionsrechtes, die Reform des ungenügenden Druckgesetzes und die Wiedereinführung der Vaterlandsvereine.

²⁰⁰ AHN, Estado, leg. 139/1.

²⁰¹ AHN, Estado, leg. 139/1.

²⁰² AHN, Estado, leg. 139/1.

Zwischen dem 3. und 6. Januar 1822 teilt der König Feliu mit, er sei fest entschlossen, eine grundlegende Umgestaltung des Kabinetts durchzuführen, und folgt somit der mehrheitlichen Meinung seines Staatsrates. Zu jenem Zeitpunkt waren Kanzleisekretäre: Eusebio de Bardaj y Azara, äußere Angelegenheiten; Vicente Cano Manuel, Gnade und Justiz; Ramón Feliú, Verwaltung der spanischen Halbinsel; Ramón López Pelegrín, Überseegebiete; Francisco de Paula Escudero, Marine; José Vallejo, provisorisch für Finanzen zuständig und Estanislao Sánchez Salvador, Krieg²⁰³. Am 7. Januar bat der Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, Feliu, Ferdinand VII. darum, die Kabinettsumbildung nicht vollständig durchzuführen und dass er unter den Abzusetzenden sei:

„Wenn ich zum letzten Mal – drückt es Feliu aus – die Ehre habe, mit E.M. als sein Staats- und Kanzleisekretär zu sprechen, bin ich es meiner Ehre schuldig, schriftlich den Vorschlag zu hinterlassen, von dessen Richtigkeit ich versucht habe, E.M. zu überzeugen. Sire, ich habe E.M. mehrmals mitgeteilt, ich hielte es für notwendig, das Kabinett umzubilden; ich habe offen gesagt, welche Umbesetzung ich für angemessen hielt und ich habe darauf bestanden, dass die Umbildung mit meiner Amtsenthebung beginne. Die gleichzeitige Amtsenthebung aller Minister ist meiner Auffassung nach unter den augenblicklichen Umständen ein Schritt voller schwerwiegenden Nachteile und großen Gefahren für die Gegenwart, jedoch noch mehr für die Zukunft: daher kann ich weder davon ablassen, E.M. diese darzulegen in dem Augenblick, als Ihr die Güte hattet, mich von Eurer Absicht zu informieren; noch ist es mir möglich, die Erinnerung daran nicht in diesem Schreiben festzuhalten, welches, wie ich hoffe, für E.M. ein Zeugnis meiner Aufrichtigkeit und Liebe zu Eurer Erlauchten Person darstellt“²⁰⁴.

Schließlich führt der König, der Bitte Feliu Gehör schenkend, aber vor allem den Hinweisen, die ihm Pelegrín geben konnte, folgend, am 8. Januar eine teilweise Kabinettsumbildung durch. Er entlässt vier Minister – Außen-, Verwaltungs-, Kriegs- und vorläufiger Finanzminister. Drei dieser Ministerien werden übergangsweise amtierenden Ministern übergeben (Außenministerium an Pelegrín, Verwaltungsministerium an Cano Manuel und Kriegsministerium an Escudero) und das vierte Ministerium (Finanzen) erhält José de Imaz²⁰⁵. In den amtlichen Schreiben, mit denen das Parlament über diese Änderungen informiert wird, wird gesagt, der König habe die Rücktrittsgesuche der abgesetzten Minister angenommen. Ich bin jedoch der Meinung, es handele sich hierbei um eine Formel, die Ferdinand VII. benutzte, um diesen abgesetzten Kanzleisekretären einen ehrenhaften und würdigen Abgang zu ermöglichen, wie ihm einige Staatsratsmitglieder nahegelegt hatten. Hier darf daran erinnert werden, wie schon zuvor gesagt, dass Pelegrín schon zuvor auf Wunsch des Königs den Entlassungserlass von Feliu vorbereitet hatte, in dem auf seinen Rücktritt angespielt wurde, der zweifellos nicht von ihm einge-

²⁰³ URQUIJO GOITIA, *Gobiernos y ministros españoles*, S. 30.

²⁰⁴ AGP, Reservados, Bd. 23, Bl. 317.

²⁰⁵ *Diarios de las Sesiones de Cortes*, 9-I-1822. ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 563-564. Laut diesem Autor kam Imaz nicht dazu, sein Amt als Finanzminister auszuüben, um das sich der ranghöchste Beamte kümmerte.. URQUIJO GOITIA, *Gobiernos y ministros españoles*, S. 30.

reicht worden war. Mehr noch, im Band 23 der vertraulichen Unterlagen von Ferdinand VII. im Königlichen Palastarchiv, unter denen die Rücktritte der Minister des Liberalen Trienniums aufbewahrt werden, befinden sich jedoch nicht die eben erwähnten. Laut dem Geäußerten glaube ich, Professor Varela ist im Irrtum, wenn er sagt, dass angesichts „der Ablehnung des Monarchen, das Kabinett nezugestalten, vier seiner Mitglieder, unter anderem Feliu, dem Monarchen am 8. Januar 1822 ihre Rücktrittsgesuche einreichten, wobei sie es einmal mehr vorzogen, dem Willen des Parlaments zu gehorchen und nicht dem des Königs“²⁰⁶. Denn, wie schon gesagt, entließ der König Bardají, Feliu, Moreno und Vallejo aufgrund der mehrheitlichen Auffassung „seines“ Staatsrates – vergessen wir nicht, er wollte die Entfernung aller Minister – und dem schriftlichen Vorschlag Feliu und dem mündlichen des Ministers seines Vertrauens, Pelegrin, folgend.

cc. Gesetzesentwürfe der Regierung: Petitionsrecht und Zusätze zum Gesetz über Druckfreiheit. Bericht des Staatsrates. Annahme der beiden Entwürfe durch das Parlament

Die Geschichtsschreibung hat einmütig erkannt, dass die politische Verfassung der Monarchie aus dem Jahre 1812 in Artikel 171, Absatz 14, die Beteiligung des Königs an den Gesetzesinitiativen anerkennt, indem ihm das Vorschlagsrecht für Gesetze oder Reformen, die dem Erreichen des „Wohles der Nation“ dienen, an das Parlament, erteilt wird²⁰⁷. Die Gesetzesinitiative wurde durch die Minister ausgeübt²⁰⁸. Die Regelung des Petitionsrechts und die Reform der Druckfreiheit durch jeweilige Gesetze sind zwei Fälle des Liberalen Trienniums, die auf zuvorigen Vorschlägen des Königs beruhen, in Ausübung des oben genannten Absatz 14, eine Angelegenheit, die wir im Folgenden näher untersuchen²⁰⁹.

Unter Berücksichtigung mehrerer Erwähnungen, die der Staatsrat in seinem Gutachten vom 2. Januar machte, ordnete Ferdinand VII. Mitte Januar an, man solle ihm darlegen, welche Maßnahmen und Reformen sinnvollerweise dem Parlament vorgelegt werden sollten, um „dem öffentlichen Aufruhr Einhalt zu gebieten“²¹⁰. Zu diesem Zweck

²⁰⁶ VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 672. Er legt keine Dokumente vor, die seine Versicherung bestätigen.

²⁰⁷ Z.B., M. MARTÍNEZ SOSPEDRA, *La Constitución de 1812 y el primer liberalismo español*, Cátedra Fadrique Furio Ceriol, Valencia, 1978, S. 338; ARTOLA, *Partidos y programas políticos, 1808-1936*. I. Los partidos políticos, S. 188; VARELA SUANZES, „Rey, Corona y Monarquía“, S. 125 und mehrere *Manuales de Historia Constitucional de España*, wie z.B. J. F. MERINO MERCHÁN, *Regímenes históricos españoles*, Tecnos, Madrid, 1988, S. 54; R. JIMÉNEZ ASENSIO, *Introducción a una historia del constitucionalismo español*, Tirant lo Blanch, Valencia, 1993, S. 56-57; C. NÚÑEZ RIVERO y R. M^a. MARTÍNEZ SEGARRA, *Historia Constitucional de España*, Editorial universidades, Madrid, 1997, S. 84.

²⁰⁸ VARELA SUANZES, „La Monarquía imposible“, S. 655. Artikel 125 der Verfassung legte fest, dass, wenn die Staats- und Kanzleisekretäre Vorschläge im Namen des Königs machen, nehmen sie an der Debatte teil, wann und auf welche Art es das Parlament beschließt und ergreifen bei diesen das Wort; bei der Abstimmung sind sie jedoch nicht zugegen.

²⁰⁹ Zu den Vorschlägen auf Anregung von Ferdinand VII., s. MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio*, Bd. I, S. 397-419.

²¹⁰ Königlicher Befehl, 14-I-1822, von Francisco Javier Pinilla an den Staatsratssekretär, Original in AHN, Estado, leg. 139/12. Pinilla, Beamter des Sekretariats für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, war während der Krankheit von Vicente Cano Manuel als für das Büro des Ministeriums zuständig ernannt

ernannte der Rat eine Sonderkommission, die aus Agar, Ciscar, Romanillos, Porcel, dem Grafen von Frías, Ballesteros und Pezuela bestand²¹¹.

Am folgenden Tag wurden dem Rat per weiterem Königlichen Befehl, einerseits drei Gesetzesentwürfe vorgelegt, deren Bestimmungen einige Aspekte enthielten, die von den Staatsratsmitgliedern im Gutachten vom 2. Januar aufgeworfen worden waren und andererseits eine Regelung der guten Regierung über die Register, die „in den Dörfern eingeführt werden müssen und die unabdingbare Benutzung von Pässen“²¹².

Worum ging es in den Gesetzesentwürfen, die die Regierung dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt hatte? Um Petitionsrecht, Druckfreiheit und Vaterlandsvereine? Artola behauptet, die drei Entwürfe seien dem Parlament von Feliu vorgelegt worden²¹³. Erinnern wir uns daran, dass Feliu am 9. Januar abgesetzt worden war, dass diese Entwürfe dem Staatsrat von dem als Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel bevollmächtigten Pinilla am 15. Januar zugesandt und dass sie dem Parlament erst am 21. Januar vorgelegt wurden, wie wir noch sehen.

Hinsichtlich des Petitionsrechts ist zu sagen, dass es im 19. Jahrhundert von allen europäischen Verfassungen anerkannt war. Konkret in Spanien, wurde in seiner ersten Verfassung im Artikel 373 nicht ausdrücklich vom Petitionsrecht gesprochen²¹⁴. 1822 wird dann, wie wir darlegen werden, die Ausübung des Petitionsrechtes geregelt; bei dem neuen Gesetz handelt es sich nicht um eine Weiterentwicklung, wie Lorente sehr richtig aufzeigt, sondern um eine Reaktion der Regierung auf den übertriebenen „Mißbrauch“ von Gemeinschaftspetitionen gegen die rechtmäßig gebildeten Behörden²¹⁵.

Der Regierungsentwurf für das Petitionsrecht besagte, weder Vereinigungen noch rechtmäßig gebildete Behörden könnten es ausüben, außer in ihrem Zuständigkeitsbereich; außerdem verlören diejenigen Obrigkeitsvertreter, die sich versammelten, um das Petitionsrecht auszuüben oder es zu mißbrauchen, ihren Arbeitsplatz. Schließlich wurde dieses Recht dem Gesetz über Druckfreiheit zur Ausarbeitung untergeordnet²¹⁶. Die Re-

worden. S. hierzu, *Diario de las Sesiones de Cortes*, 12-I-1822, S. 1731.

²¹¹ Staatsratsprotokoll, 14-I-1822 (AHN, Estado, leg. 85).

²¹² AHN, Estado, legs. 85 y 139/2.

²¹³ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, 563. Im gleichen Sinne Marta Lorente (*Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 41).

²¹⁴ LORENTE SARIÑENA, *Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 38. Dieser Artikel besagt, dass jeder Spanier das Recht hat, das Parlament oder den König anzurufen, um die Einhaltung der Verfassung zu fordern.

²¹⁵ LORENTE SARIÑENA, *Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 38.

²¹⁶ Der kurze Entwurf bestand aus den folgenden sechs Artikeln:

Art. 1: Die konstituierten Behörden haben nur innerhalb der Befugnisse und Zuständigkeiten, die ihnen von der Verfassung und den Gesetzen zugewiesen werden Petitionsrecht.

Art.2: Unterschiedliche Behörden können sich nicht versammeln, um das Petitionsrecht auszuüben, ebenso wenig wie zu Debatten oder Abkommen anderer Art als der vom Gesetz ausdrücklich erlaubten.

Art. 3: Andere Vereinigungen oder Körperschaften gleich welcher Natur können das Petitionsrecht ebenso wenig ausüben, da es sich um ein Individualrecht eines jeden Bürgers handelt und es nur dann zum Kollektivrecht wird, wenn es von einer Behörde innerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereichs

gierung fügte dem Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit zwei Artikel hinzu. Einerseits beabsichtigte sie, einen weiteren Staatsanwalt zu ernennen, der die Drucksachen zur Anzeige bringen sollte und andererseits, dass die Neudrucke, die an einem anderen Ort als die erste Ausgabe herausgegeben wurden, zur Anzeige gebracht werden konnten²¹⁷. Über die Vaterlandsvereine und –versammlungen behauptete die Regierung, sie hätten Tumulte und Aufstände verursacht „bei denen die öffentliche Ruhe arg in Mitleidenschaft gezogen wurde und die der Garnisonstruppe und der örtlichen Bürgerwehr sowohl hier als auch in den anderen Provinzhauptstädten einen außerordentlich mühseligen Dienst abverlangt, um ihre verwerflichen Absichten zu verhindern“²¹⁸. Die Regierung kam nicht dazu, einen Text über Vaterlandsversammlungen mit den entsprechenden Artikeln vorzubereiten.

Die im Staatsrat ernannte Sonderkommission berichtete am 18. Januar, dass die Druckfreiheit mit skandalöser Straffreiheit ausgeübt würde und wie das Parlament, die Regierung und der Staatsrat selbst, anerkannt hatte, war sie eine der Ursachen der Störungen der öffentlichen Ordnung. Anschließend sagte sie, dass die im Erlass vom 22. Oktober 1820 enthaltenen Regelungen, der die Vorgehensweise von Geschworenen bei den Delikten, die mit der Druckerpresse begangen wurden, festgelegt hatte, nicht ausreichten, um „solch Unordnung zu unterdrücken“ und sie hielt es für ratsam, die Geschworenen zu streichen und die Zensurjuntas, die per Erlass vom 19. Juni 1813 geschaffen worden waren, wieder einzuführen, die dem Parlament gegenüber verantwortlich waren, vor allem, wenn sie, laut dem gleichen Erlass, in Ausübung ihres Amtes die Verfassung oder

ausgeübt wird.

Art. 4: Die Behörden, die sich entgegen den Anordnungen des Artikel 2 versammeln, verlieren durch diese Tatsache ihre Arbeitsplätze.

Art. 5: Dies gilt ebenfalls für diejenigen, die sich nicht versammeln, jedoch das Petitionsrecht mißbrauchen oder dies jeder für sich tut, und sich über ihre Zuständigkeitsbereiche hinwegsetzen.

Art. 6: Sollten die Behörden oder die Einzelpersonen in der Ausübung des Petitionsrechts Eingaben drucken oder Ausführungen, Darlegungen oder sonstige Schriftstücke, so unterliegen sie dem, was im Gesetz vom 22. Oktober 1820 über die Druckfreiheit festgelegt wurde. In *Minuta de mensaje del rey a las cortes, pasado de orden de S. M. al consejo de Estado, para que diese su dictamen sobre los proyectos de ley que contiene; cuya minuta se remitió por el gobierno a las cortes, como necesaria para la inteligencia de la consulta del consejo de estado, y se leyó en la sesión de 21 del corriente*, veröffentlicht in *El Universal*, n° 24, Donnerstag, 24. Januar 1822. In *ACD, Reservados*, Bd. 23, Bl. 315–316, eine Abschrift der Notiz wird aufbewahrt.

²¹⁷ In den beiden Artikeln hieß es:

Art. 1: Abgesehen von dem Staatsanwalt, der in Artikel 34 erwähnt wird, gibt es einen weiteren, der von der Regierung ernannt wird und alle Drucksachen zur Anzeige bringt, die in den Artikeln 11, 12, 13 und 14 aufgezählt werden.

Artikel 2: Alle Bücher, Papiere oder Zeitungen, auch wenn sie anderswo gedruckt wurden und dort nicht zur Anzeige gebracht wurden, und auch nicht eingezogen wurden, können dies wohl an dem Ort werden, an dem die Neuauflage gedruckt wird und es wird derjenige zur Verantwortung gezogen, der sie neu gedruckt hat oder den Auftrag hierzu gab. In *Minuta de mensaje del rey a las cortes, pasado de orden de S. M. al consejo de Estado, para que diese su dictamen sobre los proyectos de ley que contiene*; wie in der vorigen Fußnote zitiert.

²¹⁸ *Minuta de mensaje del rey a las cortes, pasado de orden de S. M. al consejo de Estado, para que diese su dictamen sobre los proyectos de ley que contiene*.

die Erlässe über Druckfreiheit mißachteten. Die Kommission fand ebenfalls, dass der schon bestehende Staatsanwalt für Drucksachen dem zuständigen Richter Rechenschaft ablegen müsse. Dass dies bisher nicht der Fall gewesen sei, „könne zur Folge gehabt haben, dass er sein Amt eher lau und nachlässig ausgeübt habe“. Sie trat ebenso dafür ein, der Regelung über Druckfreiheit einige Zusätze hinzuzufügen. So sei es beispielsweise ratsam, in Artikel 11 zu den subversiven Schriften diejenigen „hinzuzufügen, die die Person des Königs beleidigen; denn diese Schriften sind ein direkter Angriff auf seine Unverletzbarkeit, die in Artikel 168 der Verfassung sanktioniert wurde“. Diejenigen Schreiber, die Personen beleidigen, ohne ihre Namen zu nennen, die aber aus dem Zusammenhang heraus identifizierbar sind, sollten auch zur Verantwortung gezogen werden; die Kommission fügte hinzu, dass alle Artikel oder Schriften, die sich auf bestimmte Personen bezogen, mit der Unterschrift ihres Autors oder Herausgebers veröffentlicht werden, mit ihrem richtigen Vor- und Nachnamen und so sie nicht unterschrieben erscheinen, oder unter falschem Namen, liegt die Verantwortung beim Drucker, unter Androhung der in Artikel 30 der Ordnung festgelegten Strafe²¹⁹.

Es war allgemein anerkannt, dass die fehlenden Bestimmungen zum Petitionsrecht zu Aufruhr und Unruhe führten, „die verschiedentlich zur Störung der öffentlichen Ruhe geführt haben“. Hinsichtlich des Petitionsrechtes war die Verfassung äußerst vorsichtig, da sie nur erklärte, jeder Spanier habe das Recht, das Parlament oder den König anzurufen, um ihre Einhaltung zu fordern. Die Sonderkommission schlug folgende Maßnahmen vor, von denen einige schon von der Regierung formuliert worden waren und andere vom Parlament in den Gesetzesentwurf, den sie zu diesem Recht ausarbeiten, eingebracht wurden. „Das Petitionsrecht ist ein individuelles Recht, keine Vereinigung kann es kollektiv ausüben, außer den konstituierten Behörden und Körperschaften und diese können auch nur diejenigen Petitionen einbringen, die direkt mit ihrer eigenen Einrichtung verbunden sind. Die Einzelpersonen, die dem Parlament, dem König oder den Behörden, die darüber entscheiden, Petitionen einreichen, behandeln diese stets mit dem gebotenen Respekt. Wenn eine Petition von vielen Bürgern unterschrieben wird, so muss ein jeder seine richtigen Vor- und Nachnamen angeben, sowie seine Adresse und seinen Beruf, Arbeit und Tätigkeit. Diejenigen, die die Petition unterschreiben, sind individuell verantwortlich für die Nichteinhaltung der Gesetze oder strafbaren Handlungen, die durch diese begangen werden. Wenn es mehr als fünf Unterschreibende gibt, so sind die ersten fünf auf jeden Fall verantwortlich sowohl für den Inhalt der Petition als auch dafür, dass die anderen Bittsteller richtige Angaben zur Person machen. Dies schließt die persönliche Verantwortung der anderen nicht aus. Sofern die Bürger, die das Petitionsrecht ausüben sowie die konstituierten Behörden und Körperschaften, die es in besonderen Fällen ausüben dürfen, Eingaben, Ausführungen, Darlegungen oder sonstige Schriftstücke drucken, unterliegen sie dem, was die Ordnung vom 22. Oktober 1820 über die Druckfreiheit bestimmt“²²⁰.

²¹⁹ Bericht der Sonderkommission, 18-I-1822 (AHN, Estado, leg. 139/2).

²²⁰ Bericht der Sonderkommission, 18-I-1822 (AHN, Estado, leg. 139/2).

Hinsichtlich der Vaterlandsversammlungen schloß sich die Kommission dem an, was die Regierung verfügt hatte: „In dem von S.M. vorgelegten Gesetzesentwurf werden die Nachteile und die Schäden nachdrücklich dargelegt, die durch die sogenannten Vaterlandsversammlungen entstanden sind; und an diesem Punkt sieht die Kommission nichts, das sie S.M. noch vorbringen könne“²²¹.

Im Anschluß sprach sich die Kommission erneut gegen die Ernennung eines zweiten Staatsanwaltes durch die Regierung aus, der die mit der Druckerpresse begangenen Straftaten kontrollieren solle:

„Es muss jedoch klar gesagt werden, um Mißverständnisse auszuräumen, dass hinsichtlich der Druckfreiheit es ihr sehr gerecht vorkommt, was im Gesetzesentwurf über die Neudrucke bestimmt wird, ihr gleichzeitig die Ernennung eines zweiten Staatsanwaltes durch die Regierung, der über die gute Ausübung dieses jedem Spanier zustehenden Rechts wacht, jedoch widerstrebt. Es wurde strikt darauf geachtet, dass dieses Recht sofort unter den Schutz der Volksvertretung gestellt werde und es könnte scheinen, dass diese Bemühungen umgeleitet werden, indem der Regierung eine besondere Untersuchung über ein so delikates Thema zugestanden wird; wenn die Verantwortung des Staatsanwaltes so festgelegt wird wie vorgeschlagen, besteht keine Notwendigkeit für einen zweiten Gesetzesvertreter, denn die Regierung erhält ein eigenes Mittel, um die Beibehaltung der Ordnung zu pflegen“²²².

Die Regelung über die gute Regierung, die auch an die Kommission weitergereicht worden war, „sieht dies so, dass aufgrund der Tatsache, dass sie der ordentlichen Regelung der Angelegenheit entspricht, diese gründlicher untersucht werden kann, da sie nur der königlichen Autorität entspringt, ohne anscheinend des Eingriffs der gesetzgebenden Gewalt zu bedürfen“²²³.

Die Mehrheit der Staatsratsmitglieder schloß sich dem Bericht der Kommission an²²⁴. In der außerordentlichen Parlamentssitzung vom 21. Januar wurden das Gutachten des Staatsrats und die Gesetzesentwürfe über den Mißbrauch des Petitionsrecht, Vaterlandsvereine und Druckfreiheit behandelt, deren Abschrift der Sekretär für die Regierung der Spanischen Halbinsel gesandt hatte, in denen wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um mit den Übeln und dem öffentlichen Aufruhr aufzuräumen. Das Parlament kam überein, dass der erwähnte Sekretär die Originale dieser Entwürfe schicken solle²²⁵. Am folgenden Tag, dem 22., antwortete der Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, dass „der erwähnte Gesetzesentwurf niemals angefertigt wurde, noch wahrhaft existiert hat oder von S.M. abgezeichnet wurde. Es handelt sich lediglich um eine Notiz oder einfache Mitteilung desselben, die geschrieben wurde und dem Staats-

²²¹ Bericht der Sonderkommission, 18-I-1822 (AHN, Estado, leg. 139/2).

²²² Bericht der Sonderkommission, 18-I-1822 (AHN, Estado, leg. 139/2).

²²³ Bericht der Sonderkommission, 18-I-1822 (AHN, Estado, leg. 139/2).

²²⁴ Staatsratsprotokoll, 19-I-1822 (AHN, Estado, leg. 85). Am folgenden Tag wurde das Gutachten ausgearbeitet oder ins reine geschrieben. Sein Entwurf in AHN, Estado, leg. 139/2, veröffentlicht in El Universal, Donnerstag 24. Januar 1822.

²²⁵ Diario de las Sesiones de Cortes, 21-I-1822, S.

rat übergeben, damit dieser sie korrigiere und vervollständige“. Dem Sitzungsbuch wurde die Botschaft des Königs mit den Gesetzesentwürfen nicht beigelegt²²⁶.

Am 9. Februar wurde im Kongress ein Gesetzesentwurf über Petitionsrecht vorgelegt, welches drei Tage später angenommen wurde²²⁷. Dieser Entwurf umfaßte weit mehr Aspekte als der Vorschlag, der drei Tage zuvor von der Regierung gemacht worden war. Der Parlamentserlass mit Gesetzescharakter, der letztendlich angenommen wurde, hat nichts mit dem Inhalt des Artikels 373 der Verfassung zu tun und regelt dieses Recht, indem es seine bis dato mißbräuchliche Ausübung einschränkt²²⁸. Das Gesetz über Petitionsrecht enthielt einige der vom Staatsrat in seinen Gutachten vom 2. und 20. Januar vorgeschlagenen Reformen. Wie Lorente vor zwei Jahrzehnten darlegte, weicht dieses Gesetz „in Spanien die Regelung des Petitionsrecht ein, das zum ersten Male in Artikel drei der Grundordnung von 1837 in der Verfassung verankert wird“²²⁹.

Die beiden genannten Gesetze, das über die gerechten Grenzen des Petitionsrechts und das Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober über Druckfreiheit, wurden am 12. Februar 1822 angenommen und erhielten am folgenden Tag die königliche Sanktion²³⁰. Es sind die beiden Parlamentserlässe, die im Triennium am schnellsten die Sanktion erhielten: in knapp 24 Stunden hat Ferdinand VII. den Satz „Als Gesetz zu veröffentlichen“ auf sie geschrieben. Die Schnelligkeit beruht zweifellos darauf, dass der Staatsrat keinen Bericht zu ihnen erstellte und dass sie auf den Vorschlägen des Königs basierten. Der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz, Vicente Cano Manuel, erklärte, als eines der beiden Originale über Petitionsrecht nach Erhalt der Sanktion an das Parlament zurückgegeben wurde, dass der Staatsrat hierzu ein Gutachten abgegeben hätte – dies stimmt jedoch nicht:

„Nach Anhörung des Staatsrates hat der König dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 12. des Monats über die gerechten Grenzen des Petitionsrechts die Sanktion erteilt.

Auf seinen königlichen Befehl hin teile ich dies E.E. mit und gebe Ihnen eines der Originale des genannten, mit der Sanktionsformel versehenen, Erlasses zurück, damit das Parlament hiervon unterrichtet werden möge“²³¹.

Der von der Verfassung vorgeschriebene Schritt, dass der Staatsrat über die Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter ein Gutachten erstellen muss, ist unterlassen worden. Weshalb hat nun der Staatsrat keine Stellungnahme abgegeben? Weil es der König

²²⁶ Abschrift derselben, wie schon zuvor gesagt, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl.

²²⁷ Zu den verschiedenen Haltungen, die dem Entwurf gegenüber eingenommen wurden, s. LORENTE SARIÑENA, *Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 42-45.

²²⁸ LORENTE SARIÑENA, *Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 41-46.

²²⁹ LORENTE SARIÑENA, *Las infracciones a la Constitución de 1812*, S. 47.

²³⁰ Zur Debatte und Abstimmung über beide Entwürfe, s. MEDINA PLANA, *Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio*, Bd. I, S. 413-419.

²³¹ Palast, 13-II-1822 (ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 217). Im gleichen Sinne drückt sich Cano Manuel aus, als er das Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit zurückgibt (ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 215).

– oder die Regierung, um es ganz deutlich zu sagen – gewesen ist, der die Gesetzesentwürfe zum Petitionsrecht und zur Erweiterung des Gesetzes über Druckfreiheit, wenn auch auf Anraten des Staatsrates vorgelegte. Es stimmt ebenfalls, dass dieser anschließend sein Einverständnis mit ihnen abgab. Es muss aufgezeigt werden, dass die Gesetzesentwürfe, die das Parlament annahm, nicht mit denen übereinstimmten, die die Regierung entwarf und deshalb alle von der Verfassung für die Erlässe mit Gesetzescharakter vorgeschriebenen Vorgehensformalitäten eingehalten wurden.

Die Innere Parlamentsordnung vom 29. Juni 1821 hatte in Artikel 127 festgelegt, dass die vom Parlament angenommenen Erlässe mit Gesetzescharakter bei ihrer Vorlage beim König zur Erteilung der Sanktion folgenden Einführungstext hätten: Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Formalitäten, legt das Parlament (hier werden die angenommenen Artikel eingefügt) S.M. diese vor, damit er ihnen seine Sanktion erteilen möge²³². Diese Ordnung sah jedoch nichts für den Fall vor, dass das Parlament Erlässe mit Gesetzescharakter annähme, die von einem Vorschlag des Königs ausgegangen waren, jedoch in der Endversion eine Reihe von Artikeln beinhalten, die von der entsprechenden Parlamentskommission vorgeschlagen wurden und eine Weiterentwicklung derjenigen sind, die ursprünglich vom Monarchen durch seine Regierung angeregt wurden. Hier handelt es sich um die beiden Fälle der Vorschläge des Königs über die Einschränkung des Petitionsrechts und die Abänderung der Druckfreiheit. Die Gesetzesgeber von 1822 entwarfen folgende Form hierfür: Nachdem das Parlament über die Vorschläge S.M. über (hier werden die Vorschläge des Königs eingefügt) beratschlagt hat und unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Formalitäten, hat es folgende (hier die angenommenen Artikel) erlassen und legt S.M. diese vor, damit er ihnen seine Sanktion erteilen möge.

In diesem Fall befinden sich die beiden Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, die auf Vorschlag der Regierung angenommen wurden, welche wir behandeln. Der erste, das Gesetz über das Petitionsrecht, begann: Nachdem das in außerordentlicher Sitzung versammelte Parlament über die Vorschläge S.M. hinsichtlich der Festlegung der gerechten Grenzen des Petitionsrecht beratschlagt hat und unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Formalitäten, hat es folgenden Erlass angenommen²³³. Der andere Erlass dieser Art, über die Druckfreiheit, benutzte die gleiche Formel: Nachdem das in außerordentlicher Sitzung versammelte Parlament über die Vorschläge S.M. hinsichtlich einiger Zusätze zum Gesetz vom zwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig beratschlagt hat und unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Formalitäten, hat es folgenden Erlass angenommen²³⁴. Diese Formel – ebenso wie die vorherige – war, wie schon gesagt, nicht in der knapp ein Jahr zuvor angenommenen Inneren Parlamentsordnung geregelt. Artikel 128 dieser Ordnung handelte von den Erlässen über Angelegenheiten, bei denen auf Anregung des Königs das Parlament diese annimmt und bei denen folgende Formel benutzt wurde: Nachdem das Parlament die

²³² AHN, Estado, leg. 168.

²³³ Es folgen die Artikel des Erlasses (ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 218).

²³⁴ Es werden die hinzugefügten Artikel genannt (ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 216).

Vorschläge S.M. hinsichtlich (hier der Vorschlag des Königs) untersucht hat, hat es angenommen: (hier wird der Beschluß eingefügt) ²³⁵. Die Ordnung sah eine Formel für den Fall vor, dass das Parlament einen vom König kommenden Vorschlag, ohne daran Änderungen vorzunehmen, annähme. Jedoch wurde die Möglichkeit nicht in Betracht gezogen, dass, obwohl der Vorschlag berücksichtigt wurde – und wie konnte es anders sein – die endgültige Version von ihm abwich – durch Einschluß weiterer Artikel oder anderslautende – wie es in den beiden Fällen, die wir betrachten, vorkam – beide dem König zur Sanktion vorgelegt wurden.

b. Aufschiebendes Veto gegen zwei Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter

aa. Gesetzesentwurf über Feudalland vom 8. Mai 1822

Der zweite Entwurf zu einem Parlamentserlass, in dem einige Klarstellungen gemacht werden zum besseren Verständnis des Erlasses vom 6. August 1811 über die Übergabe der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, datiert vom 8. Mai 1822²³⁶. Dieser zweite Entwurf ist mit dem ersten identisch. So stellt das Parlament sicher, dass, wenn, wie zu erwarten ist, der König wiederum sein aufschiebendes Veto einlegt, dieser beim folgenden Mal von den Bestimmungen der Verfassung dazu gezwungen wird, die Sanktionsformel unter ihn zu setzen, d.h., „Als Gesetz zu veröffentlichen“. Der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz Garely übersandte am 11. Mai aus Aranjuez, wo er sich mit dem König aufhielt, an den Staatsratssekretär, Juan de Madrid Dávila, den Originalerlass mit Gesetzescharakter, den das Parlament am 8. des Monats übergeben hatte und gleichzeitig beantragte er, gemäß Artikel 3 der Verfassung, die Erstellung eines Gutachtens, damit aufgrund dessen der König die Sanktion erteile oder verweigere²³⁷. Am 14. erhielt Juan de Madrid das Original des Erlasses und am folgenden Tag beschloß der Rat es „der Kommission zu übergeben“. Die Kommission für Gnade und Justiz, die aus den Staatsratsmitgliedern García, Ibar-Navarro, Aycinena, Pezuela, Ortiz und Cabrera bestand, gab ihr Gutachten am 24. Mai ab. Am 27. Mai wurde über den Bericht der Kommission informiert und der 29. Mai für die Debatte festgelegt. An jenem Tag wurde hierüber debattiert und über die Sanktion des Feudallandsgesetz abgestimmt. Der Marqués von Piedrablanca, als betroffene Partei, verließ die Versammlung.

Der Rat sprach sich erneut dafür aus, dass Ferdinand wiederum dem zweiten Gesetzesentwurf vom 8. Mai 1822 über Feudalland die Sanktion verweigern solle²³⁸. Er fügte außerdem hinzu, „dass das Gesetz vom 6. August 1811 ein solch perfektes und abgerundetes Werk seiner Art und eine Verbesserung unmöglich sei, nicht einmal eine Auslegung unter dem Vorwand, einer seiner Artikel sei unklar. Sie sind alle so klar und deutlich für diejenigen, die sich mit der Juristensprache auskennen, dass in seinem Verständnis sich weder Zweifel noch Schwierigkeiten auf tun können“. Das politische Bera-

²³⁵ AHN, Estado, leg. 168.

²³⁶ Abschrift desselben in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 579-580. Zur Debatte und Abstimmung s. MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 456-459.

²³⁷ Königlicher Befehl, Aranjuez, 11-V-1822, Original in AHN, Estado, leg. 175.

²³⁸ Staatsratsgutachten, 1-VI-1822, Abschrift in AHN, Estado, leg. 175.

tungsorgan des Monarchen erklärte, in Artikel 13 des Abschaffungserlasses sei festgelegt, dass die Gerichte über die Dispute entschieden, die zwischen den Einzelpersonen über ihre jeweiligen Rechte entstünden:

„Für einen wahrlichen Rechtskundigen wäre nichts einfacher gewesen als in jedem Fall einzeln zu entscheiden, ob die Dienstleistungen, um die die Streitsache ging, zu denen gehörten, die abgeschafft worden waren, oder zu denen, die weiterhin bestehen mussten: ob sie aus der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und dem Feudalherrenverhältnis stammen oder aber aus dem Landbesitz und der Landherrschaft; denn beide sind von dem geübten Beobachter durch deutlich verschiedene Züge voneinander zu unterscheiden. Wenn die Gerichte es als bequemer ansahen, Zweifel zu säen statt diese Untersuchung durchzuführen, Zweifel, zu denen das Gesetz keinen Anlaß gab, so darf dies nicht der Unklarheit zugeschrieben werden oder der zweideutigen Sprache, sondern eher der Entscheidungsunlust der Richter oder dem Fehlen jenen Mutes, den die Justiz von ihnen verlangt, um gegen einen oder gegen viele, gegen Schwache oder gegen Mächtige ihr Urteil auszusprechen. Hier wurden wirklich Stolpersteine gesucht auf einem Weg, der für diejenigen, die bereit waren, auf dem geraden Weg der Justiz zu wandern, keinerlei Unebenheiten aufweist.“

Nochmals wiederholte der Staatsrat, dass dieser zweite Gesetzesentwurf über Feudalland, der zur Sanktion vorgelegt wurde, gegen die Worte und den Geist des Gesetzes verstieß, das er zu interpretieren versuchte. So es ein Problem gab, entstand dieses nicht aus einer Auslegung des Abschaffungsgesetzes, sondern in der doktrinen Erklärungen des Artikel 5. Dieser Artikel bestand aus zwei Teilen. Nach Auffassung des Staatsrates besagte der erste Teil, dass die Herrschaft über Grundstücke, in dessen Genuß die Feudalherren kamen, gemäß dem Erlass vom August 1811 als Privateigentum eingestuft werden würde. Der zweite Teil besagte, dass das, was der erste Teil bestimmte, die möglicherweise dem Staat zustehenden Rechte nicht beeinträchtigte, damit einige der Grundstücke einen Teil der staatlichen Güter bildeten, falls diese verkauft worden waren; oder dass sie dorthin zurückkehrten, falls die Bedingungen, unter denen sie übergeben worden waren, nicht eingehalten wurden, „oder auf andere Weise – fuhr der Staatsrat fort – das Recht, sie zu behalten, erloschen war, z.B. das Recht, das sich auf die sogenannten Heinrichschen Schenkungen stützt: was das gleiche bedeutet, wenn man sagte, außer dem Recht der Nation auf die Übergabe und Rückgabe derjenigen Grundstücke, die dieser Art von Prozessen und Klagen unterworfen sein könnten Das Vorkaufsrecht wird nicht erwähnt, da die Dörfer hiervon nicht mehr betroffen sind. Sie waren dies nur bei der hiermit einhergehenden Justizhoheit und Rechten und bei den örtlichen käuflichen Ämtern, da alles andere schon aufgrund der vorherigen Artikel verschwunden war. Welch gesetzgeberische Weisheit und Umsicht, mit der der Erlass vom 6. August 1811 ausgeweitet wurde!“

Hinsichtlich der Vorlage der Erwerbsurkunden, wie Artikel 5 anführt, so war der Rat der Meinung, sie bezöge sich nur darauf, ob die Grundstücke, die sich in Privatbesitz befanden, dem Recht auf Übergabe und Rückgabe unterworfen waren oder nicht, was sich aus der Erwerbsurkunde ersehen ließ. Als Folge hiervon verlangte die Justiz, dass das

Privateigentum an Grundstücken ebenso geschützt werden solle wie die anderen Bürgerrechte²³⁹.

Wie es nicht anders sein konnte, wandte Ferdinand VII., wie „sein“ Staatsrat empfohlen hatte, aber mehr noch, wie es auch die Meinung der Minister Martínez de la Rosa und Garelly war, zum zweiten Mal das aufschiebende Veto bei dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über Feudalland an, und, wie Artola es ausdrückt, „er wiederholte seine Antwort vom 5. Juni“²⁴⁰.

Die Originale der beiden identischen Gesetzesentwürfe, die dem König im Sitzungsjahr 1821 und im folgenden Jahr zur Sanktionserteilung übergeben wurden, die Ferdinand VII. ohne sie ans Parlament zurückverwies, werden nicht im Archiv des Abgeordnetenkongresses aufbewahrt – ebensowenig im Archiv des Königspalastes –, „zweifelloso“, weil sie auf der Reise von Sevilla nach Cádiz verloren gingen“, die im Juni 1823 stattfand²⁴¹. Das Parlament, das in Sevilla tagte, präsentierte zum dritten Mal dem König einen Gesetzesentwurf, der identisch war mit den beiden in den vorhergehenden Sitzungsjahren vorgelegten, damit dieser ihm die Sanktion erteile, und wie wir noch sehen werden, sah sich Ferdinand VII. durch die Verfassung dazu gezwungen, die Sanktionsformel darunterzusetzen: „Als Gesetz zu veröffentlichen“, – was er auch tat, wie es nicht anders sein konnte.

bb. Gesetzesentwurf über die Festnahme von Verschwörern vom 19. November 1822

Am 30. Juni 1822 endete das Sitzungsjahr. Am selben Tag brach ein Aufstand aus, der von den Bataillonen der Königlichen Garde ausging; der Oberleutnant dieser Garde, Mamerto Landáburu, der sich den Aufständischen entgegenstellte, wurde ermordet – vergessen wir nicht, dass später ein im Hof verwurzelter Vaterlandsverein den Namen dieses Märtyrers für die Freiheit tragen wird. In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli marschierten die aufständischen Bataillone, die sich in El Pardo einquartiert haben, auf Madrid. Sie wurden schließlich von der Bevölkerung Madrids und der Volkswehr besiegt. Gil Novales hat aufgezeigt, dass an diesem Versuch der Gegenrevolution der König, seine Familie, die Minister, hohe Militärs, hochstehende Kleriker, Höflinge und die Bataillone der königlichen Garde beteiligt waren²⁴².

²³⁹ Das Gutachten schloß: „Welchen Grund kann es dafür geben, dass ein Ausnahmegesetz erstellt wird über dieses Eigentum? Ob es großflächig ist oder eher klein ändert nichts an seiner Natur: angenommen, heute gehört es einem einzigen Menschen, aber dann wird es aufgeteilt und was heute nur einen Eigentümer hat, wird bald vielen gehören; aber ob es nun einen einzigen Eigentümer hat oder viele, es muss unter der Schirmherrschaft der Verfassung und dem Schutz der Gesetze stehen, sowohl hinsichtlich der Rechte als auch des Eigentums, genauso wie alle anderen Besitztümer. Wenn es in denen, die jetzt den Status von Verträgen zwischen Privatpersonen erhalten, ärgerliche Bedingungen geben sollte, die gegen die Auffassung von Rechtlichkeit und Gerechtigkeit verstoßen, so werden die Gerichte sie auf das angebrachte Niveau bringen, wie es auf anderen Gebieten schon seit Jahren der Fall ist. Alles, was sich außerhalb dieses Rahmens bewegt, heißt, die universellen Gesetzesregelungen nicht zu kennen, die Quelle der guten Gesetze und den Artikel 4 der Verfassung zu verletzen“.

²⁴⁰ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 591.

²⁴¹ ACD, *Reservados*, Bd. 60.

²⁴² GIL NOVALES, „El liberalismo temprano en un diccionario biográfico“, S. 27-28.

Am 3. Oktober wurde die außerordentliche Parlamentsversammlung einberufen, die ihre Sitzungen vier Tage danach begann. Am Eröffnungstag verfaßte der Minister für die Regierung der Halbinsel ein amtliches Schreiben an die Ständige Parlamentsvertretung, in dem er übermittelte, dass Ferdinand VII., „um die vielen Übel, an denen das Spanien der Verfassung krankt, endgültig zu heilen“, die außerordentliche Sitzung des Parlamentes befiehlt. In dem Schreiben steht, dass der König beschlossen hatte, das Parlament solle unter anderem über die Zurverfügungstellung von Männern und Geld an die Regierung beraten, zur Erstickung von Verschwörungen und Tumulten, die in verschiedenen Provinzen aufgeflackert waren sowie über die Ausarbeitung eines Handbuchs über die Vorgehensweise bei Strafsachen²⁴³.

In der Parlamentssitzung vom 9. Oktober wurde ein Exposé von Canga Argüelles vorgelesen, dem sich siebenundsechzig Abgeordnete angeschlossen hatten, in dessen Schlußteil vorgeschlagen wird, dass vor der Debatte über die Regierungsvorschläge, diese die Gründe darlegen möge, die ihrer Ansicht nach zu der Situation geführt hatten, in der sich die Nation befand und welche Erlässe verabschiedet werden könnten, um die Übel auszurotten, von denen das Vaterland befallen war²⁴⁴. Das Exposé des Abgeordneten Canga begann bezeugnehmend auf die Ereignisse von Anfang Juli, als die Verschwörer vor den Toren des Palastes das absolutistische Königreich ausriefen und mit Unterstützung des Bataillons der königlichen Garde²⁴⁵ die Nation an den Abgrund eines Bürgerkrieges führten – so wie es die Regierung ausdrückte. Laut Canga hatten verfassungstreue militärische Korps, die Miliz und das ständige Heer am 7. Juli verhindert, dass die Willkür wieder am Hofe eingeführt wurde.

Anschließend reduziert das Exposé selbst die Ursachen für die Übel, von denen die Nation befallen ist, auf drei: die Straffreiheit für die Eidbrüchigen, die irrige Auffassung, welche die Regierung vom patriotischen Extremismus hat und die Intrigen der ausländischen Regierungen.

Nach Annahme des Vorschlags der achtundsechzig Abgeordneten sah sich die Regierung gezwungen, die Gründe darzulegen, die ihrer Meinung nach die Ursache für die Übel waren, an denen das Vaterland krankte sowie die Mittel vorzuschlagen, die hier Abhilfe schaffen sollten.

Zu diesem Zweck besetzte der Kanzleisekretär für Verwaltung im Kongress die Tribüne, um einen Bericht vorzulesen²⁴⁶. Nach Auffassung der Regierung lagen die Gründe für die bedauerlichen Zwischenfälle in einigen Provinzen der Monarchie in der Unwissenheit („Tochter dreier Jahrhunderte der Inquisition und Finsternis“) und der Armut des Großteils der Bevölkerung; dem verderblichen Einfluß des Klerus auf das Volk, indem er die Verfassung als eine „Feindin der heiligen Religion, die so wirksam schützt“ darstell-

²⁴³ Diario de las Sesiones de Cortes, 8-X-1822, S. 21.

²⁴⁴ Diario de las Sesiones de Cortes, 9-X-1822, S. 75-87.

²⁴⁵ Am 30. Juni hatten einige gegen die Verfassung eingestellte Soldaten dieser Garde den Gardeoffizier Marmerto Landáburu ermordet (ALCALÁ GALIANO, Memorias, S. 163).

²⁴⁶ Diario de las Sesiones de Cortes, 12-X-1822, S. 147-151.

te; die Apathie dem neuen System gegenüber seitens der Justizbeamten, der zivilen Angestellten und Behörden; der Ärger einiger hochrangigen Vorgesetzten der königlichen Garde über die militärischen Reformen und schließlich die Intrigen des Auslands, die es geschafft hatten, „den Bürgerkrieg zu entfachen“. Um mit den „Übeln des Vaterlandes“ aufzuräumen, schlugen die Minister eine Reihe von Maßnahmen vor, wie z.B. die bessere Verwendung der Kirchenrenten, das Recht der Regierung, die Angestellten zu versetzen und zu entlassen, Lohnausfall für alle diejenigen, die sich an der Verfolgung der Auführer nicht beteiligten, die Anklageerhebung gegen die örtlichen Behörden, die dem Militärkommando die Existenz von Ruhestörern nicht meldeten, die Kontrolle über die Vorschläge des Staatsrates für die Ämter der Richter und Justizbeamten und die Reparatur der Theater. Außerdem schlug die Regierung zwei weitere Maßnahmen vor, die, nachdem sie entsprechend ausgearbeitet waren, zu zwei Parlamentserlässen mit Gesetzescharakter wurden, jedoch die königliche Sanktion nicht erhielten. In Übereinstimmung mit der ersten dieser Maßnahmen, der Neunten Regierungsmaßnahme, wurde darauf bestanden, dass das Parlament erkläre, der Augenblick sei gekommen, um die in der Verfassung von Cádiz vorgeschriebenen Formalitäten zur Festnahme der spanischen Bürger aufzuheben²⁴⁷. Welches waren nun diese Formalitäten, die der Festnahme und Inhaftierung der Verbrecher vorangehen mussten? Nach Meinung des gemäßigten Abgeordneten Romero nicht mehr und nicht weniger als diejenigen, die in Artikel 287 und 293 festgelegt wurden. Im ersten dieser Artikel wird bestimmt, dass kein spanischer Bürger verhaftet werden könne ohne zuvor „eine Zusammenfassung der Tatsachen zu erhalten, wegen der er laut Gesetz die Freiheitsstrafe verdiente, ebenso wie eine schriftliche Anweisung des Richters, in dem im Befehl selbst über die Inhaftierung informiert wird“. Der andere Artikel verlangt einen begründeten Beschluß, damit der Verhaftete ins Gefängnis eingeliefert wird oder dort verbleibt. Die andere Regierungsmaßnahme, die Fünfzehnte, mündete, wie wir an angemessener Stelle untersuchen werden, in den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 1. November 1822, und unterstützte die Förderung von öffentlichen Versammlungen, um über politische Angelegenheiten zu diskutieren²⁴⁸.

²⁴⁷ In der Regierungsmaßnahme hieß es: „Da es äußerst skandalös und widerwärtig ist, dass die Verbrecher, die sich gegen die Verfassung verschwören und sie mit der Waffe in der Hand angreifen, die Vorteile eben dieser Verfassung auszunutzen versuchen, wird erklärt, dass der in Artikel 308 der Verfassung vorgesehene Fall eingetreten ist und die Formalitäten, die vorgesehen sind, um Verbrecher festzunehmen, aufgehoben werden, anzuwenden im Fall der Auführer und sonstiger Personen, gegen die direkt oder indirekt wegen des Deliktes der Verschwörung vorgegangen wird“. Die folgende Maßnahme erlegte den Auführern oder Verschwörern die finanzielle Verantwortung auf. *Diario de las Sesiones de Cortes*, 12-X-1822, S. 150. Vergessen wir nicht, dass im Artikel 308 der Verfassung bestimmt wurde, dass, wenn es die Sicherheit des Staates im gesamten Königreich oder in einem Teil des Königreiches, unter außergewöhnlichen Umständen verlange, die Formalitäten für die Festnahme von Verbrechern, die in diesem Kapitel dargelegt werden aufzuheben, so kann das Parlament dies für einen außergewöhnlichen Zeitraum anordnen.

²⁴⁸ Hierzu äußerte sich die Regierung, dass „mit dem Ziel, den Gemeinsinn aufrechtzuerhalten, die Gründung von Vaterlandsvereinen gefördert werden wird, wobei sie dergestalt geregelt werden, dass sie nützlich sein werden und jedwede Rücksichtslosigkeit oder Abwege verhüten“ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 12-X-1822, S. 150.

Die Parlamentskommission, die zu den von den Ministern vorgeschlagenen Maßnahmen Stellung nehmen sollte, bestand aus herausragenden Extremisten, die der Regierung nahestanden, wie Canga Argüelles, Domingo María Ruiz de la Vega und den aus Cádiz stammenden Francisco Javier Istúriz und Antonio Alcalá Galiano. In ihrem Bericht übernahm sie die von den Ministern auf den Tisch gelegten Maßnahmen in Gänze²⁴⁹. Was die Anwendung des Verfassungsartikels 308 anging, so sah die Kommission sie als notwendig an, auch wenn sie anerkannte, dass die persönliche Sicherheit vermindert wurde, „die erste aller Gesellschaftsgüter“, alldieweil keine andere Art und Weise bestand, die Verschwörung niederzuwerfen, da die im Landesinneren stattgefundenen Aufrühre „es unmöglich machen, die Beschlüsse für die Inhaftierung der Verbrecher zu begründen“.

Am 22. Oktober begann die Debatte über die Neunte Maßnahme. Der Abgeordnete Romero hielt eine lange Rede, der gegen ihre Annahme war. Laut ihm, reichten die in der Verfassung festgelegten Formalitäten aus, damit das Delikt der Verschwörung, d.h., wenn mehrere Personen vereinbarten, gegen das System vorzugehen, nicht ungestraft bleibe. Seiner Meinung nach war diese Maßnahme unnütz, solange es Richter gäbe, die der Verfassung abgeneigt gegenüberstanden, die die Aufrührer mit Milde behandelten, indem sie ihnen gegenüber nicht die angemessene Strafe verhängten²⁵⁰. Am folgenden Tag, dem 23., wurde die Debatte fortgeführt²⁵¹. Saavedra verteidigte die von der Regierung vorgeschlagene und von der Kommission angenommene Maßnahme²⁵². Das gleiche taten drei Kommissionsmitglieder: Ruiz de la Vega, Marau und Alcalá Galiano. Letzterer, fraglicher Extremist, brachte zum Ausdruck, dass die Maßnahme verfassungskonform und angemessen sei, und dass andere Länder, wie Frankreich und England, ähnliche Maßnahmen ergriffen hätten²⁵³. Im Namen der Regierung ergriff der Kanzleisekretär für Gnade und Justiz das Wort, um abzuschließen, dass „es niemals in seiner Absicht gelegen habe, mehr Befugnisse zu erhalten als diejenigen, die er als nötig erachtet, um das Vaterland zu retten“²⁵⁴. Der Abgeordnete Joaquín María Ferrer akzeptierte die Maßnahme, sofern einige Abänderungen eingefügt würden, wie z.B. die Klarzustellung, welche Formalitäten aufgehoben wären und wie lange die Maßnahme angewendet werden würde²⁵⁵.

Vier gemäßigte Abgeordnete ergriffen das Wort, um ihr Nichteinverständnis mit der Regierungsmaßnahme deutlich zu machen: Argüelles, Buey, Villaboa und Posadas. Ersterer lehnte sie rundweg ab, drückte jedoch aus, dass im Falle, dass die Maßnahme,

²⁴⁹ Die Stellungnahme der Kommission, die damit beauftragt war, über den Bericht, der von den Kanzleisekretären in der Sitzung vom 12. Oktober vorgelegt worden war, zu informieren, wurde von Alcalá Galiano vorgelesen und befindet sich in *Diario de las Sesiones de Cortes*, 17-X-1822, S. 203-206.

²⁵⁰ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 22-X-1822, S. 284-287.

²⁵¹ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 23-X-1822, S. 290-305.

²⁵² *Diario de las Sesiones de Cortes*, 23-X-1822, S. 290-305.

²⁵³ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 23-X-1822, S. 290-305.

²⁵⁴ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 23-X-1822, S. 302-303.

²⁵⁵ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 23-X-1822, S. 303-304.

die er als unpolitisch und illegal ansah, angenommen würde, die aufständischen Provinzen eingeschränkt werden sollten: „reden wir nicht von Zaldívar – sagte er –, auch nicht vom Roten aus Valderas, denn, auch wenn diese Übel verursachen, reicht dies nicht aus, dass in den Provinzen, in denen sich diese Aufrührer befinden, der Verfassungsartikel aufgehoben wird“²⁵⁶. Posadas, für den die Aufhebung der Verfassungsformalitäten nicht gleichsetzbar war mit der Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte der Engländer – wie Alcalá Galiano gesagt hatte –, urteilte schließlich: „Unser Kampf ist anderer Natur: wenn die infamen potthäßlichen Absolutisten siegten, was wäre dann das Ergebnis? Die Auflösung des Systems und die Thronbesteigung des Despotismus“²⁵⁷.

Nach ausführlicher Debatte über diesen Punkt wurde zur Abstimmung geschritten, mit dem Ergebnis, dass die Maßnahme, mit 74 Stimmen dagegen und 57 dafür, abgelehnt wurde²⁵⁸. Nach der Ablehnung jedoch, und mit verschiedenen Zusätzen versehen, die am folgenden Tag, dem 24., aufgeworfen wurden und nach der Rede, die der Minister für Gnade und Justiz noch am selben Tag, dem 23., hielt, schlug die Sonderkommission, die ernannt worden war, um den Regierungsbericht über die Ursachen der „Übel der Nation und deren Heilmittel“ zu untersuchen, dem Parlament einen Erlassentwurf zur Debatte vor über die Formalitäten für Inhaftierung und Festnahme der der Verschwörung gegen das Verfassungssystem Verdächtigen.

Was stand nun im Kommissionsentwurf? Dass bei denjenigen, die sich „direkt oder indirekt“ gegen das Verfassungssystem verschworen, die für die Verhaftung von Verbrechern vorgeschriebenen Formalitäten nicht eingehalten würden. Diese Formalitäten waren in Übereinstimmung mit Verfassungsartikel 308 aufgehoben. Außerdem erteilte die Kommission den Provinzgouverneuren und ihren Vertretern die Befugnis, die Verhafteten vor ihrer Übergabe an den zuständigen Richter bis zu dreißig Tagen unter ihrer Amtsgewalt zu behalten. Im Entwurf wurde auch gesagt, dass mit dem Ziel, das Delikt der Verschwörung zu untersuchen, die Heime aller spanischen Bürger ohne Erlaubnis durchsucht werden können²⁵⁹.

In der Sitzung vom 31. Oktober wurde der Erlassentwurf gelesen und danach begann die Debatte über ihn. Zu seinen Gunsten sprachen die Kommissionsmitglieder Oliver, Ruiz de la Vega und Alcalá Galiano, der Abgeordnete Ayllón und der Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. Die Abgeordneten González Alonso, Argüelles und Falcó fochten die Stellungnahme der Kommission an. Sehen wir uns im Folgenden ihre jeweiligen Argumente an.

Der Richter und Abgeordnete González Alonso war der erste Redner. Außer der Inhaftierung für dreißig Tage trug für ihn der Entwurf nichts Neues zur geltenden Gesetzgebung bei. Denn, laut González Alonso, Artikel 3 des Gesetzes vom 11. September 1820 erteilte ja schon den Behörden die Befugnis, jedwede Person festzunehmen, unab-

²⁵⁶ Diario de las Sesiones de Cortes, 23-X-1822, S. 291-295.

²⁵⁷ Diario de las Sesiones de Cortes, 23-X-1822, S. 304-305.

²⁵⁸ Diario de las Sesiones de Cortes, 23-X-1822, S. 305-306.

²⁵⁹ Der Erlassentwurf der Kommission in Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 409-410.

hängig von dem begangenen Verbrechen, ohne Notwendigkeit einer vorherigen Zusammenfassung der Tatsachen noch einer schriftlichen Anweisung des Richters. Und dies sei zusammengefaßt genau das, was die Kommission vorschlug, die „anordnet, was schon angeordnet ist und ordnet noch weniger an als das, was schon angeordnet ist“²⁶⁰.

Ein Kommissionsmitglied, Oliver, sagte, es wäre ratsam, die vorläufigen Schutzmaßnahmen, die der Entwurf den Provinzgouverneuren zusprach, von den Strafmaßnahmen zu unterscheiden, die den Richtern zustanden, die diejenigen waren, die die Rechtsstreitigkeiten kennen mussten und über sie urteilten. Für Oliver gestand der Erlass den Provinzgouverneuren eine Verfassungsbefugnis zu, die „äußerst notwendig“ war²⁶¹. Der Abgeordnete Falcó²⁶² war dafür, die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zu verabschieden, sofern die folgenden Einschränkungen eingefügt würden: Einschränkung der Aufhebung der vorgeschriebenen Formalitäten für die Verhaftung von Verbrechern auf die Provinzen „oder Gebiete, in denen der Kriegszustand verhängt wurde“; Reduzierung der Inhaftierung der Verhafteten auf 48 Stunden; Streichung des Begriffs „indirekt“ aus der Verschwörung, da er zu vage und ungenau sei und die Einschränkung der Hausdurchsuchungen.

Falcó unterschied in seinen Überlegungen zwischen der Inhaftierung „einer Handlung der Justizgewalt“ und der Verhaftung, einer Handlung der Exekutiven Gewalt und erwähnte, die aufzuhebenden Formalitäten bezögen sich auf die Verhaftung, aber niemals auf die Inhaftierung, da diese sich „außerhalb“ des Einfluszbereiches der Regierung befand, da sie Teil der Justizgewalt sei. Welche Formalitäten waren es nun aber nach Meinung von Falcó, die die Verfassung für die Verhaftung und die Inhaftierung vorsah? Für die Verhaftung waren zwei vorgesehen, die im Artikel 290 aufgeführt wurden: die Vorführung des Verhafteten vor dem Richter, damit dieser seine Aussage aufnehmen und falls dies nicht möglich sei, dass er innerhalb von 24 Stunden nach seiner Festnahme diese Aussage machen könne. Die Formalitäten für die Inhaftierung, die, immer noch laut Falcó, in Artikel 287 und 293 geregelt wurden, reduzierten die Bedingungen, damit ein spanischer Bürger inhaftiert werden könne, auf fünf: Zusammenfassung einer Tatsache, für die das Gesetz die Prügelstrafe verhängt, schriftlicher gerichtlicher Befehl, Benachrichtigung des Häftlings über den Befehl im Inhaftierungsbescheid, begründeter Beschluß und seine Überstellung an den Kerkermeister.

Anschließend wies ein anderes Kommissionsmitglied, Ruiz de la Vega die von Falcó vorgebrachten Argumente zurück²⁶³. Hinsichtlich der von jenem verfochtenen Idee, die Maßnahmen auf diejenigen Provinzen zu beschränken, in denen der Kriegszustand verhängt worden war, sagte Ruiz de la Vega, dass man dort „eher Bayonette benötigte als diese Art von Gesetzen“; dieser Erlass sei notwendiger in denjenigen Provinzen, die sich gerade im Frieden befanden, „wo die Verschwörer die Zwietracht säten“. Ruiz de la Vega

²⁶⁰ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 410-411.

²⁶¹ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 411-412.

²⁶² Seine Rede in Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 412-415.

²⁶³ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 415-417.

war der Meinung, das Argument, dass die Inhaftierung eine juristische Handlung sei, stünde auf wackligen Füßen, da die aufgrund der Verfassungsbürgermeister keine Gerichtsvorsitzenden waren, jedoch Inhaftierungsbefehle ausstellten. Ruiz de la Vega versuchte auch, die Doktrin zu zerpfücken, dass die Formalitäten, die aufgehoben werden könnten, nur diejenigen wären, die sich auf die Verhaftung beziehen, wie Falcó meinte. Bei den Formalitäten, die das Objekt der Aufhebung des Verfassungsartikels 308 waren, handelte es sich um diejenigen, die in Artikel 287 und 290 behandelt wurden, d.h. Zusammenfassung der Tatsachen, begründeter Beschluß, Befehl und Benachrichtigung, Vorführung vor dem Richter und Aussageaufnahme in der erwähnten Frist. Ruiz de la Vegas Auffassung nach handelte es sich, im Gegensatz zu Falcós Meinung, bei allen um Formalitäten für die Inhaftierung und dass es für die Verhaftung keine Artikel gäbe, die wie auch immer geartete Formalitäten vorschrieben. Was die Kommission vorschlug, meinte Ruiz de la Vega, wäre, dass der mutmaßliche Verschwörungshäftling, der von der Autorität verhaftet worden war, erst nach bis zu dreißig Tagen dem Richter vorgeführt werden musste.

Der gemäßigte, aus Asturien stammende Argüelles fochte den Entwurf an²⁶⁴, ebenso wie er schon zuvor die ähnliche Regierungsmaßnahme angefochten hatte. Er wandte ein, dass das Parlament in seiner Sitzung vom 23. des Monats die vorgeschriebenen Formalitäten nicht aufhob und dass es dafür stimmte, dass sich die Kommission nicht mehr um diese Angelegenheit kümmere. Die Kommission hatte jedoch einen neuen Erlassentwurf vorgelegt. Argüelles legte dar, dass in der Verfassung keinerlei Bezug darauf genommen wird, dass die Exekutivgewalt die Befugnis erhält, die in ihr für die Verhaftung festgelegten Formalitäten aufzuheben. Er erklärte, er stimme für jede Maßnahme, die darauf abziele, den Provinzgouverneuren diejenigen Befugnisse zu übergeben, die der Verfassungsartikel 172 dem König zugesteht: jemanden unter außergewöhnlichen Umständen für 48 Stunden festzunehmen, um ihn danach dem zuständigen Richter vorzuführen, aber keinesfalls das, was die Kommission entworfen hatte. Argüelles war der Meinung, dass die Regierung schon

„alle öffentlichen und privaten Mittel zur Verfügung hätte, um zu erfahren, was überall vor sich geht. Das Mittel, tief durchzudringen und die Verschwörer und die Art der Verschwörung bis zu einem gewissen Grad kennenzulernen; zu wissen, wo sie ihren Sitz hat und bis wohin sie sich verzweigt, wird mit der willkürlichen Verhaftung nicht erreicht: andere Operationen gehen dieser Handlung voraus und dies ist die Quintessenz dessen, was die Regierung Polizei nennt“.

Der ehemalige Kanzleisekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel sah in dem Erlass eine Einzelhaft von dreißig Tagen und es überlief ihn eiskalt, als er daran dachte, dass die Heime der spanischen Bürger durchsucht werden könnten, wie die Verfassung verbot, der Entwurf es jedoch erließ. Er bat ebenfalls um eine Erklärung des Satzes „sich indirekt gegen den Staat verschwören“:

²⁶⁴ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 417-421.

„Welche Norm – sagte er – welche Regel gibt es, um dieses indirekt zu definieren? Kann das Parlament die glänzenden Debatten über das Strafgesetzbuch vergessen, als in ihnen über die Verratsdelikte gesprochen wurde? Wurde der indirekte Verrat zugelassen? Wenn dieses Adverb angenommen wird, wird man dann nicht sagen, ich sei ein indirekter Verschwörer, wenn ich eines Tages mal schlecht gelaunt bin oder weil ich nicht zu bestimmten Orten gehe, von denen man sagt, dass sich dort der Patriotismus mit größerer Hitze beurkundet? Kann man nicht auch sagen ich sei ein indirekter Verschwörer, weil ein Freund das Pech gehabt hat, verdächtig zu sein, in eine Verschwörung verwickelt zu sein; weil ich die Menschenpflicht erfüllt habe, mich um einen Unglücklichen zu kümmern der im Kerker schmachtet; weil ich vielleicht nicht die Meinungen einer Partei äußere und weil ich ihnen gerne widerspreche, nicht aus Leidenschaft, sondern weil ich glaube, dass es so am besten ist?“

Nun, Argüelles, der sich dem Entwurf vehement widersetzte, war bereit, sein Votum zu ändern, wenn die in der Verfassung festgelegten Formalitäten für die Festnahmen in „den Ländern, in denen augenblicklich Krieg geführt wird“ beschränkt würden.

Ein anderer Verteidiger des Entwurfes war das Kommissionsmitglied Alcalá Galiano, der seine Rechtmäßigkeit, Nützlichkeit und Angemessenheit verteidigte²⁶⁵. Für den Abgeordneten Romero stand der Entwurf im Gegensatz zu den Verfassungsprinzipien, da er die Formalitäten hinsichtlich der Durchführung der Voruntersuchung nach dem Haftbefehl aufhob und nicht diejenigen, die für die Verhaftung vorgeschrieben waren; außerdem war er wirkungslos, „da er die Wünsche des Parlaments und der Kommission selbst nicht erfüllen kann“ und seine Durchführung stellte sich der redlichen Ausübung der Gerichtsbarkeit entgegen²⁶⁶. Der Kanzleisekretär für Gnade und Justiz hielt eine Rede zur Unterstützung dessen, was für ihn eine normative Entwicklung der Neunten Maßnahme war, die die Regierung vorgeschlagen hatte. Er schilderte die damalige Situation der Nation auf dramatische Weise. Er entwarf ein apokalyptisches Panorama Spaniens: das Vaterland, so sagte er, sei in Gefahr aufgrund der heimlichen Verschwörungen und seine Rettung hinge von der Annahme der in Verfassungsartikel 308 vorgesehenen Maßnahme ab²⁶⁷. Der letzte auf der Rednerliste war Ayllón, der in der Sitzung vom 24. einige Zusätze dem Parlament zur Beratung vorgeschlagen hatte, die an die Kommission weitergegeben wurden, wie z.B. die Hausdurchsuchung bei den spanischen Bürgern mit dem Ziel, gegen diejenigen Personen, gegen die ein begründeter Verdacht der Verschwörung bestand, zu ermitteln und diese festzunehmen, zusätzlich zu der Befugnis, sie für eine gewisse Zeit festzunehmen, während neue Tatsachen zusammengetragen würden, die die Sachlage erhellen. Nun versuchte er zu beweisen, dass sich die Nation in kritischen und außerordentlichen Umständen befand, die die Annahme der in Verfassungsartikel 308 aufgeführten Maßnahmen nötig machten und dass hiermit die gewünschten Ziele erreicht würden²⁶⁸.

²⁶⁵ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 421-423.

²⁶⁶ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 423-427.

²⁶⁷ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 427-428.

²⁶⁸ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 428-430.

In der namentlichen Abstimmung stimmten 76 der 137 in der Versammlung anwesenden Abgeordneten für den Erlassentwurf, der Regeln enthielt für die Vorgehensweise bei der Verhaftung der Verschwörer gegen das Verfassungssystem²⁶⁹. Ich glaube, jetzt ist der richtige Augenblick gekommen, um zu erwähnen, dass in der Inneren Parlamentsordnung vom 29. Juni des Vorjahres drei unterschiedliche Arten der Abstimmung vorgesehen waren. Eine, bei der diejenigen Abgeordneten, die für die Annahme der zur Abstimmung vorliegenden Angelegenheit waren, sich von ihren Sitzen erhoben, während die Dagegenstimmenden sitzen blieben; eine namentliche, bei der ein jeder sein Ja oder Nein sagen musste und die letzte durch Stimmenzählung. Außerdem wurde bei Abstimmungen über Angelegenheiten, die laut Verfassung keine 2/3-Mehrheit zur Annahme benötigten, diese durch die absolute Mehrheit überprüft, d.h., durch die Hälfte plus eine Stimme²⁷⁰.

Am 1., 2., 3., 6. und 7. November 1822 wurde über die acht Artikel des Entwurfs debattiert und mittels der ersten erwähnten Abstimmungsart angenommen²⁷¹. Dem ersten Artikel wurde hinzugefügt, dass die Abgeordneten, Minister, Staatsratsmitglieder, Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und einige Generäle von dieser Maßnahme ausgeschlossen waren; der nächste Artikel wurde an die Kommission zurückverwiesen, damit die formulierten Bemerkungen gegenwärtig seien und die Vorschläge der Abgeordneten Ulloa, Romero und Canga Argüelles eingearbeitet würden. Die restlichen Artikel wurden fast ohne Änderungen angenommen. Im Anschluß zeichne ich eine Vergleichstabelle zwischen den Artikeln des Entwurfs und denjenigen, die den Erlass bildeten, der zur königlichen Sanktion vorgelegt wurde²⁷².

²⁶⁹ Diario de las Sesiones de Cortes, 31-X-1822, S. 430.

²⁷⁰ AHN, Estado, leg. 168.

²⁷¹ Diario de las Sesiones de Cortes, 1/7-XI-1822, S. 435-522.

²⁷² Und die ich auf der Grundlage von Diario de las Sesiones de Cortes, und ACD, Reservados, Bd. 60. AHN, Estado, leg. 141/50 ausgearbeitet habe.

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
<p>Artikel 1: Um diejenigen zu verhaften, die sich direkt oder indirekt gegen das Verfassungssystem verschwören und um sie in Gewahrsam zu behalten, ist keine vorherige Zusammenfassung der Tatsachen, weswegen sie laut Gesetz eine Freiheitsstrafe verdienen, nötig, noch ein richterlicher schriftlicher Befehl, noch eine Benachrichtigung des Verhafteten, noch ein vorheriger oder an die Verhaftung anschließender begründeter Beschluß, noch sonstige Formalitäten außer der Übergabe eines von der Behörde, die die Verhaftung veranlaßt, unterschriebenen Befehls an die Person, die den Verhafteten in Gewahrsam bekommt, in dem steht, dass diese Vorgehensweise auf diesem Gesetz beruht; dieser Befehl wird dem Verhafteten innerhalb von achtundvierzig Stunden zugestellt.</p>	<p>Artikel 1: Um diejenigen zu verhaften, die sich gegen das Verfassungssystem verschwören, sowie ihre Komplizen, Drahtzieher, Helfershelfer, Begünstiger und Mitwisser und um sie in Gewahrsam zu behalten, ist keine vorherige Zusammenfassung der Tatsachen, weswegen sie laut Gesetz eine Freiheitsstrafe verdienen, nötig, noch ein richterlicher schriftlicher Befehl, noch eine Benachrichtigung des Verhafteten, noch ein vorheriger oder an die Verhaftung anschließender begründeter Beschluß, noch sonstige Formalitäten außer der Übergabe eines von der Behörde, die die Verhaftung veranlaßt, unterschriebenen Befehls an die Person, die den Verhafteten in Gewahrsam bekommt, in dem steht, dass diese Vorgehensweise auf diesem Gesetz beruht; dieser Befehl wird dem Verhafteten innerhalb von achtundvierzig Stunden zugestellt: hierbei wird beachtet, was in der Verfassung und den Gesetzen hinsichtlich des Ortes der Inhaftierung und der Dauer der Einzelhaft festgelegt ist. Von dieser Bestimmung sind die Parlamentsabgeordneten, die amtierenden Staats- und Kanzleisekretäre, die Richter des Obersten Gerichtshofes und die kommandierenden Generale des kämpfenden Heeres ausgenommen, wobei alle genannten Personen den zu diesem Zeitpunkt für diesen Punkt gültigen Gesetzen unterworfen sind.</p>

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
<p>Artikel 2: Zum Zweck der Verhaftung selbst und zur Erleichterung des Nachweises des erwähnten Verbrechens können die Heime aller spanischen Bürger und im Königreich Spanien wohnenden Bürger durchsucht werden, gleich welcher Klasse sie seien, mit Ausnahme der Heime der Botschafter, ausländischen Minister und Geschäftsträger, wo auf Grundlage der Verträge vorgegangen wird.</p>	<p>Artikel 2: Zum Zweck der Verhaftung selbst und zur Erleichterung des Nachweises des erwähnten Verbrechens können ausnahmslos und ohne die berechtigten Formalitäten die Heime der im vorherigen Artikel zusammengefaßten und nicht ausgenommenen Personengruppen durchsucht werden; jedoch im Falle der Durchsicht von Papieren oder anderer Dinge muss ihr Besitzer während der Dauer der Untersuchung anwesend sein, wobei er, sofern er des Schreibens kundig ist, jedes einzelne der beschlagnahmten Papiere abzeichnet oder unterschreibt, andernfalls erledigt dies ein Zeuge seiner Wahl. Sollten die Unterlagen und Dinge, die untersucht werden sollen, einer anderen Person als der der Verschwörung verdächtigen gehören, hat diese ebenfalls das Recht, bei der Untersuchung anwesend zu sein. Bei der Untersuchung sollten auch zwei vom Verhafteten benannten Zeugen anwesend sein oder der Besitzer der genannten Papiere oder Dinge, falls es sich um eine andere Person handelt; alle diese Personen sind anwesend, wenn die Papiere geschlossen oder versiegelt werden oder wenn der Behälter, in dem letztere aufbewahrt werden sollen, mit einem Sicherheitsschloß verschlossen wird. Wenn sie nicht vor Ort untersucht werden kann der Betroffene ein weiteres Schloß anbringen, danach werden die vorgeschriebenen Formalitäten eingehalten, sofern die Untersuchung überprüft werden soll.</p>

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
	<p>Wenn die Person, gegen die vorgegangen wird, geflüchtet sein sollte, oder aus anderen Gründen abwesend ist oder diesen Handlungen nicht beiwohnen kann, so wird seine Anwesenheit ersetzt durch die seiner Ehefrau, Eltern, Großeltern oder Geschwister, sollte es die nicht geben, von einem Verfassungsbürgermeister oder dem entsprechenden Bezirksbürgermeister sowie zwei ehrbaren Bürgern des Dorfes als Zeugen, die vom Syndikus ernannt werden oder aber von einem Vertreter des Stadtvorstandes und alle diese Personen müssen nacheinander alle beschlagnahmten Papiere und Dokumente abzeichnen. Wenn der Eigentümer der zu untersuchenden Papiere erklärt, dass einige von ihnen private Angelegenheiten betreffen, deren Inhalt nicht öffentlich ist und die nichts mit dem im vorherigen Absatz erklärten Verbrechen zu tun haben, so müssen diese vom Provinzgouverneur oder seinem Vertreter privat untersucht werden; und sollte es der Wahrheit entsprechen, was der Betroffene gesagt hat, werden ihm die erwähnten Papiere ohne zusätzliche Überprüfung zurückgegeben; keinesfalls werden diejenigen Papiere, die nicht dem Nachweis des Verbrechens der Verschwörung dienen, wie im vorigen Artikel erwähnt, dem Prozess hinzugefügt, noch wird ihr Inhalt strafrechtlich genutzt, wenn zufällig für ein anderes Verbrechen in ihnen Beweise gefunden werden sollten und nicht zu dem, weswegen die Untersuchung stattfindet, es sei denn, der Durchsuchung seien die normalen rechtlichen Formalitäten vorhergegangen.</p>

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
	<p>Sollte die Durchsuchung von jemand anderem als dem Provinzgouverneur durchgeführt werden, muss dieser dem Eigentümer den Befehl vorzeigen, in dem der Gouverneur ihm den Auftrag hierzu erteilt. Sollte das zu durchsuchende Heim der Palast sein, in dem der König residiert, wird befolgt, was für diesen Fall in den Erlässen über Schmuggel vorgesehen ist und keinesfalls wird die Durchsuchung auf die persönlichen Gemächer S.M. und Seiner Hoheiten ausgeweitet. Ausgenommen von dieser außerordentlichen Maßnahme sind die Heime der Botschafter, ausländischen Minister und Geschäftsträger.</p>
<p>Artikel 3: Diese außerordentlichen Befugnisse werden ausschließlich an die ordentlichen oder amtierenden Provinzgouverneure übergeben sowie an diejenigen Personen, die diese auf ihre Verantwortung hin in bestimmten Fällen jenen übertragen, wobei diese Beauftragten nicht von der Pflicht befreit werden können, den erwähnten Provinzgouverneuren sofort Bericht zu erstatten, wenn ihre Aufgabe erfüllt wurde.</p>	<p>Artikel 3: Diese außerordentlichen Befugnisse werden ausschließlich an die ordentlichen oder amtierenden Provinzgouverneure übergeben sowie an diejenigen Personen, die diese auf ihre Verantwortung hin in bestimmten Fällen jenen schriftlich übertragen, wobei diese Beauftragten nicht von der Pflicht befreit werden können, den erwähnten Provinzgouverneuren sofort Bericht zu erstatten, wenn ihre Aufgabe erfüllt wurde.</p>

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
<p>Artikel 4: Diese erstatten S.M. durch das Sekretariat der Kanzlei für die Verwaltung der spanischen Halbinsel wöchentlich Bericht über alle Fälle, in denen sie persönlich oder durch ihre Beauftragten diese Befugnis ausüben und über die Ergebnisse eines jeden Falles und sie erstellen ein förmliches Register aller so durchgeführten Verhaftungen; das erwähnte Ministerium führt ebenfalls ein solches Register, um dem Parlament am Ende der Frist, für die diese außerordentlichen Befugnisse übergeben wurden, Bericht zu erstatten.</p>	<p>Artikel 4: Diese erstatten S.M. durch das Sekretariat der Kanzlei für die Verwaltung der spanischen Halbinsel wöchentlich Bericht über alle Fälle, in denen sie persönlich oder durch ihre Beauftragten diese Befugnis ausüben und über die Ergebnisse eines jeden Falles und sie erstellen ein förmliches Register aller so durchgeführten Verhaftungen; das erwähnte Sekretariat führt ebenfalls ein solches Register, um dem Parlament am Ende der Frist, für die diese außerordentlichen Befugnisse übergeben wurden, Bericht zu erstatten und außerdem berichtet die Regierung dem Parlament monatlich über das Ergebnis der Befugnisse.</p>
<p>Artikel 5: In der kürzestmöglichen Frist, die dreißig Tage vom auf die Verhaftung folgenden Tag an nicht überschreiten darf, muss der Provinzgouverneur selbst oder seine Beauftragten die Berichte aufnehmen und diejenigen Beweise über das Verhalten des Verhafteten und die Gewißheit des Verbrechens, das das Vorgehen veranlaßt hat, vorbringen, die sie als richtig erachten. Das Vorgehen ist während der Frist rein ermittelnder Art.</p>	<p>Artikel 5: In der kürzestmöglichen Frist, die dreißig Tage vom auf die Verhaftung folgenden Tag an nicht überschreiten darf, muss der Provinzgouverneur selbst oder seine Beauftragten die Berichte aufnehmen und diejenigen Beweise über die Gewißheit des Verbrechens, das das Vorgehen veranlaßt hat, vorbringen, die sie als richtig erachten. Das Vorgehen ist während der Frist rein ermittelnder Art.</p>

Erlassentwurf der Kommission	Vom Parlament verabschiedeter Erlass
<p>Artikel 6: Nach Ablauf der erwähnten Frist von höchstens dreißig Tagen, wird der Verhaftete unfehlbar dem zuständigen Gericht oder Richter vorgeführt zur Mitteilung über den Stand der Angelegenheit. Diesem werden die Unterlagen, Berichte und Beweise vorgelegt, die dazu geführt haben, die Voruntersuchung einzuleiten, die ab hier zu einem Gerichtsprozess wird und von dem bestimmt wird, was die Gesetze vorschreiben.</p>	<p>Artikel 6: Nach Ablauf der erwähnten Frist von höchstens dreißig Tagen, wird der Verhaftete unfehlbar dem zuständigen Gericht oder Richter vorgeführt zur Mitteilung über den Stand der Angelegenheit. Diesem werden die Unterlagen, Berichte und Beweise vorgelegt, die dazu geführt haben, die Voruntersuchung einzuleiten, damit sie von hier an von dem bestimmt wird, was die Gesetze vorschreiben.</p>
<p>Artikel 7: Die Befugnisse, die den Provinzgouverneuren durch dieses Gesetz erteilt werden, verhindern nicht, dass diese und die restlichen Richter und Behörden die ordentlichen Befugnisse gegen die Verhafteten anwenden, stets unter Einhaltung der Gesetze; und die Dauer derselben überschreitet die Sitzungsdauer des augenblicklich tagenden Parlamentes nicht, wobei dieses die Befugnis hat, sie zu beschränken und sie vor Ablauf der Frist zu widerrufen, wenn es dies für nötig erachtet.</p>	<p>Artikel 7: Die Befugnisse, die den Provinzgouverneuren durch dieses Gesetz erteilt werden, verhindern nicht, dass die Richter und Behörden die ordentlichen Befugnisse gegen die Verhafteten anwenden, stets unter Einhaltung der Gesetze; und die Dauer derselben überschreitet die Sitzungsdauer des augenblicklich tagenden Parlamentes nicht, wobei dieses die Befugnis hat, sie zu beschränken und sie vor Ablauf der Frist zu widerrufen, wenn es dies für nötig erachtet.</p>
<p>Artikel 8: Die Provinzgouverneure werden zur Verantwortung gezogen, wenn diese Befugnisse von ihnen oder von ihren Beauftragten mißbraucht werden sowie für Fahrlässigkeiten, die begangen werden, wenn sie vernünftig angewandt werden.</p>	<p>Artikel 8: Die Provinzgouverneure werden zur Verantwortung gezogen, wenn diese Befugnisse von ihnen oder von ihren Beauftragten mißbraucht werden sowie für Fahrlässigkeiten, die begangen werden, wenn sie vernünftig angewandt werden.</p>

Wir haben ja schon gesehen, wie der Präsident des Kongresses die Debatte über einen Erlass am 16. Dezember 1821 unterbrochen hatte, als die Staats- und Kanzleisekretäre den Halbkreis betreten hatten. Nun gebat der Präsident des Kongresses von Neuem der Debatte über Artikel 5 des Erlassentwurfs Einhalt, als der Extremist Fernández Gascó, der Kanzleisekretärfür die Verwaltung der spanischen Halbinsel, im Parlamentsgebäude erschien, den er einlud, sich zur Tribüne zu begeben, um einige Berichte vorzulesen, die

er von der Regierung erhalten hatte, in der zwei wichtige Ereignisse mitgeteilt wurden. Einerseits legte Gascó dar, dass auf einem von der Regierung um Mitternacht des vorhergehenden Tages übergebenen und von den politischen und militärischen Behörden der Provinz Burgos übersandten Schriftstück mitgeteilt wurde, dass das nationale Heer, Merino und seine Bande, die aus 600 Infanteristen und 100 Pferden bestand, besiegt hatte; andererseits berichtete er, dass die Aufrührer die Festung Castellfolit in Katalonien aufgegeben hatten²⁷³. Anschließend bekundete der Parlamentspräsident Salvato, wie angenehm und zufriedenstellend doch diese Nachrichten seien „über die von den Verteidigern der vaterländischen Freiheiten errungenen Triumphe“²⁷⁴.

In der Parlamentssitzung vom 16. November 1822 wurde ausführlich darüber debattiert, ob der soeben verabschiedete Erlass Gesetzescharakter haben sollte, in welchem Fall er die königliche Sanktion benötige, oder aber zu denjenigen gehöre, die der ausschließlichen Kompetenz des Parlaments unterlagen und sie somit nicht benötigten²⁷⁵. Schließlich beschloß das Parlament, dass er Gesetzescharakter haben solle und daher an Ferdinand VII. weitergeleitet werden müsse, damit er ihm die Sanktion erteile oder auch nicht²⁷⁶.

In Artikel 147 der Inneren Parlamentsordnung vom 29. Juni 1821 war festgelegt, dass zur Vorlage zur königlichen Sanktion eines Gesetzes eine aus sechzehn Personen bestehende Abordnung ernannt würde²⁷⁷. In Erfüllung dieses Artikels teilte eine Verfügung des Kanzleisekretärs für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, die am 19. November im Parlament vorgelesen wurde, mit, dass der König den folgenden Tag, um 13.00 h, festgelegt hatte, um die Abordnung des Kongresses zu empfangen, damit sie ihm persönlich den Erlass mit Gesetzescharakter über die Verhaftung der Verschwörer gegen die verfassungsmäßige Regierung überreiche²⁷⁸.

Zwei Tage danach sandte der Minister Gascó dem Staatsratssekretär Juan de Madrid Dávila den folgenden Königlichen Befehl:

„Ich übergebe E.E. auf Königlichen Befehl den beiliegenden Gesetzentwurf vom 19. des Monats über die Vorgehensweise bei der Verhaftung derjenigen, die sich gegen das verfassungsmäßige System verschwören, welcher vom in außerordentlicher Sitzung tagenden Parlament S.M. zur Sanktion vorgelegt wird, damit der Staatsrat seine Stellungnahme gemäß Artikel 236 der politischen Verfassung der Monarchie abgebe“²⁷⁹.

Am 23. des Monats kommt der Staatsrat überein, dass die Kommission für Verwaltung über die Sanktion des Parlamentserlasses über die Verhaftung der Verschwörer ein Gut-

²⁷³ Diario de las Sesiones de Cortes, 3-XI-1822, S. 465.

²⁷⁴ Diario de las Sesiones de Cortes, 3-XI-1822, S. 465.

²⁷⁵ Zu den verschiedenen Haltungen, die im Halbkreis vertreten wurden, s. MEDINA PLANA, Soberanía, Monarquía y representación en las Cortes del Trienio, Bd. I, S. 475-478.

²⁷⁶ S. hierzu auch CHOFRE, Categorías y realidad normativa, S. 168-171 und 178-182.

²⁷⁷ In AHN, Estado, leg. 168.

²⁷⁸ Diario de las Sesiones de Cortes, 19-XI-1822, S. 675.

²⁷⁹ AHN, Estado, leg. 141.

achten erstelle. Wer bildete in jenem Augenblick die Kommission für Verwaltung und wie sah ihr Bericht aus? Fünf Staatsratsmitglieder, alle moderat eingestellt: Miguel Cayoso, Herr von Rubianes; Antonio Porcel; der Baron von Castellet; der Marqués von Cerralbo und Manuel Estrada. Keiner von ihnen hatte dem Staatsrat während der ersten liberalen Phase angehört²⁸⁰.

Da der Erlass den Provinzgouverneuren gerichtliche Befugnisse erteilte und es von daher zu einer Einmischung der ausübenden Gewalt in die Jurisprudenz kam, ist es angebracht hervorzuheben, dass in der Kommission zwei Spezialisten auf diesem Gebiet saßen: der Marqués von Cerralbo, ehemaliger oberster Provinzgouverneur der Provinz Madrid²⁸¹ und Manuel Estrada, Richter am Oberlandesgericht in Castilla la Nueva²⁸². Die Kommission erstellte ihr Gutachten unter Berücksichtigung der Reden – vor allem derjenigen, die von den Gegnern dieses Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter gehalten worden waren – und der in den Parlamentssitzungen ab dem 22. Oktober angeführten Argumente, dem Datum, an dem mit der Debatte über die neunte Maßnahme der von der Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des vorgeschlagenen verfassungsmäßigen Systems begonnen wurde:

„Das reichliche Material, mit dem uns die von den Abgeordneten gehaltenen Reden versorgt haben sowie die strahlenden Doktrinen, die in ihnen sichtbar werden, hat unsere Aufmerksamkeit bei der Ausarbeitung und dem Übereinkommen des Gutachtens bestimmt. Dieses basiert auf eben dieser Verpflichtung und auf der absoluten und dringenden Notwendigkeit, in der sich die Nation befindet, um die Verfassung aufrechtzuhalten, auf die sie geschworen hat, sowie sie rein zu erhalten ohne zu erlauben, dass sie außerhalb der Ordnung und dem Zeitpunkt, den sie selbst vorschreibt, auch nur minimal geändert wird“²⁸³.

Die Kommission für Verwaltung gab offen zu, keine greifbaren Unterschiede zu finden zwischen der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahme, die wie wir gesehen haben, in der Parlamentssitzung vom 29. Oktober abgelehnt wurde, und dem nun zur königlichen Sanktion vorgelegten Parlamentserlass, da beide das Gleiche behandelten, d.h. die Aufhebung der Formalitäten vor der Verhaftung der „Verbrecher“, die gegen das verfassungsmäßige System agierten.

Der Hauptgedanke des Berichts, wie schon einige Abgeordnete, die den Gesetzesentwurf kritisierten, zuvor zum Ausdruck gebracht hatten, bestand darin, dass, wenn dieser ausgeführt würde, dies unabänderlich zur Untergrabung der bürgerlichen Freiheit führen würde. Die fünf Kommissionsmitglieder urteilten, dass es „riskant und gefährlich“ sei, dem Gesetz vom 19. November die Sanktion zu erteilen, da es den Verfassungsprinzipien entgegenstand – hier folgten sie dem Abgeordneten Romero – und ganz besonders der Inhalt des Artikel 4 „in dem die Nation ihre Pflicht anerkennt, durch weise und

²⁸⁰ Der Staatsrat, Suarez, S. 47–48.

²⁸¹ ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 549.

²⁸² BULDAIN JACA, *Régimen político y preparación de Cortes en 1820*, S. 71.

²⁸³ AHN, Estado, leg. 141.

gerechte Gesetze die bürgerliche Freiheit, das Eigentum und alle weiteren Rechte, die sie ausmachen, zu pflegen und zu schützen“. Der Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über die Verhaftung von Verschwörern, änderte nach Meinung der Kommission das, was die Artikel 172 und 308 der Verfassung von Cádiz festlegen. Der erste erlaubte dem König, sofern das Ziel die Aufrechterhaltung des Wohles und der Sicherheit des Staates sei, für höchstens 48 Stunden einjede Person zu verhaften, unter Beibehaltung der zuvor für die genannte Verhaftung vorgeschriebenen Formalitäten; was den zweiten Artikel angeht, so bestimmte dieser die Aufhebung der Formalitäten unter außergewöhnlichen Umständen, aber stets waren die Amtsrichter für die Verhaftungen zuständig, so wie es die Kommission verstand, „wobei alle vorgeschriebenen Formalitäten beachtet werden, die hierzu bestehen oder unter Aufhebung der einen oder anderen in besonderen Fällen“²⁸⁴.

Die Kommissionsmitglieder waren der Meinung, es sei ein Angriff auf die „höchste Logik“, wenn der König, sprich, die Regierung, bei der Verhaftung eines Verbrechers gezwungen wird, diesen nach spätestens 48 Stunden dem Haftrichter vorzuführen, während das zur Sanktion vorgelegte Gesetz anordnete, dass die Provinzgouverneure und ihre Beauftragten einen Verschwörer bis zu 30 Tage festhalten dürften, ab dem Tag, der auf die Verhaftung folgte, bevor er der Justizbehörde überstellt wird. Das Schlimme an der Sache war, dass das Gesetz vom 19. November den Provinzgouverneuren – „die von der Regierung abhängen und untrennbar von ihr sind“ – die Ausübung der Justizgewalt anvertraute. Die Provinzgouverneure, Regierungsgewalt- und das wußte das Kommissionsmitglied Cerralbo nur zu gut, der zuvor diesen Posten innehatte -, befähigten die Bürgerwehr oder die innere öffentliche Gewalt des Staates. Daher, so die Kommission, verlangte die Sicherheit der Bürger und des Staates selbst, „dass die Justizgewalt niemals in den Händen der Verwahrer der öffentlichen Gewalt liegt, sondern es ist sehr ratsam, dass sie sich frei und außerhalb ihres Einflusses befinde und dass sie absolut und frei agiere innerhalb des Kreises ihrer Befugnisse, die die Legislative festlegt, da diese untergeordnet sei aus eigener Schwachheit und fehlender Stärke“²⁸⁵.

Schließlich war die Kommission noch der Meinung, das Gesetz vom 11. September 1820 sei ausreichend, um nach der entsprechenden Zusammenfassung der Tatsachen, aufgrund derer ein Grund oder ein Indiz bestehe, das die Schlußfolgerung nahelege, dass Soundso die Straftat begangen haben könnte, zur Verhaftung zu schreiten. Das neue Parlamentsgesetz sei also überflüssig. In der Verfassung gab es schon zwei Artikel oder Ausnahmegesetze, die 172 und 308, und das Gesetz vom 19. November war nicht ratsam, „eine weitere Ausnahme von den Ausnahmen“, zusammenfassend, könnte es „eine Breche sein, durch die sich eines schönen Tages die absolute Gewalt den Weg bahnte“²⁸⁶.

²⁸⁴ AHN, Estado, leg. 141.

²⁸⁵ AHN, Estado, leg. 141.

²⁸⁶ AHN, Estado, leg. 141.

Fernández Gascó, recht talentierter Minister und mit guten Absichten versehen, wie Alcalá Galiano²⁸⁷ sagte, war der Amtsinhaber der für dieses Thema zuständigen Abteilung, der Verwaltung der spanischen Halbinsel.²⁸⁸ Er begann die Ausführungen damit, aufzuzeigen, dass Ferdinand VII., in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Staatsrates und unter Benutzung des Vorrechts, das ihm Verfassungsartikel 144 zugestanden, beschlossen habe, dass dieses Gesetz „ans Parlament zurückverwiesen“ werde. Er sagte auch, er stimme mit dem Parlament überein, dass extreme Maßnahmen ergriffen werden mussten, „um die Aufrührer und Verschwörer abzuschrecken“ und dass aus diesem Grunde seine Regierung vorgeschlagen hätte, dass dieses erkläre, der im Artikel 308 des heiligen Kodex berücksichtigte Fall sei eingetreten. Bis hierher gibt es Übereinstimmungen im Binom Parlament-Regierung, oder, genauer gesagt, Parlament-König. Über die für die Verhaftung der Verschwörer notwendige Gesetzgebung gehen ihre Ansichten jedoch auseinander. Nach Auffassung der Regierung ist dieser Parlamentserlass nicht nötig, damit die Verschwörer gerichtet werden und ihre Strafen absitzen. Der Minister für Verwaltung, der letztendlich derjenige war, der die Liste der Gründe ausgearbeitet hatte, um die Rückverweisung des Gesetzesentwurfes ans Parlament zu rechtfertigen, war der Ansicht, die Verfassung und einige nachfolgende Gesetze, im besonderen das Gesetz vom 11. September 1820, seien ausreichend, um die Verschwörer zu verhaften, und es gäbe keinen Grund dafür, sie Ausnahmegesetzen zu unterwerfen und andere Gesetze anzuwenden als bei den restlichen Verbrechern. Dieses Gesetz vom 11. September 1820, das den Respekt vor der individuellen Freiheit in Einklang brachte mit dem Interesse des Staates, darüber zu wachen, dass die Verbrechen nicht unbestraft blieben, bestimmte, es sei zur Verhaftung ein jeglicher Person ausreichend, in einer Zusammenfassung der Tatsachen zu beweisen, dass zuvor ein Verbrechen begangen worden sei und dass es Indizien gäbe, die daraufhin deuteten, dass diese bestimmte Person es begangen habe. Falls dies nicht ausreichte, um die Verschwörer aufzuhalten, so konnte die Regierung außerdem noch die Befugnis nutzen, die ihr Verfassungsartikel 172 erteilte und das Parlament seinerseits konnte erlassen, dass der in Artikel 308 aufgezeigte Fall eingetreten sei und so einige der Formalitäten außer Kraft setzen, die der Grundlagencodex für die Verhaftung einjeglicher Person verlangte.

Nach Meinung der Regierung schränkte der Entwurf die individuelle Freiheit ein, abgesehen von der Einmischung der Exekutivgewalt in die Jurisprudenzgewalt, indem den Provinzgouverneuren „die Ausübung von juristischen Funktionen übergeben wurde, da die Befugnis der Verhaftung und der Verhängung der Einzelhaft über einen mutmaßlichen Verbrecher über 30 Tage hinweg, nicht anders genannt werden kann, ebenso wie die Befugnis, während dieser Zeit Nachforschungen zu betreiben, Untersuchungen durchzuführen und Ermittlungen anzustellen und Strafbeweise einzusammeln, um den

²⁸⁷ AHN, Estado, leg. 141.

²⁸⁸ Exposición de las razones por las cuales ha mandado S. M. que vuelva a las Cortes la ley sobre el modo de proceder a la detención de los que conspiran contra el sistema constitucional, presentada a su sanción en 19 de noviembre último y que dirige a las Cortes extraordinarias por medio de su secretario de Estado y del Despacho de la Gobernación de la Península, Palast, 16-XII-1822, das Original befindet sich in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 503-505.

Häftling, je nach Ergebnis dieser Beweise, entweder freizulassen oder dem Amtsrichter vorzuführen“.

Es kam nicht nur zur Einmischung der Provinzgouverneure in die Jurisprudenzgewalt, sondern das Gesetz, dem die Sanktion verweigert wurde, erteilte ihnen ebenfalls „übertriebene“ und „gefährliche“ Befugnisse, die selbst diejenigen des Königs überstiegen. Tatsächlich konnte der König aufgrund der Verfassung eine Verhaftung von bis zu 48 Stunden erlassen und der Entwurf erteilte dem Provinzgouverneur – oder seinem Beauftragten – die Möglichkeit, dies auf einen Monat auszudehnen. Nun denn, die Regierung war auf jeden Fall bereit, nachzugeben, wenn es die Justizbehörden seien, die die Verhaftung vornähmen und nicht die Exekutivgewalt:

„Zumindest – hieß es – gäbe es nicht den Nachteil, dass seine Anwendung einem Vertreter der Exekutivgewalt übergeben würde, dem es, da ihm die öffentliche Macht zur Verfügung steht, leichter fällt, der Versuchung zu erliegen, eine ihm nicht vertraute Macht, zum Schaden der Bürger, zu mißbrauchen.“

Fernández Gascó beendete seine Ausführungen damit, die zwischen der Regierung und dem Parlament herrschende Harmonie zu unterstreichen – und auch zu loben. Seiner Meinung nach sei es wahrscheinlich das erste Mal, dass die Exekutivgewalt einer „gebildeten Nation“ einem Gesetz die Sanktion verweigerte, das ihre Befugnisse erweiterte und dass eine gesetzgeberische Körperschaft einer Regierung so sehr vertraue, dass es ihr nichts ausmache, ihr mehr Befugnisse zu erteilen als die ihr eigentlich zustanden. In Übereinstimmung mit diesem Argument, beendete der Minister seine Beurteilung:

„So war es also der spanischen Nation in ihrer glorreichen Epoche der politischen Regenerierung vorbehalten, der Welt diese glückliche Harmonie vorzustellen, die zwischen ihren Verfassungsgewalten herrscht, als das würdigste Schauspiel eines freien Volkes und die sicherste und öffentlichste Garantie, dass seine Freiheiten auf unzerstörbaren Grundlagen aufgebaut sind“.

VI. PARLAMENTSERLÄSSE DER SITZUNGSPERIODE VON 1823

1. Einführung

1823 hielt das Parlament aufgrund der kriegerischen Ereignisse zuerst Sitzungen in Madrid ab, danach begab es sich nach Sevilla und schließlich nach Cádiz. An diesen drei Orten wurden insgesamt fünfundzwanzig Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter angenommen. Der König erteilte zwanzig die Sanktion, einem das aufschiebende Veto und bei den restlichen vier hatte er keine Zeit mehr, sie zu untersuchen, da die zweite liberale Phase endete. In Madrid debattierte und verabschiedete das Parlament nur ein einziges Gesetz, wenn auch ein sehr wichtiges, über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen. In Sevilla, die folgenden sieben Gesetze:

Gesetz, damit alle Rechtsstreitigkeiten, die bei der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses vom 4. Mai 1814 beendet und vollstreckt waren und deren Prozesse durch gesetzeswidrige Mittel eröffnet wurden, auf den Stand, den sie an jenem Tag hatten, zurückgesetzt werden.

Zusatz- oder Ergänzungsgesetz zum Feudallandgesetz vom 6. August 1811.

Gesetz, damit die geistlichen Anwälte ihren Beruf auch bei zivilen Angelegenheiten sowie bei Strafsachen als Verteidiger auftreten können.

Gesetz über die Vorgehensweise gegen Bürgermeister und Ortsverwaltungen, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen.

Gesetz über die Nachfolgeordnung bei Vermögen der toten Hand.

Gesetz, das erklärt, dass bei Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen keine Benachrichtigung S.M. nötig ist.

Gesetz über die Form der Aufteilung von Fideikommißgütern.

Und die restlichen zwölf in Cádiz:

Gesetz, das die Strafen für diejenigen festlegt, die beim eingedrungenen französischen Heer oder bei den Aufrührerbanden einen Posten in den aufgelösten Richter- oder Staatsämtern beantragen, annehmen oder ausüben; für diejenigen, die wegen Verfassungstreue Strafen verhängen oder davon wissen; für diejenigen, die einen militärischen Posten oder Befehl beantragen oder ausüben; für die Ratsherren auf Lebenszeit und die Studenten, die in Wohnheimen wohnen, die ihre Ämter wieder einnehmen wollen; für diejenigen, die Wiedereinführung der abgeschafften Zehenten, Klöster, Konvente und Ämter beantragen, diejenigen, die Ämter beantragen oder erhalten, etc.

Gesetz, das die Verkäufe und Veräußerungen durch das Heer des Eindringlings oder sonst jemanden, der die legitime Regierung der Nation usurpiert, für nichtig erklärt, so-

wohl der öffentlichen als auch der privaten Güter und Grundstücke; und die Strafen, die über diejenigen verhängt werden, die diese Verkäufe fördern sowie über die Käufer.

Gesetz, das jede Versammlung einer Laienbruderschaft, Kultusgemeinde oder religiösen Bruderschaft verbietet, es sei denn, zum Zwecke ihrer Gründung, und die nicht zuvor die Ortsbehörden über den Versammlungszweck informiert hat.

Gesetz, das den Gebrauch der von der französischen Regierung verliehenen Orden verbietet und Strafen, die über diejenigen verhängt werden, die diese von Regierungen erhalten haben, die die verfassungsmäßige Regierung in Spanien nicht anerkennen oder von einer, die sich die Autorität über die spanische Regierung anmaßt.

Gesetz über die Beschlagnahme von Gütern, die Spaniern gehören, die den Fahnen des französischen Heeres folgen oder Aufrührerbanden angehören; und die Art und Weise, wie die Dörfer die Verfassungsanhänger für die Belästigungen oder Schäden, die sie in ihnen erleiden, entschädigen.

Gesetz, damit in öffentlichen Veranstaltungen oder Körperschaften nur die Eide abgelegt werden, die von der Verfassung oder Parlamentserlässen vorgeschrieben werden.

Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit.

Gesetz, in dem einige Klarstellungen gemacht werden, um das Eigentum an Schriften und ähnlichen Arbeiten zu sichern.

Gesetz, das erklärt, dass die Gerichte in Übersee den Prozeß Neubeginnen müssen, wenn sie sich mit Nichtigkeitsbeschwerden beschäftigen.

Gesetz, das erklärt, dass die Überseebischöfe frei alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustehen, ausüben können.

Gesetz, das die Stellen derjenigen Beamten, die zum Feind übergelaufen sind oder nicht der Regierung gefolgt sind, als vakant erklärt.

Gesetz, das die Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes verbietet.

Außerdem verweigerte Ferdinand VII. dem Gesetzesentwurf über die Bestimmung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muss, die Sanktion und die vier in den folgenden Überschriften behandelten Entwürfe wurden ihm nicht zur Unterschrift vorgelegt, da der Staatsrat keine Zeit hatte, ein Gutachten zu erstellen, da der König vom Invasionsheer aus seiner Gefangenschaft befreit wurde und wiederum der Absolutismus eingeführt wurde:

2. Gesetzesentwurf über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen

Ogleich am 20. Mai 1822 im Parlament ein Entwurf über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen vorgelegt wurde, wurde nach einer Woche der Debatte diese eingestellt und erst wieder am 12. Dezember aufgenommen, in einem Parlament, das schon klar extremistisch eingestellt war²⁸⁹. Am 14. Januar wird der fragliche Entwurf mit leichten Änderungen verabschiedet. Nachdem der Parlamentserlass mit Gesetzescha-

²⁸⁹ M. SANTANA MOLINA, La Diputación Provincial en la España decimonónica, Instituto Nacional de Administración Pública, Madrid, 1989, S. 98 und 99.

rakter von der Stilkommission mit Datum vom 3. Februar verfaßt worden ist, wird er, wie vorgeschrieben, dem König zur Sanktion vorgelegt²⁹⁰. Der Erlass, das erste spanische Kommunalverwaltungsgesetz²⁹¹ stellt einen klaren Kodex für die Kommunalverwaltung dar²⁹². Es handelt sich um ein Gesetz voller demokratischer Signale, das dezentalisierende Prinzipien enthielt, angeregt durch die Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene²⁹³. Der Parlamentserlass mit Gesetzescharakter besteht aus vier Teilen: Stadtverwaltungen, Provinzialräte, Bürgermeister und Provinzgouverneure²⁹⁴. Die beiden ersten Körperschaften sind beratend und repräsentativ; während die beiden Personalorgane Exekutivcharakter haben und Regierungsfunktionen ausüben²⁹⁵. Der Provinzialrat, beratenden Charakters, wird zuständig sein für die Gebiete Wohlfahrt, öffentliche Arbeiten, öffentliches Gesundheitswesen und Förderung²⁹⁶. Schließlich bildete der Provinzgouverneur laut Gesetz, den Verknüpfungspunkt zwischen dem Provinzialrat und der Regierung²⁹⁷.

Der Staatsrat war Meinung, der Gesetzesentwurf für die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen vom 3. Februar 1823 solle an das Parlament zurückverwiesen werden. Sehen wir uns dies etwas näher an. Am 5. des Monats bat der Minister für die Verwaltung der spanischen Halbinsel den Staatsrat um die Erstellung eines Gutachtens über diesen Gesetzesentwurf, in Übereinstimmung mit Artikel 236 der politischen Verfassung der Monarchie²⁹⁸. Der Rat kam überein, dass seine Kommission für Verwaltung hierüber informieren soll²⁹⁹. Diese war in einer kurzen Stellungnahme dafür, dass der

²⁹⁰ Historia de la legislación de régimen local, Enrique Orduña Rebollo, Vorläufige Studie und Textauswahl, Luis Cosculluela Montaner, Vorläufige Studie des 20. Jahrhunderts, Iustel, Fundación Democracia y Gobierno Local, Madrid, 2008. Zitiert aus: ORDUÑA, Estudio Preliminar y selección de textos, S. 61-62.

²⁹¹ ORDUÑA REBOLLO, Estudio Preliminar y selección de textos a Historia de la Legislación de Régimen Local, S. 62.

²⁹² L. PAREJO ALFONSO, Derecho básico de la Administración local, Ariel, Madrid, 1988, S. 33.

²⁹³ ORDUÑA REBOLLO, Estudio Preliminar y selección de textos a Historia de la Legislación de Régimen Local, S. 62 und 64. Hingegen ist für Santana die Anweisungen an die Provinzregierung rein zentralistisch, obwohl einige Provinzialräte mit einigen dezentralisierenden Maßnahmen versehen sind (SANTANA MOLINA, La Diputación Provincial, S. 104).

²⁹⁴ A. POSADA, Evolución legislativa del Régimen Local en España, 1812-1909, Instituto de Estudios de Administración Local, Madrid, 1982, S. 122.

²⁹⁵ POSADA, Evolución legislativa del Régimen Local en España, pag. 139.

²⁹⁶ ORDUÑA REBOLLO, Estudio Preliminar y selección de textos a Historia de la Legislación de Régimen Local, S. 65. S. diese Zuständigkeiten in SANTANA MOLINA, La Diputación Provincial, S. 101-104 und in J. A. PÉREZ JUAN, Centralismo y descentralización. Organización y modelos territoriales en Alicante (1812-1874), Instituto Nacional de Administración Pública, Madrid, 2005, S. 28-30.

²⁹⁷ ORDUÑA REBOLLO, Estudio Preliminar y selección de textos a Historia de la Legislación de Régimen Local, S. 65-69.

²⁹⁸ Der zu diesem Zweck ausgestellte königliche Befehl bestimmt: "Ich übergebe E.E. auf königlichen Befehl den beigefügten Gesetzesentwurf über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen, den das Parlament in außerordentlicher Sitzung vom 3. des Monats dem König zur Sanktion vorlegt; damit der Staatsrat seine Stellungnahme abgibt, wie es im Artikel 236 der Verfassung vorgesehen ist.

Gott gebe E.E. noch viele Jahre. Im Palast, den 5 Februar 1823. Gascó (Abzeichnung) (Am Fuß) Sr. D. Juan Madrid Dávila, Staatsratssekretär". Das Original wird aufbewahrt in AHN, Estado, leg. 142/28.

²⁹⁹ Staatsrat, 8-II-1823.

Monarch den Anweisungen für die Provinzregierung die Sanktion erteile³⁰⁰. Jedoch gab sich der Rat später nicht damit zufrieden, was die Kommission für Verwaltung dargelegt. Die Anwendung der Anweisungen zur wirtschaftspolitischen Regierung der Provinzen, die das Parlament in außerordentlicher Sitzung am 3. Februar erlassen hat, „wird nicht ohne Nachteile vonstatten gehen“, wie der Rat es sagte, der 13 der 291 Artikel anfochte, die sich hauptsächlich auf die Provinzialräte bezogen, aber da „alle Teile ineinander verflochten waren, und man sie nicht voneinander trennen konnte ohne das gesamte System durcheinander zu bringen: außerdem hatte man noch nicht die Art und Weise gefunden, wie in einem Kodex und einem System, das viele Gesetze umschließt, einigen die Sanktion erteilt wird und andere von Neuem zur Revision gesandt werden. Bei dem Gebiet, um das es sich handelt, ist der Nachteil, der daraus entstehen könnte, den vorgelegten Entwurf nochmals zu untersuchen weniger groß als er es bei anderen sein könnte, denn hier gilt die erwähnte Anweisung vom 23. Juni 1813“. Von daher war der Rat dafür, dass der König den vorgelegten Anweisungsentwurf an das Parlament zurückverweise³⁰¹.

Im ersten Teil des Gutachtens spielt der Rat auf einige der Prinzipien an, die seiner Auffassung nach Kapitel 2 der Überschrift VI der politischen Verfassung der Monarchie enthielt. Diese hatte auf harmonische Weise die Zentralregierung mit der Provinzregierung verbunden, wobei auf letzteren Ebene eine einzige politische Autorität anerkannt wurde: die des oberen Provinzgouverneurs. Außerdem schuf der heilige Kodex selbst die Provinzialräte als Wohltätigkeitsinstitutionen, ohne Befehlsgewalt, dazu gedacht, das Wohl der Region zu fördern³⁰². Der Rat war der Auffassung, dass zehn Artikel des Geset-

³⁰⁰ Sie besagte: Die Kommission für Verwaltung hat die 291 Artikel der Anweisungen für die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen aufmerksam untersucht, welche vom Parlament in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung am 3. des Monats erlassen wurden, vom Parlament S.M. vorgelegt wurden, damit er ihnen seine Sanktion erteilt und dem Staatsrat mit königlichem Befehl vom 5. weitergegeben, damit er seine Stellungnahme wie festgelegt abgibt.

Die Kommission hat keine Bedenken gefunden, die die Sanktion dieses vorschriftsmäßigen Gesetzes verbieten.

Jedoch wird der Staatsrat S.M.beraten, was er als angemessen und passend erachtet. Im Palast, 21 Februar 1823“. (Vier Abzeichnungen). Das Original wird aufbewahrt in *AHN, Estado*, leg. 142/28.

³⁰¹ Staatsratsgutachten, 1-III-1823 (AHN, Estado, leg. 142/28).

³⁰² So drückte es der Staatsrat aus: „Wenn man Kapitel 2, Überschrift 6 der politischen Verfassung der Monarchie mit der angemessenen Überlegung untersucht, so sieht man, dass hier besonders darauf geachtet wurde, dass es bei der Verknüpfung der Provinzregierungen mit der allgemeinen Zentralregierung des Königreiches nur eine einzige politische Autorität gibt, die alles auf sich vereint: den oberen Provinzgouverneur, damit so eine Einheit geschaffen wird zwischen dem Impuls und der Handlung, was die Quintessenz der monarchischen Regierung darstellt, und in der Verfassung wird dies ausgedrückt in Artikel 170, in dem es heißt: „Die Gewalt, die Gesetze anwenden zu lassen, liegt ausschließlich beim König, und seine Autorität dehnt sich auf alles aus, was zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung im Inneren und zur Sicherheit des Staates nach Außen führt, in Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen“. Zu diesem Zweck sind die Provinzgouverneure Vertreter der obersten Regierung und die Ausführer ihrer rechtmässigen Gewalt, vom Zentrum aus bis in den letzten Winkel. Man wird auch sehen, dass mit den Provinzialräten eine Institution geschaffen wurde, die einen guten Einfluß hat, jedoch nur in ihrer Eigenschaft als Aufseherin, Anzeigerin und Fördererin des Wohles, ohne Autorität noch Gewalt an sich; sondern immer nur sie weitergebend vom Provinzgouverneur, der Zentralregierung oder dem Parlament, je nach Fall. Man fürchtete, dass, wenn man die Provinzialräte mit eigener Autorität ausstattete, diese leicht mit der Regierung rivalisieren könnten und dies Anlaß gäbe zu Verwechslungen und äußerst

zesentwurfs die vorherigen Verfassungsprinzipien verletzten, da sie den Provinzialräten Entscheidungs- und Herrschaftsbefugnisse erteilten, die den Provinzgouverneuren zustanden³⁰³.

Weiterhin führte der Rat an, dass sowohl die öffentlichen Gemeinderatssitzungen – denen die Einwohner beiwohnen konnten, um sich Debatten über den Gemeindeetat anzuhören – als auch die nicht-öffentlichen Sitzungen – bei denen es um vertrauliche Angelegenheiten ging – die jeweils in Artikel 31 und 52 geregelt wurden, tumultartige Szenen und Aufruhr zur Folge haben könnten, mit der darauffolgenden öffentlichen Ruhestörung; außerdem konnte die Anwendung des Artikel 54, der besagte, dass außer

exponierten und gefährlichen Ausschreitungen, darum ist diese Institution auch vollkommen volkstümlich, und es ist besser, dass diese beiden Angelegenheiten nicht zusammenkommen, wenn wir unter einer monarchischen Regierung leben sollen. Absicht dieser Konzentration, so scheint es, ist es, diese Tendenz und Neigung, die wir haben, uns in Gruppen zu regieren, wenn auch nicht abzuschaffen, so doch zumindest nicht zu fördern: Tendenzen und Neigungen, die uns in Gruppen zersplittert; uns den Vorteil nimmt, ein einheitliches, solides Ganzes zu bilden; was uns daran hindert, ein wahrhaftiges Vaterland zu haben, auf das wir alles beziehen und für das wir alles opfern: Ein Idol, das vielleicht aus diesem Grund nicht mehr ausschließlich Objekt der Liebe und der Verehrung der Spanier ist, wie es für die gebildeten Völker der Antike war, bei denen wir Züge und Heldentaten sahen, die für uns heute nicht mehr in Sichtweite sind, geschweige denn in Reichweite. Aus dem gleichen Grund werden zweifellos auch die Provinzialräte zu reinen Vorschlags- und Bitteninstitutionen gemacht, die Sitzungen wurden auf im Höchstenfall neunzig beschränkt: denn um über die Ziele des Wohles und der Nützlichkeit für die Provinz nachzudenken und sie bei den entsprechenden Autoritäten zu fördern, reicht diese Anzahl wohl aus; sie ist nur dann unzureichend, wenn man ihm andere Aufgaben, als die, die Verfassung bedeutet, übergibt und die Sitzungen damit verbracht werden, zu entscheiden, Lösungen zu finden und zu herrschen. Für die Beschränkungen der Anzahl der Sitzungen ist es wohl auch maßgebend, dass man eingessene Kaufleute nicht zwei Jahre von ihrem Heim und Geschäft entfernen will, mit dem entsprechenden Verlust für das Staatswohl, da reicht auch ein mögliches Gehalt, das man für sie festlegen wolle, nicht aus, um dies auszugleichen; da gäbe es für die Nation noch eine Belastung, die ebenso gesteigert wie zu vermeiden ist; ebenso wie viele andere Übel, die der Köder der Bezahlung mit sich zöge. Dem Rat wird nicht verheimlicht, dass es außergewöhnliche Gelegenheiten geben mag, bei denen den Provinzialräten nützlicher Weise andere Aufgaben übergeben werden, deren sie sich annehmen und sie überwachen als diejenigen, auf die die Verfassung ihre rein finanziellen Befugnisse und ihr Einschreiten einschränkt; aber auch wenn außerordentlich der Fall gegeben ist, damit sie sich zeitlich beschränkt um Aufgaben kümmern, die ihnen übertragen werden, ist es auf keinen Fall ratsam, noch im Sinne der Verfassung, sie per Gesetz aus der Umlaufbahn herauszunehmen, in welcher diese wollte, dass sie sich bewegen“ (AHN, Estado, leg. 142/28).

³⁰³ „Mit den Prinzipien verglichen, die geschaffen wurden – sagte der Rat – muss darauf hingewiesen werden, dass bei dem Gesetzesentwurf, um den es sich handelt, der S.M. zur Sanktion vorlegt wurde, die Artikel 25, 50, 71, 110, 134, 137, 160, 162, 178 und 275 von ihnen abweichen, da in ihnen die Provinzialräte damit beauftragt werden, auf Gebieten zu entscheiden, zu beschließen und zu befehlen, die in der vorherigen Anweisung vom 23. Juni 1813 eben den Provinzgouverneuren übertragen worden waren; denn für diese Handlungen benötigt man Autorität und Befehlsgewalt, von denen man der Meinung war, sie sollten bei jenen liegen und nicht bei den Provinzialräten. Außerdem würden diese in solch einem Maße mit den neuen Aufgaben überlastet, dass sie diese unmöglich in den neunzig Sitzungen erledigen könnten, die ihnen die Verfassung als Höchstzahl zugesteht und hier sieht man ja schon, dass hier nichts neues geschaffen werden kann. Die Lösung, die für dieses Übel in den Artikeln 155, 156 und 157 zu finden versucht wird, ist weit davon entfernt, dieses zu vermeiden, sehr zum Bedauern des Rates; und das gleiche Lösungsmittel hat ebenfalls den Nachteil, dass immer einige, wenn auch vielleicht nicht alle, Provinzialratsabgeordnete damit beschäftigt sind; was dazu beiträgt, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten unter ihnen nicht gleichmäßig verteilt werden“ (AHN, Estado, leg. 142/28).

dem Provinzgouverneur noch jemand außerordentliche Gemeinderatssitzungen einberufen könne, seiner Auffassung nach zu Mißbrauch führen³⁰⁴.

Das Gutachten des Staatsrates wurde auch von den drei Ratsmitgliedern der Kommission für Verwaltung abgezeichnet – Gayoso, Porcel und Estrada – die dafür waren, dass Ferdinand VII. dem Gesetz über die Provinzregierung die Sanktion erteilte und dem Mi-

³⁰⁴ So drückte sich der Rat aus: „Dem Rat fielen auch die Artikel 31, 52 und 54 auf: falls das, was in ihnen beschlossen wird, etwas Gutes bewirken sollte, so reicht dies längst nicht aus, um all das Übel auszugleichen, zu dem es Anlaß geben kann. Artikel 30 besagt, die Gemeinderäte werden im Oktober gebildet und übermitteln an die Provinzialräte den Etat für die ordentlichen öffentlichen Ausgaben für das folgende Jahr, die aus den Fonds des Gemeindeeigentums und der Gemeindeabgaben bezahlt werden, gleichzeitig wird der Voranschlag dessen, was in diese Fonds eingezahlt werden soll, damit die Kosten gedeckt sind, ausgearbeitet und übergeben, und danach heißt es in Artikel 31 wie folgt: „Wenn die Gemeinderäte über die genannten Etats beraten müssen, so werden sie dies öffentlich an einem Feiertag tun, zu einer vernünftigen Zeit und dies drei Tage zuvor öffentlich ankündigen, damit alle Einwohner beiwohnen können und dem Provinzialrat das übermitteln, was ihnen angemessen erscheint, aber ohne das Wort zu ergreifen, noch an der Debatte und den Ausführungen des Gemeinderates teilzunehmen. Der Präsident sorgt für die Einhaltung dieser Anordnung.“ Es wäre zu wünschen, dass das, was dieser Artikel vorsieht, ohne Gefahr durchführbar wäre, aber das Parlament selbst hat vorgesehen, was geschieht, wenn diese Handlung und diese Umstände nicht ohne Unruhe und Aufruhr stattfinden. Wer die Dörfer kennt, wie die Einwohner miteinander wetteifern und die Streitereien untereinander und den Respekt, den die örtlichen Behörden ihnen einflößen, kann nicht anders als vorhersagen, dass nur in einigen wenigen diese tumultartigen Szenen vermieden würden; die an einigen Orten folgeschwer sein könnten. Die Gemeinderäte würden gut gebildet und es gibt keinen begründeten Argwohn, dass bei der Kostenregelung und bei der Verwaltung des Geldflusses Mißbrauch betrieben wird: zu dessen Vermeidung werden die geeigneten Maßnahmen ergriffen mit der pünktlichen Rechenschaftsablegung und seiner Überprüfung seitens des Provinzialrats. Bei der Öffentlichkeit der Erstellung des Etats käme eine Veruntreuung nicht vor und für die Aufgabe erscheint sie unzweckmäßig; gleichzeitig ist sie aber auch sehr dazu geeignet, Argwohn und Verwirrung hervorzurufen und Verdross, die die Ruhe empfindlich stören könnten. Das gleiche steht zu fürchten, wenn die Gemeinderatssitzungen öffentlich angekündigt und abgehalten werden, wie es der Schluß des Artikel 52 vorsieht. Dass einige nicht öffentlich abgehalten werden, um Geschäfte zu behandeln, die Vertraulichkeit verlangen, kann oftmals Grund sein für Unbehagen: denn die Einwohner könnten sich einbilden, dass diese Vertraulichkeit für sie von Nachteil sei, wenn man ihnen zum ersten Mal die Tür verschließt: da dies oftmals nötig sein könnte, ist es wahrscheinlich, dass es nicht ohne Gefahr des Aufruhrs durchführbar ist, abgesehen von denen, die ihren Ursprung in den Öffentlichen Sitzung haben und die aufgrund ihrer entstehen. Unsere Gebräuche sind noch nicht soweit, dass diese Neuheiten eingeführt werden können, noch ist unser Sinn so ruhig und besonnen, dass sie ohne Nachteile eingeführt werden können.

Was im letzten Teil des Artikel 54 festgelegt wird, kann zu folgeschwerem Mißbrauch führen. In der Provinzhauptstadt, in der der Provinzgouverneur residiert und sofern er nicht verhindert ist, darf niemand sonst Vollmacht haben, eine außerordentliche Gemeinderatsversammlung einzuberufen. Wenn etwas dringendes und wichtiges zu verhandeln ist, wer kann sich da in beiden Fällen besser anpassen als der Provinzgouverneur? Und wer ist besser dazu geeignet, sie zu erledigen und sie auf den Weg zu bringen? Niemand sonst kann den Gemeinderat einberufen, vorausgesetzt, dieser residiert in der Provinzhauptstadt und ist nicht verhindert, noch hat man ihm seine legitime Macht geraubt; und dieses Thema ist sehr heikel. Die Ordnung auf allen Gebieten aufrechtzuerhalten, in einem Wort, die Autorität, in der Provinzhauptstadt und in der Provinz zu herrschen, liegt bei dem Ranghöchsten, der dort residiert; und es erweckt keinen Argwohn, dass er den Gemeinderat nicht einberuft, wenn es angemessen wäre, dass er sich versammelt. Was wohl berechtigt geargwohnt werden kann, ist, wenn er eine andere Person damit beauftragt, diese die übermäßigen Befugnis, die ihr erteilt wird, mißbraucht, vielleicht um die Autoritäten gegeneinander auszuspielen und einen Skandal zu verursachen. Die Ordnung ist ebenso delikat wie interessant und keine Anstrengung ist zuviel, um die Hindernisse und Gelegenheiten zu beseitigen, die sie beeinträchtigen könnten. Von daher glaubt der Rat, dass dieser Teil des Artikel 54 Wurzel des Übels sein könnte, die man versucht zu vermeiden“ (AHN, *Estado*, leg. 142/28).

nister Fernández Gascó übersandt. Trotzdem war der Staatsrat der Meinung, er solle den Erlass an das Parlament zurückverweisen, setzte der König jedoch, zweifellos von dem Radikalen Gasco dazu gedrängt, die Sanktionsformel: „Als Gesetz zu veröffentlichen“ am 2. März 1823 darunter³⁰⁵. Am gleichen Tag übersandte der Staats- und Kanzleisekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel den abgeordneten Parlamentssekretären das mit der Sanktion versehene Gesetz:

„Auf königlichen Befehl übersende ich E.E. das Gesetz über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen, von S.M. mit der Sanktion versehen, damit E.E. dem Parlament zum entsprechenden Zweck Rechenschaft ablegen kann“³⁰⁶.

Am 3. März teilten die Parlamentssekretäre Fernández Gascó mit, dass die entsprechenden Verfassungsschritte erledigt seien:

„Das Gesetz über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen vom 3. Februar des Jahres wurde heute in Übereinstimmung mit Artikel 154 der Verfassung im Parlament veröffentlicht. Dieses wurde von S.M. am 2. des Monats mit der Sanktion versehen, hiermit benachrichtigen wir E.E. wie im gleichen Artikel vorgesehen, damit, sobald S.M. es anordnet, sofort zu seiner feierlichen Veröffentlichung geschritten werden kann“³⁰⁷.

Angesichts des Vorrückens des Invasionsheeres kam der Staatsrat am 19. März überein, seine ordentlichen Sitzungen einzustellen³⁰⁸. Am folgenden Tag verließ der König Madrid und schlug Kurs nach Andalusien ein³⁰⁹; am 22. kam das Parlament überein, seine Sitzungen zu suspendieren und beschloss, sie am 23. des Folgemonats in Sevilla fortzusetzen³¹⁰.

3. Gesetzesentwürfe, die vom in Sevilla tagenden Palament verabschiedt wurden

Ferdinand VII. und seine Ehefrau Maria Amalia von Sachsen erreichen Sevilla am 10. April. Das Parlament beginnt seine Sitzungen in der Kirche von Sankt Hermenegildo im früheren Jesuiten-Kolleg am 23. des Monats. Es wurden dreiundfünfzig Sitzungen abgehalten. Es trat ab diesem 23. April bis zum 11. Juni täglich zusammen, einschließlich Samstag und Sonntag, außer – wie die Innere Parlamentsordnung es festlegte – an Fronleichnam³¹¹. Artikel 236 der Verfassung von Cádiz bestimmte, dass der König, wenn er einer ausländischen Macht den Krieg erklären müsse, er auf „seinen“ einzigen Rat hören würde: den Staatsrat. Leider war nun der Augenblick gekommen, in dem der Rat die-

³⁰⁵ ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 384 vto.

³⁰⁶ Königlicher Befehl, Palast, 2-III-1823, das Original befindet sich in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 386.

³⁰⁷ ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 387.

³⁰⁸ Staatsratsprotokoll, 19-III-1823 (AHN, Estado, libro 27). So denken auch Rubio und Esteban („El Consejo de Estado. Su organización y política en el segundo período constitucional“, S. 63.).

³⁰⁹ Ein königlicher Befehl vom 18 März teilte dem Staatsrat die Absicht des Königs mit, sich mit seiner Familie und Regierung nach Sevilla zu begeben, wobei er am 20. des Monats Madrid verließ. (Staatsratsprotokoll, 23-IV-1823, in AHN, Estado, leg. 89).

³¹⁰ Diario de las Sesiones de Cortes, 22-III-1823.

³¹¹ Las Cortes en Sevilla en 1823, Public. Parlamento de Andalucía, Sevilla, 1986. Referenz in Estudio Preliminar de R. SÁNCHEZ MANTERO, S. 7, 13, 14 und 15.

se Verfassungsbefugnis ausübte. Tatsächlich stellte am 19. April der Staats- und Kanzlei-sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel folgenden königlichen Befehl an den Ratssekretär aus, in dem er eine Stellungnahme hinsichtlich der Kriegserklärung an Frankreich verlangt:

„Auf Befehl des Königs übersende ich an E.E. die Abschrift eines Berichts des Provinz-gouverneurs von Burgos, ebenso zwei Originalberichte des Oberpostverwalters der gleichen Stadt und des Postinspektors von Vitoria an den Oberpostdirektor, aus denen hervorgeht, dass das französische Heer in spanisches Gebiet eingedrungen ist, damit der Staatsrat darüber unterrichtet wird und gemäß Verfassungsartikel 236 über die Kriegserklärung auf gewohnte Art seine Stellungnahme abgibt“³¹².

Angesichts des vorherigen königlichen Befehls traten am 22. vierzehn Ratsmitglieder in außerordentlicher Sitzung zusammen³¹³. Nach langer Beratung wurde folgender Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt: „Ob empfohlen wird, eine förmliche Kriegserklärung abzugeben“. Das Abstimmungsergebnis sah wie folgt aus: Der Fürst von Anglona und Estrada waren gegen eine Kriegserklärung. Die restlichen Ratsmitglieder (Carvajal, Ortiz, Castellet, Vigodet, Varea, Romanillos, Aycinena, Piedrablanca, García, Ciscar und Blake), waren dafür, ein Dokument zu erstellen, in dem förmlich der Krieg erklärt wurde. In ihrem Bericht gaben Anglona und Estrada die Meinung kund, der Angriff durch die französischen Truppen sei an sich schon eine Kriegserklärung „auch wenn sie nicht von den festgelegten Formalitäten begleitet wurde“³¹⁴. Am gleichen Tag, dem 22., wurde das Gutachten erstellt³¹⁵. Dies berichtet Rubio y Esteban, wenn er behauptet, dass „keines der Gutachten des Staatsrates aus dieser kurzen und interessanten Zeitspanne (als er in Sevilla tagte) aufbewahrt wurde oder dass ich keine auffinden konnte; die Protokolle der abgehaltenen Sitzungen wurden aufbewahrt, aber in ihnen findet man nur eine schematische Zusammenfassung der behandelten Themen; eine Zusammenfassung, die es nicht erlaubt, die Vorgehensweise des Rates zu untersuchen“³¹⁶. Anschließend werde ich außer dem Gutachten vom 22. April noch weitere Gutachten des Staatsrates aus Sevilla untersuchen. Am 23. des Monats trat das Parlament in dieser Stadt zusammen. Außerdem gab der König, die Stellungnahme des Staatsrates und die Meinung des Ministers für Verwaltung Gasco berücksichtigend, die feierliche Kriegserklärung an Frankreich ab.

Der erste Erlass mit Gesetzescharakter, den das in Sevilla tagende Parlament verabschiedete, war der Erlass über das Feudalland. Der Kongress kam überein, zum dritten Mal dem König den gleichen Entwurf zur Sanktion vorzulegen, der schon zweimal ein

³¹² Alcázar von Sevilla, Gasco an Juan de Madrid Dávila (AHN, Estado, leg. 142/31).

³¹³ Hingegen sagt Rubio y Esteban, dass der Staatsrat seine Sitzungen in Sevilla am folgenden Tag wieder aufnimmt, d.h. am 23. („El Consejo de Estado. Su organización y política en el segundo período constitucional“, S. 63).

³¹⁴ Protokoll der außerordentlichen Staatsratssitzung, 22-IV-1823 (AHN, Estado, leg. 89).

³¹⁵ Die Überschrift derselben lautete: Manifiesta a V. M. su dictamen, sobre hacer declaración solemne de Guerra a la Francia, Sevilla, 22-IV-1823, Entwurf in AHN, Estado, leg. 142/31.

³¹⁶ RUBIO Y ESTEBAN, „El Consejo de Estado. Su organización y política en el segundo período constitucional“, S. 63.

aufschiebendes Veto erlitten hatte, ohne auch nur ein Komma zu ändern, da er wußte, dass er nun die königliche Zustimmung erhielt.

In der Parlamentssitzung vom 3. Mai wurde eine Verfügung des Ministers für Gnade und Justiz Calatrava vorgelesen, begleitet von einem Duplikat des Feudallandgesetzes, welches auch vorgelesen wurde. Anschließend erklärte der Präsident: „Im Parlament zum Gesetz erklärt, wird es archiviert, und die Regierung informiert, damit sofort zu seiner feierlichen Verkündung geschritten wird“³¹⁷.

Der erste Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über Feudalland vom 1. Juni 1821 wurde mit folgender Bemerkung vorgelegt: „welches das Parlament S.M. vorlegt, damit er ihm seine Sanktion erteilt“³¹⁸. Im folgenden Feudallanderlass vom 8. Mai 1822, der identisch ist mit dem vorherigen, steht folgende Bitte: „welches das Parlament S.M. zum zweiten Mal vorlegt, damit er ihm seine Sanktion erteilt“³¹⁹. Da Ferdinand VII. gegen beide sein aufschiebendes Veto eingelegt hatte, blieb ihm nichts anderes übrig, als einem ähnlichen Entwurf, der ihm zum dritten Mal vorgelegt wurde, die Sanktion zu erteilen, wie es die Verfassung vorschrieb. Und so geschah es. Als der letzte Entwurf vom 27. April 1823 Ferdinand VII. zur Sanktion übermittelt wurde, erinnerte man ihn an seine Pflicht, diese zu erteilen: „Welches das Parlament zum dritten Mal S.M. vorlegt, damit er ihm in Erfüllung des Artikels einhundert neunundvierzig der Verfassung seine Sanktion erteilt“³²⁰. Dies unterscheidet sich etwas von dem, was Artikel 127 der Inneren Parlamentsordnung besagt: „dass das Parlament S.M. den Entwurf vorlege, damit er ihm die Sanktion erteilt, wie Verfassungsartikel 149 besagt“³²¹.

Das Original des dritten Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter über Feudalland, wurde ebensowenig – wie die beiden vorherigen – nach seiner Sanktion dem Parlamentsarchiv übergeben, da es auf der Umsiedlung des Parlaments nach Cádiz verloren ging³²². Wenn ein Gesetzesentwurf zweimal mit dem Veto des Königs versehen und ein drittes Mal zur Sanktion vorgelegt wurde, dann war der Monarch, wie wir gerade sagten, von der Verfassung dazu gezwungen – ohne die Notwendigkeit einer vorherigen Stellungnahme des Staatsrates – eigenhändig die Sanktionsformel „als Gesetz zu veröffentlichen“ darunterzusetzen, was Ferdinand VII. beim Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 27. April 1823 tat. Dies widerspricht dem, was seinerzeit der angesehene Professor Artola sagte: „Die Frage der Urkunden löste sich erst in den letzten Monaten des Regimes. Als das Parlament in Sevilla tagte, kam das Thema auf Drängen mehrerer Abgeordneter zur Sprache und die Gesetzgebungskommission erließ wiederum eine po-

³¹⁷ Diario de las Sesiones de Cortes, 3-V-1823, S. 51.

³¹⁸ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 555. Diese Form steht in Artikel 127 der Inneren Parlamentsordnung vom 29. Juni 1821 (AHN, Estado, leg. 168).

³¹⁹ ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 580. Laut Artikel 127 der Inneren Parlamentsordnung, wenn ein Entwurf zum zweiten Mal zur Sanktion vorgelegt wird, welcher identisch mit dem ersten ist, dann drückt man sich genauso aus wie beim ersten Mal (AHN, Estado, leg. 168).

³²⁰ ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 588.

³²¹ AHN, Estado, leg. 168.

³²² ACD, Reservados, Bd. 60.

sitive Stellungnahme für die Pächter und in den Sitzungen vom 26. und 27. April wurde es schließlich zum Gesetz, da, in Übereinstimmung mit Artikel 149 der Verfassung, auf die königliche Sanktion verzichtet wurde“³²³. Wie klar aus dem zuvor gesagten hervorgeht, sagt Artola, dass, wenn ein Parlamentserlass mit Gesetzescharakter zum dritten Mal vorgelegt wird, dieser als Gesetz veröffentlicht wird, ohne die königliche Sanktion zu benötigen. Wie ich jedoch zuvor aufgezeigt habe, muss der König auf den dritten Entwurf die Sanktionsformel schreiben und danach abzeichnen, neben der jeweiligen ministeriellen Gegenzeichnung.

Das Parlament verabschiedete in Sevilla zwei Erlässe mit Gesetzescharakter, bei denen der Staatsrat der Ansicht war, der König solle sie ans Parlament zurückverweisen. Der erste, vom 19. Mai, schlug vor, diejenigen vollstreckten Prozesse sollten in den Zustand zurückversetzt werden, in dem sie sich am 4. Mai 1814 befunden hatten, die nach diesem Zeitpunkt aufgrund von Rechtsmitteln eröffnet worden waren, die den vor jener Zeit geltenden Gesetzen, widersprachen.

In Übereinstimmung mit Verfassungsartikel 236 übergab der für dieses Thema zuständige Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz, den Originalerlass mit Gesetzescharakter an den Staatsrat zur Erstellung eines Gutachtens³²⁴. Dieser war der Ansicht, der Erlass bezöge sich „auf Vergangenes und dies ist nicht der Inhalt neuer Gesetze, sondern es soll aufgrund der früheren Gesetze entschieden werden“ und gab die Stellungnahme ab, Ferdinand VII. solle ihn ans Parlament zurückverweisen³²⁵. Trotz der negativen Stellungnahme des Staatsrates, und zweifellos vom Minister für Gnade und Justiz beeinflusst, zog es der König jedoch vor, auf das Original des Parlamentserlasses über vollstreckte Prozesse die Verfassungsformel Als Gesetz veröffentlichen zu schreiben.

Der zweite Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 21. Mai, der zur königlichen Sanktion vorgelegt wurde, bestimmte, dass die geistlichen Anwälte ihren Beruf auch bei zivilen Angelegenheiten ausüben sowie bei Strafsachen als Verteidiger auftreten können. Der Minister für Gnade und Justiz bat in Erfüllung des Artikel 236 der politischen Verfassung der Monarchie den Staatsrat um Stellungnahme³²⁶. Die Staatsratskommission für Gnade und Justiz meinte, die Geistlichen sollten sich nur um die Pflichten ihres Amtes kümmern, „die kaum vereinbar sind mit den Beschäftigungen mit zivilen Angelegenheiten und dem Erscheinen vor Gericht, was das kanonische Recht stets vor Augen hatte, als es ihnen verbot, sich darin verwickelt zu sehen.“ Außerdem war die Kommission der Ansicht, dass dieses Gesetz dem einen oder anderen Geistlichen zum Vorteil gereichen würde, jedoch „dem Gemeinwohl“ weniger, weshalb sie glaubte, der König solle es ans Parlament zurückverweisen. Am 4. Juni nahmen achtzehn Ratsmitglieder an der Abstimmung teil, um über den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter über die Ausübung

³²³ ARTOLA, La España de Fernando VII, S. 591. Hervorhebung von mir.

³²⁴ Königl. Befehl, 27-V-1823. Der Rat beschloß am folgenden Tag, unter Teilnahme von zwanzig Mitgliedern, dass die Kommission für Gnade und Justiz einen Bericht erstellen sollte. (Staatsratsprotokoll, 28-V-1823, in AHN, Estado, leg. 89).

³²⁵ Staatsratsgutachten, Real Alcázar von Sevilla, 11-VI-1823, Kopie in AHN, Estado, leg. 6379/1, expte. 145.

³²⁶ Königl. Befehl, 27-V-1823 (AHN, Estado, leg. 89).

des Anwaltsberufs von Geistlichen in Zivil- und Strafprozessen das Gutachten über die Erteilung oder Verweigerung der Sanktion zu erstellen. Die Mehrheit, nämlich zehn, waren auf Seiten der Kommission und stimmten dafür, dass der König den Gesetzesentwurf ans Parlament zurückverweisen solle³²⁷. Die restlichen acht stimmten für die Erteilung der Sanktion³²⁸. Von diesen, erstellte Piedrablanca einen Bericht, der dem Gutachten beigelegt ist, Ciscar, Romanillos und San Javier tun das gleiche³²⁹. Am 7. Juni wird das Gutachten geschrieben und von den Ratsmitgliedern, die daran beteiligt waren, abgezeichnet³³⁰. Jedoch erteilte der König wiederum trotz der gegenteiligen Empfehlung seines einzigen Rates diesem Gesetzesentwurf die Sanktion.

Ebenfalls in Sevilla, in der Staatsratssitzung vom 4. Juni 1823 wurden mehrere Gesuche zur Sanktion von Gesetzen behandelt. Bei vieren davon war der Rat dafür, dass Ferdinand VII. den Parlamentserlässen mit Gesetzescharakter, die ihnen zur Stellung-

³²⁷ Anglona, Estrada, Carvajal, Taboada, Cabrera, Ortiz, Vigodet, Varea, Aycinena und García.

³²⁸ San Javier, Piedrablanca, Pezuela, Castellet, San Francisco, Romanillos, Ibar-navarro und Ciscar.

³²⁹ Der Marqués von Piedrablanca sagte in seinem Bericht: „dass S.M. dem Gesetz seine Königliche Sanktion erteilen könne, da es keinen Nachteil gibt, dem kanonischen Recht auch nicht direkt zuwiderläuft, es wird auch aufgezeigt, dass die Anwaltsausübungserlaubnis für Geistliche große Vorteile mit sich bringt, sowohl für diese als auch für die zu Verteidigenden: für die Geistlichen, dass sie ihre Kenntnisse und Tugenden in ihrem in der Gesellschaft hoch angesehenen Beruf unter Beweis stellen können, und alle, die keine sonstigen Zuwendungen erhalten, bestreiten sich mit dieser ehrbaren Arbeit ihren Lebensunterhalt, und die Klienten haben geringere Ausgaben für eine gerechte Verteidigung; zu diesen Überlegungen muss auch hinzugefügt werden, dass die Landgerichte stets, wenn es so beantragt wurde, den Geistlichen das gleiche erlaubt haben wie dieses Gesetz ihnen jetzt zugesteht. Dies ist die Praxis und die Gewohnheit an den Gerichten und wenn wir in diesem Sinne weitermachen, erreichen wir, dass es geistliche Gelehrte auf allen Gebieten geben wird, die dem Staat und der Kirche nützlich sein können, und damit sie sicher das Amt der geistlichen Richter ausüben können, an denen es dem Kirchenstaat im Augenblick mangelt“.

Im Bericht von Gabriel Ciscar, Antonio Ranz Romanillos und dem Grafen von San Javier stand: „dass E.M. diesem Gesetz seine Sanktion erteile, denn, obwohl es stimmt, dass das kanonische Recht den Geistlichen verbot, sich in die zivilen und weltlichen Angelegenheiten einzumischen und sich in die Streitigkeiten der Gerichte verwickeln zu lassen, so geschah dies nur mit dem Ziel, dass sie sich ganz auf die ihrem Beruf eigenen Angelegenheiten konzentrieren und nach der Perfektion streben. Dieses neue Gesetz zwingt niemanden, der es vorzieht, ausschließlich die heiligen Funktionen seines geistlichen Amtes auszuüben und gewissenhaft die Kirchengesetze befolgen möchte, dazu, das Gegenteil zu tun, noch dass er sich vom Weg der gläubigen Perfektion abwendet; aber da bedauerlicherweise und durch die Korruption der Reinheit der Kirchendisziplin die Anzahl der Kleriker so stark anstieg, und zum großen Nachteil des Staates, dass ein großer Teil der Geistlichen außerhalb der Ausübung ihrer Hirtenfunktionen blieb und viele von ihnen ohne einen angemessenen oder sogar ohne den notwendigen und zweckmäßigen Lebensunterhalt; es handelt sich nicht nur um ein Übel, das sie bei einem ehrbaren Beruf erleben, welcher außerdem Studien und Talent verlange, sondern dass man auf diese Art erreicht, dass sie, weit davon entfernt, zum Nichtstun verurteilt zu sein, das ebenfalls vom Kanonischen Recht mißbilligt wird, ein Mittel, sich den Lebensunterhalt ehrbar und anständig zu verdienen, übergeben bekommen, und für ihren Stand sehr charakteristisch Tugenden zu üben, bei der Verteidigung der Armen, der Witwen und Waisen und all den Unglücklichen, deren verbrecherisches Verhalten sie ins Elend gestürzt hat und die den Trost ihrer Mitmenschen benötigen“ (Staatsratsprotokoll, 4-VI-1823, in *AHN, Estado*, leg. 89).

³³⁰ Im Titel des Gutachtens heißt es: Aus den genannten Gründen wird E.M. empfohlen, den beigelegten Originalerlass des Parlaments vom 21. Mai an dasselbe zurückzuverweisen, welcher E.M. zur königlichen Sanktion vorgelegt wurde, in dem festgelegt wird, dass die Geistlichen ihren Beruf in zivilen Angelegenheiten, und als Strafverteidiger ausüben können. *AHN, Estado*, leg. 6379/1/140.

nahme vorgelegt worden waren, die Sanktion erteilen solle. Beim ersten informierte der Sekretär über einen Bericht der Kommission für Gnade und Justiz über den Originalerlass mit Gesetzescharakter, der vom Parlament am 22. des Vormonats verabschiedet und dem König zur Sanktion vorgelegt worden war, welcher die Art und Weise behandelte, in der die Fideikommißgüter, die von ihrem Besitzer vor dem Gesetz, dass den Fideikommiß verbot, veräußert worden waren, zur Ausgleichung unter Miterben gebracht werden sollten. Die Kommission war der Ansicht, dass die Anordnungen des Parlamentsgesetzes sich den Rechtsprinzipien anpaßten, weswegen und „weil die Fideikommißgüter unveräußerlich sind, wäre ein Verkauf, der nicht von der zuständigen Stelle getätigt worden ist, nichtig“, so dass sie zu dem Schluß kam, dem König die Sanktion zu empfehlen. Die einundzwanzig an der Sitzung teilnehmenden Ratsmitglieder stimmten alle für die Erteilung der Sanktion³³¹.

Ein zweiter Bericht, der an diesem 4. Juni behandelt wurde, war der Erlass mit Gesetzescharakter, den das Parlament am 21. des Vormonats angenommen hatte, in dem festgelegt worden war, dass es ab sofort nicht mehr nötig sei, den König beim Einspruch gegen eine Einspruchsentscheidung hiervon in Kenntnis zu setzen. Die Kommission war der Meinung, dass die Einstellung dieser Benachrichtigungen in keiner Weise die Ausübung der königlichen Macht beeinträchtigte, „es sei ja eher eine Unannehmlichkeit für S.M. selbst und eine reine Zeremonie, die den Beteiligten Unkosten und Verzögerungen verursachte und sogar Zweifel daran, ob das Rechtsmittel rechtzeitig eingelegt worden war oder nicht“, weshalb sie dafür war, dem König die Sanktion zu empfehlen. Der Rat beschloss: „Das Gutachten schließt sich dem Bericht der Kommission an“³³².

Der Staatsratssekretär informierte auch über einen dritten Bericht der Kommission für Gnade und Justiz über einen Originalerlass des Parlaments mit Gesetzescharakter vom 21. Mai, in dem verfügt wurde, dass weder Rechtsmittelergreifung noch Anzeigen wegen Raub gegen die Regierungshandlungen von Bürgermeistern und Gemeinderäten akzeptiert würden. Die Kommission führte an, „die Gewalt, die den Bürgermeistern und Gemeinderäten zugesprochen wird, wäre reine Illusion, wenn sie nicht die Befugnisse hätten, um ihre Regierungsmaßnahmen in die Tat umzusetzen, und dass jeglicher Exzess, den sie begehen könnten, wie Pfändung, Raub etc., nicht sofort behoben werden kann durch das Rechtsmittel, das dieses Gesetz uns gibt, uns an ihre jeweiligen Vorgeetzten zu wenden“. Aus diesen Gründen wurde dem Rat nahegelegt, dem König zu emp-

³³¹ Staatsratsprotokoll, 4-VI-1823, in AHN, Estado, leg. 89. Abschrift des Gutachtens, drei Tage später datiert und beschriftet: Es de dictamen que V.M. tenga a bien dar su real sanción al adjunto decreto original de las Cortes, en que se trata del modo con que deberán traerse a colación los bienes vinculados enajenados por su poseedor antes de la publicación de la ley que abolió las vinculaciones, in AHN, Estado, leg. 6379/1/144.

³³² Staatsratsprotokoll, 4-VI-1823, in AHN, Estado, leg. 89. Das Gutachten, vom 7. Juni, Es de dictamen que V.M. tenga a bien dar su real sanción al adjunto decreto original de las Cortes, en que se establece que en lo sucesivo no sea necesaria la notificación a V.M. en los recursos de segunda suplicación. in AHN, Estado, leg. 6379/1/141.

fehlen, diesem Gesetz laut der Verfassungsformel seine Sanktion zu erteilen, und der Rat schloß sich dem an³³³.

Das vierte Gesuch bezog sich auf den Originalerlass des Parlaments mit Gesetzescharakter vom 21. Mai, der dem König zur Sanktion vorgelegt worden war, in dem einige Regeln festgelegt wurden über die Nachfolgeordnung bei Vermögen, die an die tote Hand gingen, in Erfüllung von nicht erfüllten Bestimmungen, die vor dem Inkrafttreten der Gesetze aufgestellt wurden, was ihren Kauf unmöglich machten. Die Justizkommission informierte, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes vereinbar waren mit den Prinzipien, die das Parlament über Fideikommissgüter erlassen hatte, weswegen sie der Meinung war, der Rat sollte Ferdinand VII. dahingehend beraten, dass er ihm die Sanktion erteile. Die zwanzig anwesenden Ratsmitglieder erklärten ihr Einverständnis mit dem, was die Kommission dargelegt hatte³³⁴.

Der 11. Juni ist ein Schlüsseltag in der Geschichte des Parlaments³³⁵. Um elf Uhr morgens begann eine Marathonsitzung, die erst um acht Uhr abends des folgenden Tages endete, dem Augenblick, in dem das Parlament seine Sitzungen in Sevilla suspendierte, um sie auf der Insel von Cádiz fortzusetzen³³⁶. An jenem Tag, abgesehen davon, dass fünf vom König mit der Sanktion versehene Gesetze veröffentlicht werden³³⁷, deren Originale einige Tager später bei der Plünderung der Stadt verloren gehen, legte der aus Cádiz stammende Abgeordnete Alcalá Galiano einen Vorschlag vor – der von allen Abgeordneten außer Vargas angenommen wurde – damit die Regierung die schwierige kriegsrische Situation des damaligen Augenblickes erkläre und welche Maßnahmen getroffen worden seien, um die Sicherheit des Königs und des Parlaments zu garantieren. Später trafen die Kanzleisekretäre im Sitzungssaal des Parlaments ein. Der Kriegsminister schilderte die Bewegungen der französischen Truppen, die am Tag zuvor auf der Höhe von La

³³³ Staatsratsprotokoll, 4-VI-1823, in AHN, Estado, leg. 89. Das Gutachten, Es de dictamen que V.M. tenga a bien dar su real sanción al adjunto decreto original de las Cortes, en que se establece que no se admitan recursos judiciales o demandas de despojo contra los actos gubernativos de los alcaldes y ayuntamientos, am 7. Juni ausgearbeitet, in AHN, Estado, 6379/1/143.

³³⁴ Pezuela, Kommissionsmitglied, beantragte, dass im Protokoll seine Stellungnahme erschiene und der Rat gab diesem statt: "dass die Liegenschaften und Immobilien, die an die tote Hand gingen aufgrund von vorherigen, nicht erfüllten Bestimmungen oder solchen, die nicht widerrufen werden oder werden können, mit öffentlichen Mitteln gekauft werden und nicht von den Erben ab intestato". Staatsratsprotokoll, 4-VI-1823, in AHN, Estado, leg. 89. Das Gutachten, wie die vorigen, mit Datum vom 7. Juni, Es de dictamen que V.M. tenga a bien dar su real sanción al adjunto decreto original de las Cortes, en que se establecen algunas reglas sobre la sucesión de los bienes que hayan sido destinados a manos muertas por disposiciones no cumplidas, anteriores a la ley que las hace incapaces de adquirir, in AHN, Estado, leg. 6379/1/142.

³³⁵ Die "heutige Sitzung –erklärte der Abgeordnete Álava- ist eine der wichtigsten, die in einer gesetzgebenden Körperschaft abgehalten werden kann" (Diario de las Sesiones de Cortes, 11-VI-1823, S. 240).

³³⁶ Diario de las Sesiones de Cortes, 11-VI-1823, S. 244.

³³⁷ Konkret: über Fideikommissgüter, über die Art, die Rechtsmittel bei Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen zu überprüfen, über die Erbfolge bei Gütern, die an die tote Hand vererbt wurden, über die Anwaltsamtsausübung von Geistlichen bei zivilen Angelegenheiten und in Strafprozessen, und über die Vorgehensweise vor Gericht bei Angelegenheiten, die von den Gemeinderäten beschlossen wurden. Diario de las Sesiones de Cortes, 11-VI-1823, S. 239.

Carolina Position bezogen hatten: „wir wissen nicht, ob diese Truppen den Engpaß von Despeñaperros flankiert haben“ fügte er hinzu.

Vier Tage zuvor hatte die Regierung von einem Generalsrat einen Bericht über zwei Punkte verlangt: die Möglichkeit, eine Invasion des Feindes in Andalusien zurückzuwerfen und der Ort, wohin sich sowohl die Regierung als auch das Parlament zurückziehen sollten, falls diese Möglichkeit nicht bestünde. Der Rat, dem der General Blake vorstand – Staatsratsmitglied – bestand aus: Generalleutnant Pedro Villacampa, Oberbefehlshaber des Reserveheers; Brigadier Luis Balanzat; Generalleutnant der Marine Juan José Martínez; den Feldmarschällen Juan Munárriz und Antonio Remón Zarco del Valle und dem Generalmilitärverwaltungsbeamten Joaquín Gómez de Liaño. Er gab seinen Bericht am 7. Juni ab. Hinsichtlich der ersten Frage war der Rat einhellig der Meinung, dass „es weder möglich sei, die Invasion aufzuhalten, noch zu verhindern, dass der Feind Sevilla erreicht“. Hinsichtlich der anderen Frage, dem Ort, an den sie flüchten sollten, sagte der Rat, dass „die Franzosen mit zahlenmäßig überlegenen Truppen über dem Tajo in Extremadura stehen: die Orte Yelves (heute Elvas) und Campomayor befanden sich in den Händen des Feindes der portugiesischen Verfassung und jenes Reich in Gänze in baldigem Aufruhr, und da es aus Zeitgründen und aufgrund der Marschrichtung der Feinde, unter anderem nicht möglich ist, den Weg nach Granada und Cartagena zu nehmen; in Wahrheit ist der Zugang zu unsern Ozean- und Mittelmeerküsten blockiert, so gibt es, so sehr wir auch suchen, keinen anderen Ort, an dem die Wucht des Heeres des Eindringlings gestoppt werden kann als die Insel von Cádiz, die ja schon berühmt ist für ihren glorreichen Widerstand im letzten Krieg“³³⁸.

Nachdem der König über all dies informiert worden war, ordnete er an, der Staatsrat solle seine Meinung dazu abgeben³³⁹. Dieser versammelte sich in außerordentlicher Sitzung am neunten Juni um sieben Uhr abends. Siebzehn Staatsratsmitglieder nahmen daran teil, begleitet, auf Antrag des Rates selbst, von den Kanzleisekretären, damit sie über die schwierige Situation jenes Augenblickes Auskunft gäben. Einige Ratsmitglieder fragten die Minister darüber aus, welche Stärke das feindliche Heer habe „und das unsere und welche Positionen die einen und die anderen eingenommen hatten“. Estanislao Salvador, Kriegsminister, übernahm es zu antworten. Hinsichtlich des französischen Heeres sagte er:

„dass über die feindlichen Truppen man nichts sicher wissen konnte, da niemand Meldung erstatten konnte und so kommt es, dass der Heeresgeneral, der sich heute in Extremadura befindet, nichts wußte über die Truppen, denen er gegenübersteht; dank der letzten Neuigkeiten jedoch, die mit einem gewissen Charakter der Wahrhaftigkeit empfangen worden waren, schloß er, dass die Infanterie und Kavalleriekorps der Generale Monitor und Bourdrabe (sic), die nach Madrid gekommen waren, sich auf ca. 35.000 Mann beliefen; von diesen hatte sich ein Teil nach la Mancha begeben und ein weiterer

³³⁸ Sevilla, 7-VI-1823, von Joaquín de Blake an den Kanzleisekretär für Krieg, Abschrift in AHN, Estado, leg. 127/21.

³³⁹ Königlicher Befehl, Alcázar von Sevilla, 7-VII-1823, von Estanislao Salvador an den Staatsratssekretär, Original in AHN, Estado, leg. 127/21.º

nach Extremadura über Talavera, wo sie die Holzbrücke über den Tajo besetzt haben: er nimmt an, sie hätten eine starke Division von acht- oder zehntausend Mann in Madrid gelassen, wegen des Interesses an der Haltung der Hauptstadt und der Ruhe in ihr, und dass der Rest die Angriffstrupps in den südlichen Provinzen Spaniens bildet, über la Mancha und Extremadura, ohne dass er weiß, welcher der beiden Punkte der Hauptangriffs sein wird oder ob es beide sein werden³⁴⁰.

Hinsichtlich der zahlenmäßig recht dezimierten spanischen Truppen, einige ohne Waffen und schlecht vorbereitet, sagte Salvador:

„dass das Heer in Extremadura solch große Verluste durch Fahnenflucht erlitten hatte, dass es aus kaum mehr oder gerade einmal viertausend Mann bestand: dass das Hauptquartier in Trujillo sei und wir die Brücken von Almaraz und el Arzobispo besetzen. Die Armee des General Ballesteros, dessen Hauptquartier sich in Liria befindet, besteht laut neuesten und glaubwürdigen Berichten aus achttausend Mann gutausgebildeter Truppe, sogar mehr als tausend Kavalleristen und hat außerdem um die viertausend Rekruten, die ihre Ausbildung ohne Zeitverlust erhalten. Jenem General wurde aufgetragen, er solle den Feind so gut wie möglich ablenken, damit ihr Invasionsplan in diesem Distrikt verhindert oder verzögert wird; und zu diesem Zweck wird er über alle Bewegungen und Positionen, die in Erfahrung gebracht werden, informiert. Das Reserveheer unter dem Befehl von General Villacampa kann auf etwa elftausend Mann aller Waffenarten zurückgreifen, die größtenteils aus der neugeschaffenen aktiven Bürgerwehr und Rekruten aus dem außerordentlich einberufenen Jahrgang 1822 besteht und es kommt schon der Wehrdienstjahrgang 1823 an, wenn auch ohne Waffen. Für diese wurde beschlossen, dass ein Teil von ihnen unter dem Vorwand, dass sie dort Waffen und Ausbildung erhalten, nach Cádiz geschickt werden, wo sie glücklicherweise und aus einem zu diesem Zeitpunkt nicht erwarteten Zufall heraus tatsächlich bewaffnet werden, denn es kamen mehr als fünftausend Gewehre in Cádiz an; so dass sie, sobald sich die Männer in Cádiz präsentieren, sofort mit der Ausbildung beginnen können. Mit ihnen erhält die Garnison jenes Ortes eine Verstärkung, die aus viertausend Mann hier besteht und auf der Insel von León Rekruten und aktive Bürgerwehr, und noch mehrere Posten von verschiedenen anderen Korps³⁴¹.

Danach beantwortete der Staats- und Kanzleisekretär die Fragen über die Maßnahmen, die ergriffen worden waren, falls die Regierung nach Cádiz übersiedele, hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln, sowohl für die Garnison als auch für diejenigen, die der Regierung folgten³⁴². Als Folge des zuvor gesagten kam eine weitere Frage auf: ob die Seeblockade den Küstenschiffen die Zufahrt vollständig verhindern könne. Der

³⁴⁰ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823 (AHN, Estado, Buch 27).

³⁴¹ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823 (AHN, Estado, Buch 27).

³⁴² Seine Antwort lautete: „der Provinzialrat hatte angeboten, für die Garnison die für drei Monate notwendigen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen (...) und außerdem hatte sie einen Vertrag mit einem Lieferanten, in dem sich dieser verpflichtete, den Ort mit Lebensmitteln zu versorgen (...). Hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmittel für diejenigen, die nicht zur Garnison gehörten, so hatte die Regierung damit nicht gerechnet, obwohl sie nicht daran zweifelt, dass das Reizmittel des Gewinns sicherlich In- und Ausländer an den Markt lockt.“ (Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823, in AHN, Estado, Buch 27).

Kanzleisekretär für Marine antwortete, dass die Zufahrt für diese Schiffe durch das Anwachsen des Meeres nicht verhindert würde, und führte als Beispiel die enge Blockade an, die Gibraltar erlitten hatte und auch Cádiz selbst in den Kriegen, die wir gegen England geführt haben³⁴³.

Die letzte Frage der Ratsmitglieder ging darum, zu erfahren, „wie unsere Beziehungen zu anderen Ländern sind“, besonders zu England. Der Kanzleisekretär für äußere Beziehungen führte aus, dass dieses Land strikte Neutralität ausübe³⁴⁴.

Um elf Uhr abends wurde die Sitzung unterbrochen, am nächsten Vormittag um neun Uhr wiederaufgenommen, dieses Mal jedoch ohne die Gegenwart der Minister. Nachdem fast alle Ratsmitglieder das Wort ergriffen hatten, wurde die erste der beiden von der Regierung gestellten Fragen zur Abstimmung vorgelegt, d.h. ob bei einem Versuch der französischen Truppen, in Andalusien einzufallen, die Möglichkeit bestand, ihnen den Weg nach Sevilla zu versperren, unter Berücksichtigung der Anzahl, dem Zustand und der Position der Verfassungstruppen. Das Ergebnis der Abstimmung war eine Übereinstimmung mit dem Gutachten des Generalsrates, in dem Sinne, dass es keinerlei Möglichkeit gäbe, sich erfolgreich dem Einmarsch des Feindes in Sevilla zu widersetzen³⁴⁵. Um ein Uhr mittags erschien der Staatssekretär für Finanzen und erklärte im Namen der Regierung, es sei dringend, das erbetene Gutachten auszufertigen, da die neuesten Ereignisse dies verlangten³⁴⁶. Nachdem der Finanzminister gegangen war, wurde die Debatte weitergeführt und die Mehrheit des Rates stimmte dafür, die Insel von Cádiz als den Ort abzulehnen, wohin sich die Regierung begeben würde³⁴⁷. Nachdem nun Cádiz verworfen worden war, wurde darüber abgestimmt, wohin die Regierung besser verlegt werden sollte. Als angemessenster Ort wurde San Roque und Algeciras angesehen:

„Es ist nicht weit von hier (Sevilla) entfernt – sagte der Staatsrat – seine Lage kann verteidigt werden; es bietet sichere Ausgänge; und auf jeden Fall ist es besser, sich an einen Ort zu begeben, wo die Macht des Feindes nicht heranreicht oder zumindest sein Feuer; somit kann man Zeit gewinnen; was das Ziel dieses Umzuges ist. Aber diese Zeit, Sire, nutzen Sie sie nicht nur um zu sehen, wie der Krieg geführt werden soll, was so unabdingbar wie von Nutzen ist, sondern auch, wie diese zerstückelte und aufgelöste Nation befreit werden soll, nachdem sie so sehr unter den Plagen, die sie quälen, gelitten hat und angesichts so vieler, die sie noch immer bedrohen“³⁴⁸.

³⁴³ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823 (AHN, Estado, Buch 27).

³⁴⁴ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823 (AHN, Estado, Buch 27).

³⁴⁵ Staatsratsprotokoll, 11-VI-1823 (AHN, Estado, Buch 27). Die Abstimmung in AHN, Estado, leg. 127/21.

³⁴⁶ Der Minister führte aus, dass „aufgrund eines Berichtes des Provinzgouverneurs von La Mancha, datiert in Santa Elena den 8. des Monats, man erfahren hat, dass ein Teil der Vorhutdivision des Brigadiers Plasencia von den Franzosen in El Viso überrascht und zerpfückt worden war, während Plasencia den eigentlichen Weg verlassen habe, um die Rotuniformierten zu schlagen“ (AHN, Estado, Buch 27).

³⁴⁷ Das Ergebnis der Abstimmung in AHN, Estado, leg. 127/21.

³⁴⁸ Staatsratsgutachten, Alcázar von Sevilla, 10-VI-1823 (AHN, Estado, leg. 127/21). In einer ersten Abstimmung wurde die Insel von Cádiz verworfen, wie der Generalrat verfochten hatte. In einer weiteren Abstimmung waren fast alle für San Roque und Algeciras. Das Staatsratsmitglied Piedrablanca war eher für Vejer und „dass sofort alle Kriegsmittel, die in Sevilla vorhanden sind, nach Cádiz geschickt werden“.

Wir müssen uns jetzt daran erinnern, wie schon im entsprechenden Kapitel gesagt, dass Ferdinand VII., als er glaubte, der Verfassungsthron wäre zugunsten einer Republik in Gefahr, an einer Sitzung des Staatsrates teilgenommen hatte. Nun jedoch interessierte ihn der Umzug der Regierung in eine andere Stadt nicht: er bleibe im Palast und es sei ihm egal, was der Staatsrat sagt. Daher verzögerte er die Entscheidung, als der Minister ihm das Gutachten „seines“ Rates übergab, mit dem klaren Zweck, Zeit zu gewinnen; mehr noch, beraten von „verräterischen Ratgebern“³⁴⁹, versteifte er sich darauf, sich nicht aus Sevilla zu rühren. Es sind Augenblicke, in denen der bisher verfassungstreue König sich die Maske herunterreißt und sein verfassungsfeindliches Gesicht zum Vorschein kommt: er entscheidet in Sevilla zu bleiben, in der Hoffnung, dass die französischen Truppen bald erscheinen, in aus seiner Gefangenschaft befreien, ihn von dem lästigen Verfassungsjoch entbinden und er sich von Neuem auf den Altar und den Thron eingesetzt sehen kann.

Über beide Gutachten, das des Generalsrates und das des Staatsrates wird am 11. Juni der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz dem Parlament berichten. In Befolgung eines Parlamentsabkommens begab sich eine Gruppe von Abgeordneten zum Palast, um dem König mitzuteilen, er solle sich auf den Weg nach Cádiz machen, so wie es die Abgeordneten auch bereit sind zu tun. Ferdinand VII. widersetzte sich dem Umzug nochmals und bestand darauf, in Sevilla zu bleiben³⁵⁰. Wie wohl bekannt ist, erklärte das Parlament hier, auf einen Vorschlag von Alcalá Galiano hin, dass der Augenblick gekommen sei, den König als befallen von der moralischen Unfähigkeit, wie in Artikel 187 der Verfassung geregelt, zu erklären und infolgedessen zur Ernennung eines vorläufigen Regentschaftsrates zu schreiten, um während seiner Überstellung nach Cádiz die Exekutivgewalt auszuüben³⁵¹.

Der Regentschaftsrat bestand aus Cayetano Valdés, Parlamentsabgeordneter, als Präsident, denen die Sprecher Gabriel Ciscar und Gaspar Vigodet zur Seite standen, beide Staatsratsmitglieder. Am gleichen Tag leisteten die Regentschaftsratsmitglieder den Eid, den die Verfassung vorsieht³⁵² und um elf Uhr abends ließ sich der Regentschaftsrat im erzbischöflichen Palast von Sevilla nieder³⁵³.

Am Nachmittag des 12. Juni, um halb sieben Uhr, machte sich die königliche Familie auf den Weg nach Cádiz. Eineinhalb Stunden später schloß der Präsident Gener die letz-

³⁴⁹ So wurden sie von den Abgeordneten Alcalá Galiano und Valdés genannt.

³⁵⁰ Folgende Schilderung des Generals Copons, Augenzeuge der Ereignisse, wird aufbewahrt: „Niemals zuvor habe ich die königliche Würde so sehr in der Haltung und der Handlung des Königs widergespiegelt gesehen wie in jenem Augenblick; die Antwort S.M. war ebenso lakonisch wie ausdrucksvoll; er sagte: „Obwohl ich als Mensch in meine Übersiedlung einwilligen könnte, so rät es mir weder mein Gewissen noch das Wohl meiner Völker als König“. Der Präsident der Abordnung (Cayetano Valdés) versuchte, S.M. zu antworten; aber der König ließ ihm keine Zeit fortzufahren, denn er stand vom Sessel auf und, begleitet von einem majestätischen Flair, sagte er: Ich Habe Gesprochen“ (F. DE COPONS, *Memoria de los años de 1814 y 1820* al 24, Madrid, 1858, S. 138).

³⁵¹ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 11-VI-1823, S. 242. *Las Cortes en Sevilla en 1823*, Estudio Preliminar von SÁNCHEZ MANTERO, S. 26. ARTOLA, *La España de Fernando VII*, S. 659.

³⁵² Zur Eidesformel, s. M. LORENTE, „El juramento constitucional“, in AHDE, Bd. XLV (1995), S. 585-632.

³⁵³ *Diario de las Sesiones de Cortes*, 11-VI-1823, S. 243.

te Parlamentssitzung in Sevilla, nachdem die Abgeordneten dreiunddreissig Stunden im Sitzungssaal verbracht hatten³⁵⁴. Die folgende Sitzung wird schon in Cádiz abgehalten.

4. Gesetzesentwürfe, die vom in Cádiz versammelten Parlament verabschiedet werden

a. Einführung

Am 15. Juni befand sich die Mehrheit der Abgeordneten bereits in Cádiz. Einige fehlten, da sie sich irrtümlich nach San Fernando begeben hatten. An jenem Tag trat das Parlament um sechs Uhr nachmittags in außerordentlicher Sitzung in der Kirche von San Felipe Neri zusammen, an der 87 Abgeordnete teilnahmen, und wo sie beschlossen, dem provisorischen Regentschaftsrat mitzuteilen, dass sich das Parlament schon in Cádiz niedergelassen hat. Der provisorische Regentschaftsrat, der sehr kurzlebig ist, musste aufgelöst werden, sobald das Parlament und die Regierung sich in Cádiz etablierten. Am 18. Juni hielt es seine erste ordentliche Sitzung ab. Unter anderem beschloss es, Ferdinand VII. zu seiner sicheren Ankunft in Cádiz zu gratulieren³⁵⁵.

Andererseits trat das politische Beratungsorgan des Monarchen, der Staatsrat, zum ersten Mal in Cádiz in außerordentlicher Sitzung am Nachmittag des 2. Juli im Hause des Marqués von Piedrablanca zusammen³⁵⁶. Wir sehen uns einem sehr dezimierten Staatsrat gegenüber. Zunächst kamen nur acht Staatsratsmitglieder in Cádiz an: Gabriel Ciscar, der Marqués von Piedrablanca, José Aycinena, Antonio Romanillos, der Baron von Castellet, José Luyando, der Graf von Taboada und Manuel Estrada. Später kamen noch San Javier, Vigodet und Porcel dazu. Keiner der beiden Sekretäre, Juan de Madrid Dávila und Miguel Moreno, erschien – noch würden sie erscheinen. Daher wurde der dienstälteste Beamte im Staatsratssekretariat, Francisco de Indaburu, ermächtigt, um provisorisch die Funktionen des Sekretärs auszuüben³⁵⁷. Und im August wurde, wie wir noch sehen werden, Damián Lasanta zum Sekretär des Staatsrates ernannt.

In einer geheimen Sitzung vom 10. Juli, beschloss das Parlament, gegen diejenigen Abgeordneten Anklage zu erheben, die sich noch nicht in Cádiz präsentiert haben, um ihr Amt auszuüben³⁵⁸. Nun, wie viele Abgeordnete fanden sich in Sevilla ein, kamen jedoch nicht auf der Insel von Cádiz an? Insgesamt 31. Und wer waren diese Abgeordnete, die nicht zu den Parlamentssitzungen nach Cádiz kamen? Es handelt sich um folgende: Francisco Enríquez, José Alcalde, Ramón Lamas, Bernardo Falcó, Francisco Bringas,

³⁵⁴ Diario de las Sesiones de Cortes, 11-VI-1823, S. 243-244.

³⁵⁵ Die Parlamentssekretäre schreiben hierzu an den Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz: „Nachdem das Parlament beschlossen hatte, dass eine Abordnung seinerseits dem König zu seiner glücklichen Ankunft in dieser Stadt beglückwünschen solle, informieren wir E.E. hiervon, damit er S.M. darum bitte, den Tag und die Uhrzeit hierzu zu bestimmen. Vor Gott und in Cádiz, den 18. Juni 1823.“ Der Minister Calatrava teilt am folgenden Tag den Parlamentssekretären mit, dass der König die Parlamentsabordnung am 20. um ein Uhr mittags empfangen wird. APR, Reservados, leg. 57, Bl. 26-27.

³⁵⁶ Staatsratsprotokoll, 2-VII-1823, in AHN, Estado, Buch 27.

³⁵⁷ Königlicher Befehl, 29-VI-1823 (AHN, Estado, Buch. 27).

³⁵⁸ APR, Reservados, leg. 57, Bl. 172.

José Cuevas, Ezequiel Díez, Pedro Prado, Fermín Álvarez Eulate, José Cano, Leandro Ladrón de Guevara, Manuel Pío de Arias, Félix María Manso, Joaquín Fuentes del Río, Manuel Ruiz del Río, Manuel Casildo González, Antonio González Ron, Antonio Ferrer, Francisco Roig, José Sangenis, Juan José Jaime, Manuel Lasala, José Alcántara, Miguel Sánchez Casas, Nicolás Gómez Villaboa, Emeterio Martí, Diego Vega Infanzón, Francisco Javier Pérez de Vargas, Francisco Mateo Marchamalo, Miguel Busutil und Pedro Álvarez Gutierrez³⁵⁹.

Abgesehen von o.g. Abgeordneten übten andere militärische Aufgaben aus. Tatsächlich bevollmächtigte ein Erlass der ausschließlichen Kompetenz des Parlaments, einer derjenigen, die keine Sanktion benötigten, vom 21. Juni 1823 die Regierung, einige der Abgeordneten mit militärischen Aufgaben zu betrauen³⁶⁰. In Ausübung dieses Parlamentserlasses kommandierte die Regierung sieben Abgeordnete für militärische Aufgaben ab: den Oberst José Grases, als Generaladjutant des Reserveheers, das auf der Insel von Cádiz einquartiert war; den Generalleutnant Miguel de Álava, zu den Generalinspektionen der Artillerie- und Ingenieurkorps; den Hauptmann der aktiven Bürgerwehr Francisco Benito unter den Befehl des zuvor genannten Generals; dem Brigadier Manuel de Latre wurde der militärische Oberbefehl über Cádiz übergeben; dem Vizeadmiral Cayetano Valdés der Oberbefehl über die Seestreitkräfte; Facundo Infante die Unteraufsicht über alle Infanterietruppen des in San Fernando einquartierten Heeres, örtliche Bürgerwehr eingeschlossen; dem Feldmarschall Rafael de Riego den Befehl über das dritte Operationsheer und José Pumarejo als Adjutant von de Riego³⁶¹.

In Cádiz erteilte Ferdinand VII. dreizehn Parlamentserlassen mit Gesetzescharakter die Sanktion, eines davon wurde vom in Sevilla tagenden Kongress verabschiedet. Bei zehn dieser Gesetzesentwürfe gab der Staatsrat ein positives Gutachten zur Sanktion ab, und bei den restlichen dreien empfahl er, sie an das Parlament zurückzuverweisen. Außerdem legte Ferdinand VII. sein Veto gegen einen Parlamentserlass mit Gesetzescharakter ein und bei vier Gesetzesentwürfen blieb ihm keine Zeit, um über die Sanktion zu entscheiden, über die der Staatsrat kein Gutachten abgab, da die kurze zweite liberale Phase zu Ende ging. Untersuchen wir all dies doch genauer.

b. Gesetze, die nach einem positiven Gutachten des Staatsrates mit der Sanktion versehen wurden.

Wir haben zuvor gesagt, dass Ferdinand VII. zehn Parlamentserlassen mit Gesetzescharakter die Sanktion erteilte, über die der Staatsrat positive Gutachten erstellt hatte. Einer dieser Parlamentserlässe, vom 3. Juli, legte fest, dass bei öffentlichen Veranstaltungen oder Körperschaften nur diejenigen Eide abgelegt würden, die die Verfassung oder auf ihr basierende Erlasse vorschrieben. Am 14. des Monats veröffentlichte der ermächtigte Sekretär im Staatsrat einen königlichen Befehl, der drei Tage zuvor ausgefer-

³⁵⁹ Laut einer von den Parlamentssekretären in Cádiz am 10. Juli 1823 aufgestellten Liste, die aufbewahrt wird in APR, Reservados, Bd. 57, Bl. 174.

³⁶⁰ S. eine gedruckte Versetzung von ihm in APR, Reservados, Bd. 57, Bl. 202.

³⁶¹ Ihre Ernennungen in APR, Reservados, Bd. 57, Bl. 198-259.

tigt worden war, der den erwähnten Erlass zum Gutachten weiterleitete. Er war am 16. Juli zur Abstimmung vorgesehen. An jenem Tag, unter Anwesenheit der Ratsmitglieder der San Javier, Estrada, Taboada, Luyando, Castellet, Romanillos, Aycinena, Piedrablanca und Ciscar, wurde für eine Sanktion gestimmt. Taboada fügte hinzu: „nicht nur sollte er die Sanktion erhalten, sondern S.M. sollte das Parlament dazu anregen, dass es ihn auf alle anderen Veranstaltungen, in denen das Gesetz einen Eid vorschreibt, ausweitet“.

Einer der Gesetzesentwürfe, bei denen sich der Rat bei der Empfehlung einer Sanktion nicht einig war, war derjenige, der das Eigentum derjenigen, die dem französischen Heer folgten, als beschlagnahmt erklärte. Nach Vorlage des Entwurfs bei der Staatsratskommission für Gnade und Justiz, war man der Meinung, der Monarch solle die Sanktion erteilen. Später, am 21. Juli, befürworteten sechs der neun bei der Abstimmung anwesenden diese Stellungnahme der Kommission³⁶². Aycinena, Porcel und Luyando waren der Meinung, der Könige solle dem Parlamentserlass seine königliche Sanktion nicht erteilen, denn sie sahen einige Artikel als ungerecht an, außerdem glaubten sie, dass seine Anwendung höchst abträgliche Folgen nach sich ziehe³⁶³.

³⁶² Bei den sechs Ratsmitgliedern handelte es sich um: Estrada, Taboada, Castellet, Romanillos, Piedrablanca und den Dekan (Ciscar). Staatsratsprotokoll, 21-VII-1823, in AHN, Estado, Buch. 27.

³⁶³ „Es ist ungerecht – sagten die drei erwähnten Ratsmitglieder in ihrer Abstimmung – die Spanier, die in Frankreich leben, dazu zu zwingen, von der Regierung die Erlaubnis zu erhalten, in ein anderes Land zu übersiedeln, mit dem wir keinen Krieg führen, denn diese Erlaubnis ist nur für die Halbinsel nötig, aber nicht, damit sich diejenigen, die sich im Ausland befinden, aus dem Feindesland in ein anderes, zentraleres Land übersiedeln.“

Es ist ungerecht, diejenigen Spanier, die sich vor der Kriegserklärung aufgrund der französischen Invasion in Frankreich aufhielten, dazu zu zwingen, wenn sie nach Spanien zurückkehren, sich in dem Landesteil aufhalten, in dem der Feind sich nicht befindet, erstens, weil es äußerst schwierig ist, täglich festzustellen, welches die freien Provinzen oder Territorien sind, und sie von denen zu unterscheiden, die es nicht sind und sie dazu zwingen, während der Dauer des Krieges immer nur hinter der Nachhut der Nationalarmee ihren Wohnort aufschlagen können, welche jeden Moment ihre Situation verändern kann; und zweitens, weil, wenn die Bewohner der Orte, die heute vom Heer des Feindes besetzt sind, in ihren Domizilen bleiben können, in Sichtweite ihrer Besitztümer und im Schoße ihrer Familien, der höheren Gewalt gehorchend, die sie dazu zwingt, ohne deswegen ein Verbrechen oder ein Delikt zu begehen, dann ist es nicht zu verstehen, weshalb ihre Nachbarn und Landsmänner, die zufällig in Frankreich weilten, als die Invasion stattfand, nicht die gleiche Freiheit genießen können und in ihre vorherigen Domizile zurückkehren und mit ihrer Zustimmung sie ihre Familien und Güter der Gefahr aussetzen, Objekt von Beleidigungen und Raffgier der Invasoren und ihrer Parteigänger zu werden.

Schließlich ist es auch ungerecht, dass die friedlichen und der Verfassung und den Gesetzen treuen Einwohner gemeinschaftlich für die Schäden zahlen, die in ihren Wohnorten verursacht wurden durch Einquartierungen und aufrührerische Feinde des Verfassungssystems. Dies heißt, den Unschuldigen und Verdienstvollen dazu zu verurteilen, die Strafe abzuleisten, die nur der Schuldige verdient und dass sich niemand darum kümmert, ihn vor dem Schaden zu schützen, der ihn bedroht, da ja die versprochene Entschädigung sicher ist.

Es stimmt, dass den Entschädigungsleistenden das Recht vorbehalten wird, gegen die wirklichen Schuldigen vorzugehen; aber, was bedeutet dieser Vorbehalt im Vergleich zu dem vorläufigen und kostenverursachenden Schaden, der ihm zweifellos zugefügt wird? Nichts, oder bestenfalls ein eitler Schatten, um seinen Verderb zu vollenden, den er verfolgt und doch niemals erreicht, denn bei diesen Einquartierungen und Unruhen nehmen nur Leute teil, die nichts zu verlieren haben und sich schnell aus dem Staub machen. Sollte der glückliche Tag kommen, an dem sie Rechenschaft ablegen müssen über die Schäden, die von den Bewohnern des Stadtviertels der Maravillas in Madrid und von Triana in Sevilla beim Einmarsch des Invasionsheeres in jener Stadt und beim Rückzug der Regierung aus dieser Stadt verursacht

c. Gesetze, denen trotz gegenteiliger Stellungnahme des Staatsrates die Sanktion erteilt wurde

Das in Cádiz tagende Parlament verabschiedete drei Gesetzesentwürfe, von denen der Rat meinte, der König solle sie ans Parlament zurückverweisen. Schauen wir sie uns an.

aa. Gesetz, das denjenigen, die in aufgelösten Gerichten Ämter beantragen oder diese ausüben, Strafen auferlegt

Am 28. Juni 1823 verabschiedete das Parlament einen Gesetzesentwurf, um diejenigen zu Kriminellen abzustempeln, die Ämter in der entourage der französischen Truppen oder alter absolutistischer Prägung annahmen³⁶⁴. Dieser Entwurf, der offensichtlich keine praktische Anwendung hatte, zielte darauf ab, zu vermeiden, dass zivile und militärische Beamte des Verfassungsgebietes zum Feind überliefen daher wurden Zwangsmaßnahmen erlassen. So verhängte das Gesetz einige der im Strafgesetzbuch von 1822 festgelegten Strafen für Personen, die beim französischen Heer oder bei Aufrührerbanden nach Arbeit suchten, Stellen annahmen oder Ämter ausübten, oder auch ein Richter- oder Staatsamt, das unvereinbar mit dem Verfassungssystem war sowie für diejenigen, die an Rechtssachen gegen die Liberalen teilnahmen³⁶⁵. In Übereinstimmung mit dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter, verloren diejenigen Provinzialratsabgeordneten ihre Amtsbefugnisse und das Recht auf öffentliche Anstellung, die „feige ihren Posten“ verließen, ebenso wie die Ratsherren und Studenten, die in einem Colegio Mayor wohnten, welche versuchten, bei einem Gemeinderat auf Lebenszeit unterzukommen bzw. ein Stipendium zu erhalten, als auch jeglicher Bürger, der ein Amt absolutistischen Zuschnitts ausübte³⁶⁶. Der Entwurf erließ für die Prälaten, die gegen den Erlass vom 26. April 1822 verstießen, die Strafe der Landesverweisung aus spanischem Gebiet

wurden, wäre es dann gerecht und politisch korrekt, ihre ehrbaren und friedlichen Bewohner dazu zu verurteilen, sie zu entschädigen, wobei ihnen das Recht vorbehalten wird, gegen die wirklichen Beschuldigten vorzugehen?

Wir wissen nicht sicher, welche Anordnungen in Madrid der sogenannte Regentschaftsrat oder die Kommandanten des französischen Heeres gegen die Abwesenden oder ihre Familien und Häuser getroffen hat, aber gleich welche es seien, diejenigen, die hier abstimmen, möchten sie nicht als Beispiel nehmen. Wenn sie ungerecht und gewalttätig sind, wie es anzunehmen ist, so ziehen sie früher oder später den allgemeinen Haß auf sich, es wird die scheinheilige Maske fallen, mit der sie sich zu bedecken suchen und im Endeffekt wird es der Punkt sein, an dem sich die körperliche und moralische Kraft aller Spanier zusammenfindet, um über ihre inneren und äußeren Feinde zu triumphieren.

Der leichte und kurzzeitige Schaden, den ihnen dieses Gesetz verursachen könnte, ist ein unmerklicher Punkt im Vergleich zu jenem, der uns verursacht würde, gäben wir als erste ein solch unheilvolles Beispiel ab. Die Größe des Gebietes, auf dem nun das Gesetz oder der Erlass Anwendung fände, kann ohne große Irrtümer auf ein Viertel der spanischen Halbinsel angesetzt werden und die des Gebietes, auf dem Rache genommen würde, auf die anderen drei Viertel und aus dem Vergleich der beiden Daten ergibt sich der Unterschied des Bösen und des Guten, das wir fürchten oder erwarten müssen, und das, obwohl wir auf die Begriffe verzichten, die ihr Anwendungsgebiet **vergrößern, das niemals auf ein genau umrissenes Gebiet sich einschränken läßt, bei einem Parlamentserlass**. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass es weder gerecht noch nützlich sei, dem Parlamentserlass vom 28. des Monats (sic) die Sanktion zu erteilen“ (Staatsratsprotokoll, 21-VII-1823, in *AHN, Estado*, Buch. 27).

³⁶⁴ Das Original wird aufbewahrt in ACD, Reservados, Bd. 60, und es ist im Dokumentenanhang beigelegt.

³⁶⁵ Artikel 1-3 des Gesetzes.

³⁶⁶ Art. 4, 7 und 9.

und der Beschlagnahme ihrer Bezüge³⁶⁷. Über die Mitglieder der Provinzkörperschaften und Gemeinderäte, die bezahlte Ämter im Dienste der französischen Armee oder der Aufständischen ausübten, wurde eine Geldstrafe verhängt, die einem Jahresgehalt entsprachen³⁶⁸. Schließlich setzte das Gesetz die Geistlichen auf die Anklagebank, die die Wiedereinführung des Zehnten, Klöster, Abteien und Einrichtungen, die vom Verfassungssystem abgeschafft worden waren, beantragten³⁶⁹.

Indaburu, der provisorische Staatsratssekretär, erstattete in der Sitzung vom 14. Juli, an der die Staatsratsmitglieder San Javier, Estrada, Taboada, Luyando, Castellet, Aycineña, Piedrablanca, Romanillos und Ciscar, teilnahmen, Bericht über den Originalparlamentserlass mit Gesetzescharakter über die „Festlegung der Strafen für diejenigen, die beim französischen Invasionsheer oder bei den Aufrührerbanden einen Posten in den vom Verfassungssystem aufgelösten Richter- oder Staatsämtern beantragen, annehmen oder ausüben“³⁷⁰. Bei der Abstimmung waren drei Ratsmitglieder dafür, dass Ferdinand VII. dem Gesetzesentwurf die Sanktion erteile: San Javier³⁷¹, Piedrablanca³⁷² und Ciscar³⁷³. Die restlichen sechs waren der Meinung, der König solle den Erlass ans Parlament zurückverweisen. Für Estrada und Taboada reichte das Strafgesetzbuch aus, um die im Gesetzesentwurf festgehaltenen Ziele zu erreichen³⁷⁴. Romanillos seinerseits hielt den Entwurf für ein ungerechtes Gesetz:

Wenn die Bestimmungen dieses Gesetzes mit Artikel 3 begännen, gäbe es in seinem Konzept kein Hindernis, weswegen die Sanktion verweigert werden sollte. Seine ersten beiden Artikel jedoch können die Quelle eines Stroms von schwerwiegenden Ungerechtigkeiten bilden; und wenn sie so ausgeführt werden wie es scheint, dass sie ausgeführt werden sollten, würden sie eine hohe Anzahl an Opfern aufs Schafott schicken und aus

³⁶⁷ Art. 6. Dieser Erlass hatte es den Erzbischöfen und Bischöfen verboten, unterdessen Dimissioralen auszustellen und höhere Weihen zu erteilen, bis der Klerus einlenkte, außer bei den genannten Personen. Außerdem regulierte er Aspekte der Ausstattung und Auflösung der Pfarrämter. Colección de decretos y órdenes, Bd. IX, S. 95-96.

³⁶⁸ Art. 8.

³⁶⁹ Art. 5.

³⁷⁰ Staatsratsprotokoll, 14-VII-1823 (AHN, Estado, Buch. 27).

³⁷¹ Er stimmte so ab: „S.M. möge diesem Gesetz die Sanktion erteilen, sofern diejenigen von ihm ausgenommen werden, die beweisen können, dass sie seinerzeit mit Gewalt dazu gezwungen worden waren“ (AHN, Estado, Buch 27).

³⁷² Laut seiner Stellungnahme ist es ratsam und nötig, dass dem vorliegenden Gesetz die Sanktion erteilt wird; denn in allen Teilen stimmt es in Harmonie mit den Parlamentsgesetzen und dem Strafgesetzbuch überein; und in diesem Gesetz wird nur der Name von Personen hinzugefügt, was für das Gutachten bedeutet, dass es erweitert wird“. (AHN, Estado, Buch 27).

³⁷³ Der keinen „Nachteil darin sieht, diesem Gesetz die Sanktion zu erteilen, sofern der Sinn des Artikel 2 klargestellt wird, aus den Gründen, die Herr Romanillos darlegt“ (AHN, Estado, Buch 27).

³⁷⁴ Ersterer sagte, „der Mangel an Deutlichkeit in den ersten Artikeln dieses Gesetzes zwingt ihn, zu empfehlen, die Sanktion nicht zu erteilen, so wie es jetzt ist und dass das Strafgesetzbuch ausreicht“. Der Graf Taboada führte seinerseits aus: „dass man S.M. empfehlen soll, dass es nicht ratsam sei, diesem Gesetz die Sanktion zu erteilen, da es unnötig und unter den heutigen Umständen schädlich ist, da es die Macht der Invasoren erhöht: da es überflüssig ist, da alles im Strafgesetzbuch schon geregelt ist, was in diesem Gesetz gesagt wird“ (AHN, Estado, Buch. 27).

diesem Grund bliebe das Gesetz illusorisch. Es ist nicht deutlich genug, was das Invasionsheer oder die Aufrührerbanden um Arbeit bitten, eine Stelle annehmen oder ein Amt ausüben genau ist, und da dies die Essenz des Deliktes ist, muss es klar sein. Es ist sehr gut zu verstehen, dass derjenige, der über einen Bürger eine Strafe verhängt, weil dieser dem Verfassungssystem anhing, ein schweres Verbrechen begeht; aber dieser Fall kann nicht auf alle angewandt werden, die davon gewußt haben oder daran teilnahmen, man kann nicht auf alle diese Strafe anwenden. Abgesehen davon, verstoßen diese Artikel entweder gegen diejenigen des Strafgesetzbuches, die in ihnen zitiert werden und die schon die Todesstrafe nach sich ziehen, dann ist dieses Gesetz nicht nötig. Oder aber sie verstoßen nicht gegen letztere, da die Tatsachen, die bestraft werden wollen, weder Verschwörung, noch Aufstand in solch schwerwiegendem Grad sind, dass diese Strafe verhängt werden muss und dann wäre das Gesetz ungerecht. Aus diesem Grund und da die zur Sanktion vorgelegten Gesetze persönlich sind, wird die Haltung eingenommen, S.M. zu raten, das Gesetz ans Parlament zurückzuverweisen³⁷⁵.

Luyando und Ayzinena stimmten ebenfalls gegen die Sanktion. Für sie handelte es sich um ein ungerechtes, unmenschliches und unpolitisches Gesetz: „denn mit ihm erreicht man nur, dass eine hohe Anzahl von Familien in Verlegenheit gebracht wird, damit sie erbost darauf beharren, das System der Invasoren aufrechtzuerhalten, denn ohne es verlieren sie nicht weniger als das Leben“. Bei sieben der neun Artikel waren sie dagegen, ihnen die Sanktion zu erteilen:

Art 1: Wir finden nicht, dass die Bitte um oder Annahme einer aufgelösten Arbeitsstelle mit den kriminellen Handlungen, die in Artikel 188, 253 und 276 beschrieben werden, in Verbindung gebracht werden kann; auch fügt es sich nicht, dass der Mensch die Essenz der Dinge verändern kann, daher dient das Zitat der oder der Bezug auf die erwähnten Artikel nur dazu zu sagen, dass diejenigen, die um einen aufgelösten Arbeitsplatz baten, aufgelöste Stellen annahmen oder aufgelöste Ämter ausübten, oder auch ein aufgelöstes Richter- oder Staatsamt, mit der Todesstrafe belegt werden: und diese Erklärung wäre ein vollkommen neues Gesetz, ohne Beziehung zu demjenigen des Strafgesetzbuches, dessen Zitat uns hier unpassend und unzusammenhängend erscheint.

In der Annahme nun, dass dieser Artikel vollkommen neu sei und ohne die geringste Verbindung mit denen, die aus dem Strafgesetzbuch zitiert werden, so finden wir, es kann nicht nur vorkommen, sondern es wird zweifellos so vorkommen, dass viele oder einige, die diejenigen Verbrechen begangen haben, von denen die zitierten Strafgesetzbuchartikel handeln, diese der Invasionsregierung als Verdienst präsentieren, um diese andere Art der Anstellung zu erhalten, in welchem Falle sie mit der Todesstrafe belegt würden, wie in den Artikeln des Strafgesetzbuches aufgezeigt und sie wären würdevoll mit ihr bestraft; und bei dem Antrag auf oder Annahme der Stellung würde das begangene Verbrechen weder erwähnt noch beachtet, denn wenn dieser Fall nicht als kriminell ersten Grades erklärt wurde, obwohl er es nicht ist, sind es die anderen aufgrund ihrer Essenz und ihres Charakters selbst.

³⁷⁵ AHN, Estado, Buch. 27.

Des weiteren hat niemand mehr den leisesten Zweifel daran, dass die aufgelösten Arbeitsstellen mit verschiedenen Arten von Menschen besetzt werden, nämlich, einmal, diejenigen, die einen Verdienst daraus machen, diese Verbrechen, auf die sich die zitierten Strafgesetzbuchartikel beziehen begangen zu haben, um Arbeit zu erhalten; zweitens, andere, die keines dieser Verbrechen begangen haben, um Arbeit nachsuchen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen; und schließlich diejenigen, die sie nicht beantragen und ihren Eiden und Prinzipien treu bleiben wollen, sich dazu gezwungen sehen, sie anzunehmen, um Demütigungen zu vermeiden oder um durch ihr besonnenes Vorgehen Schikanen gegen die Dörfer zu vermindern. Da dies so ist, und wenn das Gesetz gilt, das wir untersuchen, wäre das Ergebnis, dass alle diese unterschiedlichen Arten von Menschen die Todesstrafe erleiden würden, d.h., zum Tode verurteilt würden Verbrecher, unschuldige, wenn auch schwache Menschen und Menschen, die nicht nur unschuldig, sondern lobenswert und umsichtig sind; und dies bildete einen solch unmenschlichen und so offenkundig ungerechten Kontrast, dass, auch wenn das Gesetz verkündet würde, seine Anwendung und Durchführung in einem zivilisierten Land vollkommen unmöglich wäre.

Artikel 2: Die Invasoren begingen eine Greuelthat, sollten sie einen Spanier dafür anklagen, bestrafen oder gegen seine Person und Güter Gewalt ausüben, dass er sich der Verfassung der Monarchie gegenüber ergeben erklärt hat und dies treu ausgeübt hat. Diese Prozesse und ihre Urteile werden von Gerichten und anderen Richtern, die sie ernennen, geführt und gefällt; die zweifellos Recht sprechen, die einen, indem sie gegen die Angeklagten grausam vorgehen und die anderen, indem sie versuchen, sie ungeschoren mit leichten Strafen davonkommen zu lassen; und obwohl erstere schwerste Strafen verdienen und letztere höchstes Lob, wenn dieser Artikel 2 veröffentlicht wird, erlitten alle ohne Unterschied die Todesstrafe und das Ergebnis wäre das gleiche wie in vorhergehenden Artikeln.

Art. 3: Es ist nicht das gleiche, militärische Posten zu beantragen, anzunehmen und auszuüben wie diese bei der Justizverwaltung, weniger Entschuldigung haben diejenigen, die ersteren dienen, denn es ist unmöglich, dass die Soldaten auch nur die geringste ihrer Aufgaben wahrnehmen können, ohne der legitimen Regierung und den Dörfern merklichen Schaden zuzufügen. Jedoch ist es sehr ungerecht, alle mit der gleichen Strafe zu belegen, da sich unter den Menschen, die von den Invasoren zum Militärdienst gezwungen werden, die unterschiedlichsten Arten befinden müssen, wie bei der Untersuchung von Artikel 1 aufgezählt und es ist unmenschlich, dass es sich bei dieser Strafe um die Todesstrafe handelt.

Art. 4: Bei dem, das dieser Artikel bestimmt, gibt es keine Bedenken, sofern der letzte Absatz gestrichen wird, wo es heißt: „stets ausgenommen die Bestimmungen der Artikel 188, 253 und 276 Strafgesetzbuch“, weil dieser Absatz redundant ist, da es vollkommen klar ist, dass der Antrag auf ein aufgelöstes Stipendium die eine Sache ist und das greuliche Verbrechen der Verschwörung und des Aufstandes begangen zu haben, eine ganz andere; es kann nicht angehen, dass ein Richter, der einen Studenten als in die Verbrechen, die die zitierten Strafgesetzbuchartikel erwähnen, verwickelt zu finden, sich da-

mit zufriedengibt, ihn zu richten und zu bestrafen, weil er ein Stipendium beantragt hat, aber derjenige irrt sich, der glaubt, wie einige Richter meinen, dass durch die einfache Handlung der Beantragung des Stipendiums dies gleich bedeutet, dass der Student gegen einige der Artikel des Strafgesetzbuches verstößt und die Strafe verdient, die dort festgelegt wird.

Art. 5: Sofern der letzte Absatz des vorigen Artikels gestrichen wird, verursacht dieser keine Bedenken.

Art. 6: Wenn dieser Fall schon im Strafgesetzbuch vorgesehen ist, weshalb soll man ihn dann von Neuem vorsehen? Und weshalb muss eine Übertretung eines Prälaten gleich so schwer bestraft werden, wobei hier der Art. 323 abgeändert wird, wenn es doch ganz natürlich ist, dass die Übertretung eine zwangsläufige Folge der Provokation ist, die aus dem Antrag eines oder mehrerer Bewerber hervorrührt, und wenn sich der Prälat in der Situation befindet, Gewaltanwendung oder Schikanen zu vermeiden?

Art. 7: Es gibt keine Bedenken.

Art. 8: Wenn die verfassungsmäßigen Provinzialratsmitglieder und Gemeinderäte als verfassungstreuer gelten sollen, so wäre es doch besser, dass sie die Stellen besetzen, die die Invasionsregierung vergibt, damit sie nicht von anderen ausgeübt werden, die entweder weniger verfassungsgemäß oder erbitterte Gegner der Verfassung sind. Die Invasionsregierung wird schon darauf aufpassen, dass die Verfassungsanhänger von der Besetzung der Ämter ausgeschlossen werden (...)

Art. 9: Da diejenigen, auf die sich dieser Artikel bezieht, auf die gleiche Art eingestuft werden können wie im ersten, kann man nicht gegen alle die gleiche Strafe verhängen; außerdem trifft die Bemerkung, die wir im vorigen Artikel gemacht haben, zu³⁷⁶.

Der Baron von Castellet, der die von Estrada, San Javier und Taboada angeführten Gründe berücksichtigte, sowie diejenigen, die während der Debatte zur Sprache kamen, meinte ebenfalls, man solle dem Gesetz keine Sanktion erteilen.

Der Staatsrat beschloß, von einer Sanktion abzuraten und fügte die von Romanillos vorgeschlagenen Überlegungen hinzu. Die Abstimmungsbegründung von Aycinena und Luyando wurden dem Protokoll beigelegt, nicht jedoch dem für den König erstellten Gutachten. Die ausführliche Begründung von Piedrablanca war jedoch Teil des Gutachtens³⁷⁷.

³⁷⁶ Diese Stellungnahme zeichnen Luyando und Aycinena ab, das Original wird aufbeahrt in AHN, Estado, Buch 27. Zum Inhalt der Gesetzesartikel, s. Schlußanhang.

³⁷⁷ Der Marqués sagte, „unter den gegebenen Umständen ist es unerlässlich und höchst notwendig, Gesetze einzuführen, mit denen Übel von großer Tragweite vermieden werden und die Zügellosigkeit der Leidenschaften eingedämmt, auch der Ehrgeiz der Machthaber und Angestellten, sowie die Niedertracht und der Skandal, der abzusehen ist, um sie über unsere Feinde zu bringen, nicht nur unter den Spaniern sondern auch vor den Augen der Ausländer, wenn man fühlt und sieht, wie die ihrem König und Vaterland untreuen Spanier selbst, unverfroren die geleisteten Eide brechend und die Pflichten der spanischen Gesellschaft gegenüber vernachlässigend, unter dem Schutz des Ablasses und der Straffreiheit, versuchen, mit allen möglichen Mitteln den Verfassungsthron zu zerstören und die Unabhängigkeit der Nation, selbst wenn unser Monarch und seine königliche Familie nicht regierten, wenn sie und die ausländischen Feinde sie beherrschten, würde zweifellos das Eroberungsrecht angewandt. Mit dem Gesetz,

Trotz des abratenden, wenn auch nicht einstimmigen Gutachten des Staatsrates, schrieb Ferdinand VII. auf den Originalerlass des Parlaments die von der Verfassung vorgeschriebenen Sanktionsformel: Als Gesetz zu veröffentlichen. Danach unterschrieb Ferdinand mit seinem Namen und zeichnete es ab. Der Sekretär für Gnade und Justiz, José María Calatrava, der zweifellos auf die Entscheidung des Königs Einfluss genommen hatte, damit dieser dem Gesetzesentwurf des Parlaments seine Sanktion erteile, war Augenzeuge dieser Ereignisse vom 22. Juli. Nach der Abzeichnung Ferdinands VII. unterschrieb der radikale Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz³⁷⁸.

bb. Erklärung, dass die Stellen, die von Personen besetzt sind, die zum Feind übergelaufen sind oder der Regierung nicht gefolgt sind, unbesetzt sind

Dieser Gesetzesentwurf vom 22. Juli bestand aus vier Artikeln. Der erste erklärte all diejenigen Stellen aller Zweige der Verwaltung als nicht besetzt, deren Stelleninhaber in den Dienst des französischen Feindes übergewechselt waren oder ohne gerechtfertigten Gründe unter seiner Herrschaft verblieben waren; im folgenden wurden auch diejenigen als unbesetzt erklärt, die nicht vor dem 16. des Folgemonats besetzt würden. Laut dem dritten Artikel verloren diejenigen, die Cádiz aufgrund eines Regierungsauftrags oder –erlaubnis fern blieben, ihre Stelle nicht. Gemäß dem letzten Artikel kümmere sich die Regierung selbst um diejenigen, die ihre Stelle verlassen hatten, um ihr zu folgen und brachte sie auf verschiedenen Posten unter³⁷⁹.

das hier zur Sanktion vorgelegt wird, können diese abscheulichen Verbrechen wohl vermieden werden, die Schwärmer und Aufrührer werden aufgehalten, ebenso wird vermieden, dass die Richter und Staatsanwälte zu Henkern der Nation werden und dass die Soldaten zu den verhaßten Fahnen des Feindes überlaufen; das Gegenteil zu behaupten wäre das gleiche wie dem Invasor Hilfsmittel und Truppen zu versprechen, übergeben, besorgen und verstärken, wie leider eine lange und traurige Erfahrung schon gezeigt hat (...) Cádiz, 16-VII-1823, Original in AHN, Estado, Buch 27.

³⁷⁸ ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 420. Am gleichen Tag gibt Calatrava den Parlamentssekretären den mit der Sanktion versehenen Originalerlass zurück:

“Nach Anhörung des Staatsrates erteilte der König dem Erlass mit Gesetzescharakter vom nächsten 28. Juni seine Sanktion, in dem die Strafen genannt werden für diejenigen, die unter dem Schutz des Invasionsheeres oder der Aufrührerbanden Richter- oder Staatsanwaltsämter bei den vom Verfassungssystem aufgelösten Gerichten beantragen, annehmen oder ausüben.

Mit königlichem Befehl teile ich dies E.E. mit und lege eines der Originale des betreffenden Erlasses mit der Sanktionsformel bei, damit Sie vor dem Parlament Rechenschaft ablegen.

Gott gebe E.E. noch viele Jahre. Cádiz, den 22. Juli 1823“. José María Calatrava (Abzeichnung).

In der Parlamentssitzung, die ebenfalls am 22. abgehalten wurde, wurde das mit der Sanktion versehene Gesetz veröffentlicht. In dem Schreiben, das die Parlamentssekretäre an den Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz richteten, damit die entsprechende Verkündung durchgeführt werde, hieß es:

„Nachdem das Gesetz vom vorigen 28. Juni, in dem die Strafen genannt werden für diejenigen, die unter dem Schutz des Invasionsheeres Richterämter bei den vom Verfassungssystem aufgelösten Gerichten beantragen oder ausüben, in Übereinstimmung mit Verfassungsartikel 154 am 20. des Monats von S.M. die Sanktion erhielt, und heute im Parlament veröffentlicht wurde, geben wir E.E. im Namen des Königs den Auftrag, wie im gleichen Artikel festgelegt, die vorgeschriebenen Schritte zu unternehmen, dass sofort zu seiner feierlichen Verkündung geschritten wird.

Vor Gott und in Cádiz, den 22. Juli 1823“. Zwei Abzeichnungen. ACD, Reservados, Bd 60, Bl 418-419.

³⁷⁹ Das Originalgesetz, aufbewahrt in ACD, Reservados, Bd. 60. Bl. 466, kann im Dokumentenanhang als Abschrift gesehen werden.

Der Rat trat am 28. in Cádiz zusammen, um über den Parlamentserlass zu debattieren, der sechs Tage zuvor eingereicht worden war, über die Angestellten, die der Regierung nicht gefolgt waren. Elf Ratsmitglieder nahmen teil: Estrada, Taboada, Luyando, Castellet, Vigodet, Porcel, Aycinena, San Javier, Romanillos, Piedrablanca und Ciscar. Bei der Abstimmung über den Entwurf waren vier Ratsmitglieder (San Javier, Romanillos, Piedrablanca und Ciscar) dafür, dass der König ihm seine Sanktion erteile. Die anderen sieben waren der Meinung, Ferdinand VII. solle den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter mit dem Veto belegen. Drei Ratsmitglieder (Vigodet, Porcel und Aycinena) schlossen sich der Neinstimme von Luyando an³⁸⁰.

In seiner Abstimmungsbegründung legte Luyando, der schon bald zum Minister für äußere Angelegenheiten ernannt werden würde, dar, dass, wenn das Gesetz untersucht würde, Nachteile zu finden wären, die es nicht erlaubten, dem König zur Sanktion zu raten. Seiner Auffassung nach befänden sich, wenn man den ersten Artikel wörtlich nimmt, unter den Ämtern, die die Regierung als nicht besetzt erklären konnte, diejenigen des Staatsratsmitgliedes, des Richters beim Obersten Gerichtshofes und der Amtsrichter. Diese Regierungsmaßnahme steht jedoch im Gegensatz zum Verfassungstext, dessen Artikel 239 und 252 bestimmten, dass die Staatsratsmitglieder, Staatsanwälte und Richter nicht ohne gerechtfertigte und rechtlich nachgewiesene Gründe und von den jeweiligen Gerichten als Urteil erlassene, abgesetzt oder aus ihrem Amt entfernt werden konnten:

„Es wäre nicht einmal ausreichend zu sagen – argumentiert Luyando – dass das Nichterscheinen der Person an ihrem Arbeitsplatz eine Dienstflucht darstellt oder eine spontane Erklärung, die von ihm selbst abgegeben wurde und einer Amtsniederlegung entspricht, denn zwischen einer Dienstflucht und einer Amtsniederlegung besteht ein riesiger Unterschied: die Dienstflucht ist ein Verbrechen und die Amtsniederlegung ist eine freie und erlaubte Handlung, da also nun die Dienstflucht und die Amtsniederlegung so unterschiedlich sind, müssen Mittel und Wege existieren, um sie unterscheiden zu können; so geschieht es auch, denn es ist festgelegt, dass die Amtsniederlegung aus einem Schriftstück besteht, dass derjenige, der sie beantragt, unterschreibt und die Regierung entscheidet darüber, ob der Antrag angenommen wird und in keinem Falle ist die Amtsniederlegung wirksam, bevor die Regierung sie ausdrücklich annimmt: und sofern weder der Amtsniederlegungsantrag noch die Annahmestätigung seitens der Regierung existieren, und ein Amtsinhaber nicht in seinem Amt erscheint, spricht man von Dienstflucht und in diesem Fall hat dieser ein Verbrechen begangen. Ohne die grundlegenden Bedingungen für eine Amtsniederlegung existiert diese also nicht wirklich und wahrhaftig, das einzige, das existiert, ist die Dienstflucht bei all denjenigen, die von ihren Ämtern und Arbeitsplätzen wegen Nichterscheines abwesend sind.

Dies ist genau der Fall, auf den sich der Artikel 1 dieses Gesetzes bezieht und es stimmt wohl, dass in Artikel 491 des Strafgesetzbuches vom Verbrechen der Dienstflucht die Rede ist und dort auch die Strafe des Arbeitsplatzverlustes festgelegt wird. Wenn also im

³⁸⁰ AHN, Estado, Buch 27.

Strafgesetzbuch die Dienstflucht als Verbrechen aufgeführt wird und auch die Strafe festgelegt wird, wie ist es dann möglich, dass die Regierung niemandem diese Strafe auferlegen kann, ohne dass die elfte Einschränkung des Artikel 172 der Verfassung außer Kraft gesetzt wird?³⁸¹

Was Luyando hinsichtlich des Artikel 1 sagte, traf seiner Meinung nach auch auf den folgenden zu. In diesem wird, abgesehen von dem, was zuvor schon gesagt wird, ausgedrückt, dass die Angestellten, die sich auf der Insel von Cádiz präsentieren, ihre Ämter nicht ausüben würden, sofern sie der Regierung nicht zufriedenstellend darlegen könnten, dass es ihnen absolut unmöglich gewesen sei, dies früher zu tun und dass sie dem Feind weder Anerkennung gezeigt noch Dienste zur Verfügung gestellt hatten. Hierzu bemerkte Luyando mit deutlicher Kritik:

„Sicherlich darf nicht nur die Regierung, sondern auch die öffentliche Rache zufrieden sein mit dem Verhalten dieser Angestellten; und weder die öffentliche Rache noch die Regierung können zufriedengestellt werden durch das Verhalten einer Person, es sei denn durch die Erklärung der Gerichtsgewalt aufgrund des Urteils eines zuvor vom Gesetz festgelegten Gerichtes, dem alle vom Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten vorhergehen. Jedes andere Vorgehen ist willkürlich, illegal und unwirksam; und ruft die gleichen Nachteile hervor wie die Erklärung der Regierung gegen das Staatsratsmitglied Herrn Francisco Javier Castaños, wozu der Rat seinerzeit ja schon sagte, was ihm richtig erschien.

Es gibt auch keinen Anlaß zu glauben, es sei der Fall eingetreten, außerordentliche Maßnahmen von der Art ergreifen zu müssen, dass durch sie selbst der Geist und der Wortlaut der Verfassung der Monarchie wirkungslos werden; denn wenn das Parlament oder die Regierung ausreichende Gründe hat, um zu vermuten, dass einige der Angestellten, deren Art von der Verfassung garantiert wird, Dienstflucht begangen haben, so reicht es aus, dass sie sie zur Rechenschaft ziehen und erklären, es gäbe Gründe, sie anzuklagen, damit sie ihre Arbeitsstelle verlieren und ihnen der Prozess gemacht wird, in dem sie entweder freigesprochen oder verurteilt werden. . Währenddessen und um die Anzahl im Obersten Gerichtshof zu ersetzen, kann die Regierung einige Personen ernennen, die einstweilig die Funktionen dieses Gerichts ausüben; und so wird nicht nur erreicht, was der Dienst an der Öffentlichkeit verlangt, sondern auch, was die strenge Sparsamkeit so dringend benötigt.

Wenn man alle Folgen, die die Anwendung dieses Gesetzes nach sich zieht, hier ableiten müsse, müsste ich noch lange schreiben, auch, um alle Artikel des Grundgesetzes aufzuzählen, die mit diesem Gesetz außer Kraft gesetzt würden oder gegen sie verstoßen: das schon dargelegte reicht aus, um zu wissen, dass es absolut unannehmbar ist, und dass der Rat, da er E.M. nichts empfehlen kann, dass die Verfassung zerstört oder ändert, auch die Sanktion dieses Gesetzes nicht empfehlen kann³⁸².

³⁸¹ AHN, Estado, Buch 27.

³⁸² AHN, Estado, Buch 27.

Wie weiter oben schon gesagt, besagt Artikel drei des Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter vom 22. Juli 1823, dass diejenigen Beamten, der nicht in Cádiz erscheinen, nur dann ihre Arbeitsplätze nicht verlören, wenn sie die entsprechende Erlaubnis hätten oder von der Regierung einen anderen Auftrag erhalten haben. Außerdem verlieh dieser Artikel der Regierung selbst die Möglichkeit, Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, von denen nach ihrer Ankunft in Cádiz in Erfahrung gebracht wurde, dass sie ihre Pflichten vernachlässigt hatten oder ihnen zuwidergehandelt hatten:

„und da die Dienstflucht – so argumentiert unser Ratsmitglied – eine Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtung darstellt, ist es absolut notwendig, dass alle, die aufgrund dieses Gesetzes ihres Amtes enthoben worden sind, wegen der von der Regierung abgegebenen Erklärung, laut seinem Wortlaut, von dem jeweiligen Gericht gerichtet werden, welches untersucht, ob die Dienstflucht freiwillig oder erzwungen war, ob es in der Hand des Beamten lag, sie zu vermeiden oder nicht; zusammenfassend: je nach gesetzlichem Dienstweg untersucht es und entscheidet, ob der Beamte ein Verbrecher ist oder unschuldig; und im ersteren Falle, welche Strafe über ihn verhängt wird, doch keine andere als die, die die Regierung schon über ihn verhängt hat, denn wenn das Gericht ihn aburteilt, so hat die Regierung ihn schon aus seinem Amt entfernt; und ist er unschuldig, was bestimmt dann das Gericht? Bestimmt es, dass dieser Beamte wieder in sein Amt eingesetzt werden muss? Und kann das Urteil vollzogen werden, wenn dieses Gesetz besteht? Sicherlich nicht, denn die Regierung, die dieses Gesetz befolgen muss, wird sich der Urteilsvollstreckung widersetzen sowie den Anstrengungen der Gerichtsgewalt, und ihr die Befugnisse entziehen, die ihr erteilt wurden; und gleichzeitig werden die Artikel 242 und 245 der Verfassung annulliert; sodass dieses Gesetz bei der Verhängung einer Strafe, die schon im Strafgesetzbuch festgelegt ist, nur dazu dient, erstens, die Gewalten, die die Verfassung so sorgfältig geteilt hat, miteinander zu vermischen und zweitens, um den Staatsratsmitgliedern, den Richtern und Staatsanwälten die Garantie vorzuenthalten, die ihnen das Grundgesetz als notwendig zusichert, um die Funktionen ihrer jeweiligen Posten frei ausüben zu können.

Die Mehrheit der Staatsanwälte und Richter des spanischen Festlandes befindet sich in der Lage, ihre Posten verlassen zu haben, die einen, weil sie auf der Flucht vor der Herrschaft der Feinde sind und sich deshalb aus dem Gebiet ihrer Gerichtsbarkeit entfernt haben; und die anderen, weil es ihnen nicht möglich gewesen war, sich aus dem vom Feind besetzten Land zu entfernen, sodass sie sich unter dessen Herrschaft befinden und unter vollkommenem Verbot der Ausübung ihres Amtes: und es kann sein, dass weder die einen noch die anderen von der Regierung anerkannt bekommen, dass sie ihre Arbeit verloren haben. Ein Richter oder Staatsanwalt aus Navarra oder Kastilien, der aus seiner Region geflohen ist und sich in die Mancha oder nach Andalusien begeben hat, wo er dann mit der Unmöglichkeit konfrontiert wurde, eine weitere Abwanderung durchführen zu können, und somit unter der Herrschaft des Feindes geblieben ist, verdient er es, sein Amt zu verlieren? Verdient er es, sein Amt zu verlieren, ohne dass man ihn vor Gericht anhört? Verdient er es, dass er in einem Gesetz genauso eingestuft wird wie ein anderer Staatsanwalt oder Richter aus der gleichen Provinz, der, statt vor dem

Feind zu flüchten, in der Provinz verbleibt, um dann selbstverständlich in den Dienst des Feindes überzuwechseln? Und ist ein Gesetz gerecht, das ein so unterschiedliches Verhalten hinsichtlich des Arbeitsplatzverlustes auf die gleiche Stufe stellt?“³⁸³.

Wir kennen die Tragweite und die praktischen Anwendung dieses Gesetzes nicht. Wie viele Stellen erklärte die von Cádiz aus arbeitende Regierung als unbesetzt? Wieviele Arbeitslose beschäftigte die Regierung? Wieviele Beamte, die sich nicht präsentierten, um ihre Ämter auszuüben, verloren diese? Wir wissen es nicht. Wir können aber wohl etwas über das menschliche Element des Staatsrates aussagen. In Sevilla nahmen achtzehn Staatsratsmitglieder an den Versammlungen teil, von denen nur elf auch in Cádiz waren. Der König ernannte jedoch keine neuen Mitglieder auf Vorschlag des Parlaments, wie es die Verfassung verlangte. Wie wir noch sehen werden, lagen die Dinge bei den beiden Sekretären des Staatsrates anders. Da sich keiner der beiden Sekretäre, weder Juan de Madrid noch Miguel Moreno, in Cádiz präsentierte, ernannte Ferdinand VII. Damián Lasanta zum ständigen Amtsinhaber der einen und als einstweiligen Amtsinhaber der anderen Stelle.

cc. Gesetz, das erklärt, dass die Überseebischöfe frei alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustehen, ausüben können

Der letzte der Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, über den der Staatsrat einen abratenden Bericht erstellte, war derjenige, der erklärte, die Überseebischöfe könnten frei alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustanden, ausüben. Am 26. Juli, vier Tage nach Annahme des Vorschlages, wurde im Staatsrat darüber debattiert und mehrheitlich beschlossen, dem König dazu zu raten, diesem Gesetz die königliche Sanktion zu verweigern. Der Marqués von Piedrablanca stimmte anders ab – seine Begründung liegt dem Gutachten bei – und war dafür, dass der König die Sanktion erteile. Das Votum von Romanillos, dem sich Taboada anschloss, bestand aus einem Schreiben, das dem Protokoll beigelegt ist, in dem er sagte, dass der Erlass vom 22. Juli „nichts positives besagt; da man sagen kann, dass die Überseebischöfe augenblicklich die Befugnisse ausüben, die ihnen von Rechts wegen zustehen; so dass es scheint, dass dieses Gesetz nichts neues regelt. Gegenstand dieses Gesetzes ist, dass die Überseebischöfe den Zugehörigen zu ihrer Diözese alle Arten von Seelsorge zukommen lassen können, damit keiner diese anderswo suchen muss“³⁸⁴.

dd. Parlamentserlass in Gesetzesform, der die Sanktion nicht erhielt: über die Bestimmung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muss

In einer der letzten Parlamentssitzungen in Sevilla wurde die erste Lesung eines Entwurfs gehalten und zum Druck geschickt, wie es die Verfassung und die Innere Parlamentsordnung vorsah, den die gesetzgebende Kommission vorgelegt hatte, welches sich

³⁸³ AHN, Estado, Buch 27.

³⁸⁴ AHN, Estado, Buch. 27.

auf die Bestimmung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muss, bezog³⁸⁵. Der Entwurf bestand aus zwölf Artikeln.

In Cádiz wurden dann in vier aufeinanderfolgenden Parlamentssitzungen, mit einigen unwesentlichen Zusätzen, die zwölf Artikel des Entwurfs über die Amortisierung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen, angenommen³⁸⁶. Es ist schade, dass in den *Diarios de Sesiones*, den Sitzungsjournalen, die Debatten – die es wohl gab – über den Entwurf über die Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen, nicht aufgenommen worden sind. Auch wenn es müßig erscheint, sollte man hier doch daran erinnern, dass eine Meßstiftung aus einer ewigen Stiftung bestand, die einem das Recht gab, „gewisse Gewinne zu beziehen, mit der Auflage, jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von Messen in einer bestimmten Kirche oder vor einem bestimmten Altar zu lesen oder lesen zu lassen oder bestimmte geistliche Bürden aufzuheben, je nach Willen des Stifters“³⁸⁷. Auf diese Weise sonderte der Stifter einen Teil seines Vermögens ab, die dem Unterhalt des Geistlichen dienten, der die Kaplanstelle innehatte, im Gegenzug verpflichtete dieser sich dazu, eine bestimmte Anzahl von Messen für die Seele des Stifters oder seine Familie zu lesen oder andere liturgische Aufgaben zu erfüllen³⁸⁸. Zusammenfassend kann man sagen, eine Meßstiftung bestand aus einer Güterbindung, die einen Geistlichen der Familie des Stifters unterhielt³⁸⁹. Es gab zwei Arten hiervon: *laical* oder *mercenaria* (von Laien gegründet) – auch Meßerinnerung und Laiengönnerschaft genannt – und die *eclesiástica* oder *colativa* (eine von der Kirche gegründete Kaplanspründe), wobei erstere ohne die Mitwirkung der Kirchenautorität ins Leben gerufen wurde und die zweite unter ihrer Mitwirkung³⁹⁰. Obwohl es sich um eine geringe Körperschaft handelte, besaß die von Laien gegründete Meßstiftung eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Fideikommissgut, da das eingebrachte Gut weiterhin im Besitz des Patrons blieb, der sich nur dazu verpflichtet, dem mit der Meßlesung beauftragten Priester sein Einkommen zu übergeben³⁹¹. Bei den von der Kirche gegründeten Kaplanspründen muss unterschieden werden zwischen den Meßstiftungen, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen und den von Laien gegründeten. Bei ersteren steht in der Stiftungsurkunde, „welche Güter dieser In-

³⁸⁵ Diario de las Sesiones de Cortes, 11-VI-1823, S. 239.

³⁸⁶ Diario de las Sesiones de Cortes, 25 a 28-VI-1823, S. 267-273.

³⁸⁷ M. MARTÍNEZ ALCUBILLA, *Diccionario de la administración española: compilación de la novísima legislación de España en todos los ramos de la administración pública*, 5. Ausgabe, Bd. II, Madrid, 1892, S. 259.

³⁸⁸ J. PRO RUIZ, „Las capellanías: familia, Iglesia y propiedad en el Antiguo Régimen“, in *Hispania Sacra* 41 (1989), S. 585. C. CASTRO PÉREZ, M. CALVO CRUZ y S. GRANADO SUÁREZ, „Las capellanías en los siglos XVII-XVIII a través del estudio de su escritura de fundación“, in *Anuario de Historia de la Iglesia*, 16 (2007), S. 336. Zu den Pflichten und dem Nutzen für die drei Seiten, die an einer Meßstiftung beteiligt sind, d.h. Stifter, Patron und Kaplan, s. die gleichen Autorinnen, S. 340-341.

³⁸⁹ PRO RUIZ, „Las capellanías“, S. 594.

³⁹⁰ PRO RUIZ, „Las capellanías“, S. 585. ALCUBILLA, *Diccionario de la administración española*, S. 259.

³⁹¹ PRO RUIZ, „Las capellanías“, S. 589 und 593. Clavero hat dargelegt, wie die Meßstiftungen für die Zweitgeborenen der Familien bestimmt wurden [B. CLAVERO, *Mayorazgo. Propiedad feudal en Castilla* (1369-1836), Madrid, 1974, S. 172-175].

stitution unterstehen, wobei die Erträge und Einkommen, die aus ihr entstehen, an den Kaplan weitergegeben werden. Hingegen wird bei den von Laien gegründeten Kaplanspfründen über die Summe der in den aufgetragenen Messen erhaltenen Almosen auf ein testamentarisch vermachtes Eigentum ein Kapital erhoben³⁹². Die Meßstiftung befindet sich innerhalb der Regelungen der Kircheneinkünfte, die von der Kirche ab dem Mittelalter eingeführt wurden, was bedeutet, dass jedem kirchlichen Würdeamt eine Einkunft entspricht, d.h., in den Worten des aus Cádiz stammenden Professors Antón Solé, „Erträge oder Einnahmen, die von einer Abgabe gedeckt werden wie dem Zehnten und dem Erstlingsopfer oder den Jahreserträgen aus Liegenschaften oder Pachtverträgen“³⁹³.

Die Meßstiftungen waren Einrichtungen, die mit dem neueingeführten Verfassungssystem nur schwer in Einklang zu bringen waren. Und so wollten die Liberalen, wie Pro sehr richtig anführt, „eine Priesterkirche, die diszipliniert und funktionell ist, bei der das Gewicht des Regularklerus verringert wird sowie der Besitzer von Meßstiftungen, die am Rande des Alltagslebens der Gläubigen existierten. Die neue Gläubigkeit war den Motiven der mittelalterlichen, barocken oder Renaissancegeistigkeit gegenüber recht unsensibel, welche die Existenz der Meßstiftungen unterstützt hatte“³⁹⁴.

Ziemlich spät gingen die Gesetzgeber des Trienniums die Amortisierung der Güter der Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen, an. Die zwölf Artikel des Originalparlamentserlasses mit Gesetzescharakter, das dem König zur Sanktion vorgelegt wurde waren:

Artikel 1. Alle Güter, die aus einer Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muß, stammen, werden als frei und weltlich erklärt und werden so verteilt, wie im vorliegenden Dokument erklärt wird; aber wenn sie schon unter den Verwandten verteilt wurden und alle Betroffenen einverstanden waren und es keinen ausstehenden Einspruch gibt, bleibt das bestehen, was hierüber beschlossen wurde.

Artikel 2. Gibt es keine namentlich genannten Personen, und die Berufung behält die Reihenfolge der Fideikommissgüter bei, obwohl hier die weiblichen Personen ausgeschlossen werden, dann werden sie als wahrhaft weltliche Vinkulationen angesehen und es wird das eingehalten, was über diese im Gesetz vom siebenundzwanzigsten September eintausend achthundert und zwanzig vorgesehen ist.

Artikel 3. Wenn die Berufung zugunsten des weisesten Verwandten ist, oder des ärmsten oder des nächsten, ohne eine Linie vorzuziehen, oder wer diese konkrete Eigenschaft besitzt; so gehört die Hälfte der Güter dem eigentlichen Besitzer und die andere Hälfte wird natürlich denjenigen übergeben, die ihre Güter mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes erben müssten, wenn der Gründer ohne Testament und ohne Einschränkung des Verwandtschaftsgrades verstorben ist, wobei der Besitzer den vollständigen Niesnutz beibehält, sofern er nicht aufgrund von früheren Gesetzen und den Bestim-

³⁹² CASTRO PÉREZ, CALVO CRUZ y GRANADO SUÁREZ, „Las capellanías“, S. 338.

³⁹³ P. ANTÓN SOLÉ, *La Iglesia Gaditana en el siglo XVIII*, Servicio de Publicaciones de la Universidad de Cádiz, 1994, S. 103.

³⁹⁴ PRO RUIZ, „Las capellanías“, S. 601-602.

mungen des Stifters den Besitz nicht behalten dürfe, und ihm obliegt die Aufgabe, die Güter instandzuhalten und –zusetzen. Wenn der Besitzer nun kein Verwandter des Stifters sein sollte, so fällt ihm die Hälfte des Besitzes nicht zu und alles gehört den gesetzlichen Erben.

Artikel 4: Die Güter der nicht besetzten Kaplansstellen, wenn die Berufung nicht namentlich ist, werden unter denjenigen verteilt, die sie erhalten sollten, so der Erblasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Gesetzes verschieden sei ohne ein Testament zu hinterlassen und ohne Einschränkung der Verwandtschaftsgrade.

Artikel 5. Sofern Personen existieren, die namentlich berufen wurden, um die Meßstiftung weiterzuführen, gehört natürlich die Hälfte dem ersten Berufenen unter den Lebenden und die andere Hälfte dem zweiten, wobei es kein Hinderungsgrund ist, wenn die beiden miteinander verheiratet sind.

Artikel 6. Sofern nur eine Person existiert, die namentlich berufen wurde, wenn es sich um den Besitzer handelt oder die Kaplansstelle nicht besetzt ist, so wird dieser das volle Eigentum an allen Gütern übertragen. Wenn der Besitzer ebenfalls ein Verwandter ist, so werden sie halbiert und gleichmäßig an beide verteilt, ist er aber kein Verwandter, wird er nur den Niesnutz erhalten, sofern er nicht aufgrund von früheren Gesetzen und den Bestimmungen des Stifters die Meßstiftung nicht behalten dürfe, und ihm obliegt die Aufgabe, die Güter instandzuhalten und –zusetzen.

Artikel 7. Wenn zwei Personen namentlich berufen werden, die laut Artikel 5 den Vorzug erhalten müssen, und ein Dritter den Besitz hat, wird dieser nur den reinen Niesnutz beibehalten, sofern er nicht aufgrund von früheren Gesetzen und den Bestimmungen des Stifters den Besitz nicht behalten dürfe, und ihm obliegt in der Zwischenzeit die Aufgabe, die Güter instandzuhalten und –zusetzen, ohne dass zum Artikel 5 eine weitere Ausnahme gemacht wird.

Artikel 8. Die Patronate und andere lebenslängliche Stiftungen von Familien, die weder Linien- noch Personenberufungen beinhalten, um die Güter der Stiftung in Gänze zu besitzen, wie es diejenigen sind, die dazu bestimmt sind, Waisen und ähnliches zu verhehlichen, sofern sie nicht schon bei der Veröffentlichung dieses Gesetzes verteilt worden sind, werden natürlich unter denjenigen Personen verteilt, die zur selben Zeit die Güter erben sollen, so der Stifter verstorben sei, ohne ein Testament zu hinterlassen und ohne Einschränkung der Verwandtschaftsgrade; sollten keine Erben vorhanden sein, so werden die Stiftungen, die einem wohltätigen Zweck zugeordnet waren, an Wohlfahrts-einrichtungen übergeben und diejenigen, die der Erziehung dienten, an öffentliche Bildungseinrichtungen, wobei sowohl die einen als auch die anderen dazu verpflichtet sind, die Liegenschaften nach sechs Monaten zu veräußern.

Artikel 9. Die Patrone, die nur das Recht haben, den Besitz zu verwalten und Rechenschaft ablegen müssen, oder Personen präsentieren oder ernennen, die die Einkünfte erhalten oder die Meßstiftungen erhalten, werden nicht als Besitzer angesehen noch haben sie irgendwelche Rechte, es sei denn, sie haben sie auf anderem Wege verliehen bekommen.

Artikel 10. Die Güter des Patronats, der Meßstiftungen und anderen ewigen Stiftungen, deren Gründungstag nach dem achtundzwanzigsten April eintausend siebenhundert und neunundachtzig liegt, an dem das Gesetz Nummer zwölf im Titel Nummer sieben des Buches Nummer zehn der Neunten Sammlung erlassen wurde, und für die vor der Veröffentlichung der Verfassung keine königliche Erlaubnis erteilt wurde, werden natürlich den Verwandten zugeschlagen, die sie hätten erben sollen.

Artikel 11. Die Rechtsstreite, die angestrengt werden darüber, wer grösseres Recht an den Gütern hat und wie sie verteilt werden, werden von den Richtern am Amtsgericht entschieden und Apellationen ans Landgericht verwiesen.

Artikel 12. Da sich ein Großteil des Wertes der Güter der Dotierungen für Meßstiftungen in der öffentlichen Hand befindet, wird diese das nötige Kapital zurückbehalten, um die Abgaben zu bezahlen, die auf jedwede Art fällig werden, entweder die graduelle Anpassung des Kapitals um drei Prozent bei den ewigen oder den tilgbaren auf der spanischen Halbinsel und um fünf Prozent in Übersee und unter Einhaltung der für die auf Lebenszeit geschaffenen Regeln, wobei die Erfüllung ihr obliegt und die frommen werden auf den zehnten Teil des flüssigen Betrags reduziert, ohne dass hierdurch der Artikel 15 des Erlasses vom neunundzwanzigsten Juni eintausend achthundert und einundzwanzig ausser Kraft gesetzt wird. Nach Durchführung der konventionellen oder der juristischen Aufteilung stellt die öffentliche Hand wiederum unter Einhaltung derselben die Kreditbescheinigungen samt Zinsen aus, die nötig sind, damit ein jeder der Betroffenen über seinen Anteil unabhängig von den anderen verfügen kann³⁹⁵.

José María Calatrava, Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz kümmerte sich darum, Anfang Juli den Staatsrat, gemäß Artikel 236 des Verfassungstextes, um Abgabe einer Stellungnahme über die Sanktion des Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter zu bitten, der die Güter der Meßstiftungen, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen, als frei erklärt und Regeln zu ihrer Verteilung aufstellt³⁹⁶. Am 5. Juli kam der Rat überein, Abschriften des Erlasses zu erstellen, um sie den Staatsratsmitgliedern zu geben, damit diese ihn untersuchten³⁹⁷. Die geringe Anzahl an Mitgliedern erschwerte das Funktionieren der verschiedenen Kommissionen, wie es die Regelungen des Staatsrats selbst vorsah.

Eine Woche später, in einer weiteren Ratssitzung in Cádiz, bei der nur neun seiner Mitglieder anwesend waren (Ciscar, Piedrablanca, Aycinena, Romanillos, Castellet, Luyando, Taboada, Estrada y San Javier), erstattete Indaburu, der zum Sekretär ernannte Beamte, Bericht über das Gesuch, an diesem Tag über die Vorlage zur Sanktion des Parlamentserlasses vom 29. Juni abzustimmen, in dem die Güter der Meßstiftungen, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen, als frei erklärt wurden. Fünf der Ratsmitglieder, die Mehrheit, waren dafür, dem König mitzuteilen, es gäbe kein Hindernis, um diesem Gesetz die Sanktion zu erteilen. Außerdem kam man überein, dem Gut-

³⁹⁵ Cádiz, 29-VI-1823, in ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 507.

³⁹⁶ Königlicher Befehl, 2-VII-1823 (Staatsratsprotokoll, 5-VII-1823, AHN, Estado, Buch 27).

³⁹⁷ Staatsratsprotokoll, 5-VII-1823, AHN, Estado, Buch 27.

achten die abweichende Abstimmungsbegründung von Aycinena und Luyando beizufügen, mit der sich Castellet und San Javier auch einverstanden erklärten, „damit es im Protokoll festgehalten wird“³⁹⁸. Welche Meinung vertraten nun die Staatsratsmitglieder Aycinena und Luyando?

Einleitend erkannten sie an, dass dieses Gesetz in einem Wortlaut verfasst war, der anscheinend „perfekt übereinstimmte“ mit dem Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 27. September 1820 über die Abschaffung von Fideikommissgütern. Jedoch waren mit seiner Sanktion zwei schwerwiegende Probleme verbunden. Zum ersten, wenn sich erst diejenigen, zu deren Gunsten die Güter als entbunden erklärt wurden, den Besitz aneignen, und nach dessen Aufteilung, wurde die Erfüllung der Auflagen der Stiftungen nicht garantiert, was bedeutete, wenn dies durchgeführt wurde, dass dann der Wille des Erblassers nicht erfüllt würde.

Jedoch steht in diesem Gesetz nichts über die erwähnten Auflagen hinsichtlich Messen, Beistand etc. und nur im letzten Artikel ist vorgesehen, dass die öffentliche Hand das notwendige Kapital zurückbehält, um die Erfüllung der Auflagen und Abgaben, welcher Art auch immer, zu sichern, weshalb also sollte die öffentliche Hand nicht auch irgendwie sicherstellen, dass allen Auflagen und Abgaben der anderen Meßstiftungen und sonstigen Stiftungen nachgekommen wird, deren Güter oder Kapital nicht an die öffentliche Hand geflossen sind? Es ist nicht verständlich, dass es die Vorstellung des Parlaments war, dass bei diesen die Auflagen nicht bezahlt werden und der Beistand der Messen verweigert wird, oder der anderer Almosen und frommer Werke für die Seelen der Stifter, wenn es so ausdrücklich bestimmt wird, und die Ewigkeit der Erfüllung der Auflagen hinsichtlich derselben hinzugezogen wird, dass, nur weil sich zufällig der Umstand ergibt, dass sich die Stiftungsgüter in der öffentlichen Hand befinden, diese weder anders sind noch Vorrechte haben.

Für Aycinena und Luyando bestand die andere Schwierigkeit, um dem Gesetz die Sanktion zu erteilen, darin, dass die Zweckmäßigkeit der geistlichen Inhaber der Meßstiftungen nicht genügend sichergestellt wurde, besonders dann, wenn, wie im Artikel 3 vorgesehen, die Hälfte der Güter der genannten Meßstiftung den gesetzlichen Erben des ohne Testament verstorbenen Stifters übergeben wird³⁹⁹. Die beiden Ratsmitglieder be-

³⁹⁸ Staatsratsprotokoll, 12-VII-1823, (AHN, Estado, Buch 27).

³⁹⁹ Sie drückten dies folgendermaßen aus: „Es besteht auch eine andere Schwierigkeit, die der vorherigen doch recht ähnlich ist und sie besteht darin, dass viele angeordnet wurden ohne weitere Zweckmäßigkeit als dass die Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muss, welche ihnen dazu gedient haben, die heiligen Weihen zu erhalten, so dass in diesem Gesetz auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, damit dies auch fachkundig versichert wird, wie es anscheinend vorgesehen wurde hinsichtlich der Kapitalisierung der Pensionen der ehemaligen Mönche und der verweltlichten Priester, die über die Güter, die ihnen aus der öffentlichen Hand zufließen, nicht frei verfügen noch sie veräußern können, ohne Zustimmung und Kenntnis ihrer Diözesanspäralten, worüber eine Akte angelegt wurde, mit der die öffentliche Hand informiert wurde und es eine Bitte um Gutachten an den Rat gab, um zu vermeiden, dass es ihnen an standesgemäßem Unterhalt mangelte.“

Es trifft zu, dass in den Artikeln drei, sechs und sieben vorgesehen wird, dass der Besitzer die vollkommene Nutzniessung behält, sofern auf ihn nicht der Fall zutrifft, dass er den Besitz nicht behalten solle, in Erfüllung der vorherigen Gesetze und nach dem Willen des Stifters, wobei er dafür zuständig ist, die Gü-

enden ihre Abstimmungsbegründung, indem sie sagen, dass, wenn man die aufgezeigten Schwierigkeiten einmal beiseite läßt, eine Erwägung politischer Natur besteht, die noch wichtiger ist als die vorherigen juristischen Überlegungen, welche es ratsam macht, dass Ferdinand VII. den Entwurf über Meßstiftung ohne Sanktion an das Parlament zurückverweist: „die Umstände, unter denen sich leider die Nation jetzt befindet, sind nicht die geeignetsten dafür, neue Gesetze zu erlassen, mit denen beträchtliche Änderungen auf Gebieten vorgenommen werden, die nicht absolut notwendig sind“. Diesem Gutachten, schlossen sich, wie schon zuvor erwähnt Ciscar und San Javier an. Der Rat beschloss jedoch – mit den Stimmen von fünf Ratsmitgliedern – dass der Monarch dem Gesetzesentwurf die Sanktion erteilen möge.

Der Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz, der Extremist José María Calatrava, traf sich mit dem König, um dem Meßstiftungsentwurf die Sanktion zu erteilen oder zu verweigern. Calatrava teilte nicht die Einstellung, die die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten – Extremisten wie er – zur Unterdrückung der Meßstiftungen, die einem Familienmitglied zugewandt werden müssen und der Wiedereinsetzung ihrer Güter als freie Güter in den jeweiligen Familien hatten.. Er stimmte mit der Minderheitsmeinung des Staatsrates überein und beeinflusste den Willen des Königs maßgebend dahingehend, dass dieser den Verfassungsmechanismus des aufschiebenden Vetos auf den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter anwandte. Ferdinand VII. beugte sich anscheinend „seinem“ Minister für Gnade und Justiz, der sich darum kümmerte, das Dokument vorzubereiten, wie es Artikel 144 der Verfassung vorschrieb, und die Gründe darzulegen, weswegen der König sich dazu veranlasst sah, am Ende des Originals des Gesetzesentwurfes die Formel „ans Parlament zurückverweisen“ zu schreiben.

In dem Schriftstück, in dem das aufschiebende Veto begründet wird, bedeutet der Minister für Gnade und Justiz, dass der König ihm aufgetragen habe zu sagen, er sei verdrossen, weil er dem Erlass vom 29. Juni die Sanktion nicht habe geben können, außerdem sei er überzeugt von der Nützlichkeit, die sowohl dem Staat als auch der Kirche die Abschaffung der zahlreichen Meßstiftungen, die einem Familienmitglied zugewandt

ter instandzuhalten und –zusetzen, wodurch deutlich wird, dass in keinem Fall der standesgemäße Unterhalt der augenblicklichen geistlichen Inhabern der Meßstiftungen in Zweifel gezogen wird, seien sie nun Verwandte des Stiftungsgründers oder nicht, in den verschiedenen Fällen, die die genannten Artikel erwähnen; aber dadurch wird der Nachteil, dass der standesgemäß Unterhalt nicht gesichert wird, nicht überwunden, denn in dem in Artikel 3 erwähnten Fall heißt es, dass die Hälfte der Güter dem augenblicklichen Besitzer gehören wird und dass die andere Hälfte natürlich denjenigen übergeben wird, die ihre Güter mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes erben müssten, wenn der Gründer ohne Testament und ohne Einschränkung des Verwandschaftsgrades verstorben ist. Wenn selbstverständlich die Hälfte der Güter den Erben des ohne Testament verstorbenen Erblassers übergeben wird, wie hier aufgetragen wird, damit der augenblickliche Besitzer den jeweiligen Niesnutz erhält, der Teil seines standesgemäßen Unterhalts ist, muß dieser verbürgt werden oder auf andere Weise gesichert, und dies wird in diesem Gesetz nicht vorgesehen.

Artikel 6 behandelt die Situation, wenn nur eine Person namentlich berufen wird und es wird vorgesehen, dass er, da es sich um den Besitzer handelt, das volle Eigentum an seinem Besitz erhält: daher kann er es veräußern, sofern ihm dies nicht verboten wurde und wenn sonst keine Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, kann er seinen standesgemäßen Unterhalt verlieren, wobei das gleiche geschieht wie dem in Artikel 7 geschilderten Fall.

werden müssen, bringen würde, „die bisher – fährt er fort – nur dazu geführt haben, dass unsere Landwirtschaft darnieder liegt, die Bevölkerung abnimmt, das Nichtstun gefördert wird, die Dörfer mit schlechten Geistlichen gefüllt werden, und die Familien verarmen und zerstört werden aufgrund der Prozesse, die zwangsläufig jedes Mal geführt wurden, wenn der Posten frei wird. Dann muss auch gesagt werden, dass es nichts gerechteres gibt, als diese Güter wieder dem freien Verkehr und dem Eigentum derselben Familien zuzuführen, wodurch der Mißbrauch beseitigt wird, der durch irregeleiteten Eifer oder die Besorgnisse ihres Jahrhunderts die Gründer durch die Fähigkeit der freien Hinterlassung ihrer Güter verursachten, die ihnen das Gesetz aus ganz anderen Gründen verliehen hatte“⁴⁰⁰.

Obwohl der König sein Einverständnis mit dem Großteil des Gesetzes ausdrückte, gab es jedoch noch einige Einzelheiten, die nicht mit vorherigen Gesetzen in Einklang standen oder Auslegungszweifel und beträchtliche Schwierigkeiten verursachten. Der Minister Calatrava erklärte im Namen des Königs, dass die in Artikel eins vorgesehene Erklärung, dass Güter, die aus einer Meßstiftung, die einem Familienmitglied zugewandt werden muß, stammen, als frei und weltlich erklärt werden, überflüssig sei. Weshalb war sie nun überflüssig? Weil eine solche Erklärung schon im Artikel 4⁴⁰¹ des Erlasses ohne Gesetzescharakter vom 29. Juni 1821 gemacht worden war, als bestimmt wurde, dass sowohl die von Laien als auch die Meßstiftungen der Aufrufe der Reihenfolge und des passiven Patronates von Familien, als freie und weltliche Güter an die jeweiligen Familien zurückkehren sollten, sobald die augenblicklichen Eigentümer verstorben seien. Abgesehen davon, dass sie überflüssig war, war die Erklärung des Artikel eins des Erlasses mit Gesetzescharakter, der zur Sanktion vorgelegt wurde, auch schädlich:

„denn wenn aufgrund des Erlasses von 1821 schon einige Meßstiftungen an die jeweiligen Familien in Form von freien und weltlichen Gütern zurückgekehrt sind, und auch so verteilt wurden, wird es so verstanden werden, dass diese Verteilung nicht gültig sein darf und dass es nötig ist, diese Verteilung nochmals nach den Regeln, die hier festgelegt sind, geschehen muss. Es stimmt, dass in Artikel 1 hinzugefügt wird, dass, wenn diese Verteilung unter den Verwandten mit dem Einverständnis aller geschah und kein Prozess ausständig ist, das schon durchgeführte nicht angetastet wird, aber wenn sie aufgrund des vorherigen Erlasses verteilt wurden, unter Einhaltung der Rechtsprinzipien und durch Vermittlung der zuständigen Behörden, so soll der Vorgang als rechtmäßig durchgeführt betrachtet werden und nicht nur als vollendete Tatsache und dies unabhängig von jeglicher Uneinigkeit oder ungerechten Einspruchs einer der betroffenen Parteien, die unter Berufung auf den genannten Artikel nicht lange zögern würden, legal abgeschlossene Angelegenheiten von neuem zu öffnen.

Im erwähnten Artikel 1 wird vorgeschlagen, dass die Güter auf diejenige Art verteilt werden, wie es im Erlass anschließend erklärt wird und diese Art ändert die im Erlass von 1821 vorgesehene, das nicht außer Kraft gesetzt wird, denn wenn dort festgelegt

⁴⁰⁰ Cádiz, 22. Juli 1823, José María Calatrava an die Abgeordnetensekretäre des Parlaments, in ACD, Reservados, Bd. 60, S. 508-516.

⁴⁰¹ Calatrava sagte Artikel 3.

wird, dass die Güter an die jeweiligen Familien zurückgegeben werden, so steht jetzt in Artikel 5, dass, wenn zwei oder mehr Personen namentlich als Nachfolger aufgerufen werden, wird der Besitz selbstverständlich an die ersten beiden übergeben, ohne diejenigen anders zu behandeln, die nicht zur Familie gehören, wie es in dem Fall geschieht, wenn nur einer der namentlich berufenen existiert.

Artikel 3 wurde ebenfalls in Zweifel gezogen. Dieser Artikel hatte vorgeschrieben, wenn die Aufrufe zugunsten des weisesten etc. Verwandten waren, dass dann die Hälfte der Güter dem augenblicklichen Besitzer gehören werden und die andere Hälfte denjenigen übergeben werde, die erben sollten, wenn der Erblasser ohne Testament verstorben wäre, der Besitzer behielte jedoch den vollständigen Nießnutz bei. Nun denn, unser Minister fragte sich, wenn der Besitzer den Nießnutz beibehielte, „wie soll dann selbstverständlich den Erben die Hälfte der Güter übergeben werden? Und wenn sie selbstverständlich übergeben werden, wie soll dann der Besitzer den Nießnutz von allen beibehalten?“ Der König zweifelte nicht daran, antwortete Calatrava, dass der Geist dieses Artikels sei, dass der augenblickliche Besitzer, während er Titular der Meßstiftung sei, den Nießnutz aller Güter beibehalte; der Text des Artikels sage jedoch etwas anderes „oder zumindest kann er Zweifel wecken, die es besser ist, zu vermeiden“.

Wenn der Gründer ohne Testament verstarb, schrieben mehrere Artikel des Erlasses den Erben ohne Einschränkung des Verwandtschaftsgrades, die Hälfte oder alle Güter zu. Dies stellte „für S.M. zwei Nachteile dar: einerseits wird der Sinn des Ausdrucks ohne Einschränkung des Verwandtschaftsgrades nicht deutlich genug gemacht⁴⁰², und andererseits würde die Möglichkeit, auf Verwandte bis in die Unendlichkeit zurückgreifen zu können, lästige und endlose Prozesse nach sich ziehen⁴⁰³.

⁴⁰² denn – so schrieb Calatrava hierzu – entweder ist es bedeutungslos und es handelt sich nur darum, die Erbfolge der ohne Testament verstorbenen Erblasser zu ändern, wie sie von unseren augenblicklichen Gesetzen geregelt wird, oder wenn es sich darum handelt, sie zu ändern, und es soll gesagt werden, dass auch diejenigen Verwandten noch erben können, die ausserhalb der von den heutigen Gesetzen in Spanien festgelegten Grenzen für Verwandtschaftsgrade, die von Erblassern, die ohne Testament verstorben sind, erberechtigt sind, liegen, dann läßt sich dies nur schwer in Einklang bringen mit dem Ausdruck, dass diejenigen erben, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes die Güter erben sollten, wenn der Erblasser ohne Testament verstorben sei, denn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes sollen nur diejenigen Verwandten ohne Testament erben, die sich augenblicklich innerhalb der vom Gesetz festgelegten Verwandtschaftsgrad befinden. Auch können Zweifel darüber aufkommen, ob die Aufhebung der Beschränkung von Verwandtschaftsgraden die Erbfolge jeweils nach Stämmen oder nach Köpfen neu regelt, da dies nicht der Fall ist beim Ausschluß von Verwandten über Seitenlinien der Vorfahren und Nachkommen; und aus all diesen Gründen ist es ratsam, den Artikel so zu formulieren, dass Verwirrung und Irrtümer ausgeschlossen werden können“.

⁴⁰³ So argumentierte der Minister hierzu: „Wenn es tatsächlich darum geht, die Erbfolge zu ändern und zu erlauben, dass die Verwandten bis in die Unendlichkeit erben können, dann sieht S.M. dies als einen schwerwiegenden Nachteil an, da jede Meßstiftung, und besonders diejenigen, die vor langer Zeit gegründet wurden, ein Verfahren über die Entscheidung der Reihenfolge nach sich ziehen, in dem die Masse der Betroffenen, die sich präsentieren können und die Schwierigkeiten, die weit entfernte Blutsverwandtschaft aufzuspüren, die heilsamen Effekte des Gesetzes in Schaden für die betroffenen Familien umwandeln kann. Diese Empfindung S.M. verdient die volle Aufmerksamkeit des Parlaments. Aufgrund des Erlasses werden die Güter als Besitz verteilt, ohne dass denjenigen, die sie erhalten, Pflichten auferlegt werden zum Abhalten der Messen, Abdeckung der Kosten und sonstigen Lasten, mit denen eine Meßstiftung behaftet ist, wie es bei fast allen der Fall ist. Wenn in Artikel 12 diejenigen behandelt

Die schriftliche Begründung des aufschiebenden Vetos endet damit, dass, wenn das Parlament die dargelegten Argumente untersucht, es feststellen wird, dass man mit ihnen versucht, dass die Rückgabe der Güter der Meßstiftungen als freie Güter an die jeweiligen Familien „leichter und wirksamer“ überprüft werden kann.

ee. Gesetzesvorschläge, zu deren Sanktion keine Zeit mehr war

Das in Cádiz zusammengetretene Parlament verabschiedete vier Erlässe mit Gesetzescharakter, zu denen der Staatsrat keine Stellungnahme mehr abgeben konnte, da er, abgesehen davon, dass er auf das Gutachten der entsprechenden Kommission wartete, seine letzten Sitzungen Aspekten widmete, die mit der französischen Invasion zusammenhingen, wie die Analyse des Ergebnisses der Konferenz, die die beiden französischen Generale, die Bevollmächtigten des Herzogs von Angoulême, mit dem königlichen Bevollmächtigten, dem Generalleutnant Miguel Ricardo de Álava abhielten⁴⁰⁴. Im folgenden werden die vier Erlässe untersucht, bei denen der König – da er befreit wurde und von neuem eine absolutistische Epoche begann – die Verfassungsformel für die Erteilung oder der Ablehnung der Sanktion nicht mehr anwenden konnte.

[1]. Anweisung zur wirtschaftspolitischen Regierung der Überseeprovinzen

Nachdem das Parlament die Anweisungen zur wirtschaftspolitischen Regierung der Provinzen der spanischen Halbinsel verabschiedet hatte und diese die Sanktion erhalten hatten, blieb noch die Ausarbeitung einer ähnlichen Norm für die Überseegebiete. Und so begannen am 15. März die Debatten über einen Entwurf dieser Art, Debatten, die, nachdem die Parlamentssitzungen aufgrund der französischen Invasion aufgehoben wurden, in Sevilla wiederaufgenommen werden⁴⁰⁵. Der Parlamentserlass mit Gesetzescharakter aus Cádiz, mit Datum vom 5. Juli 1823, über die Anweisungen für die wirtschaftspolitische Regierung der Überseeprovinzen besteht aus drei Kapiteln – erinnern wir uns daran, dass es für die Provinzen der spanischen Halbinsel derer vier waren -: der Stadtrat, der Provinzialrat und die Provinzgouverneure. Von seinen 186 Artikeln, sind

werden, deren Kapital sich in der öffentlichen Hand befindet, wird sehr recht angeordnet, das zur Abdeckung der erwähnten Lasten notwendige Kapital zurückzubehalten; aber es gibt einen ebenso guten Grund dafür, dass dies auch bei denjenigen Meßstiftungen geschieht, deren Güter noch zum Verkauf anstehen und es wäre genauso ungerecht, wenn die Besitzer und Verwandten sie als Eigentum erwerben, ohne die Belastungen, die auf ihnen liegen, wie wenn einige Auflagen nicht rigoros erfüllt würden, und somit der Wille der Gründer nicht erfüllt wird, der hier heilig sein muss. Als das Gesetz von 1820 die Vinkulationen aufhob, wurde dort dieser Nachteil gelöst und da man die Meßstiftungen nicht als eine schlimmere Bedingung ansehen kann, scheint es unabdingbar, dass hier die gleiche Regel angewandt wird.

S.M. meint ebenfalls, wenn keinerlei Begrenzung auferlegt wird, kann die Anwendung in freiem und vollem Besitz der Hälfte oder der gesamten Güter abträglich sein, welche gegebenenfalls selbstverständlich den augenblicklichen Besitzern der Meßstiftungen gemacht wird. Ein Großteil von ihnen hat die Weißen empfangen ohne ist ein anderes standesgemäßes Auskommen und viele von ihnen hätten nicht mehr das Nötigste, wenn man ihnen nicht verbietet, jenen Teil der Güter zu verkaufen, der benötigt wird, damit sie es behalten“.

⁴⁰⁴ Staatsratsprotokoll, 8-IX-1823, in AHN, Estado, Buch 27.

⁴⁰⁵ P. ORTEGO GIL, “La instrucción para el gobierno económico-político de las provincias de Ultramar”, S. 351-353.

nur einige wenige wirklich neu, die meisten sind Wiederholungen der Artikel des Gesetzes vom 3. Februar 1823⁴⁰⁶.

Indaburu, vom Staatsrat befugter Sekretär, veröffentlichte in der Staatsratssitzung vom 14. Juli einen Königlichen Befehl des Ministers für die Verwaltung der Überseegebiete, Francisco Osorio, der zwei Tage zuvor geschrieben worden war, „an den Staatsrat verwiesen, damit dieser in der Ausführlichkeit, die ihm angemessen erscheint, ein Gutachten erstelle über den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 5. des Monats über die wirtschaftspolitische Regierung der Überseeprovinzen, damit S.M. auf seiner Grundlage die königliche Sanktion erteilen oder verweigern möge“⁴⁰⁷. Der Staatsrat vereinbarte, die entsprechende Kommission möge informieren.

In ihrem Bericht erklärte sich die Kommission dafür, dass der König den Anweisungen für die wirtschaftspolitische Regierung der Überseeprovinzen die Sanktion erteile. Laut dieser stand keiner der 186 Artikel der Anweisungen im Widerspruch zur Verfassung oder der anderen Gesetze, die „in einem der beiden Kontinente“ gültig waren. Jedoch war sie der Meinung, es sei ratsam, die ein oder andere Überlegung anzustellen – „welche mündlich gemacht werde“ – hieß es, über die Artikel 2, 9, 108, 113, 136 und 141⁴⁰⁸.

Am gleichen Tag, an dem der Bericht unterschrieben wurde, trat der Staatsrat zusammen, um die Akten über den Parlamentserlass vom 5. Juli über die wirtschaftspolitische Regierung der Überseeprovinzen zu studieren. Elf Staatsratsmitglieder nahmen teil (Ciscar, Piedrablanca, Aycinena, Romanillos, Porcel, Vigodet, Castellet, Luyando, Taboada, Estrada und San Javier). Viele von ihnen waren mit dem Bericht, den die Kommission für die Verwaltung der Überseegebiete verfaßt hatte, nicht einverstanden. Die Mehrheit der Anwesenden führte an, es bliebe noch Zeit genug, um über diese Angelegenheit zu debattieren, und es wurde vereinbart, die Sitzung aufzuheben, damit der Rat die Bemerkungen formulieren könne, die er als angemessen erachtete. Diese Meinung vertraten acht Staatsratsmitglieder. Von der Mehrheit wichen ab: Piedrablanca, Romanillos und San Javier⁴⁰⁹.

Am 13. August begann die Debatte über den Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 5. Juli. Außer dieser Sitzung widmete der Rat auch die Sitzungen vom 16., 18.,

⁴⁰⁶ ORTEGO GIL, „La instrucción para el gobierno económico-político de las provincias de Ultramar“, S. 354.

⁴⁰⁷ Staatsratsprotokoll, 14-VII-1823, in AHN, Estado, Buch 27. Im gleichen Buch wird ein Original des Erlasses vom 5. Juli 1823 aufbewahrt, welcher vor der königlichen Sanktion vorgelegt worden war. Professor Ortego hat gesagt, dass „die handgeschriebene Abschrift des Erlasses, welche das Parlament zur Sanktion dem König zusandte, in ACD, Reservados, Bd. 23, Blätter 604-622 aufbewahrt wird“. An einer anderen Stelle seiner Arbeit versichert er auch, diese Abschrift sei die zur königlichen Sanktion entsandte („Die Anweisungen zur wirtschaftspolitischen Regierung der Überseeprovinzen“, jeweils S. 350 und 354) Jedoch muss ich Ortega hier berichtigen, da dem König, wie in der Verfassung vorgeschrieben, ein Original des Parlamentserlasses mit Gesetzescharakter übersandt wird – und keine Abschrift.

⁴⁰⁸ Cádiz, 2-VIII-1823, in AHN, Estado, Buch. 27.

⁴⁰⁹ Die votación sobre el decreto original con carácter de ley dado por las Cortes en 5 de julio, sobre el gobierno económico político de las provincias de Ultramar, (Abstimmung über den Originalerlass mit Gesetzescharakter, der vom Parlament am 5. Juli verabschiedet wurde, über die wirtschaftspolitische Regie-

25., 27. und 30. August sowie die vom ersten September diesem Erlass. 129 der 186 Artikel der Anweisungen wurden untersucht. Das politische Beratungsorgan des Herrschers meinte, den Artikeln 18, 83, 99, 100, 109 und 128 solle die Sanktion verweigert werden, ohne dass im Protokoll die Gründe hierfür festgehalten wurden. Noch im gleichen Monat, im August, erteilte der König dem Ratsmitglied San Javier die Dienstbefreiung, damit er sich nach Peru begeben⁴¹⁰. Und da sich auch keiner der beiden Sekretäre des Staatsrates in Cádiz präsentiert hatte, wurden beide Stellen als unbesetzt erklärt und Damián de la Santa wurde ernannt, der ranghöchste Beamte des Kanzleisekretariats für Gnade und Justiz, zuständiger Sekretär für Gnade und Justiz, Vorschläge und Verwaltung und gleichzeitig vorläufiger Sekretär in den Bereichen Äußere Angelegenheiten, Krieg, Marine und Finanzen⁴¹¹. Außerdem wurde Anfang September ein weiteres Staatsratsmitglied, José Luyando, zum Kanzleisekretär für äußere Angelegenheiten befördert⁴¹². Ab diesem Zeitpunkt bestand der Staatsrat nur noch aus neun Mitgliedern: Ciscar, Piedrablanca, Aycinena, Romanillos, Porcel, Vigodet, Castellet, Taboada und Estrada. Jedoch arbeitet das Parlament keine Dreivorschläge aus, um sowohl die unbesetzten Stellen zu besetzen - aufgrund von Todesfällen oder Beförderungen - noch diejenigen, die als nicht besetzt erklärt werden, da ihre Inhaber sich nicht in Cádiz präsentiert hatten. Offensicht-

rung der Überseeprovinzen) sah folgendermaßen aus:

San Javier. Wie Romanillos

Estrada. Es bliebe noch Zeit genug, über dieses Thema zu debattieren, so dass der Rat sich die notwendige Zeit nehme, um die Anmerkungen anzubringen, die er als angemessener erachte.

Taboada. Mit Luyando.

Luyando. Das Gutachten soll eingestellt werden

Castellet. Ebenso wie Estrada

Vigodet. Einstellen

Porcel. Wie Estrada

Romanillos. Dass die in der heutigen Sitzung begonnene Analyse am Montag fortgeführt werde und so es nötig sei, auch in den folgenden Sitzungen.

Piedrablanca. Dass die Sitzung weitergehe

Ciscar. Dass sie abgebrochen werde

Staatsratsprotokoll 2-VIII-1823, in AHN, Estado, Buch. 27.

⁴¹⁰ Königlicher Befehl, 6-VIII-1823 (Staatsratsprotokoll, 11-VIII-1823, in AHN, Estado, Buch 27).

⁴¹¹ Königlicher Befehl, 24-VIII-1823 (AHN, Estado, Buch 27).

⁴¹² Primera Secretaría de Estado. Ministerio de Estado. Disposiciones Orgánicas (1705-1936), Textesammlung von Carlos FERNÁNDEZ ESPESO und José MARTÍNEZ CARDÓS. Außenministerium, Madrid, 1972. Die Referenz in der Vorstudie von José MARTÍNEZ CARDÓS, S. CXVII, Nr. 256. Am 4. September bearbeitet Ferdinand VII den Erlass und ernennt Luyando: "Da das Amt des Kanzleisekretärs für äußere Angelegenheiten nicht besetzt war, da der Rücktritt von D. José María de Pando, der es ausübte, angenommen worden war, aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes, habe ich D. José Luyando, Staatsratsmitglied, zum Inhaber dieses Amtes erklärt, da bei ihm die Umstände zusammentreffen, die benötigt werden, um dieses Amt ausüben zu können. Ihr werdet dies annehmen und alles zur Erfüllung dieses Befehls notwendige unternehmen". Am folgenden Tag übergibt der Sekretär für die Verwaltung der spanischen Halbinsel, Salvador Manzanares, obigen Erlass dem Sekretär der ständigen Abordnung des Parlaments (ACD, Reservados, Bd. 59, Bl. 62).

lich verlangten in diesen schwierigen Augenblicken wichtigere Angelegenheiten seine Aufmerksamkeit.

[2]. Erklärung, dass die Handelsgerichte nur für diejenigen Rechtsstreite zuständig sind, in denen die Händler wegen Handelsangelegenheiten verklagt werden

Der zweite der Parlamentserlässe mit Gesetzescharakter, dem die Sanktion nicht mehr erteilt werden konnte, schränkte die Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte ausschließlich auf diejenigen Rechtsstreite ein, in denen die Händler wegen Handelsangelegenheiten verklagt wurden; als Folge hiervon hörten sie auf, konservative Richter der Tragsesselfirmen und Dockarbeiter zu sein und über die Angelegenheiten zu richten, die diese betrafen. Der Erlass setzte ausdrücklich zwei Königliche Reskripte aus dem 18. Jahrhundert außer Kraft (22-IX-1719 und 27-VII-1795)⁴¹³.

Nachdem der vorige Erlass dem Staatsrat übergeben worden war, damit dieser die vorgeschriebene Stellungnahme abgäbe, wie es der Artikel 236 der Verfassung vorschrieb, wurde vereinbart, das Ministerium für Verwaltung um die genannten Reskripte zu bitten⁴¹⁴. Einige Tage danach antwortete dieses, es habe diese Verfügungen nicht und der Rat vereinbarte, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sie im Handelsgericht von Cádiz zu erhalten⁴¹⁵. Am 27. August erhielt der Rat die Reskripte, sie wurden der Akte beigelegt und der Bericht der Kommission wurde in Auftrag gegeben⁴¹⁶. Dieser Bericht wurde jedoch nicht erstellt; folglich gab der Rat keine Stellungnahme dazu ab, ob der König dem Parlamentserlass vom 22. Juli über die Zuständigkeiten der Handelsgerichte die Sanktion erteilen soll oder nicht.

[3]. Erklärung, dass die Amtsgerichte dafür zuständig sind, die Kriminalität der Bankrotte zur Kenntnis zu nehmen, sowie für die sich darauf beziehenden Zivilrechtsstreitigkeiten

Am 31. Juli, verabschiedete das Parlament einen weiteren Erlass der Art, die den Charakter von Gesetzen haben, und er musste also, wie die Verfassung es vorschrieb, dem König zur Sanktion vorgelegt werden. Der fragliche Erlass besagte, dass die Kenntnisnahme der Kriminalität der Bankrotte und der sich daraus ergebenden Zivilrechtsstreitigkeiten ausschließliche Kompetenz der Amtsrichter ist und nicht der Handelsgerichte⁴¹⁷. In der Ratssitzung vom 2. August, an der elf Ratsmitglieder teilnahmen - Ciscar,

⁴¹³ Cádiz, 22. Juli 1823. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender. Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär. Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär. Abschrift in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 632.

⁴¹⁴ Cádiz, 2-VII-1823. Teilnehmer: Ciscar, Piedrablanca, Aycinena, Romanillos, Porcel, Vigodet, Castellet, Luyando, Taboada, Estrada und San Javier (AHN, Estado, Buch. 27).

⁴¹⁵ Cádiz, 13-VIII-1823. Es wurde ein königlicher Befehl vom Tag zuvor veröffentlicht, der vom Minister für die Verwaltung der spanischen Halbinsel erarbeitet worden war, "der den Rat informierte, die königlichen Reskripte von 22. September 1719 und vom 27. Juli 1795, die am 4. auf dem Dienstwege beantragt worden waren, befänden sich weder im Archiv des genannten Ministeriums noch in dem des Ministeriums für Gnade und Justiz." (AHN, Estado, Buch 27).

⁴¹⁶ AHN, Estado, Buch. 27.

⁴¹⁷ Abschrift des Erlasses, unterschrieben und abgezeichnet von Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender. Pedro Lillo, Abgeordnetensekretär. Vicente Navarro Texeiro, Abgeordnetensekretär, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 634.

Piedrablanca, Aycinena, Romanillos, Porcel, Vigodet, Castellet, Luyando, Taboada, Estrada und San Javier -, wurde über einen königlichen Befehl Bericht erstattet, der am Tag zuvor erarbeitet worden war, in dem der Minister für Gnade und Justiz dem Rat einen Parlamentserlass zur Begutachtung weiterleitete, damit der König ihm die Sanktion erteilen könne, in dem erklärt wird, dass die Kenntnisnahme der Kriminalität eines Bankrotts und die sich daraus ergebenden Zivilrechtsstreite ausschließliche im Zuständigkeitsbereich der Amtsgerichte liegt. Der Rat vereinbarte, um „das Gutachten zu bitten, das über die Regelungen der Handelsgerichtsbarkeit erstellt worden war, indem es auf dem Dienstweg beim Ministerium beantragt wurde“. Ciscar, Piedrablanca, Romanillos und San Javier stimmten dafür, die Sanktion zu erteilen. Der Baron von Castellet war der Meinung, „solange noch keine endgültige Entscheidung über die Handelsgericht getroffen sei, solle die Sanktion noch nicht erteilt werden“⁴¹⁸. Auch in diesem Fall kam der Rat nicht mehr dazu, ein Gutachten über die Sanktion zu erstellen.

[4]. Erläuterungen zu einigen Artikeln des Gesetzes über Wohlfahrtsjuntas vom 25. Januar 1822

Ein Parlamentserlass mit Gesetzescharakter vom 25. Januar 1822 hatte die verschiedenen Hilfseinrichtungen neu eingeteilt, wobei die Wohlfahrt in drei Arten von Juntas gruppiert wurde: die Ortsräte, Provinzräte und Landesräte. Auf Provinzebene war ein Entbindungsheim und ein Haus für Kinder unter sechs Jahren vorgesehen, sowie ein Armenhaus und ein Altersheim. Laut Orduña krankte das Gesetz jedoch „an vielen Mängeln bei der Führung der Provinzeinrichtungen, wo ein Zuständigkeitskonflikt zwischen der lokalen Ebene und der Zentralstelle entstand, aufgrund von Unklarheiten bei der Abgrenzung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche. Die größten Schwierigkeiten beruhten jedoch wahrscheinlich auf der Finanzierung der Dienstleistungen“⁴¹⁹.

Damit die Wohlfahrtsjuntas ihre Funktionen ohne die bis dahin erlittenen Einschränkungen ausüben konnten, verabschiedete das Parlament in Cádiz am 31. Juli 1823 einen Erlass mit Gesetzescharakter, der bis heute unbekannt war, in dem einige Artikel des Gesetzes vom 25. Januar 1822 geklärt werden. Es wurde in der Sitzung vom 2. August ein königlicher Befehl vom Ministerium für die Verwaltung der spanischen Halbinsel verlesen, der einen Tag zuvor erarbeitet worden war, „der mit Dringlichkeit den Parlamentserlass vom Tag zuvor über die Auslegung mehrerer Artikel des Wohlfahrtsgesetzes zur Gutachtenerstellung.“

Acht der anwesenden Staatsratsmitglieder, die Mehrheit also, waren der Meinung, zuvor solle die Kommission den Bericht erstellen. Hingegen waren der Alterspräsident Ciscar, Romanillos und San Javier dafür, sofort über die Angelegenheit zu debattieren⁴²⁰. Zu diesem vierten Parlamentserlass mit Gesetzescharakter konnte die entsprechende Kommission des Staatsrates ebensowenig einen Bericht erstellen.

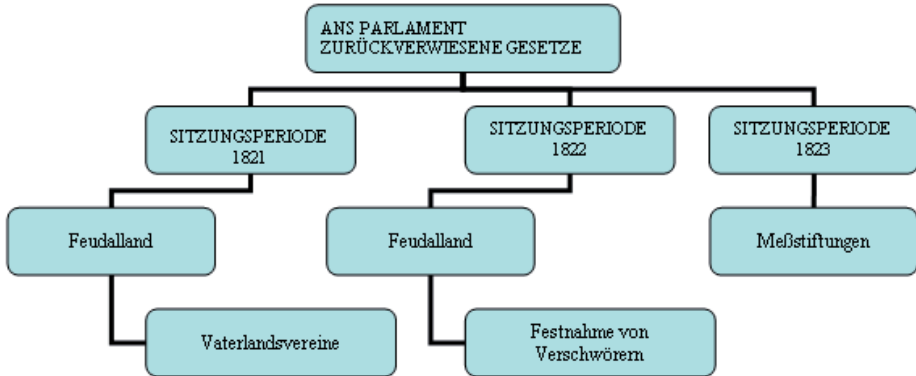
⁴¹⁸ AHN, Estado, Buch. 27.

⁴¹⁹ ORDUÑA REBOLLO, Estudio Preliminar y selección de textos a Historia de la Legislación de Régimen Local, S. 66.

⁴²⁰ AHN, Estado, Buch. 27.

ANHANG

1. Ans Parlament zurückverwiesene Gesetze



2. Gesetze, denen die Sanktion erteilt wurde

Im Folgenden findet sich eine Tabelle, die alle Gesetze auflistet, denen die königliche Sanktion erteilt wurde.

<i>Gesetzesentwurf</i>	<i>Annahme durch das Parlament</i>	<i>Zuständiger Staats- und Kanzleisekretär</i>	<i>Abstimmung über die Sanktion im Staatsrat und deren Ergebnis</i>	<i>Staatsratsgutachten</i>	<i>Königliche Sanktion</i>	<i>Veröffentli- chung durch das Parlament</i>
<i>Es wird verboten, ausländisches Getreide und Mehl einzuführen.</i>	5-VIII-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel		21 - VIII - 1820	30-VIII-1820	31 - VIII - 1820
<i>Verbot der Jesuiten</i>	17-VIII-1820	Gnade und Justiz	26-VIII-1820. Ja		30-VIII-1820	1-IX-1820
<i>Es werden verschiedene Regeln für das Betreiben eines Strafprozesses festgelegt.</i>	11-IX-1820	Gnade und Justiz	27-IX-1820. Ja	30-IX-1820	1-X-1820	3-X-1820
<i>Fälle, in denen ein jeglicher Spanier festgenommen oder inhaftiert werden kann.</i>	11-IX-1820	Gnade und Justiz	23-IX-1820. Ja	25-IX-1820	28-IX-1820	30-IX-1820
<i>Den Viehzüchtern wird bei den Gewinnen von Stuten, Maultieren und Pferden absolute Freiheit erteilt.</i>	11-IX-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	23-IX-1820. Ja	27-IX-1820	30-IX-1820	3-X-1820

<i>Die Amtsrichter dürfen während ihrer Amtszeit nicht als Rechtsanwälte praktizieren.</i>	11-IX-1820	Gnade und Justiz	23-IX-1820. Ja	25-IX-1820	28-IX-1820	30-IX-1820
<i>Vorschriften über das Verhalten der Provinzgouverneure und Stadträte gegenüber den Personen ohne bekannten Erwerb, Beruf oder Unterhalt.</i>	11-IX-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	23-IX-1820. Ja	25-IX-1820	30-IX-1820	3-X-1820
<i>Verschiedene Regeln für Wanderherden</i>	25-IX-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	7-X-1820. Ja	11-X-1820	14-X-1820	16-X-1820
<i>Denjenigen, die ausgewandert waren, weil sie der Regierung des Eindringlings gedient hatten, wird erlaubt, nach Spanien zurückzukehren</i>	26-IX-1820	Gnade und Justiz	4-X-1820. Ja		8-X-1820	9-X-1820
<i>Aufhebung der Immunität der Geistlichen bei Straftaten, für die das Gesetz die Todesstrafe oder Freiheitsstrafen vorsieht</i>	26-IX-1820	Gnade und Justiz	4-X-1820. Ja		24-X-1820	25-X-1820

<i>Generalamnestie für die Ereignisse in den Überseeprovinzen</i>	27-IX-1820	Gnade und Justiz	4-X-1820. Ja		8-X-1820	9-X-1820
<i>Abschaffung jeglicher Art von Vinkulierung</i>	27-IX-1820	Gnade und Justiz	4-X-1820. Ja	7-X-1820	10-X-1820	11-X-1820
<i>Von Spanien den Ausländern und ausländischem Eigentum gewährtes Asyl</i>	28-IX-1820	Äußere Angelegenheiten	14-X-1820. Ja		18-X-1820	19-X-1820
<i>Die Mönchsklöster werden aufgelöst und die Regularklöster reformiert.</i>	1-X-1820	Gnade und Justiz	11-X-1820. Ja		23-X-1820	23-X-1820
<i>Denjenigen, die einen Industriezweig erfinden, verbessern oder einführen, wird das Eigentumsrecht versichert.</i>	2-X-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	7-X-1820. Ja	11-X-1820	14-X-1820	16-X-1820
<i>In Vigo wird ein Handelsgericht ins Leben gerufen.</i>	2-X-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	7-X-1820. Ja	11-X-1820	14-X-1820	16-X-1820

<i>Von denjenigen, die sich versammeln wollen, um öffentlich über Politik zu diskutieren zu erfüllende Bedingungen.</i>	21-X-1820	Verwaltung der spanischen Halbinsel	28-X-1820. Ja	30-X-1820	2-XI-1820	3-XI-1820
<i>Regelungen hinsichtlich der Druckfreiheit.</i>	22-X-1820	Gnade und Justiz	30-X-1820. Ja	30-X-1820	3-XI-1820	5-XI-1820
<i>Gesetz über das Vorgehensweise und die Beschleunigung der Strafverfahren wegen Verschwörung gegen die Verfassung, den Staat oder die geheiligte und unverletzbare Person des Königs.</i>	17-IV-1821	Gnade und Justiz	22-IV-1821. Ja	23-IV-1821	25-IV-1821	26-IV-1821
<i>Gesetz über die Höhe der Strafen für Verschwörer gegen die Verfassung.</i>	17-IV-1821	Gnade und Justiz	24-IV-1820. Ja	25-IV-1821	25-IV-1821	26-IV-1821

<i>Gesetz zur Unterbindung des Geldverleihs oder ähnliches an Romper Bullen von Erzbischöfen, Bischöfen, Ehedispens und sonstige Erlässe, Indulte oder päpstliche Begnadigungen.</i>	17-IV-1821	Gnade und Justiz	9-V-1821. Ja		15-V-1821	16-V-1821
<i>Gesetz über Vergleichsverfahren.</i>	18-V-1821	Gnade und Justiz	30-V-1821. Ja	2-VI-1821	3-VI-1821	4-VI-1821
<i>Über die Ausbesserungen der Minen in Nueva España und ihre Einrichtungen.</i>	8-VI-1821	Finanzen	18-VI-1821. Ja		25-VI-1821	26-VI-1821
<i>Über den Nutzen und den Genuß der Jagd.</i>	17-VI-1821	Verwaltung der spanischen Halbinsel	4-II-1822. Ja	6-II-1822	12-II-1822	3-III-1822
<i>Gesetz, mit dem die Exklusivrechte des Viehbestandes der Fuhrmänner aufgehoben wird.</i>	17-VI-1821	Verwaltung der spanischen Halbinsel	4-II-1822. Ja	6-II-1822	12-II-1822	3-III-1822

<i>Gesetz, das erklärt, dass die Regeln, die im Erlass vom 15 Mai des Jahre über den Beginn des Prozesses gegen die Aufrührer von Salva-tierra und der Provinz Burgos stehen, auch an-wendbar sind auf ande-re, die einen Prozess we-gen gleicher Ursache zu einem vorherigen Zeit-punkt anhängig haben .</i>	18-VI-1821	Verwaltung der spani-schen Halbinsel	27-VI-1821. Ja	27-VI-1821	28-VI-1821	28-VI-1821
<i>Gesetz, das das Ge-setz vom 27. September über die Abschaffung der Fideikommissgüter beinhaltet.</i>	19-VI-1821	Gnade und Justiz		27-VI-1821	28-VI-1821	28-VI-1821
<i>Gesetz über die Ent-deckung und den Abbau von Minen.</i>	22-VI-1821	Verwaltung der spani-schen Halbinsel	4-II-1822. Ja	6-II-1822	12-II-1822	3-III-1822
<i>Über die Aufnahme von Ausländern und die Schaffung neuer Ort-schaften in Übersee.</i>	27-VI-1821	Verwaltung der Über-seegegebiete			5-III-1822	7-III-1822

Wohlfahrtsgesetz	27-XII-1821	Verwaltung der spanischen Halbinsel	16-I-1822. Ja	19-I-1822	23-I-1822	25-I-1822
<i>Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über die Druckfreiheit.</i>	12-II-1822	Gnade und Justiz	Gab es nicht	Gab es nicht	13-II-1822	13-II-1822
<i>Über die gerechten Grenzen des Petitionsrechts.</i>	12-II-1822	Gnade und Justiz	Gab es nicht	Gab es nicht	13-II-1822	13-II-1822
<i>Ausweitung des Gesetzes vom 8. Juni 1821 über den Bergbau in Nordamerika auf Südamerika.</i>	9-IV-1822	Finanzen	17-IV-1822. Ja		23-IV-1822	30-IV-1822
<i>Über die Abschlussprüfung der Apotheker.</i>	19-IV-1822	Verwaltung der spanischen Halbinsel	8-V-1822. Ja	11-V-1822	15-V-1822	17-V-1822
Strafgesetzbuch	8-VI-1822	Gnade und Justiz		26-VI-1822	27-VI-1822	29-VI-1822
<i>Gesetz, das die in den Laienstand versetzten Ordensgeistlichen bei der Geschlechterer mächtigt, jedwellige Güter zu erwerben.</i>	26-VI-1822	Gnade und Justiz	29-VI-1822. Ja	29-VI-1822	29-VI-1822	29-VI-1822

Über öffentliche Versammlungen, um über politische Angelegenheiten zu debattieren (Vaterlandsvereine).	1-XI-1822	Verwaltung der spanischen Halbinsel	Nein		27-XI-1822	27-XI-1822
Schließung aller Konvente und Klöster, die sich in unbevölkerten Gegenden befinden sowie in Dörfern mit weniger als 450 Einwohnern, mit Ausnahme von San Lorenzo del Escorial.	15-XI-1822	Gnade und Justiz	25-XI-1822. Ja		28-XI-1822	29-XI-1822
Ermahnung zur Einhaltung der Beschlüsse des Konzils von Trient über die Durchführung von Trauungen.	21-VI-1822	Gnade und Justiz	12-II-1823. Ja		23-II-1823	2-III-1823
Über die Pflicht, persönlich Rechenschaft abzulegen über kirchliche Gewinne, außer in den ausdrücklich festgelegten Fällen.	28-VI-1822	Gnade und Justiz	12-II-1823. Ja		23-II-1823	2-III-1823

Über die wirtschaftspolitische Regierung der Provinzen.	3-II-1823	Verwaltung der spanischen Halbinsel	26-II-1823. Nein	1-III-1823	2-III-1823	3-III-1823
Klarstellung des Gesetzes vom 6. August 1811 über Feudalland.	27-IV-1823	Gnade und Justiz	Ohne Abstimmung, da es schon zum 3. Mal vorgelegt wurde.	Ohne Gutachten, idem	3-V-1823	
Damit die geistlichen Rechtsanwälte ihren Beruf auch bei Zivilsachen ausüben können sowie als Strafverteidiger.	21-V-1823	Gnade und Justiz	4-VI-1823. Nein	7-VI-1823	6-VII-1823	
Über die Vorgehensweise, wenn die Bürgermeister und Stadträte ihre Pflichten nicht erfüllen.	21-V-1823	Gnade und Justiz	4-VI-1823. Ja	7-VI-1823	6-VII-1823	
Über die Erbfolge bei Vermögen der toten Hand.	21-V-1823	Gnade und Justiz	4-VI-1823. Ja	7-VI-1823	6-VII-1823	

Bei Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen ist keine Benachrichtigung S.M. nötig.	21-V-1823	Gnade und Justiz	4-VI-1823. Ja	7-VI-1823	6-VII-1823	
Über die Form der Aufteilung der Fideikommissgüter.	22-V-1823	Gnade und Justiz	4-VI-1823. No	7-VI-1823	6-VII-1823	
Über die Zurücksetzung der beendeten und vollstreckten Rechtstreitigkeiten aufgrund des Erlasses vom 4. Mai 1814.	19-V-1823	Gnade und Justiz	21-VII-1823. Ja	21-VII-1823	21-VII-1823	22-VII-1823
Gesetz, das die Strafen für diejenigen festlegt, die beim eingedrungenen französischen Heer oder bei den Auführerbanden, einen Posten in den vom Verfassungssystem aufgelösten Richter- oder Staatsämtern beantragen, annehmen oder ausüben.	28-VI-1823	Gnade und Justiz	14-VII-1823. No	14-VII-1823	20-VII-1823	22-VII-1823

<i>Gesetz, das die Verkäufe und Veräußerungen des Heeres des Eindringlings oder sonstwer, der die legitime Regierung der Nation usurpiert, für null und nichtig erklärt.</i>	28-VI-1823	Gnade und Justiz	5-VII-1823. Ja	5-VII-1823	13-VII-1823	16-VII-1823
<i>Gesetz, das jede Versammlung einer Laienbruderschaft, Kultusgemeinde oder religiösen Bruderschaft verbietet, die ein anderes Ziel als ihr Gründungsinstitut hat.</i>	28-VI-1823	Gnade und Justiz	5-VII-1823. Ja	5-VII-1823	13-VII-1823	16-VII-1823
<i>Verbot des Gebrauchs der Orden, denen den Spaniern von der französischen Regierung verliehen worden waren.</i>	28-VI-1823	Gnade und Justiz	5-VII-1823. Ja	5-VII-1823	13-VII-1823	16-VII-1823
<i>Beschlagnahmungs-erklärung der Güter derjenigen Spaniern, die in den Diensten der Franzosen getreten sind.</i>	28-VI-1823	Gnade und Justiz	21-VII-1823. Ja		27-VII-1823	28-VII-1823

<i>Gesetz, damit in keiner öffentlichen Veranstaltung oder Körperschaft andere Eide abgelegt werden als diejenigen, die von der Verfassung oder Parlamentserlassen vorgeschrieben werden</i>	3-VII-1823	Gnade und Justiz	16-VII-1823. Ja		20-VII-1823	22-VII-1823
<i>Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit.</i>	22-VII-1823	Gnade und Justiz	26-VII-1823. Ja		27-VII-1823	28-VII-1823
<i>Gesetz, in dem einige Klarstellungen gemacht werden, um das Eigentum an Schriften und anderen, analogen, Arbeiten zu sichern.</i>	22-VII-1823	Verwaltung der spanischen Halbinsel	2-VIII-1823. Ja	2-VIII-1823	2-VIII-1823	3-VIII-1823
<i>Die Gerichte in Übersee müssen den Prozess wiederaufnehmen, wenn sie der Auffassung sind, es handle sich um Nichtigkeitsbeschwerden.</i>	22-VII-1823	Gnade und Justiz	28-VII-1823. Ja		2-VIII-1823	3-VIII-1823

<i>Die Überseebischöfen können die ihnen von Rechts wegen zustehenden Befugnisse frei ausüben.</i>	22-VII-1823	Gnade und Justiz	26-VII-1823. Nein	26-VII-1823	2-VIII-1823	3-VIII-1823
<i>Die Stellen derjenigen Beamten, die zum Feind übergelaufen sind, werden als vakant erklärt.</i>	22-VII-1823	Gnade und Justiz	28-VII-1823. Nein		2-VIII-1823	3-VIII-1823
<i>Verbot der Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes.</i>	31-VII-1823	Gnade und Justiz	2-VIII-1823. Ja	2-VIII-1823	2-VIII-1823	3-VIII-1823

3. Gesetze, die vom in Sevilla und Cádiz versammelten Parlament angenommen wurden (April – August 1823)¹

a. Zusatzgesetz zum Gesetz vom 6. August 1811 über Feudalland (27-IV-1823).

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen. Artikel 1: Um Zweifel am Verständnis des Erlasses des in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung versammelten Parlaments vom 6. August 1811 zu vermeiden, wird erklärt, dass mit jenem Erlass alle dinglichen sowie Hand- und Spanndienste abgeschafft wurden, ebenso wie die grundherrlichen Regalien und damit zusammenhängende und ihnen innewohnenden Rechte sowie die, die ihren Ursprung in der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit oder dem Lehen haben; die ehemaligen Lehensherren haben keinerlei Rechtsanspruch, um diese zu verlangen, noch hat das Volk die Pflicht, diese zu leisten. 2. Ebenso, damit das gutsherrliche Lehen als Privateigentum eingestuft wird, wie in Artikel 5 des genannten Erlasses vorgesehen, müssen die Besitzer zuvor durch Vorlage der Erwerbsurkunde beweisen, dass das genannte Gut nicht zu denjenigen gehört, die aufgrund ihrer Natur an die Nation übergeben werden müssen und dass die Bedingungen, unter denen es verliehen wurde, eingehalten wurden, wie im genannten Artikel festgelegt; ohne die Erfüllung dieser Bedingungen konnten sie weder, noch können sie als Privateigentum eingestuft werden. 3. Folglich werden nur in dem Fall, dass die Urkunden vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, dass die Güter und Länder nicht zu den zu Übergebenden gehören, und dass alle Bedingungen für ihre Verleihung erfüllt wurden, wie in Artikel 6 des Erlasses beschrieben, diejenigen Abkommen und Vereinbarungen als Vertrag zwischen Privatpersonen angesehen und aufbewahrt werden, die zwischen den ehemaligen Lehnsherren und Vasallen getroffen wurden hinsichtlich Nutzung, Landpacht, Grundzins und Themen ähnlicher Art; jedoch werden all diejenigen Bedingungen und Klauseln als nichtig erklärt, die in diesen Verträgen Verpflichtungen oder Abgaben hinsichtlich von Diensten, Regalien und Rechten, die mit dem Charakter als abgeschafftem Lehensgut zusammenhängen oder ihnen innewohnen zum Inhalt haben. 4. Aufgrund dessen, was in den vorherigen Artikeln dargelegt wurde, legen diejenigen Besitzer, die anstreben, dass ihre Güter und Ländereien zu denen gehören, die als Privatbesitz eingestuft werden, den jeweiligen Amtsrichtern die Erwerbsurkunden vor, damit auf ihrer Grundlage entschieden wird, ob sie zu dieser Art gehören oder nicht, wobei die Einsprü-

¹ Die Gesetze, die ab der Sitzungsperiode von 1820 bis zu jenem Zeitpunkt angenommen worden waren, wurden damals veröffentlicht in: Colección de los decretos y ordenes generales de la primera legislatura de las Cortes ordinarias de 1820 y 1821, desde 6 de julio hasta 9 de noviembre de 1820, Bd. VI, Madrid, Imprenta Nacional, 1821; Colección de los decretos y ordenes generales expedidos por las Cortes ordinarias de los años de 1820 y 1821, en el segundo período de su Diputación, que comprende desde 25 de febrero hasta 30 de junio del último año, Bd. VII, Madrid, Imprenta Nacional, 1821; Colección de los decretos y ordenes generales expedidos por las Cortes generales, que comprende desde 22 de setiembre de 1821 hasta 14 de febrero de 1822, Bd. VIII, Madrid, Imprenta Nacional, 1822; Colección de los decretos y ordenes generales expedidos por las Cortes desde 1.º de marzo hasta 30 de junio de 1822, Bd. IX, Madrid, Imprenta Nacional, 1822; Colección de los decretos y ordenes generales expedidos por las Cortes extraordinarias, que comprende desde 3 de octubre de 1822 hasta 19 de febrero de 1823, Bd. X, Madrid, Imprenta Nacional, 1823.

che beim Landesgericht eingelegt werden, wie es die Verfassung und die Gesetze vorsehen. Bei diesen Prozessen, die kurz sein müssen und nur der Ermittlung dienen, werden die Lehensherren selbst, die Kron- und Staatsanwälte und das Volk angehört; es werden in allen Instanzen nur Beweise zu zwei bestimmten Punkten zugelassen, nämlich, ob oder ob nicht das Gut zu denjenigen gehört, die übergeben werden müssen oder ob oder ob nicht die Bedingungen erfüllt wurden, unter denen sie verliehen wurden, in den Fällen, bei denen dies nicht klar aus den Dokumenten hervorgeht und ob die Ländereien Lehensgüter sind oder nicht, wenn das Volk dieses verneint. 5. Solange kein vollstreckbares Urteil darüber ergeht, dass die Güter und Ländereien nicht zu denen gehören, die der Nation übergeben werden müssen, und dass alle Bedingungen erfüllt wurden, unter denen sie verliehen worden waren, sind die zu den Ländereien gehörenden Dörfer nicht dazu verpflichtet, ihren ehemaligen Lehensherren etwas in dieser Eigenschaft zu bezahlen; sofern diese jedoch ihre Dokumente vorlegen möchten, müssen die Dörfer Sicherheiten hinterlegen, dass sie pünktlich alle Leistungen erbringen werden, dass sie aufgehört haben zu leisten und die laut Artikel 3 dieses Erlasses ihnen obliegt, so der Prozess zu ihren Ungunsten ausgehen sollte; und in keinem Falle werden die Lehensherren im Besitz und Genuß der Ländereien und Grundstücke gestört, die ihnen bislang als Privatbesitz gehörte, außer in den Fällen und mit den Mitteln, die das Gesetz vorsieht: selbstverständlich ohne Einschränkung der Rechte, die der Nation hinsichtlich der Eingliederung oder Zurückverwandlung der Güter zustehen. Es wird jedoch erklärt, dass, wenn zu einem der erwähnten Lehensgüter ein Erbpachtgut gehört, das untervererbpachtet worden ist oder vom ersten Besitzer des Untereigentums zurückgegeben wurde, so ist nur dieser dazu verpflichtet, die in diesem Artikel festgelegte Sicherheit zu hinterlegen, um zum gegebenen Zeitpunkt das zu leisten, was dem Lehenherrn des Obereigentümers entspricht, je nach Ausgang des Prozesses: er hat jedoch das Recht, die vom Untererbpächter oder zweiten Besitzer des Untereigentums bezogenen Einkommen zu verlangen und dieser wiederum von denen, an die er das Gut selbst übertragen hat. 6. Wenn nach Ansicht der Erwerbsunterlagen entschieden wird, dass die Feudalländer der Adligen als Privateigentum der ehemaligen Lehensherren angesehen werden, richten sich die in Artikel 3 erwähnten Verträge ab diesem Zeitpunkt vollständig nach den Regelungen des gemeinen Rechts, als Verträge zwischen Privatpersonen, ohne Sonderrechte oder sonstige Vorrechte. 7. Folglich wird bei der Erbpacht, die aufgrund der erwähnten gerichtlichen Entscheidung weiterzubestehen hat, allgemein festgelegt, dass, während diese Verträge im Zivilgesetzbuch einheitlich geregelt werden, die Quote, die bekannt ist als laudemmio, luismo, d.h., das Recht des Verpächters bei der Erbpacht auf Entschädigung bei Veräußerung der Erbpacht durch den Erbpächter oder die Auslösung oder ihre Entsprechung, die dem Obereigentümer der Erbpacht zu bezahlen ist, sofern das belehnte Grundstück veräußert wird, den fünfzigsten Teil nicht überschreitet, d.h. zwei Prozent des Nettowertes des Grundstücks, unter Einhaltung der Gesetze des Königreiches: weder müssen die Besitzer des Eigentums des Erbpächters in Zukunft eine höhere Quote leisten, wie auch immer die Nutzung oder die Einrichtungen dagegen sein mögen. Noch müssen sie in Zukunft aufgrund des fadiga oder Vorkaufsrechts des Inhabers des Obereigentums etwas

bezahlen; und dieses Recht ist in Zukunft gegenseitig für die Inhaber des Obereigentums als auch für die Besitzer des Eigentums des Erbpächters, die den anderen innerhalb der vom Gesetz hierzu vorgesehenen Frist darüber informieren müssen, wenn einer der beiden das ihm zugehörige Gut veräußert: jedoch kann keiner der beiden dieses Recht an eine andere Person übertragen. 8. Das Vorgesehene gilt nicht für die jährlich wiederkehrenden Beträge oder Erbzins, die aufgrund der bestehenden Verträge für die Erbpacht des privaten Eigentums geleistet werden, noch für die Leistungen, die unter Einhaltung derselben Verträge als Anerkennung des Obereigentums oder des Vorkaufsrechtes bei den rein allodialen Erpachten erbracht werden: sie enden jedoch für immer dort, wo weiterhin die Leistungen erbracht werden, die bekannt sind als terratge, quistia, fogatge, jova, llosol, tragi, acapte, lleuda, peatge, ral-de-batlle, dinerillo, cena de ausencia und presencia, castillerería, tirage, barcage und diesen regionalen Leistungen ähnlichen: so jedoch ein Empfänger dieser Leistungen meint und beweist, dass diese ihren Ursprung im Vertrag haben und dass sie ihm durch ein rein allodiales Eigentum zustehen, so werden sie in ihrem augenblicklichen Besitz beibehalten, unter ursprünglichem Vertrag werden jedoch nicht diejenigen Bedingungen verstanden, unter denen diese Leistungen statt anderer, früherer oder anders gearteter Feudalleistungen als Recht an andere weitergegeben wurden. 9. Also können die Quoten wie Erbzins oder sonstige jährlich in Geld oder Erträgen zu erbringende Leistungen, die in den genannten Erpachten bestehen müssen, egal, ob Lehensgut oder allodial, mit gleich welcher Bodenrente eingelöst werden, unter Einhaltung der Regelungen, die die Artikel 4, 5, 6, 7, 8 und 12 des königlichen Reskriptes von 17. Januar 1805 vorschreiben (Gesetz 24, Überschrift 15, Buch 10 der Neunten Sammlung): aber unter dem Umstand, dass die Einlösung nach dem Willen des Erbpächters durch Dritte durchgeführt werden kann und dass sie durch Geld gemacht wird oder wie es die Betroffenen untereinander abmachen, wobei dem Besitzer das Einlösegeld ausgehändigt wird oder es ihm zur freien Verfügung gestellt wird. Dies wird S.M zum Dritten Mal vom Parlament vorgelegt, damit er unter Einhaltung der Bestimmungen des Artikels einhundertneunundvierzig der Verfassung die Sanktion erteile. Sevilla, den siebenundzwanzigsten April eintausend achthundert und dreiundzwanzig = Manuel Flores Calderón, Vorsitzender = Leonardo Santos Suárez, Abgeordneter Sekretär = Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär.

ACD, Reservados, Bd. 23, Bl 587-588

b. Gesetz, damit alle Rechtsstreitigkeiten, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses vom 4. Mai 1814 beendet und vollstreckt waren und deren Prozesse durch gesetzeswidrige Mittel eröffnet wurden, auf den Stand, den sie an jenem Tag hatten, zurückgesetzt werden (19-V-1823). Königliche Sanktion am 21. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Alle Rechtsstreitigkeiten, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des

königlichen Erlasses vom vierten Mai eintausend achthundert und vierzehn beendet und laut Gesetz vollstreckt waren und deren Prozesse durch den gleichen Gesetzen zuwiderlaufende Mittel eröffnet worden waren, und die von den Räten nach ihrer Wiedereinsetzung oder von anderen Gerichten angenommen wurden, werden auf den Stand zurückgesetzt, die sie am genannten vierten Mai eintausend achthundert und vierzehn hatten, unabhängig jeglicher Entscheidung, die nach dieser Zeit über sie getroffen worden ist. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Sevilla, den neunzehnten Mai eintausend achthundert dreiundzwanzig. Joaquín María Ferrer, Vorsitzender (Abzeichnung). Domingo Eul.º de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Bartolomé G. Romero, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben.

In Cádiz, den einundzwanzigsten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 416

c. Gesetz, damit die geistlichen Anwälte ihren Beruf auch bei zivilen Angelegenheiten ausüben, sowie in Strafsachen als Verteidiger auftreten können (21-V-1823).

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Die geistlichen Anwälte können ihren Beruf bei zivilen Angelegenheiten ausüben sowie in Strafsachen als Verteidiger auftreten. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Sevilla, den 21. Mai 1823.

Abschrift, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 593

d. Gesetz über die Vorgehensweise gegen Bürgermeister und Ortsverwaltungen, wenn diese ihre Pflichten nicht erfüllen (21-V-1823).

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: In den Fällen, in denen die Bürgermeister und Gemeinderäte die Gesetze des Verwaltungsarms vollstrecken oder die ihnen eigenen Aufgaben ausüben, können weder gerichtliche Beschwerden wegen Raubes noch wegen anderer Angelegenheiten angenommen werden, es sei denn, dass die Vorgesetzten des gleichen Arms, an

die die Beschwerden gerichtet werden müssen, der Ansicht sind, sie hätten ihre Befugnisse überschritten, und dann ihre Akten zwecks Untersuchung und Strafe an die Gerichte weiterzuleiten. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Sevilla, den 21. Mai 1823. Joaquín María Ferrer, Vorsitzender = Manuel Llorente, Abgeordneter Sekretär =, Domingo Eulogio de la Torre, Abgeordneter Sekretär.

Abschrift, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 592

e. Gesetz über die Nachfolgeordnung bei Vermögen der toten Hand (21-V-1823).

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Artikel 1: Da laut Artikel fünfzehn und sechzehn des Gesetzes vom siebenundzwanzigsten September eintausend achthundert und zwanzig es der toten Hand rechtlich unmöglich ist, Grundstücke oder Immobilien zu erwerben, die ihr durch vorherige Verfügungen bestimmt wurden, die nicht erfüllt wurden und die nicht widerrufen werden oder werden können, fallen diese denjenigen zu, die sie geerbt hätten, wenn der Erblasser ohne Testament verstorben wäre. Artikel 2: Wenn der Nießbrauch der Güter Personen überlassen wurde, die in der Lage sind, diese zu erwerben und der Besitz der toten Hand überlassen wurde, wenn nach dem augenblicklichen Nutznießer noch einer oder mehrer ernannt wurden, so erwerben die Hälfte des vollen Eigentums der augenblickliche Besitzer und derjenige, der ihm unmittelbar folgt, und in dem Fall, dass es sich bei diesem um tote Hand handelt, gehört die Hälfte denjenigen, die geerbt hätten, wäre der Erblasser ohne Testament verstorben, wobei das gleiche für die Fideikommissgüter gilt. Artikel 3: Wenn zwei oder mehr Personen aufgerufen sind, gemeinsam den Nießbrauch zu erhalten, werden sie als eine einzige angesehen zum Zweck des Unterschieds, der im Gesetz vom 27. September eintausend achthundert und zwanzig zwischen dem Besitzern und den unmittelbaren Nachfolgern gemacht wird. Immer wenn zwei oder mehrere Personen gemeinsam den Nießbrauch ausüben, erwerben sie die Hälfte des Besitzes und die andere Hälfte geht an den Anruf der Nachfolge. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Joaquín María Ferrer, Vorsitzender = Manuel Llorente, Abgeordneter Sekretär =, Domingo Eulogio de la Torre, Abgeordneter Sekretär.

Abschrift, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 591

f. Gesetz, das erklärt, dass bei Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen keine Benachrichtigung S.M. nötig ist 21-V-1823).

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Bei den Einsprüchen gegen Einspruchsentscheidungen, die nach den Bestimmungen des Artikel vier des Parlamentserlasses vom 17. April 1812 eingelegt wer-

den können, ist es nicht nötig, S.M. zu benachrichtigen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Sevilla, den 21. Mai 1823. Joaquín María Ferrer, Vorsitzender = Manuel Llorente, Abgeordneter Sekretär =, Domingo Eulogio de la Torre, Abgeordneter Sekretär.

Abschrift, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 594

g. Gesetz über die Form der Aufteilung von Fideikommißgütern. (22-V-1822)

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Bei der Aufteilung der Fideikommißgüter zwischen demjenigen, der sie besaß, als das Gesetz vom siebenundzwanzigsten September eintausend achthundert und zwanzig veröffentlicht wurde und seinem unmittelbaren Nachfolger, muß derjenige Wert in die Ausgleichung eingebracht werden, die ersterer bei der Veräußerung dieser Güter erhalten haben mag, wenn diese nicht durch besondere Erlaubnis veräußert wurden und die Bedingungen hierfür erfüllt sind, wobei der Ertrag demjenigen angerechnet wird, der sie veräußert hat. Hinsichtlich der von anderen Besitzern veräußerten oder aufgelösten Güter, so werden diese nicht in das Inventar aufgenommen, und die Beteiligten an der Aufteilung behalten sich das Recht vor, es gegen diejenigen auf die Art zu verwenden, wie sie es untereinander abmachen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Sevilla, den 22. Mai 1823. Joaquín María Ferrer, Vorsitzender =, Domingo Eulogio de la Torre, Abgeordneter Sekretär = Bartolomé G. Romero y Bernl., Abgeordneter Sekretär.

Abschrift, in ACD, Reservados, Bd. 23, Bl. 590

h. Gesetz, das die Strafen für diejenigen festlegt, die beim eingedrungenen französischen Heer oder bei den Aufrührerbanden einen Richterposten in den vom Verfassungssystem aufgelösten Gerichten beantragen oder ausüben (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 20. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 22. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Artikel 1: Jedwede Person, die beim Invasionsheer oder den Aufrührerbanden einen Richterposten an den Räten, Gerichten, oder Richter-Bürgermeistereien, die vom verfassungsgemäßen System aufgelöst wurden, beantragt, annimmt oder ausübt, unterliegt den Bestimmungen der Artikel 188, 253 und 276 des Strafgesetzbuches und den dort festgelegten Strafen. Artikel 2: Dies trifft auch auf jede Behörde zu, die an den Prozessen beteiligt ist, oder von ihnen weiß, die gegen diejenigen angestrengt werden, die sich als Anhänger der Verfassungsmonarchie erklärt haben und gegen die im Laufe der Prozesse Strafen verhängt wurden; ebenso auf diejenigen, die aus diesem Grund Ge-

walt gegen ihre Person oder ihre Familie sowie ihre Besitztümer und Vermögen anwendet. Artikel 3: In der gleichen Lage befinden sich diejenigen, die im Schutz oder mit Hilfe des Invasionsheeres oder der Aufrührerbanden ein militärisches Amt oder einen militärischen Posten beantragen, annehmen oder ausüben. Artikel 4: Die Ratsherren auf Lebenszeit und die an den Universitäten Studierenden, die in Colegios Mayore leben, die auf diejenigen Stellen Anspruch erheben, die sie bei den ständigen Gemeindevertretungen ausübten und auf die Stipendien, die sie in den Colegios Mayores erhielten, werden als untauglich eingestuft, um eine Anstellung in der verfassungsgemäßen Regierung zu erhalten, unbeschadet dessen, gegen sie vorzugehen und gegen diejenigen, die aus jeglichem anderen Grund die Stellen einnehmen, je nach dem beobachteten Verhalten, stets unter Ausnahme der Bestimmungen der Artikel 188, 253 und 276 des Strafgesetzbuches. Artikel 5: Den gleichen Strafen und Bestimmungen unterliegen die Weltgeistlichen und Ordensgeistlichen und jedwede sonstige Körperschaft, Person oder öffentlicher Beamte, die die Wiedereinführung des Zehenten, der Klöster, Ämter, Einrichtungen und Abgaben fordert, die vom Verfassungssystem abgeschafft wurden. Artikel 6: Die Kirchenprälaten, die im Schutz des Invasionsheeres oder der Aufrührerbanden den Bestimmungen des Erlasses vom 26. April 1822 entgegenhandeln, werden vom spanischen Territorium verbannt und erleiden die Beschlagnahmung ihrer Bezüge, außerdem unterliegen diejenigen Personen, die die Bittschriften erstellen und die Weihern erhalten, den Strafen, die im Artikel 323 des Strafgesetzbuches für diejenigen vorgesehen sind, die zur Mißachtung der Gesetze anstiften sowie der Entziehung der Ausübung ihrer Funktionen. Artikel 7: Jedes Mitglied des Provinzialrates, das feige seinen Posten im Stich läßt, wird als des nationalen Vertrauens unwürdig erklärt und als ungeeignet, um öffentliche Ämter zu bekleiden eingestuft. Artikel 8: Die Mitglieder der Provinzial- oder Gemeinderäte, die eine bezahlte Stellung im Dienst der Invasoren oder der Aufrührer annehmen, werden, abgesehen von der Zurückzahlung der erhaltenen Gehälter, mit einer Geldstrafe in Höhe eines Jahresgehaltes belegt und sofern sie diese nicht bezahlen können, erhalten sie die Strafe, die das Strafgesetzbuch hierfür proportional vorsieht. Artikel 9: Einjeder, der im Schutz des Invasionsheeres oder der Aufrührerbanden irgendeinen Posten beantragt, annimmt, ausübt oder an ihm verbleibt, wird mit den im vorigen Artikel genannten Strafen belegt und außerdem als ungeeignet, einen anderen öffentlichen Posten einzunehmen, eingestuft. Hiervon ausgenommen sind Angestellte, die in einem besetzten Land leben oder die mit der ausdrücklichen Erlaubnis der legitimen Regierung auf ihren Posten verharren und diejenigen, die in Artikel 4 und 5 des Erlasses vom einundzwanzigsten September eintausend achthundert und zwölf erwähnt werden, in dem mehrere Maßnahmen aufgezählt werden, um das Vertrauen der Nation zu sichern. Artikel 10: Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den achtundzwanzigsten Juni eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 420-421.

i. Gesetz, das die Verkäufe und Veräußerungen des Heeres des Eindringlings oder sonstwer, der die legitime Regierung der Nation usurpiert, für null und nichtig erklärt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Art.1: Die Verkäufe und Veräußerungen von Grundstücken, die das Invasionsheer oder andere, die die legitime Regierung der Nation usurpieren, tätigen oder getätigt haben sowie von öffentlichem Gut und Privateigentum und die Besitzentziehungen, die eben diese durchführen, sind null und nichtig. Die hierdurch Geschädigten erhalten von der zuständigen Behörde eine Rückerstattung mit der einzigen Bedingung, vor der Veräußerung im uneingeschränkten Besitz des fraglichen Objektes gewesen zu sein und ohne dass ein Besitztitel der Käufer und ihrer Nachfolger diesem im Weg stehen; denn es wird erklärt, dass dieser nicht existiert. Ebenso werden die Verwalter und Repräsentanten von der Finanz- und Stadtkasse aus öffentlichen Mitteln ausbezahlt. Die Käufer werden mit einer Geldstrafe über fünfzig Prozent des Verkaufswertes oder des Wertes, das das Grundstück zum Zeitpunkt der Besitzentziehung hatte, belegt und werden außerdem verpflichtet, Schadensersatz zu leisten. Art. 2: Diejenigen Personen, die diese Veräußerungen fördern oder mit ihnen dem französischen Heer oder den Aufrührerbanden helfen, oder Änderungen der bestehenden Bestimmungen über die Vinkulierung des Vermögens an eine Familie und die Klosterauflösungen, den Erlässen über Feudalland und die Verteilung von brachem Staatsland und Gemeindeeigentum beantragen, werden behandelt als Personen, die sich widerrechtlich fremdes Eigentum angeeignet haben und verdienen die Strafen, die im Strafgesetzbuch für die Anstifter zum Gesetzesungehorsam vorgesehen sind und die Geschädigten erhalten ihre Güter zurück. Art. 3: Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den achtundzwanzigsten Juni eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den dreizehnten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 425.

j. Gesetz, das jede Versammlung einer Laienbruderschaft, Kultusgemeinde oder religiösen Bruderschaft verbietet, es sei denn, zum Zweck ihrer Gründung (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Art. 1: Jedwede Versammlung einer Laienbruderschaft, Kultusgemeinde oder religiösen Bruderschaft, es sei denn, zum Zweck ihrer Gründung, und die zuvor den örtlichen Behörden keine Mitteilung über den Versammlungsgrund hat zukommen lassen, wird verboten, und die gleiche Behörde hat die Befugnis, an der Versammlung teilzunehmen, sei es als sie selbst oder durch Bestimmung eines Vertreters: stets ausgenommen die Bestimmungen der Artikel 316, 317 und 318 des Strafgesetzbuches. Art. 2: Wer die vorige Bestimmung übertritt, wird sowohl einzeln als auch als Gruppe mit einer Geldstrafe zwischen fünf und dreißig Duros belegt und außerdem wird die Vereinigung aufgelöst. Art. 3: Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den achtundzwanzigsten Juni eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den dreizehnten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 429.

k. Gesetz, dass den Gebrauch der Orden, die Spanier von der französischen Regierung verliehen bekommen haben, während der Kriegsdauer aufhebt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 13. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 16. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Art. 1: Alle Spanier, die von der französischen Regierung vor dem Tag, an dem ihr Heer in Spanien eindrang, Orden verliehen bekommen haben, werden das Tragen dieser Orden einstellen, solange der augenblickliche Krieg mit dieser Regierung andauert. Wer dieser Bestimmung zuwiderhandelt, darf diejenigen, die ihm von der spanischen Regierung verliehen wurden, nicht mehr anlegen und werden als ungeeignet angesehen, weitere zu erhalten. Art. 2: Alle Spanier, die nach jenem Zeitpunkt Auszeichnungen der französischen Regierung erhalten haben oder werden, oder von alliierten

Regierungen, die die verfassungsmäßige Regierung der Nation nicht anerkennen, oder einer anderen Person, die die Regierung usurpiert oder sich die Autorität der spanischen Regierung anmaßt, werden mit den im vorigen Artikel genannten Strafen belegt, und sie werden außerdem als unwürdig erklärt, sich Spanier zu nennen und sie unterliegen den weiteren Strafen, die Artikel 74 des Strafgesetzbuches auferlegt. **Art. 3:** Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den achtundzwanzigsten Juni eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den dreizehnten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 433.

I. Gesetz, das die Besitztümer derjenigen Spanier, die zum französischen Heer übergelaufen sind, als beschlagnahmt erklärt (28-VI-1823). Königliche Sanktion am 27. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 28. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Artikel 1: Zu dem Zweck, der in Artikel fünf des Erlasses der außerordentlichen Parlamentsversammlung vom ersten November eintausend achthundert und zweiundzwanzig genannt wird, werden die Güter aller Spanier, die zu den Fahnen des französischen Heeres übergelaufen sind, und derjenigen, die die Aufrührerbanden bilden, die dem Vaterland Schaden zufügen, als beschlagnahmt erklärt unbeschadet der einst der gerichtlichen Prozesse und Strafverhängung, die aufgrund ihrer Vergehen in Übereinstimmung mit dem Strafgesetzbuch auf sie angewandt werden. Artikel 2: Diejenigen Güter der Spanier und Ausländer, die sich im freien Land befinden und deren Besitzer sich im vom Feind besetzten aufhalten und durch Tatsachen beweisen, dass sie für die Taten der französischen Regierung sind oder auf Seiten jedweder Person, die die legitime Regierung der Nation usurpiert, werden vom Staat in Besitz genommen und verwaltet, ebenso wie die Güter derjenigen, die das Verbrechen begehen, die auf Seiten der Verfassung stehenden Patrioten zu verraten und zu verfolgen. Die Provinzgouverneure und die weiteren örtlichen Behörden werden natürlich die Inbesitznahme und Verwaltung der Güter überprüfen und erstatten der Regierung Bericht unter Vorlage von Dokumenten zu dem entsprechenden Zweck. Artikel 3: Ebenso werden die Güter derjenigen Spanier unter den gleichen Bedingungen in Besitz genommen, die ohne besonderen Auftrag der Regierung oder ohne die körperliche Unmöglichkeit, sich in das Vaterland einzugliedern, unter Beweis zu stellen, auf französischem Boden wohnen und sich nicht auf freiem spanischen Boden innerhalb von sechs Monaten melden; oder die innerhalb dieses Zeitraums von der Regierung nicht die Erlaubnis erhalten, in einem anderen Land

zu leben. Artikel 4: Sollten die Ehefrauen, minderjährigen Kinder, Eltern oder auch die minderjährigen Geschwister der Besitzer der aufgrund der vorausgehenden Artikel beschlagnahmten Güter im freien Land leben, so werden ihnen von den Behörden diejenigen Nahrungsmittel festgesetzt, die diese als nötig erachten für ihren Unterhalt, worüber sie ihren Vorgesetzten Bericht erstatten; so einer ihrer Söhne, Väter oder Brüder auf Seiten des Vaterlands kämpft, werden diesem alle Güter ausgehändigt mit der Bedingung, seine Eltern oder Geschwister zu ernähren und den hiermit verbundenden Verbindlichkeiten nachzukommen. Sollte es sich bei dem Gut um eines der aufgelösten Fideikommissgüter handeln, und sein Besitzer im Feindesland wohnen und keine Verwandten im freien haben, die sich im Kampf für das Vaterland verdient gemacht hätten, wohl aber sein Nachfolger, so wird diesem das Gut übergeben mit der Auflage, den Abgaben nachzukommen, mit denen es belastet ist. Artikel 5: Für diesen Krieg werden die Artikel 6, 7, 8 und 9 des Erlasses vom siebzehnten Juni eintausend achthundert und zwölf als geltend erklärt, das vom Parlament in außerordentlicher Sitzung für den Unabhängigkeitskrieg beschlossen wurde und zu ihrer Einhaltung fügt die Regierung diese diesem Gesetz zur Verbreitung bei. Artikel 6: Jedes Dorf, in dem eine Zusammenrottung oder Aufstand festgestellt wird mit der Tendenz, die Spanier zu verfolgen oder zu beleidigen, weil sie Anhänger der Verfassung sind, wird gemeinschaftlich dazu verpflichtet, mittels Umlegung den verursachten Schaden und Schädigungen zu ersetzen, zu deren Entschädigung die militärischen Befehlshaber befugt werden, unbeschadet der Einzelverantwortung eines jeden Gefangenen und einer den Gesetzen und dem Strafgesetzbuch gemäßen Vorgehensweise und stets das Recht ausgenommen, das der Nachbarschaft zusteht, gegen dieselben Gefangenen nochmals vorzugehen. Artikel 7: Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den achtundzwanzigsten Juni eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den siebenundzwanzigsten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 437-438.

m. Gesetz, damit in öffentlichen Veranstaltungen oder Körperschaften nur diejenigen Eide abgelegt werden, die von der Verfassung oder Parlamentserlässen vorgeschrieben werden (3-VIV-1823). Königliche Sanktion am 20. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 22. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: Sowohl bei öffentlichen Veranstaltungen als auch bei Körperschaften oder bei der Aufnahme in diese werden nur diejenigen Eide abgelegt, die von der Ver-

fassung vorgeschrieben werden oder deren Formel ausdrücklich und besonders durch Parlamentserlässe angenommen wurde. Bei Zuwiderhandeln wird eine Geldstrafe von sechzig bis einhundert Duros verhängt und die Körperschaften, die das Zuwiderhandeln erlauben, werden aufgelöst. Die Regierung beschließt, dass die militärischen Führer und Provinzgouverneure sowie die Provinzialräte der besetzten Provinzen dieses Gesetz so schnell wie möglich in ihnen bekannt machen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den dritten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Tomás Gener, Vorsitzender (Abzeichnung), Domingo Eul^o de la Torre, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung), Bartolomé G. Romero, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zwanzigsten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 442.

n. Zusatzgesetz zum Gesetz vom 22. Oktober 1820 über Druckfreiheit. Königliche Sanktion am 27. Juli 1823 erteilt und vom Parlament am 28. als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes Zusatzgesetz zum Gesetz vom zweiundzwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig über Druckfreiheit erlassen. Überschrift 4: Über die Strafen bei Mißbrauch. Artikel 1: Dem Autor oder Herausgeber einer Schrift, die sich hauptsächlich oder direkt mit der Heiligen Schrift befaßt oder mit den Dogmen der Religion und der dies ohne die Erlaubnis des entsprechenden Kirchenordinarius tut, wird wegen dieses Versäumnisses nur eine Geldstrafe von fünfzehn bis dreißig Duros auferlegt, so jedoch das Werk von den Geschworenen zusätzlich noch anders eingestuft wird, wird die entsprechende Strafe ebenfalls verhängt. Art. 2: Wer wiederholt Schriften veröffentlicht, die die gleiche Einstufung erhalten wie eine, die er schon zuvor veröffentlicht hatte, der wird als Wiederholungstäter mit den Strafen belegt, die das Kapitel 5 der Einführungsüberschrift des Strafgesetzbuches hierfür vorsieht. Art. 3: Für die vorhergehenden Artikel sowie für alle anderen des Gesetzes wird unter Veröffentlichung verstanden, dass der Drucker dem obersten Provinzgouverneur drei gedruckte Exemplare des Werkes überreicht, oder dem obersten Bürgermeister in dessen Abwesenheit, von denen dieser eines an den Staatsanwalt für Druckangelegenheiten weiterleitet und zwei an die Parlamentsbibliothek. Der Drucker muß diese Exemplare aushändigen, bevor sie zum Verkauf angeboten werden, auch darf er sie niemand anderem unter keinen Umständen übergeben, unter Androhung einer Geldstrafe von zwanzig bis dreißig Duros; und wenn er dies nicht tut, wird außer der Geldstrafe noch so gehandelt, als ob er sie verbotenerweise verkauft hat ab dem Augenblick, da ein Exemplar seine Druckerei verlässt. Art. 4: Gegen den Autor oder Herausgeber einer Druckschrift kann erst dann vorgegangen werden, wenn die Geschworenen erklärt haben, es bestünde Grund, den Prozess zu eröffnen, es sei denn, der Anzeigende strengt einen Prozess an wegen Verleumdung, in welchem Fall er sich an ei-

nen Amtsrichter wenden kann, damit dieser dem Drucker befiehlt, den Verantwortlichen der Schrift zu nennen. Der Verleumdungsprozess reduziert sich dann darauf, den Beklagten aufzuzeigen, damit er Beweise für seine Versicherung innerhalb einer Frist, die sich an die in den Gesetzen festgelegte hält, vorlege, welche für den Kläger verbindlich ist; und nach der Beweisvorlage, bei der auch der Ausschluß von Geschworenen geschehen kann, wie es im Gesetz vorgesehen ist, so dies eine der Seiten beantragt, wird nur noch ein Schreiben von jeder Seite zugelassen und es wird selbstverständlich zur Urteilsfindung geschritten ohne zusätzliche Vorladungen oder sonstige Schritte, außer dem Einspruch und der Apellation, so dies der Fall sein sollte, wie auch bei den anderen Strafprozessen. Überschrift 5: Über die Verantwortlichen. Art. 5: Der Autor oder Herausgeber eines jeden Werkes muß dem Drucker ein am Ende unterschriebenes und auf jeder Seite abgezeichnetes Exemplar überlassen; handelt es sich jedoch um einzelne Zeitungsartikel, kann entweder so vorgegangen werden oder aber es wird der Originalartikel dem Drucker unterschrieben und abgezeichnet gelassen. Art. 6: Der Drucker ist, außer in den von Artikel 596 des Strafgesetzbuches aufgezeigten Fällen, in den folgenden Fällen verantwortlich: Erstens: Wenn er unter seinem eigenen Vor- und Nachnamen und mit Orts- und Datumsangabe eine Schrift druckt, die zuvor schon ohne diese Angaben in Umlauf war. Zweitens: Wenn es sich bei der Person, die die Schrift unterschreibt, um einen Schwachsinnigen oder Geistesgestörten handelt, oder um jemand, der noch keine siebzehn ist oder um jemanden, der als Strafe für ein Delikt seiner Freiheit beraubt. Wer aufgrund eines Strafprozesses Sträfling ist, ist nur verantwortlich bei Schriften, die sich einzig und allein auf seine Straftat beziehen oder auf Angelegenheiten, die damit einhergehen. Art. 7: Sollten die Geschworenen zu dem Schluß gelangen, es sei in einer Druckschrift einer der in Artikel 592 des Strafgesetzbuches genannten Fälle des Mißbrauchs begangen worden, so werden nicht nur der Autor oder Herausgeber entsprechend bestraft, sondern in den jeweiligen Fällen werden der Drucker und der Buchhändler den allgemeinen Regeln für Handlanger, Komplizen, Mitwisser, Helfer, Drahtzieher und Helfershelfer unterworfen, die dieses Gesetzbuch vorschreibt. Überschrift 7: Wie bei dieser Art von Prozessen vorzugehen ist. Art. 8: Der Ankläger muß den Mißbrauch oder die Mißbräuche darlegen, von denen er glaubt, die Schrift habe sie begangen, wobei sich strikt an den Artikel 592 des Strafgesetzbuches gehalten wird und der Platz oder die Plätze, an denen sie sich befinden, genannt wird; und die Geschworenen entscheidet säuberlich getrennt über einen jeden Fall der in der Anzeige aufgezeigten Mißbräuche, wobei sie nur über diese entscheiden und nicht über einen in der Anklage nicht erwähnten, auch wenn dieser im Werk existieren sollte. Art. 9: Bei der Auslosung der Geschworenen, wie Artikel 43 und 53 des Gesetzes vom zweiundzwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig besagt, werden ein Drittel mehr gezogen, als die eigentlich vorgeschriebenen, damit sie die Reserveliste bilden und in der gezogenen Reihenfolge diejenigen ersetzen, die wegen erzwungener Abwesenheit, Krankheit oder **Weigerung** nicht teilnehmen, unter Einhaltung der Vorschriften des Artikel 582 des Strafgesetzbuches. Art. 10: Sowohl der Anzeigerstatter als auch der Beschuldigte dürfen aus begründeten Motiven die Geschworenen der dritten Liste ablehnen, auch wenn sie schon in den beiden ersten Listen soviele Ge-

schworene wie es ihnen vom Gesetz zugestanden ist, abgelehnt haben. Art. 11: Die Gründe für Ablehnung aus begründeten Motiven müssen basieren auf: Erstens. Aufgrund von verwandschaftlichen Beziehungen entweder zu dem Anzeigerstatter oder dem Beschuldigten bis zum vierten Grad der Blutsverwandschaft oder dem zweiten Grad der Verschwägerung, wie es das Zivilrecht bestimmt: Zweitens. Bei einem offenkundigen Grund zum Haß gegen eine der Seiten wie z.B. ein anhängiges Gerichtsverfahren mit ihr zu haben, oder dies gehabt zu haben oder bei einem Gerichtsverfahren ihr übel nachgeredet zu haben oder bekannterweise ihr Schikanen verursacht zu haben: Drittens. So die abgelehnte Person gegenteilige Auffassungen als der Beschuldigte in der Angelegenheit, um die es im Prozess geht, veröffentlicht hat oder umgekehrt: Viertens. So sie einer Körperschaft angehört, der auch der Anzeigerstatter oder der Beschuldigte angehört. Art. 12: Unter Einschränkung auf diese Gründe werden die begründeten Ablehnungen dem Obersten Bürgermeister der Hauptstadt der Provinz, in der der Prozess stattfindet, von zwei lauterer Männern, die die Bürgerrechte besitzen, von denen einer vom Anzeigerstatter und der andere vom Beschuldigten ernannt wurde. Art. 13: Der Ablehnungsprozess wird unförmlich, durch Zeugenaussage oder unter Vorlage von Unterlagen in nicht mehr als drei Tagen durchgeführt und es wird durch Zweidrittelmehrheit ohne Einspruchsmöglichkeit entschieden, wobei die Frist für alle Ablehnungen gilt. Art. 14: Sollten durch Ablehnungen oder aus anderen Gründen nicht genügend Geschworene übrig bleiben, werden die restlichen unter denjenigen ausgelost, die es im Jahr zuvor waren. Art. 15: Die Anklagegeschworenen müssen sich spätestens drei Tage nach Eintreffen der Anklage beim Verfassungsbürgermeister des Dorfes, in dem der Prozess stattfinden wird, versammeln; und die Einstufungsgeschworenen spätestens sechs Tage, nachdem sich die zuvorgenannten entschieden haben; innerhalb dieser unverrückbaren Frist müssen alle Ablehnungen überprüft werden, ebenso wie die Auslosungen und vom Gesetz vorgeschriebenen Schritte. Eine Ausnahme wird nur angewandt bei den in Art. 52 des Gesetzes vom zweiundzwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig vorgesehenen Fällen sowie bei denen, die im Art. 17 des vorliegenden Gesetzes genannt werden, unter Einhaltung derselben ist es unabdingbar, dass die Fristen von drei und sechs Tagen um so viele Tage verlängert werden, wie es der abwesende Beleidigte benötigt, um innerhalb der zwanzig Tage, die ihm das Gesetz zugesteht, beim Vergleichsverfahren zu erscheinen und die der Drucker benötigt, um zu beweisen, dass es sich nicht um seine Ausgabe handelt, sondern um eine Fälschung. Art. 16: Die Schriften können nur beim Verfassungsbürgermeister der Hauptstadt der Provinz, in der sie gedruckt erscheinen, angezeigt werden, es sei denn, auf dem Titelblatt selbst stünde, dass es sich um eine ausländische Ausgabe handelt oder dass sie im vom Feind besetzten Gebiet entstanden sei oder dass der Name des Druckers und der Ort und das Jahr der Entstehung fehlen; in diesen drei Fällen kann die Anzeige in jeder Provinzhauptstadt erstattet werden, wobei der Verfassungsbürgermeister diese ohne Zeitverlust an den Ort, an dem die Regierung ihren Sitz hat, weiterzuleiten hat, damit sich dort die Geschworenen versammeln, die über diese urteilen sollen. In diesen Fällen oder in dem Fall, dass der Druck die notwendigen Anforderungen erfüllt, wenn der Kläger nachweisen kann, dass das Werk in der

Provinz gedruckt wurde, in dem er die Anzeige erstattet, wird diese unter Ladung des Prozeßvertreters der Gemeinde angenommen und es wird zur Abhaltung des Prozesses unter Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes geschritten. Art. 17: Sofern der Druck anonym oder ausländisch ist oder im Land durchgeführt wurde, in das der Feind eingefallen ist, oder wenn nach der Erklärung der ersten Geschworenen der Drucker beweisen kann, dass die Ausgabe nicht von ihm stammt, auch wenn sie seinen Namen trägt, sondern unter falschem, gestohlenem Namen veröffentlicht wurde, muß der Prozeß weitergehen, wobei als Verteidiger derjenige fungiert, der das Werk verkaufte, der dies entweder persönlich tut oder damit einen Staatsanwalt, der nicht mit dem Anzeigeerstatter identisch ist, beauftragt. Wenn es sich jedoch während des Prozesses herausstellt, dass der Druck in einer anderen Provinz durchgeführt wurde, so wird der Prozess eingestellt und alles bisher getätigte wird weitergeleitet an den für die Verfolgung zuständigen Richter der Provinzhauptstadt. Art. 18: Die Urteile beider Geschworenengremien müssen in der Gaceta veröffentlicht werden und sollte infolgedessen das Werk eingezogen werden müssen, wird über die Buchhändler und Drucker, wie bei allen Fällen, in denen ein Buch aufgrund einer Entscheidung der Geschworenen eingezogen wird, eine Geldstrafe von fünfundzwanzig bis vierzig Duros für jedes Exemplar, das eingezogen wird, verhängt; wird jedoch in der Gaceta verkündet, dass das Werk von der Regierung mit der Zustimmung des Parlaments verboten wurde, erhalten die Buchhändler und Drucker die Strafen, die in Artikel 600, 601 und 602 des Strafgesetzbuches festgelegt sind. Artikel 19: Die Bestimmungen des vorigen Artikels finden keine Anwendung, wenn das Werk unter Auslassung oder Veränderung des beanstandeten Teils neugedruckt wird. Artikel 20: Wenn die Entscheidung der ersten Geschworenen zu Ungunsten der Schrift ausfällt und der Drucker nachweisen kann, dass er nur ein Werk nachgedruckt hat, das zuvor schon in einem anderen Ort des Königreiches gedruckt worden war, wird die Akte in diejenige Provinzhauptstadt geschickt, der dieser Ort angehört, damit dort der Prozess stattfindet; handelt es sich jedoch um den Neudruck einer ausländischen Ausgabe, die geschaffen wurde im vom Feind besetzten Gebiet oder anonym, so muss der Drucker hier haften. Art. 21: Die Exemplare der Neuauflage werden in Übereinstimmung mit Artikel 30 des Gesetzes vom zweiundzwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig eingezogen und solange aufbewahrt, bis die Entscheidung der Geschworenen in der Stadt, in der der Prozess seinen Ursprung hat, bekannt ist. Artikel 22: Sollte der Verantwortliche für eine Schrift verscheiden, während der Prozess noch angängig ist, so wird dieser eingestellt, außer in folgenden Fällen: Erstens. Wenn die Geschworenen der Anklage noch nicht entschieden haben, ob es Grund für die Anstrengung eines Prozesses gibt oder nicht; in diesem Fall wird diese Entscheidung getroffen; sollte sie positiv ausfallen, wird die Schrift eingezogen und das Verfahren eingestellt. Zweitens. Wenn ein rechtmässiger Erbe des verschiedenen Beschuldigten die Weiterführung des Verfahrens beantragt und sich dieses bei den Tatbeständen in der Urteilsfindung befindet. Drittens. Wenn die Anzeige wegen Verleumdung oder Beleidigung erstattet wurde und der Anzeigeerstatter fortfahren möchte, in welchem Falle der Erbe des Beschuldigten für die Urteilsfolgen wie Verlust der Schrift, Bezahlung der Sachen und was sonst noch als Entschädigung

für die geschädigte Seite festgelegt wird, aufkommt, jedoch nicht für die verhängte Geldstrafe, die der Beleidiger oder Verleumder bezahlt, sofern er noch am Leben ist. Artikel 23: So der Autor oder Herausgeber als Verantwortlicher vor Beendigung des Prozesses flieht, wird er, in Übereinstimmung mit Artikel 6 dieses Gesetzes, in Abwesenheit gerichtet wie in Kapitel 8 der einführenden Überschrift des Strafgesetzbuches festgelegt, wobei ein Staatsanwalt, bei dem es sich nicht um den Anzeigerstatter handelt, seine Pflichtverteidigung übernimmt und in der Gaceta wird das Verdikt der Geschworenen veröffentlicht. Artikel 24: Die Verfassungsbürgermeister müssen pünktlich und genauestens den Obersten Provinzgouverneur über die Urteile informieren, die über die angezeigten Druckschriften gefällt wurden, damit dieser sie an die Regierung weiterleitet, die wiederum die Junta zum Schutz der Druckfreiheit davon in Kenntnis setzt. Artikel 25: Diejenigen Werke, die aufgrund von Gesetzen, die vor dem Gesetz vom zweiundzwanzigsten Oktober eintausend achthundert und zwanzig erlassen wurden, zum ersten und zweiten Mal von den Zensurjuntas zensiert wurden und deren endgültige Einstufung noch aussteht, müssen so behandelt werden, als ob die Anklagegeschworenen erklärt habe, es bestünden Gründe, den Prozess zu eröffnen und werden an die Einstufungsgeschworenen weitergeleitet, wie im Gesetz vom zweiundzwanzigsten Oktober vorgesehen. Überschrift 9: Über die Junta zum Schutz der Druckfreiheit. Art. 26: Die Amtsrichter müssen alle drei Monate dieser Junta über die Regierung eine genaue Auflistung der laufenden und beendeten Prozesse über Mißbrauch der Druckfreiheit zukommen lassen. Artikel 27: Die Junta muss sich mit dem Büro der Redaktion der Gaceta ungehend in Verbindung setzen, damit in ihr die Urteile der Geschworenen veröffentlicht werden. Artikel 28: Sollte diese Strafe auf eine Zeitung entfallen, so muss die Junta sich vergewissern, dass diese das Urteil ebenfalls veröffentlicht, hiermit wird der dienstälteste Amtsrichter des Ortes, an dem die Zeitung gedruckt wird, beauftragt. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den zweiundzwanzigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den siebenundzwanzigsten Juli eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 446-449.

o. Gesetz, in dem einige Klarstellungen gemacht werden, um das Eigentum an Schriften und analogen Arbeiten zu sichern. (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen. Art. 1: Die Autoren, Übersetzer, Kommentatoren oder Registratoren einer jeden Schrift und die Geographen, Musiker, Schreiber und Zeichner sind Eigentümer der Schaffungen ihrer Erfindungsgabe und können über sie auf die gleiche Weise verfügen wie über alle anderen Güter. Art. 2: Das gleiche Recht haben diejenigen, die zum ersten Male eine alte Handschrift, ein Manuskript, eine Landkarte, eine Zeichnung, Schriftensammlung oder Partitur an die Öffentlichkeit bringen, die in einer öffentlichen Bibliothek aufbewahrt wurde oder die sich in ihrem Besitz befindet, ohne von ihnen geschaffen worden zu sein. Art. 3: Die Autoren und sonstige Personen, die in den beiden vorigen Artikeln erwähnt werden, können den Besitz, von dem diese handeln, verkaufen, stiften oder auf sonstige Weise weitergeben, genauso wie es das Gesetz für andere Besitzarten vorsieht. Art. 4: Wer im Abstand von zwei Monaten drei Anzeigen in die Parlamentsgaceta setzt und fragt, ob es jemanden gibt, der ein Anrecht auf den Besitz eines Werkes hat, das nicht mehr im Handel erhältlich ist, und in der er sich dazu verpflichtet, sie vor Ablauf eines Jahres ab dem Tag, an dem die erste Anzeige erschien, zu veröffentlichen; der kann dieses neu drucken oder gravieren, wenn innerhalb von sechs Monaten nach Veröffentlichung der ersten Anzeige in der Gaceta niemand im Büro der Gaceta erschienen ist, um über die Ansprüche zu informieren, auf denen sein Recht basiert und die Sicherheiten, die er bietet, damit das Werk neu veröffentlicht wird. Wenn derjenige, der die Anzeigen in die Gaceta setzen ließ, nicht glaubt, die Besitzansprüche seien rechtmäßig, oder mit dem Angebot der Neuveröffentlichung nicht einverstanden ist, kann er beantragen, dass dies dokumentarisch belegt wird und dass die Verpflichtung mit den Formalitäten und Mitteln eingegangen wird, die vom Gesetz vorgesehen sind; sollte jedoch der Eigentümer das eine oder das andere ablehnen, oder auch wenn er diese Sicherheiten leistet mit den entsprechenden Formalitäten, jedoch den Neudruck oder den Stich nicht innerhalb eines Jahres gerechnet ab dem Tag des Erscheinens der ersten Anzeige in der Gaceta ausführt, dann kann derjenige, der die Anzeige in die Gaceta setzte, frei das Werk auf seine Kosten neuveröffentlichen. Art. 5: Sollte in den sechs Monaten, die auf die sechs Monate gerechnet ab dem Erscheinen der ersten Anzeige in der Gaceta, ein Bewohner der spanischen Überseegebiete das Eigentum an dem Werk beanspruchen und auf diejenige Art beweisen, die im vorigen Artikel beschrieben wird, so muss derjenige, der das Werk neu veröffentlicht hat, dem Eigentümer, so dieser es wünscht, alle existierenden Exemplare zum Kostenpreis übergeben, ebenso wie den Wert der schon verkauften, abzüglich der acht Prozent, die als Kommission auf das Produkt entfallen. Art. 6: Wenn durch die Tatsache, dass das Werk in Übersee gedruckt wurde oder durch seinen Kontext zu folgern ist, dass es wahrscheinlich Eigentum einer Person ist, die sich dort aufhält, müssen die drei Anzeigen, von denen in Artikel 4 die Rede ist, im Abstand von jeweils vier Monaten erscheinen, so dass ab der ersten Anzeige ein Jahr verstreicht, bis angenommen wird, dass das Werk von den Eigentümern nicht reklamiert wird. Art. 7:

Ohne die auf diese Weise ausgedrückte Verwaisung des Eigentumsrechtes an dem Werk, hat niemand das Recht, die ursprünglichen Arbeiten neu zu veröffentlichen, noch die Übersetzungen, die alten Handschriften und Manuskripte, die zum ersten Mal veröffentlicht wurden, noch die Notizen, Kommentare, Zusätze oder Vorworte, die einer Schrift hinzugefügt wurden, noch eine ganze Ausgabe einer Zeitung, noch die Zeitungsartikel, die die Wissenschaften oder die Künste behandeln. Ohne diese Voraussetzung kann er ebensowenig Anmerkungen im Werk selbst machen noch es verkürzen, verlängern oder korrigieren. Art. 8: Wer ein Werk aufgrund der Bestimmungen der Artikel 4 und 6 reproduziert, hat ausschließlich das Recht, es einmal zu drucken oder zu gravieren und er hat fünf Jahre Zeit, gerechnet ab dem Tag der Veröffentlichung, um dies zu verkaufen. Bevor die genannte Ausgabe oder der Stich vergriffen ist oder die erwähnte Frist abgelaufen ist, darf niemand sonst von neuem das Werk drucken oder gravieren oder es wird über ihn die Strafe verhängt, die der Artikel 10 dieses Gesetzes hierfür vorsieht. Art. 9: Jeder kann eine neue Übersetzung der in lebenden oder toten Sprachen geschriebenen Bücher veröffentlichen und sollte es eine Reklamation seitens eines Beteiligten darüber geben, dass es sich bei der späteren Übersetzung nicht wirklich um eine neue Arbeit handelt, das auf dem Original basiert, sondern um die gleiche wie die erste mit einigen Abweichungen, so entscheidet der zuständige Richter hierüber, nach Erstellung eines Berichtes von zwei Sachverständigen, die von jeder Seite ernannt werden oder vom Richter selbst, falls diese dies nicht tun und so die beiden nicht übereinstimmen, wird ein dritter Bericht hinzugefügt; und er tut dies unter Einhaltung der Gesetze und wenn sein Urteil für den zweiten Übersetzer negativ ausfällt, so wird über diesen die Strafe verhängt, die der folgende Artikel vorsieht. Art. 10: Wer sich unrechtmäßig das Eigentum an einem Werk aneignet, muss bei Beweis der Straftat dem Besitzer den Wert von eintausend fünfhundert Exemplaren zum Verkaufspreis erstatten für jede heimliche Auflage, es sei denn, es kann bewiesen werden, dass die Auflage höher gelegen hatte, in welchem Falle er zum genannten Preis alle Exemplare bezahlt, die aufgelegt wurden. Die Exemplare, die sich noch im Besitz des Fälschers befinden, werden ebenfalls dem Besitzer ausgehändigt. Artikel 11: Sofern dieser auf einer Seite seines Werkes seine Unterschrift leisten möchte oder ein sonstiges Zeichen, das graviert, gedruckt oder handgeschrieben ist, muss erklärt werden, dass alle Exemplare, die dieses Zeichen nicht aufweisen, Fälschungen sind; und der Drucker bezahlt dem Eigentümer des Werkes den Gegenwert des Verkaufspreises von fünfzig Exemplaren, in dem Fall, dass der Betroffene ein Exemplar ohne Zeichen vorlegt und der Verfassungsbürgermeister nach Anhörung zweier Buchdrucker oder -händler, die von diesem ernannt wurden, in mündlicher Verhandlung entscheidet, dass dieses Exemplar den identischen Druck hat wie diejenigen, die der Autor unterschrieben hat, oder dass nur das Blatt, auf dem sich die Unterschrift oder das Zeichen befinden sollte, gefälscht ist. Artikel 12: Wenn auf rechtliche Weise bewiesen wird, dass der Drucker hinterhältigerweise fünfundzwanzig Exemplare zusätzlich zu denen, die demjenigen ausgehändigt wurden, der den Druck in Auftrag gab, einbehalten hat, wird über diesen die Strafe verhängt, die Artikel 10 vorsieht. Artikel 13: Der Besitzer eines Werkes muß mittels der Gaceta über die auffallendsten Eigenschaften der gefälschten Exemplare informieren und

wer nach Ablauf von fünfzehn Tagen nach Veröffentlichung der Anzeige eines davon verkauft, bezahlt beim ersten Mal fünfundzwanzig Duros, beim zweiten Mal einhundert und beim dritten und den darauffolgenden Malen, bei denen ihm nachgewiesen werden kann, dass er eben dieses Werk verkauft hat, dreihundert Duros; diese Geldstrafen gehen in Gänze an den Eigentümer, da die Gerichtskosten stets zu Lasten des Zuwiderhandelnden gehen. Art. 14: Wenn derjenige, der den betrügerischen Druck im Ausland oder auf dem spanischen Festland bezahlt oder in Auftrag gegeben hat, diese Ausgabe nicht dort verkauft, sondern sie in die spanischen Überseegebiete schickt, damit sie dort verkauft wird, erhält er die doppelte Strafe für jeden der genannten Fälle und mit der gleichen Anwendung. Die gleiche Strafe wird bei denjenigen angewandt, die in den spanischen Gebieten in Amerika Werke von spanischen Autoren in den schon genannten Fällen drucken, verkaufen oder im Ausland gedruckte Exemplare zum Verkauf einführen; und die gleiche Strafe gilt auch für diejenigen, die den gleichen Betrug mit spanischen Autoren aus Übersee auf dem spanischen Festland leisten. Art. 15: In allen erwähnten Fällen ist die widerrechtliche Aneignung des Eigentums ein Diebstahlsdelikt, so dass erklärt wird, dass für einen Vergleichsprozess hier kein Platz ist, da der Art. 282 der Verfassung und mehrere Parlamentserlässe dies nur bei zivilen Rechtsstreitigkeiten und bei den strafrechtlichen nur bei Beleidigung vorsehen. Art. 16: Alle Strafen, die oben beschrieben wurden, werden in der Parlamentsgaceta veröffentlicht, ebenso wird dort angekündigt, wenn ein Werk eingezogen wird unter Berücksichtigung der Gesetze über Druckfreiheit. In diesem Fall kann die Regierung alle Exemplare, die dem Besitzer des Werkes gehören, beschlagnahmen und aufbewahren oder verbrennen; jedoch geschieht dies unter keinen Umständen mit den Exemplaren, die Privatpersonen zum Eigengebrauch erworben haben. Art. 17: Die Buchhändler und Drucker sind dazu verpflichtet, alle Exemplare der Werke auszuhändigen, von denen im vorigen Artikel die Rede ist, wobei für jedes Exemplar, das sie zurückbehalten, eine Geldstrafe von fünfundzwanzig bis vierzig Duros verhängt wird. Art. 18: Die Werke von spanischen Schriftstellern, die im Ausland gedruckt werden, die entweder Gemeineigentum sind oder aber, wenn sie einen Besitzer haben, mit seinem Einverständnis dort gedruckt werden, können nach Spanien eingeführt und dort verkauft werden, unter Zahlung der festgelegten Rechte oder derjenigen Unkosten, die durch die Zollgebühren entstehen. Art. 19: Durch dieses Gesetz verlieren alle vorherigen ihre Gültigkeit, in denen es um das Eigentumsrecht an literarischen Schöpfungen geht, und über die Einfuhr nach Spanien von auf spanisch geschriebenen Büchern, die im Ausland gedruckt wurden. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den zweiundzwanzigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zweiten August eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 453-454.

p. Gesetz, das erklärt, dass die Gerichte in Übersee den Prozeß neu beginnen müssen, wenn sie sich mit Nichtigkeitsbeschwerden beschäftigen (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen. Die Gerichte in Übersee, die sich mit Nichtigkeitsbeschwerden befassen, die gegen die Urteile in zweiter oder dritter Instanz eingelegt werden, beginnen den Prozess neu, indem sie ihn zurückverweisen und dem Obersten Gerichtshof davon in Kenntnis setzen in den Fristen und zu dem einzigen Zweck, der in Artikel 269 der Verfassung vorgesehen ist. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den zweiundzwanzigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zweiten August eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 458.

q. Gesetz, das erklärt, dass die Überseebischöfe frei alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustehen, ausüben können (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen. Angesichts der Schwierigkeiten, die die Bischöfe in den Überseeprovinzen haben, die Kurie in Rom anzurufen, steht es ihnen frei, alle Befugnisse, die ihnen von Rechts wegen zustehen, auszuüben. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den zweiundzwanzigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zweiten August eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 462.

r. Gesetz, das die Stellen derjenigen Beamten, die zum Feind übergelaufen sind oder nicht der Regierung gefolgt sind, als vakant erklärt (22-VII-1823). Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen. Artikel 1: Selbstverständlich werden alle diejenigen Stellen, Ämter und Ränge eines jeden Zweiges als unbesetzt erklärt, die bisher von Personen innegehabt wurden, von denen die Regierung Kenntnis hat, dass diese in den Dienst des Feindes übergelaufen sind oder aber sich ohne gerechtfertigten Grund weiterhin auf von ihm eroberten Gebiet aufhalten. Artikel 2: Ebenso werden diejenigen Stellen, Ämter und Ränge ab dem sechzehnten August als unbesetzt erklärt, die von Personen innegehabt werden, die der obersten Regierung der Nation hätten folgen sollen und sich bis zu diesem Datum noch nicht auf der Insel von Cádiz präsentiert haben. Diejenigen, die sich vor Ablauf dieser Frist präsentieren, werden ihr Amt erst dann ausüben, wenn sie der Regierung zufriedenstellend darlegen können, dass es ihnen absolut unmöglich gewesen war, dies früher zu tun und dass sie den Feind weder anerkannt haben noch ihm zu Diensten waren. Artikel 3: Von der Regelung des vorigen Artikels werden diejenigen Beamten ausgenommen, die auf Befehl der Regierung außerhalb deren augenblicklichen Aufenthaltsortes geblieben waren oder eine legitime Freistellung haben, bei diesen werden ihre Stellen und Ämter erst dann als unbesetzt erklärt, wenn sie es versäumen, sich innerhalb eines Monats nach Ablauf der Freistellung oder nach Abschluß der Mission oder dem Auftrag, mit denen sie die Regierung betraut hatte, nicht vor dieser präsentieren und wenn sie dies innerhalb dieser Frist tun, nicht zufriedenstellend erklären können, dass es ihnen absolut unmöglich gewesen war, sich sofort nach deren Beendigung zu präsentieren und dass sie den Feind weder anerkannt haben noch ihm zu Diensten waren. Diejenigen, die eine unbefristete Freistellung haben, müssen sich nächsten August auf ihren Stellen melden, wobei gegen diejenigen entsprechende Schritte unternommen werden, wenn bekannt wird, dass sie in der Zwischenzeit ihren Pflichten nicht nachgekommen sind. Artikel 4: Die Regierung beschäftigt diejenigen, die ihren Posten aufgegeben und ihr gefolgt sind oder vor dem ausländischen Joch geflohen sind und wird denjenigen, die im vom Feind besetzten Gebiet verblieben sind, nichts bezahlen, bis diese der Regierung nicht zufriedenstellend nachgewiesen haben, dass sie dies aufgrund ihres Verhaltens nicht verdienen. Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den zweiundzwanzigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zweiten August eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 466.

s. Gesetz, das die Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes verbietet. Königliche Sanktion am 2. August 1823 erteilt und vom Parlament am folgenden Tag als Gesetz veröffentlicht.

Unter Einhaltung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Schritte, hat das Parlament folgendes erlassen: „Die Rechnungslegungsverfahren bei Beendigung eines Amtes werden verboten.“ Dies legt das Parlament S.M. vor, damit er ihm seine Sanktion erteile. Cádiz, den einunddreißigsten Juli eintausend achthundert dreiundzwanzig. Pedro Juan de Zulueta, Vorsitzender (Abzeichnung). Francisco de Paula de Soria, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung). Vicente Navarro Texeiro, Abgeordneter Sekretär (Abzeichnung).

Anschließend die fünf folgenden Zeilen weit auseinandergeschrieben. In Cádiz, den zweiten August eintausend achthundert und dreiundzwanzig. Als Gesetz zu veröffentlichen. Ferdinand (Abzeichnung). Als Staats- und Kanzleisekretär für Gnade und Justiz. José M.^a Calatrava (Abzeichnung).

ACD, Reservados, Bd. 60, Bl. 470.

4. Gutachten der Kommission für Gnade und Justiz des Staatsrates über den Gesetzesentwurf vom 5. Juni 1821 über die Verständlichkeit des Artikel 5 des Erlasses des in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung versammelten Parlaments vom 6. August 1811 über die Abschaffung des Feudallandes.

(*Am Rande:* Die Herren García, Ibar-Navarro, Aycinena, Pezuela, Ortiz und Cabrera). Die Kommission für Gnade und Justiz hat den vom Parlament S.M. zur Erteilung der Sanktion vorgelegten Gesetzesentwurf vom 5. Juli d.J. sorgfältig geprüft.

Er hat seinen Ursprung in der Einholung eines Gutachtens seitens des Landgerichtes von Valencia vom 21. September 1812, in der es angesichts der Berufung des Grafen von Altamira gegen eine vom Gericht in Elche ergangene richterliche Entscheidung, seine Zweifel am ehrlichen Sinn und dem wirklichen Verständnis des Artikel 5 des Erlasses des in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung versammelten Parlament vom 6. August 1811 über die Abschaffung des Feudallandes ausdrückte und anfragte: „Wenn die zuvor Lehnsherren genannten weiterhin die Leistungen empfangen wollen, die sie bis dato erhielten, diese die Erwerbsurkunden vorlegen müssen;“ so dass der Entwurf sich anscheinend darauf beschränken sollte, den wahren Sinn des erwähnten Artikel 5 des Erlasses vom 5. August aufzuzeigen, worauf sich letztendlich die Einholung des Gutachtens seitens des Landgerichtes von Valencia zusammenfassen lässt.

Die Kommission findet kein begründetes Motiv für diese Zweifel. Mit der Abschaffung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und der Überführung der Feudalherrschaft über Landbesitz in die Klasse der Privateigentümer durch die Bestimmungen des Erlasses, die sowohl für die einen als auch für die anderen zwingend sind, findet die Kommission keinen Grund dafür, dass das Landgericht die Akte weiterleitete bei den Punk-

ten, die erstere betreffen, jedoch nicht die zweiten. Nicht weil der Besitzer die Urkunde vorlegt oder nicht vorlegt, wird er seines Besitzes verlustig: in der Überprüfung, die im Eigentumsprozess durchgeführt wird oder um einzustufen, ob oder ob nicht das Gut zu denen gehört, die der Nation übergeben werden, behalten die Besitzer das Recht auf Erhalt der Dienstleistungen, die mit dem Besitz zusammenhängen, nicht mit der Feudalherrschaft: dieses Recht stammt direkt aus dem Besitz selbst, ob dieser nun gerecht oder ungerecht sei, seit langem oder seit kurzem, und es dauert so lange an, bis das Urteil über die Übergabe gefällt worden ist, oder der Besitz durch eine andere Urkunde verloren wird; auch in der Annahme, dass die Besitzurkunde vorgelegt werden muss, wenn dies nicht geschieht, bedeutet das nicht, dass der augenblickliche Besitzer aufhört, dies zu sein, noch, dass er vom Beklagten zum Kläger wird; und in der Unsicherheit über die Gerechtigkeit des Titels ist es unabdingbar, dass jeder Besitzer seinen Besitz solange behält, bis ein Urteil über die Zweifel entscheidet.

Da das Oberste Gericht von festen und konsequenten Rechtsregeln geleitet wurde, auf die es nicht verzichten konnte noch durfte, fand es keinerlei Unklarheiten im sicheren Verständnis des erwähnten Artikel 5, womit bewiesen wäre, dass laut seinem Inhalt bei den Feudalherrschaften über Landbesitz nicht nur die Dienstleistungen nicht aufhören dürfen, sondern dass die ehemaligen Lehnsherren nicht dazu verpflichtet wurden, die Erwerbsurkunde vorzulegen, ohne dass dem eine formelle Klage und eine richterliche Entscheidung voranging, mittels der vom Gesetz für diese Fälle vorgesehenen Schritte und Vorgehensweisen. Nicht einmal den drei Ministern, die abweichend abstimmten und dies begründeten, fiel es ein, die Urkunden vorzulegen, weil der Erlass es so verlangte, und dies gründete darauf, dass die Einsprüche gegen die Übertragung an die Nation und die entsprechenden Gesetze nicht die erwartete Wirkung gezeigt haben aufgrund der Schwierigkeiten der Dörfer, miteinander einig zu werden und einen gemeinsamen Fond zusammenzutragen und anderer unüberwindbarer Hindernisse, so dass sie der Meinung waren, es sei ratsam, dass die Vorlage der Urkunden zumindest auf Antrag der Dörfer oder der Staatsanwälte überprüft würde, innerhalb einer noch festzulegenden angemessenen Frist; und nach Ablauf dieser Frist, wenn die Urkunden nicht vorgelegt wurden, die Dienstleistungen eingestellt werden müssten; ein schlüssiger Beweis dafür, dass noch nicht einmal in der Auffassung dieser Minister der Artikel diese Vorlage verlangte und erst recht nicht, dass die Dienstleistungen nur nach Vorlage der Urkunden erbracht werden müssten. Sogar die Gesetzgebungskommission des Parlaments drückte das Mißtrauen aus, mit dem dieser Entwurf vorgelegt wurde.

Tatsächlich verlangt der Erlass vom 6. August 1811 nach Auffassung der Kommission keine vorherige Vorlage der Besitzurkunde, damit die ehemaligen Lehnsherren weiterhin die Leistungen erhalten, die sie bis dato aufgrund ihrer Herrschaft über das Land normalerweise erstattet bekommen haben; und nur wenn man sich den Lehren der Geschichte entgegenstellt, den Gesetzen und den verschiedenen grundlegenden Prinzipien der Jurisprudenz und der Politik, kann eine so brutale Auslegung des Erlasses erfolgen, wie sie mit diesem Entwurf vorgelegt wird; und statt sich auf eine einfache Erklärung des Artikel 5 zu beschränken, was der einzige Inhalt der Akte ist, wird unter seinem

Schutz ein vollkommen neues Gesetz erarbeitet, das vollkommen andere Bestimmungen enthält.

Das in Cádiz in ordentlicher und außerordentlicher Sitzung versammelte Parlament wünschte, einen Großteil der Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sich am meisten einer guten Regelung, Bevölkerungswachstum und Wohlstand im Königreich entgegenstellen und veröffentlichte am 6. August 1811 den Erlass zur Abschaffung des Feudallandes, der unter anderem die beiden folgenden Artikel enthält.

Artikel 5: „Die Güter, die zum Feudalbesitz eines Adligen gehören, gehören ab jetzt zur Klasse des Privateigentums mit den damit verbundenen Rechten, es sei denn, sie gehören zu denjenigen, die aufgrund ihrer Natur an die Nation übertragen werden müssen, oder zu denjenigen, bei denen die Bedingungen, unter denen sie verliehen wurden, nicht erfüllt worden sind, was sich aus den Erwerbsurkunden ergibt“.

Artikel 6: „Aus dem gleichen Grund werden ab sofort die Verträge und Abmachungen, die zwischen den ehemaligen Lehnsherren und den ehemaligen Vasallen hinsichtlich der Nutzung, Grundstückspacht, Grundzinsen und ähnlichem abgeschlossen wurden, als Verträge zwischen Privatpersonen angesehen“.

Wenn bei diesen Artikeln, und besonders bei Artikel 5, obwohl diese weniger klar abgefasst sind als es ihm zukommt, da sie von einer ihm eigenen, nicht sehr häufigen, verwirrenden Thema handeln, bei denen so vieles und von so unterschiedlicher Art hineinspielt, nun gut über den Geist und den Zusammenhang überlegt worden wäre und wenn die Worte, mit denen sie verfasst wurden, verglichen worden wären mit denen, die in den vorherigen Artikeln benutzten Ausdrücke bilden, dann hätte man vielleicht entdeckt, dass sie nicht so mißverständlich sind wie sie auf den ersten Blick erscheinen; und folglich wären die Zweifel an ihrem Verständnis, die sich daraus ergaben, nicht entstanden.

Daher entstand beim Landgericht von Valencia, sei es durch seinen Wunsch, es richtig zu machen, sei es durch eine gewisse Schwäche, die sich in der Bitte um ein Gutachten erkennen lässt, die vielleicht der Angst entspringt, der Meinung, die möglicherweise in den Dörfern herrscht, zu widersprechen, dieser Zweifel, der wiederum den Irrglauben eben dieser Dörfer noch verstärkt, ebenso wie der Widerstand gegen die Erfüllung der Gerichtsentscheidungen, der das Eigentumsrecht angreift und den Privatpersonen unschätzbare Schäden zufügt. Um diesen Zweifel zu zerstreuen, hat das Parlament in seiner letzten ordentlichen Sitzung diesen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Erlass vom 6. August 1811 klärt und in Artikel 2 und 3 eine Anwendung der Artikel 5 und 6 wie folgt vorschlägt:

Artikel 2: Ebenso, damit das gutsherrliche Lehen als Privateigentum eingestuft wird, wie in Artikel 5 des genannten Erlasses (vom 6. August) vorgesehen, müssen die Besitzer zuvor durch Vorlage der Erwerbsurkunde beweisen, dass das genannte Gut nicht zu denjenigen gehört, die aufgrund ihrer Natur an die Nation übergeben werden müssen und dass die Bedingungen, unter denen es verliehen wurde, eingehalten wurden, wie im

genannten Artikel festgelegt; ohne die Erfüllung dieser Bedingungen konnten noch können sie nicht als Privateigentum eingestuft werden.

Artikel 3: Folglich werden nur in dem Fall, dass die Urkunden vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, dass die Güter und Länder nicht zu den zu Übergebenden gehören, und dass alle Bedingungen für ihre Verleihung erfüllt wurden, wie in Artikel 6 des Erlasses beschrieben, diejenigen Abkommen und Vereinbarungen als Vertrag zwischen Privatpersonen angesehen und aufbewahrt werden, die zwischen den ehemaligen Lehensherren und Vasallen getroffen wurden hinsichtlich Nutzung, Landpacht, Grundzins und Themen ähnlicher Art.

Zwei Dinge werden also, wie man sieht, in den vorherigen beiden Artikeln festgelegt: 1. die ehemaligen Lehnsherren sind verpflichtet, mittels Vorlage der Erwerbsurkunde zu beweisen, dass die bewirtschafteten und brachliegenden Grundstücke, die sich augenblicklich in ihrem Besitz befinden und von denen sie bisher als die unbestrittenen absoluten Eigentümer galten und angesehen wurden, nicht zu denjenigen gehören, die der Nation übergeben werden müssen; und dass die Bedingungen, so bei der Verleihung Bedingungen gestellt wurden, schon erfüllt sind: 2. Solange sie dies nicht beweisen können, bleibt das Obereigentum, von dem man bisher glaubte, es stünde den ehemaligen Lehnsherren über die erwähnte Grundstücke zu, außer Kraft, ebenso wie die Erfüllung der Verträge, die sie mit ihren ehemaligen Vasallen über Grundstücke, Pachtgüter oder sonstigen Landbesitz abgeschlossen haben.

Aber seien wir einmal ehrlich. Ist es dies, was das in außerordentlicher Sitzung tagende Parlament 1811 in den Artikeln 5 und 6 seines Erlasses vom 6. August sagte oder bedeuten wollte? Die Kommission ist der Auffassung, dass jene Gesetzgeber tatsächlich das genaue Gegenteil von dem sagten, was die Artikel 2 und 3 des neuen Erlasses uns glauben machen wollen, dass sie gesagt haben und die folgenden Überlegungen haben sie zu dieser Auffassung getrieben.

Bei den Instrumenten der Schenkungen und Einkünften aus Dörfern, die von unseren Königen im Namen der Nation an Gemeinschaften oder Privatpersonen gemacht wurden, findet man bei genauer Hinsicht drei Dinge, die normalerweise verschont oder verkauft wurden: 1. Die gutsherrliche Gerichtsbarkeit 2. Die Herrschaft über die Bewohner von Dörfern. 3. Die Herrschaft über ein Land oder den Grund; so dass kraft dieser Schenkungen oder Einkünfte die Beschenkten oder Käufer in sich drei unterschiedliche Konzepte vereinen: das der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, das des Vassallentums und das des Landbesitzes.

Diese drei Konzepte, die manch einer miteinander verwechselt, sind ganz unterschiedlicher Natur: es können die einen von den anderen getrennt sein und jede Art hat seine eigenen und besonderen Rechte. So erkennen es in ihrem Bericht die Kommissionen über Feudalland und die erste der Gesetzgebung an. „Der Feudalherrschaft wohnt nicht das Eigentum des Grundstückes inne, sagen sie, noch dem Eigentümer die Eigenschaft des Lehnsherrn: es handelt sich um unterschiedliche Angelegenheiten und sie ziehen unterschiedliche Rechte nach sich.“

Unter dem Ausdruck Feudalherrschaft verstehen hier die Kommissionen die gutsherrliche Gerichtsbarkeit und das Vasallentum, nicht aber die Herrschaft über Landbesitz und dies mit vollem Recht, denn den ersten beiden steht eigentlich nur der Begriff der Feudalherrschaft zu: die Herrschaft über Landbesitz sollte besser Grundeigentum genannt werden. Die Schenkung oder der Kauf der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit brachte stets das Vorrecht, Justizbeamte und Angestellte an seinen Gerichten zu ernennen mit sich, zusammen mit dem Recht, Kammerstrafen zu verhängen und über ihre Pflichten und Stellen zu entscheiden. Mit der Feudalherrschaft über die Bewohner der Dörfer erlangte man die Befugnis, von den Bewohnern als Vasallen eine Vielzahl von Leistungen aller Art zu verlangen, sowohl Hand- und Spanndienste als auch dingliche oder gemischte, welche, mit Ausnahme der moneda forera, der alle sieben Jahre an den König zu zahlenden Steuer, die gleichen waren, die die Könige normalerweise in den Dörfern, die unmittelbar der Krone unterstellt waren, verlangten. Einige dieser Abgaben haben bis in unsere Zeit hin überlebt: die meisten sind verschwunden, entweder, weil die Zeit sie überholt hat oder weil sie zu anderen, leichter zu tragenden Lasten geworden sind: und aus diesen Lasten und nur aus diesen, bestand der Feudalismus in Spanien. Durch die Feudalherrschaft über Landbesitz oder des Bodens, wurden die Beschenkten oder die Käufer, zu den Herren der bewirtschafteten oder brachliegenden Grundstücke, die sich innerhalb der Grenzen des geschenkten oder gekauften Dorfes befanden; oder anders ausgedrückt, sie wurden zu wirklichen Besitzern.

Als Folge der Artikel 1, 2 und 3 des Erlasses vom 6. August wurden die ehemaligen Lehnsherren der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit verlustig und der denen ihnen verbundenen Befugnisse und Vorrechte und all diese Rechte gingen natürlich an die Nation über.

Unter Bezugnahme auf Artikel 4 (sic) wurde die Lehensherrschaft über die Bewohner der Dörfer über Bord geworfen, und mit ihr fielen auch all diejenigen Leistungen, deren Ursprung im Vasallentum lag, egal welcher Art, ob Hand- und Spanndienste, dingliche oder gemischte.

All dies wurde durchgeführt und keiner der ehemaligen Lehnsherren hat etwas unternommen, um dagegen vorzugehen, denn sie waren überzeugt, dass dieses Vorgehen mit den Gesetzesbestimmungen in Einklang stand. Jedoch geschah nicht das Gleiche, als versucht wurde, ihnen den Genuß ihres Grundeigentums zu nehmen, denn sie kamen zu dem Schluß, dass der Erlass vom 6. August dies so nicht vorsah; weit gefehlt, ganz im Gegenteil, er wollte diese Rechte vollständig und unangetastet beibehalten und dass sie weiterhin besessen und genossen werden.

Stimmt es jedoch nun, dass der Erlass vom 6. August den ehemaligen Lehnsherren in der Art zu Gute kommt wie sie es auffassen? Es scheint unbestreitbar zu sein, wenn man guten Glaubens sich an das Offensichtliche und Natürliche hält, das in seinen Ausdrücken gesagt wird.

Der Artikel 5, in dem begonnen wird, sich um die Herrschaft über Landbesitz auszulassen, enthält den folgenden Satz. „Ab jetzt bleiben die Herrschaft über Landbesitz

in der Klasse der anderen Rechte an Privateigentum“. Bleiben sagt der Artikel. Bleiben bedeutet weiterhin das sein, was es ist oder war. Es wird ab sofort hinzugefügt. Das Adverb jetzt ist Präsens, der Augenblick, in dem gesprochen wird. Die Gesetze beginnen in dem Augenblick zu sprechen, in dem sie veröffentlicht werden. Ab jetzt soll folglich heißen, ab dem Augenblick der Veröffentlichung. Die gleiche Bedeutung nehmen die Worte ab jetzt in Artikel 1 des Erlasses an, wo zu lesen ist: „Ab jetzt bleiben die Güter mit gutherrlicher Gerichtsbarkeit in die Nation eingefügt“. Hier, bedeutet ab jetzt das gleiche wie ab der Veröffentlichung des Erlasses. Und wie sieht es mit den Herrschaften über Landbesitz aus, wie sind diese nach der Veröffentlichung des Erlasses verblieben? In der Klasse sagt der erwähnte Artikel 5 der anderen Rechte des Privateigentums, d.h. wie ein Privateigentum oder das Eigentum einer Privatperson. Tatsächlich wurden die ehemaligen Lehensherren in dem Augenblick, da man ihnen die gutherrliche Gerichtsbarkeit wegnahm, sowie das Vasallentum, durch diese einfache Tatsache zu Privatpersonen und hinsichtlich des Staatslandes, das mittels Kauf oder königliche Schenkung in ihren Besitz gelangte, zu einfachen Eigentümern.

Sie befinden sich in der gleichen Klasse, in der sich die Personen befinden werden, die in Zukunft der Nation ein Grundstück oder Grundstücke abkaufen werden oder die dies durch eine Schenkung zu ihren Gunsten erhalten. Dem folgt logischerweise, was in Artikel 6 vorgesehen ist, d.h., dass die Verträge in Verbindung mit dem Grundstück zwischen den ehemaligen Lehnsherren und Vasallen, die vor der Veröffentlichung des Erlasses abgeschlossen wurden, nach seiner Veröffentlichung (und das bedeuten die Worte ab jetzt, die in diesem Artikel benutzt werden) als Verträge zwischen Privatpersonen angesehen werden müssen, denn ab dem Augenblick ihrer Veröffentlichung gibt es in Spanien weder Lehnsherren noch Vasallen. Es ginge auch nicht, dass in Artikel 6 etwas anderes gesagt würde, nachdem zuvor in Artikel 4 erklärt wurde, dass die Leistungen sowohl dinglicher Art als auch Hand- und Spanndienste unangetastet blieben, die aus einem freien Vertrag entstanden, zur Nutzung des heiligen Eigentumsrechtes.

Aber dieser Art der Auslegung der Artikel 5 und 6 des Erlasses vom 6. August steht diejenige, die in Artikel 2 und 3 des neuen Erlasses dargelegt wird in krassem Gegensatz gegenüber! In ihnen wird erklärt, wenn die ehemaligen Lehnsherren nicht durch Vorlage der Erwerbsurkunden bewiesen, dass ihre Güter, die sie von der Hand des Königs erhalten hatten, sei es durch Schenkung, sei es durch Kauf, nicht zu denjenigen gehören, die der Nation übertragen werden müssen, und dass die Bedingungen, zu denen sie verliehen wurden, schon erfüllt seien; dann endet die Herrschaft, die sie zuvor über diese Güter ausübten und wird unwirksam und ebenso endet die Erfüllung der Verträge, die sie zuvor mit ihren Vasallen gemacht hatten und sie werden unwirksam; wobei beide nur durch ein durchzuführendes Urteil in einem streitigen Verfahren wiederhergestellt werden können. Aus dieser Art der Auslegung des Erlasses vom 6. August ergibt es sich, dass das Wort bleiben, das im Artikel 5 benutzt wird, was bedeutet weiterhin das sein, was es ist oder war hier die Bedeutung enden, unwirksam werden bekommt, d.h. nicht weiterhin sein, nicht fortführen, nicht bleiben; und das Adverb jetzt, das in den erwähnten Artikeln 5 und 6 benutzt wird, und welches im gegenwärtigen Augenblick,

im Moment bedeutet, erhält den Wert oder die Bedeutung eines Ereignisses in der Zukunft. Eine merkwürdige Art der Auslegung, indem ein positives Verb zu einem negativen wird und ein Temporaladverbium der Gegenwart zu einem zukunftsanzeigenden Adverb; noch merkwürdiger ist es jedoch, dass die Kommissionen über Feudalherrschaft und die 1. über Gesetzgebung, dem Parlament eine solche Auslegung vorgeschlagen haben: diese Kommissionen haben in ihrem Bericht, der im Kongress gelesen wurde, abgesehen von den schon erwähnten Vorschlägen, auch die folgenden erbracht, die folglich ihrer Art der Auslegung des Erlasses widersprechen. „Aus dem gleichen Grunde beinhaltet die Abschaffung der Lehensherrschaft, ihrer Rechte und Regalien, weder das Land noch die Rechte, die sich aus diesem ergeben; durch den Erlass wird ersteres verloren; letzteres jedoch bleibt unangetastet: und wer auf diese Weise beide Eigenschaften vereint, behält die des Eigentümers. In dieser Hinsicht besagt der Artikel 5, dass bei der Herrschaft über Landbesitz diese in der Klasse der anderen Rechte über Privateigentum bleiben“. Man kann keine naivere Verwirrung verursachen, dass die Herren die Herrschaft über ihre Grundstücke beibehalten, aber nicht als Herren, sondern als Privatleute oder wie jeder andere Privatmensch eben auch.

Aus dieser Auslegung des Erlasses folgt, dass die Besitzer das Recht beibehalten, diese Leistungen, die sich aus dem Besitz ergeben, weiterhin zu verlangen, bis nach ihrer Anhörung in einem entsprechenden Gerichtsverfahren gegen sie entschieden wird und bestimmt wird, dass die veräußerten Güter der Nation übergeben werden müssen. Wie sonst kann überprüft werden, was in Artikel 5 des Gesetzesentwurfs gesagt wird, dass die Herren im Besitz und Genuß der Ländereien und Grundstücke nicht gestört werden, die ihnen bislang als Privatbesitz gehörten, außer in den Fällen und mit den Mitteln, die das Gesetz vorsieht? Sie werden es zweifellos, und mehr noch, sie werden dies auch dann noch, wenn sie die Urkunden vorgelegt haben, wenn dank der Erweiterung, die in diesem Entwurf dem Artikel 5 gegeben wurde, erst wenn ein vollstreckbares Urteil vorliegt, das besagt, ihre Ländereien und Landbesitz gehöre nicht zu denjenigen, die der Nation zu übergeben sind, und dass alle Bedingungen, unter denen sie verliehen worden waren, erfüllt sind, die Dörfer dazu verpflichtet sind, etwas zu zahlen, und nur Sicherheiten leisten müssen, dass sie alles leisten werden, was sie aufgehört haben zu leisten, so dass das Verfahren zu ihren Ungunsten ausgehen sollte. Eine schöne Art übrigens, den Besitz und die legitimen Rechte aller Individuen, die laut Artikel 4 der Verfassung die Nation bilden, zu schützen und zu bewahren!

Es stimmt nicht, wie anscheinend die Parlamentskommissionen meinen, dass durch den Erlass alle Gesetze, die eine andere Urkunde als die Erwerbsurkunde akzeptieren und die den Besitzern zugute kommen, außer Kraft gesetzt werden. Der Erlass bestimmt, dass die Richter sich im Ganzen nach dem richten, was in ihm bestimmt wird, was das gleiche ist, das alle Gesetze bestimmen. Wenn jedoch etwas nicht bestimmt ist, oder Zweifel daran bestehen, was bestimmt ist, wohin soll man sich dann wenden? Auch dies steht im Erlass selbst schon: an die Gesetze, die durch seinen Tenor nicht außer Kraft gesetzt wurden. Und an welcher Stelle des Erlasses wird erklärt, dass die ehemaligen

Lehnsherren zum Weiterbezug der Leistungen die Erwerbsurkunden vorlegen müssen? Dies ist der Zweifel und hier muß auf die Gesetze über das Thema zurückgegriffen werden, um zu entscheiden, was bei diesem Punkt der Wille der Gesetzgeber war, von denen gesagt wird, sie seien berücksichtigt worden und von denen gewollt wird, dass sie weiterhin anwendbar sind durch die Tatsache, dass sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt worden sind. Zu sagen, dass die Gesetzesgeber das Gegenteil wollten, oder dass es verborgen erklärt wurde, und den Erlass auf ihre Art auszulegen, bedeutet, die Frage durch den Zweifel selbst zu entscheiden; und die ehemaligen Lehnsherren werden es auf ihre Weise auslegen. Aber so seien sie meinetwegen alle außer Kraft gesetzt. Die Kommission wird daher davon absehen, auf eine der zahlreichen Sammlungen zurückzugreifen, die zugunsten der Besitzer bestehen. Aber werden durch den Artikel auch alle allgemeinen Rechtsregeln außer Kraft gesetzt, die in allen Nationen bestehen, und die Prinzipien, die man als immerwährende Gerechtigkeitsprinzipien bezeichnen kann, die keinerlei Änderungen unterworfen sind, noch ausgelegt? Nun, einzig diese sind es, die ohne die Notwendigkeit, auf frühere Gesetze zurückzugreifen, die Zweifel zerstreuen: diese bestimmen, dass der Besitzer in seinen Besitz geschützt wird und in ihm beibehalten: dass er ihn nicht ohne vorherige Prüfung und Inkenntnissetzung der Tatsachen verliert und dass er hierzu beklagt wird; d.h., dass er als Häftling angesehen wird und nicht als Kläger: diese sind es folglich, die es nicht gestatten, dass die Herren ihrer Landbesitze und Ländereien verlustig gehen und die es verhindern, dass, da die meisten dieser Ländereien zweifellos rechtmäßig erworben wurden und auch rechtsgültig sind, das Gesetz sie ihnen wegnimmt; denn die Gesetze können die dem Besitz entsprechenden Rechte ändern, die Art des Erwerbs bestimmen, ihren gerechten Erwerb schützen, die widerrechtliche Inbesitznahme verurteilen; aber sie können keinesfalls, außer bei Straftaten, jemandem die rechtmäßig erworbenen wegnehmen.

Um diese brutale Auslegung, die im Entwurf dem Artikel 5 des Erlasses vom 6. August gegeben wird, zu unterstützen, wird auf den Grund zurückgegriffen, dass die Rechte der Nation unverjährbar sind und anschließend wird das Gesetz 1, Überschrift 7, Buch 1 der Neunten Gesetzessammlung zitiert. Hier heißt es: „die Besitzer der königlichen Teilpacht, gleich welchen Titels und Grund, diese frei und ausgeräumt lassen und dass wir uns alle Dinge und Früchte, die als Zehent abgegeben werden, einbehalten und mitnehmen, und dass diejenigen, die sich ihrer bemächtigt, übernommen und besetzt haben, und keinerlei rechtmäßige Urkunde haben, vorweisen und belegen, oder eine prescripción inmemorial, eine unvordenkliche Ersitzung, diese verlassen, leeren, zurückgeben und ersetzen, denn wie gesagt, unser Recht ist offensichtlich und klar und wir stützen uns auf unsere Absicht, die unterstützt wird.“

Sicherlich bewunderswert, dass auf ein Gesetz zurückgegriffen wird, das größtenteils genau das Gegenteil von dem beweist, das im Entwurf bestimmt wird: man sagt, dass die Rechte der Nation, wobei hier darunter die Herrschaft über Landbesitz verstanden werden sollte, unverjährbar sind: es wird hier festgelegt, dass analog zu dem, das dieses Gesetz über die königliche Teilpacht anordnet, die ehemaligen Lehnsherren zuvor die Erwerbsurkunden vorlegen müssen, und ohne diese vorherige Vorlage werden keine

weiteren Beweise angenommen; und im Gesetz wird richtig die *prescripción inmemorial* anerkannt; d.h., die Rechte der Nation sind hinsichtlich der königlichen Teilpacht unverjährbar und das Gesetz akzeptiert andere Urkunden als die Besitzurkunden und andere Beweise, ohne die Notwendigkeit, erst diese vorzulegen.

Nicht weniger bewunderswert ist es, dass zum Aufzeigen, dass es nichts neues ist, dass von den Besitzern verlangt wird, ihre Erwerbsurkunden vorzulegen, dieses höchlichst ungerechte Gesetz zitiert wird, das aus allen Poren den anklägerischen Geist der Epoche ausströmt, und als ein Modell angesehen wird, das es würdig ist, nachzuahmen, genau dann, wenn die liberalen Ideen, die Achtung des Eigentums und die Liebe zur Gerechtigkeit strahlen.

Welch brutale Ungerechtigkeit wäre es tatsächlich, wenn jemand, der wenige Tage zuvor die königliche Teilpacht durch Kauf oder eine andere ehrbare Urkunde erworben hatte, wie offensichtlich auch immer, dieser verlustig ginge, da er die Erwerbsurkunde verloren habe oder aus einem anderen rechtmäßigen Grund nicht vorlegen konnte? Und wäre es nicht eine noch grössere Ungerechtigkeit, dies auf die Herren über Landbesitz anzuwenden, bei denen der Erwerb teilweise schon in den Tiefen der Geschichte liegt und aus diesem Grunde die Möglichkeit, die Erwerbsurkunde zu verlieren, groß ist angesichts der zahlreichen Kriege, Brände, Weitergabe von Einem zum Anderen und anderen Ereignissen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben, auch wenn die lange Liste von so vielen und so unterschiedlichen Besitzern die fast unmögliche Aufgabe bewältigt hat, sie ununterbrochen zu überwachen und zu pflegen? Nun, genau das soll laut diesem Gesetz mit denen geschehen, die keinerlei Erwerbsurkunde haben, vorweisen und belegen.

Welch großen Unterschied findet man jedoch zwischen diesem Gesetz und dem heutigen Gesetzesentwurf? Wie gesehen, wird in jenem Gesetz ausdrücklich die *prescripción inmemorial* anerkannt und beim Entwurf nicht: bei jenem bestand kein Zweifel daran, dass alle königlichen Teilpachten durch apostolische, gerechte, legitime und rechtmäßige Zuerkennungsurkunden der Krone gehörten, von wo aus diese zwangsweise an andere Hände gegangen waren; und ist es nicht genauso richtig, dass alle Grundstücke des Landbesitzes zuvor der Krone gehört hatten und von ihr in den Besitz der ehemaligen Lehnsherren gelangten: in jenem wird nicht entschieden, dass die Besitzer der Teilpacht diese in dem Fall verlieren, wenn sie zwar die Urkunde vorlegen, aber ein Rechtsstreit über die Legitimität dieser Urkunden angestrengt wird; und in diesem, wenn auch die Besitzer die Erwerbsurkunden vorlegen, verlieren sie diese erstaunlicherweise bis ein auszuführendes Urteil zu ihren Gunsten den Rechtsstreit entscheidet, wobei die Dörfer nur die Pflicht haben, eine Sicherheit zu leisten.

Und wohin führt uns nun die Argumentation des Gesetzes für den Besitztum, sprich, dass der König seine Absichten stützt, ableitet oder wie auch immer, auf und von der Nation, angewandt auf die Herrschaft über Landbesitz? Dies würde ausgedehnt auf das gesamte Gebiet, das die Nation umfaßt und es gäbe keinen Besitzer, nicht einmal

des kleinsten und armseligsten Grasfleckens und der einfachsten Hütte, der aus diesem Grunde seines Besitzes nicht verlustig gehen könnte.

Man muss zwischen den sogenannten Rechten der Nation, die unverjährbar sind und denen, die es nicht sind, unterscheiden; oder aber: welche Rechte sind Besitz, der aus Grundstücken und Land besteht, die den Gütern der Nation zuzuordnen sind. Diese sind veräußerbar und verjährbar, wie die einer jeden Privatperson: mit dem gleichen vollen und absoluten Eigentumsrecht wie diese, ist die Nation Besitzerin und Eigentümerin ihrer Güter und mit dem gleichen absoluten Eigentumsrecht kann sie sie veräußern: so geschah es schon zu allen Zeiten und so geschieht es auch heute mit so vielen Verkäufen ihres Besitzes. Sonst befände sie sich in einer schlechteren Lage als die Privatpersonen und wehe der Nation, die nicht auf diese Möglichkeit zurückgreifen kann, um ihre Schwierigkeiten zu überwinden, sie fände in diesem Falle niemanden, der ihr Grundstücke abkaufen würde; ohne dass das Eingreifen des Parlaments eine Garantie darstellt, denn mit der gleichen Formalität und oftmals mit größerer Dringlichkeit wurden viele der früheren Veräußerungen durchgeführt. Hier nun erlangen die Käufer dieser Ländereien das volle Eigentumsrecht über diese: dass durch die einfache Tatsache, dass sie Eigentümer sind, ihr Eigentum als solches respektiert wird, ebenso wie bei Eigentum, das sie von anderen Privatpersonen erworben haben, dass ihr Genuß nicht gestört wird noch sie belästigt, sondern dass sie als Eigentümer beklagt und angesehen werden und nicht als Kläger; und dass ihnen alle Arten von rechtlichen Beweisen zugestanden werden müssen, sowohl instrumentarische als auch Zeugenaussagen zum Beweis ihres rechtmässigen Erwerbs. Nicht einmal diesem steht der Ausdruck „was sich aus den Erwerbsurkunden ergibt“, mit dem Artikel 5 des Erlasses vom 6. August schließt, entgegen; denn diese Wortwahl schließt andere Beweise nicht aus, auch für den Fall, dass die Erwerbsurkunde vorgelegt wird; sei es nun freiwillig seitens des Eigentümers oder nachdem eine richterliche Entscheidung nach einer Klage von ihm verlangt, wie diese Klausel des Artikels zu verstehen ist. Die unverjährbaren oder unveräußerlichen Rechte der Nation sind die politischen Rechte, wie die Freiheit, die Souveränität, die Gleichheit, etc., etc., etc., und von daher rührt die Macht und die Befugnis des Gesetzes, dem Feudalsystem ein Ende zu bereiten.

Die Vermutung des unrechtmässigen Erwerbs der Herrschaft über Landbesitz ist ein weiterer Grund, auf den zurückgegriffen wurde und hier handelt es sich um einen weiteren Irrtum, der schon oftmals von der Geschichte bewiesen wurde. Diese Ländereien bestehen, die in Zeiten vor Bestehen der Krone erworben wurden, durch Eroberung durch eben die Privatpersonen und als unabhängige Herrscher, deren Herrschaft mit der Zeit sich auf die gutsherrliche Gerichtsbarkeit beschränkte: andere stammen aus einem Abkommen oder einem Vertrag zwischen den ehemaligen Lehnsherren und den Königen, als Lohn für die eingegangene Verpflichtung, zur Eroberung durch die Bereitstellung von soundsoviel Lanzen oder Männern oder mit sonstigen Hilfsleistungen beigetragen zu haben: es gibt diejenigen, die als Bezahlung für die Krone und der Nation geleisteten herausragenden Dienste: sie entstanden durch Tausch, Kauf und tausend anderen mit Auflagen verbundenen Urkunden, so dass also, wenn man die Geschichte be-

trachtet, zu sehen ist, dass die Anzahl der Veräußerungen, die die Krone mit rechtlicher Urkunde durchgeführt hat, unendlich höher liegt als die, die ohne diese durchgeführt wurden. Folglich besäßen viele der Familien der ehemaligen Lehnsherren keine dieser Ländereien, die sie nicht behalten sollten: noch mehr sogar, die mehr Land rechtmäßig erworben haben als unrechtmäßig und nur sehr wenige, auf die der letzte Fall zutrifft. Wäre es gerecht, weil einige wenige einige wenige Ländereien besitzen, die von der Krone rechtswidrigerweise veräußert wurden oder von ihr erworben wurden, dieser bei den andern Ländereien, oder mehr noch, alle anderen, die keinerlei Ländereien dieser Art besitzen, ihres Besitzes plötzlich verlustig gingen ohne weitere Prüfung oder Überlegung. Dies wäre das gleiche, wie wenn man gegen alle Bewohner eines Dorfes als Mörder vorgehe, weil der Verdacht gegen einen der ihren als solchem besteht. Auf welche Irrwege bringt uns manchmal das Bestehen auf unserer Meinung!

Und dieser Grund der höheren Anzahl ist ein Beweis für die in Artikel 5 aufgestellte allgemeine Regel: „Die Güter, die zum Feudalbesitz eines Adligen gehören, gehören ab jetzt zur Klasse des Privateigentums mit den damit verbundenen Rechten“ und die Ausnahme folgt: „es sei denn, sie gehören zu denjenigen, die aufgrund ihrer Natur an die Nation übertragen werden müssen, oder zu denjenigen, bei denen die Bedingungen, unter denen sie verliehen wurden, nicht erfüllt worden sind“; denn abgesehen von der aufgeführten Reihenfolge und dem Ausdruck es sei denn, was soviel bedeutet wie mit Ausnahme von; so bestätigen es die allgemeinen Regeln dessen, das erst kommt, was häufiger ist, dann, was weniger häufig; oder dass man mit dem Allgemeinen anfängt und dann zum Besonderen übergeht.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Dörfer keinerlei Interesse an diesem Besitzentzug haben: ihr Interesse ist das gleiche, das ein jeder Erbpächter oder Pächter daran hat, dass das Obereigentum von einer Person an eine andere übergeht; da diese Änderung seine Rechte und Pflichten nicht betrifft, kann er noch nicht einmal als Beteiligter an dieser Transaktion angesehen werden. Wenn die Dörfer bisher bei den Verfahren über Übergabe und Rückgabe präsent gewesen sind, hat hier die Art der Beziehung, die sie direkt durch diese Lehensherrschaft betrifft, mitgespielt; aber da nun diese Art der Lehensherrschaft abgeschafft ist, und der Rechtsstreit heute beschränkt ist auf die Rechte des Privateigentums, gewinnen sie nichts, wenn sie dem Staat übergeben werden noch verlieren sie, wenn sie weiterhin in Besitz von Privatpersonen verbleiben. Mehr noch: dieser Schritt muss nur kurz andauern, wenn, wie anzunehmen ist, der Staat das Eigentum veräußert, das ihm übergeben wurde, um aus ihm den höchstmöglichen Nutzen zu ziehen. Folglich verbesserten die Dörfer ihr Schicksal nicht und welch Vorteil diese auch immer der Nation beitragen können, es handelt sich immer um einen falschen, vergänglichen und auf einer alarmierenden und schädlichen Ungerechtigkeit basierenden Vorteil; wobei zu befürchten ist, dass die Betroffenen die Zahl der Feinde des Systems immens ansteigen läßt.

In Übereinstimmung also mit dem zuvor Dargelegten, kann von den Artikeln, aus denen der Entwurf besteht, folgende Zusammenfassung gemacht werden.

Der 1. ist nutzlos, denn alles, was er enthält, steht schon in dem Erlass, auf den er sich bezieht und hierüber bestanden keine Zweifel.

Der 2., 3., 4. und 5. stehen in direktem Widerspruch zu dem gleichen Erlass.

Und der 6., 7., 8. und 9. haben nichts mit dem Thema zu tun.

Aus den genannten Gründen ist die Kommission folglich der Ansicht, dem Gesetzesentwurf solle die Sanktion verweigert werden und sei an das Parlament zurückzuverweisen. Im Palast, den 9. Februar 1822 *Sechs Abzeichnungen*.

AHN, Estado, leg. 175